

Danzigs Geschichte



Dr. Erich Keyser


KARL MARKERT
Wissenschaftliche
Buchhandlung
+ LEIPZIG +
C 1 Robert-Schumann-Str. 12
W 33 · Demmeringstr. 60





Danzigs Geschichte

Von

Dr. Erich Keyser

★

Mit einer zweifarbigen Karte
des Gebietes der Stadt Danzig





1921

Verlag A. W. Kafemann G. m. b. H., Danzig

Buchschmuck

von

Waldemar Hannemann

Vorwort

Der Friedensvertrag von Versailles hat die Stadt Danzig zu einer Freien Stadt erklärt und damit aus den Bahnen einer Entwicklung herausgerissen, die seit mehr als einem Jahrhundert für ihr Gedeihen von den segensreichsten Folgen begleitet war. Gegen den mehrfach betonten Willen ihrer Bewohner ist die Stadt von dem Deutschen Reiche abgetrennt und angeblich in den Zustand zurückversetzt worden, in dem sie sich während langer Jahrhunderte befunden hat. Um die Bedenken zu zerstreuen, die sogleich gegen diese Lösung der Danziger Frage geäußert wurden, ward die Geschichte zum Zeugen dafür angerufen, daß sich Danzig ehemals in der Zeit, als es noch nicht mit dem preußischen Staate verbunden war, einer weitgehenden Unabhängigkeit und großen Handelsblüte erfreut hat.

Indem somit die völkerrechtliche Begründung des Danziger Freistaates auf geschichtliche Vergleiche und Erwägungen gestützt und die Wiederbelebung vergangener Einrichtungen zum Grundgesetz der Gegenwart und zur Bürgin einer glücklichen Zukunft erhoben wird, hat die Kenntnis der Danziger Geschichte für alle die Kreise, die berufen und gewillt sind, an der Entwicklung Danzigs fortan mitzuwirken, eine maßgebende Bedeutung erhalten. Das Bedürfnis nach einer wissenschaftlich begründeten, aber allgemein verständlichen und kurzgefaßten Darstellung der Geschichte Danzigs ist daher in der letzten Zeit stärker hervorgetreten als je zuvor und hat bereits dazu geführt, daß einige Schriften, die sich mit der Vergangenheit Danzigs beschäftigen, auch im Auslande eine Verbreitung gefunden haben, die ihnen zum mindesten ihrem inneren Wert nach keineswegs zukommt. Denn wenn die Darlegung der Kräfte, die einst auf die Entwicklung Danzigs eingewirkt haben, mit modernen sozialen oder politischen Gedanken verquickt oder gar durch die Ziele bestimmt wird, denen heute die Politik dieses oder

jenes fremden Staates zustrebt, so ist einer ernsthaften und wahrheitsgemäßen Erfassung der geschichtlichen Wirklichkeit der Boden entzogen. Der Staatsmann mag sich des Rüstzeuges bedienen, das ihm die Forschung darbietet. Aber er wird nur eine solche geschichtliche Darstellung fruchtbringend verwerten können, die ihm ohne politische Voreingenommenheit sachlich und zuverlässig zeigt, wie alles gewesen und geworden ist.

Auch in der Wissenschaft ist der Wunsch nach einer Zusammenfassung der zahlreichen Ergebnisse, die während der jüngsten Jahrzehnte die erfolgreiche Arbeit einer Reihe verdienter Forscher zutage gefördert hat, immer reger geworden. Denn nur zu leicht geht unter der Fülle einzelner tiefgründiger Untersuchungen der Überblick über die Gesamtentwicklung verloren, der doch allein die Zusammenhänge der einzelnen Geschehnisse zu erklären und der weiteren Arbeit Weg und Richtung zu weisen vermag. Die letzte wissenschaftliche Schrift, die diesem Bedürfnis genügte, die kleine „Geschichte der Stadt Danzig" von dem allzu früh dahingeschiedenen Paul Simson ist schon vor zwanzig Jahren erschienen, lange bevor der unermüdliche Erforscher der heimischen Vergangenheit in seinem großangelegten, mehrbändigen Werke gleichen Namens die Kenntnis der älteren Danziger Geschichte auf eine ganz neue Grundlage gestellt hat. Leider ist dieses Werk unvollendet geblieben. Es bricht mit der Zeit ab, in der das Eingreifen Schwedens in die politische Gestaltung Osteuropas auch in der Geschichte unserer Stadt eine bemerkenswerte Wandlung hervorrief. Wer sich über die Entwicklung Danzigs im 17. und 18. Jahrhundert unterrichten will, muß daher immer noch auf die bereits vielfach überholte „Geschichte Danzigs" zurückgreifen, die gerade vor hundert Jahren Gotthilf Löschin veröffentlicht hat. Aber selbst wenn es Simson vergönnt gewesen wäre, sein Lebenswerk zu Ende zu führen, so wäre dadurch dem heute vorliegenden Bedürfnis nicht entsprochen worden. Indem er die Vergangenheit Danzigs bis in alle Einzelheiten hinein aufzuklären suchte, mußte er darauf verzichten, die Grundzüge der Entwicklung in einem knappen, zusammenfassenden Überblick darzulegen. Ohne die sorgfältigste Untersuchung der Quellen und die Feststellung der einzelnen Tat-

sachen ist jede geschichtliche Forschung unmöglich. Aber der menschliche Geist wird sich auch nie das Recht nehmen lassen, über Quellenkritik und Stoffsammlung hinaus die geschichtliche Wirklichkeit nach seinen eigenen Gesetzen zu durchdenken. Er wird dem Gewebe der Ursachen und Wirkungen nachspüren, das ihrem Aufbau zu Grunde liegt, die mannigfaltigen Formen umschreiben, in denen das ewig wandelbare Leben einst Gestalt gewonnen hat, und die Werte aufzeigen, die sich in allem menschlichen Werden und Wesen zu offenbaren pflegen.

Die vorliegende Darstellung der Danziger Geschichte will einen bescheidenen Beitrag zu dieser großen Aufgabe liefern, die auch der Erforschung der heimischen Vergangenheit gesetzt ist. Die im Anhang vermerkten Schriften bringen die Belege für die Ergebnisse neuester Untersuchungen, die in diesem Buche bereits verwertet sind, und leiten zu eingehenderer Beschäftigung mit Danzigs Geschichte an. Die letzten drei Jahrhunderte wurden vielfach ausführlicher behandelt als das nicht minder bedeutsame Mittelalter, weil sie nicht nur die Aufmerksamkeit weiterer Kreise zu erregen vermögen, sondern auch im besonderen Maße der wissenschaftlichen Aufklärung bedürfen. Weist doch die Erforschung der neueren Zeit beträchtliche Lücken auf, da schier unerschöpfliche Quellen noch der Erschließung harren. Noch sind viele Rätsel ungelöst, die uns die innere Entwicklung der Bürgerschaft, der Wandel ihrer wirtschaftlichen Betätigung und ihr Verhältnis zu den einzelnen Staaten und Völkern Osteuropas aufgibt.

Wenn ich trotzdem versucht habe, schon jetzt auf Grund ausgedehnter archivalischer Vorarbeiten in großen Zügen ein Bild von Danzigs Geschichte zu entwerfen, so hat mich dabei außer der Liebe zu meiner Vaterstadt, die bereits drei Jahrhunderte hindurch die Heimat meiner Vorfahren gewesen ist, lediglich folgender Wunsch geleitet. In der schweren Zeit, die wir jetzt durchleben müssen, wollte ich meinen Mitbürgern und dem Auslande, soweit dieses an Danzigs Geschick aufrichtigen Anteil nimmt, die Bedingungen aufzeigen, unter denen Danzig einst zu dem Mittelpunkt ausgebreiteter wirtschaftlicher Verbindungen und wertvoller kultureller Leistungen geworden ist, die ihm zu allen Zeiten weit über

seine nähere Umgebung hinaus Beachtung und Wertschätzung erworben haben.

Diese Bedingungen sind aber von den Tagen an, aus denen die erste Kunde von seinem Dasein zu uns dringt, niemals andere gewesen als die, welche die einheimische Bevölkerung der Stadt auch als die Forderung der Gegenwart wiederholt ausgesprochen hat: die ungestörte Erhaltung der altererbten deutschen Kultur, die Herstellung wirtschaftlicher Beziehungen zu den Ländern des Ostens und Westens, deren Güteraustausch seit alters in der Hand des Danziger Kaufmanns gelegen hat, und schließlich die unbedingte Sicherheit vor der Verwicklung in die politischen Händel und Wirren Osteuropas, die schon oftmals Danzig an den Rand des Abgrundes geführt haben, eine Gefahr, die, wie die Geschichte lehrt, nur bei vollster politischer Unabhängigkeit von den Staaten des Ostens, Polen und Rußland, verhütet werden kann.

Wie sich die Mächte der Welt zu diesen Lebensfragen Danzigs in Zukunft stellen werden, muß mit der ruhigen Besonnenheit abgewartet werden, die stets die Danziger Bevölkerung ausgezeichnet hat. Ihr selbst liegt die heilige Pflicht ob, den Überlieferungen einer großen Vergangenheit getreu zu bleiben, in der neben dem Fleiß des Bürgers und der Tatkraft einer umsichtigen Obrigkeit auch das Bekenntnis zu den geistigen Werten des Lebens von Geschlecht zu Geschlecht vererbt wurde. Mehr denn je gilt heute für den Bürger Danzigs das Wort unseres Dichters:

Was Du ererbt von Deinen Vätern hast,
Erwirb es, um es zu besitzen.

Danzig, im Mai 1921. Erich Keyser.

Inhalt



Danzig und Pommerellen



Dorf und Burg



Schon frühe hat der Drang nach Erkenntnis den abendländischen Menschen veranlaßt, sich in die Vergangenheit zu versenken, um den Verlauf seiner Entwicklung zu ergründen. Auch trug das Bewußtsein, einer Gemeinschaft anzugehören, deren Alter nicht nach Jahrhunderten, sondern nach Jahrtausenden zählte, deren letzte noch aufspürbare Anfänge in die gepriesenen Zeiten des klassischen Altertums zurückreichten, nicht selten dazu bei, den Stolz auf die Errungenschaften der Gegenwart zu erhöhen und zu verstärken.

Auch der in Danzig gebürtige Begründer der historischen Geographie Philipp Clüver und der Sekretär des Danziger Rates Reinhold Curicke, die im 17. Jahrhundert den Ruhm ihrer Vaterstadt verkündeten, waren von dem Streben erfüllt, die Erwähnung ihrer Heimat bereits in den Schriften hellenischer und römischer Gelehrten nachzuweisen. Mochten sie auch darüber streiten, ob der Eridanus, an dessen Ufern nach Herodot der Bernstein gefunden wurde, die Radaune oder die Weichsel wäre, die uralte Verbindung zwischen der Ostsee und dem Mittelmeer, zwischen dem Leben der Antike und der Kultur ihrer eigenen Heimat war ihnen beiden unerschütterliche Gewißheit.

Demgegenüber trat für sie die ebenfalls von den Alten überlieferte Tatsache zurück, daß am unteren Weichsellaufe ehemals germanische Stämme gewohnt hatten. Erst die neueste Forschung hat die dürftigen Angaben der antiken Schriftsteller mit anschaulichem Leben erfüllt und aus den Überresten einer vergrabenen Kultur das Bild gewaltiger Völkerbewegungen erstehen lassen.

Schon in der jüngeren Steinzeit war, wie die Funde des Bodens bezeugen, die Ostseeküste von Germanen besiedelt gewesen, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß sich damals auch in der unmittelbaren Nähe Danzigs bereits Niederlassungen befunden haben. Doch nicht darin liegt die Bedeutung der mannigfaltigen Ergebnisse, die uns die Erforschung der germanischen Vorzeit gebracht hat, daß sie uns ermöglicht, die Geschichte unserer Heimat

einige Jahrtausende weiter zurück zu verfolgen. Denn nicht das Leben der Vergangenheit, sondern ihre Leistungen sind für den Nachkommen von Wert.

Eine Einwirkung auf die spätere Entwicklung Danzigs haben aber diese germanischen Scharen nicht ausgeübt. Sie sind vorübergerauscht, ohne andere Spuren ihres Daseins zu hinterlassen, als die spärlichen Gerätschaften, die der Pflug des Landmanns und der Spaten des Forschers zutage fördern. Trotzdem ist die Ausbreitung der historischen Erkenntnis für uns unschätzbar. Sie zeigt nicht nur, daß lange vor dem Eindringen der Slawen das Weichselland von Germanen besiedelt war, sondern sie erweist auch, daß die ursprüngliche Kulturentwicklung dieser Gegenden auf dem Zusammenhang mit den nordischen und westlichen Völkern beruhte. Der Bernsteinhandel, der die Weichsel aufwärts der Donau zu erfolgte, ging in die Fremde; die heimische Kultur breitete sich an den Küsten der Ostsee aus.

Zu Beginn unserer Zeitrechnung war das Weichselwerder von den Rugiern besetzt, die gleich den Burgunden und Goten von Südskandinavien nach Nordostdeutschland eingewandert waren. Ihnen folgten die Gepiden, ein gotischer Stamm, nach denen das Gebiet an der Weichselmündung den Namen Gepiden-Inseln empfing. Auf dem damals noch sumpfigen Boden des heutigen Stadtgebietes haben sich zu jener Zeit Ansiedlungen noch nicht befunden. Der Höhenrand nördlich und südlich von Danzig weist zwar bei Oliva und Praust germanische Gräberfelder aus der römischen Kaiserzeit auf. Auf dem Bischofsberg und Hagelsberg sind dagegen bisher noch keine sicheren Reste alter Niederlassungen aufgedeckt worden. Im 3. Jahrhundert zogen die Germanen nach Süden ab, um in wärmeren Gefilden Ruhm und frühen Untergang zu finden. Der erste Abschnitt der wechselvollen Geschichte der Ostmark war damit beendet.

Eine neue Zeit begann, als seit dem 6. Jahrhundert von Süden her slawische Stämme in die verlassenen Gebiete einwanderten. Im Westen überschritten sie die Elbe, im Norden setzte die Ostsee ihrem Vormarsch eine Grenze; die seeuntüchtigen Völkerschaften vermochten sie nie zu überwinden. Die Bezirke an der unteren Weichsel wurden von den Kaschuben eingenommen, die, ohne in Sprache und Sitte einer ausgeprägten Eigenart zu entbehren, mit den Polaben an der Elbe und den Polen eine besondere Gruppe der Westslawen bildeten. Ihr Land wurde das am Meer gelegene, Pommern, sein östlicher Teil Pommerellen genannt. Wie die Bevölkerung der Eisenzeit, besiedelten sie vornehmlich die sandigen Rücken des baltischen Höhenzuges. Der

Weichselniederung blieben sie vorwiegend fern, da ihr hölzerner Pflug den schweren Boden nicht zu lockern vermochte.

Ohne Zusammenhang mit der Entwicklung der europäischen Kultur spielte sich das Leben dieser slawischen Stämme ab. Bescheiden waren ihre Bedürfnisse und gering entfaltet ihr Sinn für wirtschaftliche und künstlerische Betätigung. Stehen doch die ihren Gräbern beigegebenen Tongefäße an Mannigfaltigkeit und Geschmack der Formgebung hinter den Erzeugnissen der germanischen Vorzeit beträchtlich zurück. So kann es nicht Verwunderung erregen, wenn der angelsächsische Seefahrer Wulfstan, der am Ende des 9. Jahrhunderts von Schleswig nach Truso bei Elbing reiste und die Sitten der heidnischen Preußen eingehend geschildert hat, von den Wenden, wie er die Bewohner der pommerschen Küste nannte, nichts bedeutsames zu berichten wußte. Auch eine Siedlung bei Danzig erwähnt er nicht.

Da aber das Meer und große Ströme den Verkehr stets mehr zu befördern als zu hemmen pflegen, machte sich auch bald die Bedeutung der Weichsel als Völker verbindender Verkehrsstraße geltend. Es ist kein Zufall, wenn die erste pommerellische Ansiedlung, von der uns schriftliche Überlieferung berichtet, an der Weichsel und zwar auf dem Gelände von Danzig gelegen war, wo die Gunst der Lage am ehesten eine dauernde Niederlassung ermöglichte und erforderte. Hier, kurz vor dem Ausfluß der Weichsel in die Ostsee, gerade noch so weit von der Küste entfernt, um den Stürmen des Meeres entrückt zu sein, und doch auch wiederum ihm so nahe, um den Schiffern einen baldigen und bequemen Anlegeplatz zu gewähren, erhob sich aus bescheidenen Anfängen die erste größere Ortschaft im Lande.

Und noch ein weiterer Umstand mußte auf die Entwicklung einer Siedlung, die sich an dieser Stelle befand, einen besonders günstigen Einfluß ausüben. Hatte schon Wulfstan darauf hingewiesen, daß die Weichsel das Land der Wenden von dem der Preußen trennte, ihre Ufer also bereits damals eine wichtige Völker- und Kulturscheide bildeten, so trat die Bedeutung Danzigs, das an eben dieser Grenze gelegen war, als Brücke zwischen West und Ost hundert Jahre später noch schärfer hervor.

In Danzig betrat im Jahre 997 der Bischof Adalbert von Prag, ein Freund des deutschen Kaisers Otto III., das Schiff, das ihn zum Samland führen sollte, wo er den heidnischen Preußen christliche Lehre und westliche Kultur zu überbringen gedachte. Bis Danzig hatten ihn dreißig Krieger des polnischen Herzogs Boleslaw begleitet, jenes kühnen Herrschers, der mit rücksichtsloser Tatkraft ein gewaltiges Reich eroberte, das er selbst zwar

nur kurze Zeit zusammenhalten konnte, dessen Ausdehnung aber für alle Zukunft die politische Sehnsucht seines Volkes beflügeln sollte. Wie nach Galizien und Böhmen, suchte er auch nach Pommern und Preußen seine Herrschaft auszubreiten. Die Missionsreise Adalberts sollte dazu beitragen, diese entlegenen Landschaften seinem Einfluß zu unterwerfen. Doch der Versuch, der mit unzureichenden Mitteln unternommen war, mißlang: Adalbert ward erschlagen, Boleslaws Reich zerfiel.

In dem Berichte des Kanaparius, des Abtes von St. Alexius in Rom, der das Leben des heiligen Adalbert der Nachwelt überliefert hat, wird auch zum ersten Male der Name Danzigs — Gyddanyzc — erwähnt. Über seine Bedeutung ist stets viel gestritten worden, ohne daß eine der zahlreichen Erklärungen bisher allgemeine Anerkennung gefunden hätte. Wie neueste Forschungen einwandfrei erwiesen haben, ist der Name sicher nicht slawischer, sondern wahrscheinlich gleich Hela, Elbing und Heisterneſt germanischer Herkunft.

Über die damalige Anlage von Danzig ist nichts genaues bekannt. Weit entfernt, bereits eine Stadt zu sein, war es vermutlich nichts anderes als eine bescheidene Niederlassung heimischer Fischer, die sich in der Gegend des späteren Hakelwerkes angesiedelt hatten und außer dem Fischfang einen gelegentlichen Tauschhandel mit ihren Nachbarn betrieben.

Am Ende des 11. Jahrhunderts bestanden, wie Münzfunde ergeben, Handelsbeziehungen nach Deutschland und England, nach Böhmen und Ungarn. Gleich Wulfstan und Adalbert waren es Leute des Westens, die in Danzig den ersten Grund zu seinem späteren wirtschaftlichen Aufschwung legten. Im Laufe der Zeit ward neben dem Fischerdorfe eine Burg erbaut, in der einheimische Machthaber wohnten; denn eine politische Verbindung Pommerellens mit Polen hat damals nicht bestanden. Das Reich Boleslaws I. war durch die Zwistigkeiten seiner Nachfolger zugrunde gegangen. Selten gelang es einem der polnischen Herrscher, sich für längere Zeit in einem weiteren Gebiete Anerkennung zu verschaffen, so daß sich die einzelnen Teilfürsten zumeist in gegenseitigen erbitterten Kämpfen aufrieben. Auch Boleslaw III., der am Anfange des 12. Jahrhunderts zu größerer Macht gelangt war, hat nachweislich nur bis zum Netzegebiet seine Herrschaft ausgedehnt.

Dagegen wurde Pommerellen bald darauf in kirchlicher Beziehung mit polnischen Gebieten vereinigt. Als im Jahre 1123 Bischof Ägidius von Tuskulum in päpstlichem Auftrage die geistliche Verwaltung Polens regelte, wurde Pommerellen der Diözese

Kujawien zugeteilt, deren Bischoffsitz sich in Wloclawek (Leslau) an der Weichsel befand. Eine staatliche Unterordnung des Landes unter das Herzogtum Polen war aber mit dieser Maßnahme keineswegs verbunden; im Gegenteil! Papst Eugen III. bestätigte den Bischof Werner von Kujawien 1148 ausdrücklich im Besitz der Burg Danzig und der dort erhobenen Zölle und Zehnten, ohne mit dem geringsten Worte des polnischen Herzogs zu gedenken. Polen war wiederum allseitiger Zersplitterung anheimgefallen: 1163 löste sich Schlesien von dem polnischen Reiche ab; 1181 nahm Herzog Bogislaw von Pommern sein Land von Kaiser Barbarossa zu Lehen.

Auch in Pommerellen trat um diese Zeit ein selbständiges Fürstenhaus hervor. Mit Hilfe deutscher Einwanderer suchte es sein Gebiet kulturell zu fördern und aus seiner bisherigen Weltabgeschiedenheit herauszuheben. Der erste, dem Namen nach bekannte Fürst dieses Dynastengeschlechtes, Subislaus, gründete um 1170 das Kloster Oliva und besetzte es mit deutschen Mönchen aus dem Kloster Kolbatz bei Stettin. Seine Söhne Sambor I. und Mestwin I. führten seine Bestrebungen fort. Sie stifteten im Jahre 1209 das Prämonstratenserinnenkloster Zuckau und statteten es wie Oliva mit reichem Grundbesitz aus.

Gleichzeitig mit dem Beginn der Christianisierung und Besiedlung Pommerellens wurde auch das Gebiet östlich der Weichsel der westlichen Kultur erschlossen. Christian, angeblich ein Mönch aus Oliva, begründete das erste preußische Bistum, und von Herzog Konrad von Masowien herbeigerufen, nahm der Deutsche Ritterorden die Eroberung Preußens in Angriff. Der Strom der ostwärts ziehenden Kreuzfahrer, die unter dem Schutze des Papstes den deutschen Rittern und Mönchen folgten, konnte nicht ohne Einfluß auf die weitere Ausgestaltung der pommerellischen Ortschaften bleiben. Auch für Danzig begann eine Zeit des Aufstieges.

Bereits Sambor I. nannte sich Herr der Burg Danzig, nachdem die früheren Rechte des Bischofs von Kujawien auf den Zehnten vom Getreide und auf Anteile an den Schiffszöllen beschränkt waren. Die Burg lag dort, wo heute das „Brausende Wasser" in die Mottlau fließt und sich später das Schloß der Ordensritter erheben sollte. War doch dieser Platz für die Anlage einer Befestigung besonders geeignet, weil er inmitten sumpfigen Geländes auf einer deutlich erkennbaren Bodenerhebung gelegen war. An die Burg, zu deren Instandhaltung die Untertanen der Klöster Oliva und Zuckau Scharwerksdienste leisten mußten, lehnten sich die Wohnstätten von Fischern und Bernsteinsuchern an, deren Gebiet später als Hakelwerk bezeichnet wurde.

Neben den Abgaben der Danziger Krugwirte bildeten die Zölle von den Kaufmannswaren, die über Danzig verfrachtet wurden, eine wichtige Einnahmequelle des Landesherrn. Denn im Zusammenhang mit der nach Preußen und Pommerellen erfolgenden Einwanderung aus Deutschland, nahmen am Anfang des 13. Jahrhunderts auch in Danzig Handel und Gewerbe einen beachtenswerten Aufschwung. War doch die Zeit angebrochen, in der die deutschen Kaufleute auch die entfernteren Ostseeküsten wirtschaftlich zu erschließen begannen. Wisby auf Gotland war schon lange das Ziel ihrer Fahrten gewesen; jetzt wurden Riga und Reval gegründet. Es konnte nicht ausbleiben, daß die Fremden, die auf der Durchreise Danzig berührten, auch hier Niederlassungen anzulegen wünschten.

Herzog Swantopolk, der Sohn Mestwins I., kam ihren Bestrebungen freundlich entgegen. Den lübischen Kaufleuten, die Salz und Tuche nach Danzig brachten, sicherte er seinen Schutz zu. Die Zölle wurden für sie ermäßigt und die Ausübung des Strandrechtes ihnen gegenüber ausdrücklich verboten. Die Einfuhr erfolgte zu Lande durch Pommern hindurch oder zur See an der Küste entlang, die Ausfuhr die Weichsel aufwärts oder auf der alten Handelsstraße, die von Danzig nach Stargard führte, in das Innere von Pommerellen. Der Güterumschlag fand an der „Brücke" statt, einem Bollwerk, das sich am Mottlauufer hinzog, der heutigen „Langen Brücke" vergleichbar.

Um den geistlichen Bedürfnissen der von Jahr zu Jahr sich mehrenden Ansiedler zu genügen, wurde eine dem heiligen Nikolaus gewidmete Kirche errichtet. Während zuerst der Kaplan der Burg den Gottesdienst an ihr mitversehen hatte, wurde sie bald darauf dem Orden der Dominikaner, die Bischof Michael dem Herzog empfohlen hatte, zur Anlage eines Klosters eingeräumt (1227). Kurze Zeit übten die Mönche, deren Wirksamkeit in erster Reihe der Bekehrung der Heiden gewidmet sein sollte, auch die mit der Kirche ursprünglich verbundene Seelsorge an den Bewohnern der Danziger Burggemeinde aus. Da sich jedoch auf die Dauer diese Zwitterstellung nicht aufrechterhalten ließ, wurde für diese schon bald nach 1227 eine eigene Pfarrkirche, Sankt Katharinen, gegründet.

Der Sprengel der neuen Kirche, die am westlichen Rande des Hakelwerkes gelegen war, umfaßte außer diesem die Danzig umgebenden Ortschaften. Noch im 16. Jahrhundert erhielt der Pfarrer von Sankt Katharinen den Zehnten aus Ohra, Wonneberg, Kowall, Schüddelkau, Müggau, Pietzkendorf, Zankenzin, Zigankon, Stolzenberg und Schönfeld; auch Schottland, Hoppenbruch, Peters-

hagen und Neugarten mußten an ihn Abgaben entrichten. Mit der Burg war die Kirche durch die jetzige Burggrafenstraße — richtiger Burggrabenstraße — verbunden. Die Bedeutung, die ihr als lange Zeit einzigen Kirche des Danziger Landgebietes zukam, brachte es mit sich, daß ihr Pfarrer zu dem Landesherrn in besonders enge Beziehungen trat. Der erste Pfarrer war wahrscheinlich der frühere Schloßkaplan Wilhelm. Später war der Pfarrer Liudger viele Jahre Kanzler Mestwins II. Auch zur Ordenszeit machte sich diese Vorrangstellung der Kirche noch darin geltend, daß die Würde des Offizials für den Danziger Bezirk mehrfach dem Pfarrer der Katharinenkirche übertragen wurde.

Durch geschickte Politik war Swantopolk inzwischen zum nahezu unumschränkten Herrn von Pommerellen geworden. Über seine Brüder Sambor und Ratibor, die andere Bezirke des Landes verwalteten, übte er eine Art von Oberherrschaft aus; auch hatte er die Angriffe der polnischen Herzöge, die seine Unterwerfung erstrebten, mit Waffengewalt siegreich zurückgewiesen. Seit 1234 nannte er sich, um seine Unabhängigkeit zu bezeugen, ständig Herzog von Pommern. Auch Papst Gregor IX. erkannte seine Selbständigkeit an und ließ den polnischen Fürsten, die ihn weiter kriegerisch bedrängen würden, harte Kirchenstrafen androhen.

Die Gründung der Stadt

Auf der Höhe seiner politischen Macht konnte Swantopolk daran denken, seine wirtschaftlichen und kulturellen Bestrebungen durch die Gründung einer Stadt zusammenzufassen und abzuschließen. Bereits 1235 sprach er die Absicht aus, in Danzig eine Stadt nach deutschem Rechte anzulegen. Die Verwirklichung seiner Pläne muß damals unmittelbar bevorgestanden haben, denn das Kloster Oliva ließ sich am 9. August dieses Jahres von ihm die Zusicherung geben, daß seine bisher im Danziger Gebiet erworbenen Rechte durch die neue Gründung nicht beeinträchtigt werden sollten. Ein Jahr darauf, 1236, wird die Stadt Danzig — civitas Danczik — ausdrücklich neben der Burg erwähnt. Ihre Begründung war also inzwischen erfolgt.

Während die frühere Forschung die Stadt in die Nähe der Katharinenkirche verlegte, haben neuere Untersuchungen erwiesen, daß die pommerellische Stadt sich bereits auf dem Boden der späteren Rechtstadt befunden hat. Die Stadtmauer erstreckte sich wahrscheinlich im Verlauf der heutigen Hundegasse, Berholdschen Gasse, Kürschnergasse, Heiligen Geistgasse, Ziegengasse und Postgasse.

Die Bewohner der Stadt waren ausschließlich deutscher Herkunft. Die uns bekannten Namen von Danziger Bürgern des 13. Jahrhunderts tragen durchweg deutsches Gepräge: Gotfrid von Wirceburg, Johannes von Rechez, Winand Belter, Winand Unger, Heinrich Balka, Johannes Brakle, Jordan von Hovele, Johannes Rapesilver, Dietrich Curo, Heinrich Pape, Hermann Slichting, Arnold, Jakob, Marquard. Auch sprach Herzog Mestwin II. im Jahre 1271 von den deutschen Bürgern der Stadt Danzig im deutlichen Gegensatz zu den Preußen und Pommerellen, die das Hakelwerk bewohnten.

Die Stadt wurde nach deutschem Rechte von Schultheißen und Ratmannen verwaltet. Obwohl erst 1263 die Ratsherrn von Lübeck auf Wunsch des Herzogs den Bürgern eine Handschrift des lübischen Rechtes übersandten, galt dieses sogleich von Anfang an wie in Elbing und Dirschau auch in Danzig; entsprach es doch am besten den Gewohnheiten der meist aus Niedersachsen eingewanderten Bevölkerung.

Bald nach der Anlage der Stadt wurde für die Bürgerschaft eine eigene Pfarrkirche errichtet, die schon im Jahre 1239 bestanden hat, und wie eine Urkunde vom Jahre 1271 berichtet, der Jungfrau Maria geweiht war.

Die wirtschaftliche Entwicklung Danzigs machte langsame, wenn auch beständige Fortschritte. Der Handel richtete sich vornehmlich nach den Städten der Ostseeküste, nach Pommerellen und Preußen. Schon um die Mitte des Jahrhunderts sind Danziger Bürger in Lübeck, Kolberg und Elbing, wenige Jahrzehnte später auch in Greifswald und Thorn anzutreffen. Auch nahmen die Danziger an den Angelegenheiten der Hanse bald lebhaften Anteil. Trotzdem hatte der Handel unter der Unsicherheit der politischen Verhältnisse häufig schwer zu leiden. Bereits vor der Gründung der Stadt, in den Jahren 1224 und 1234, waren die Preußen auf einem Kriegszuge bis in die Gegend von Danzig vorgedrungen, hatten das Kloster Oliva zerstört und vielleicht im ersten Jahre auch Danzig selbst besetzt. Später schützte zwar der entstehende Ordensstaat Pommerellen vor der Wiederholung ähnlicher Überfälle, doch hielten die Kämpfe Swantopolks mit seinen Brüdern und dem Deutschen Orden Stadt und Land noch lange in dauernder Erregung.

Die Rückwirkung auf den Danziger Handel konnte nicht ausbleiben und macht es verständlich, wenn die Bürger sich nach einem kraftvolleren Landesherrn sehnten. Zunächst schien der Orden gute Aussichten auf den Erwerb der wichtigen Hafenstadt zu haben. In dem Friedensschluß des Jahres 1252 mußte sich Swantopolk verpflichten, den Rittern Burg und Gebiet von Danzig abzutreten, sobald er wiederum den Orden feindlich überfallen würde. Wenn es auch dazu nicht gekommen ist, zeigte sich doch bald Gelegenheit zum Anschluß an ein anderes deutsches Staatswesen.

Nach dem Tode Swantopolks war unter seinen Söhnen, die sich in die Bezirke von Danzig, Dirschau und Schwetz geteilt hatten, ein heftiger Zwist ausgebrochen. Während Wartislaw, Herzog von Danzig, sich der Hilfe des Ordens bediente, suchte Herzog Mestwin von Dirschau Unterstützung bei den Markgrafen von Brandenburg und übergab ihnen, um sie sich desto enger zu verbinden, im Jahre 1269 sein Land zu Lehen. Er scheute sich sogar nicht, den Brandenburgern das seinem siegreichen Bruder gehörende Danzig als Eigentum anzubieten, wenn sie ihn aus seiner Bedrängnis befreien würden. Nichts konnte den Markgrafen, die bereits in Lübeck an der Ostsee Fuß zu fassen versucht hatten, erwünschter sein, als ihre neumärkischen Besitzungen bis

zur Weichselmündung auszudehnen. Markgraf Konrad rückte in Pommerellen ein, verjagte Wartislaw und besetzte, von den Bürgern freudig begrüßt, im Jahre 1271 Burg und Stadt Danzig. Auch zahlreiche Grundbesitzer des Landes brachten dem deutschen Fürsten ihre Huldigung dar, in der Hoffnung, von der Herrschaft der streitsüchtigen pommerellischen Herzöge auf immer befreit zu werden.

Ihre Erwartungen erfüllten sich nicht. Mestwin, den die Versprechungen reuten, die er anfangs den Markgrafen gegeben hatte, bemächtigte sich mit Hilfe des Herzogs Boleslaw von Großpolen von neuem Danzigs und hielt über die abgefallenen Bürger und Adligen ein strenges Strafgericht. Auch mußten die Befestigungen der Stadt abgetragen werden. Doch schon 1273 trat er mit den Brandenburgern wieder in freundschaftliche Beziehungen. Er nahm von ihnen die Burgen und Gebiete von Stolp und Schlawe zu Lehen und verpflichtete sich, ihnen gegen jedermann Waffenhilfe zu leisten außer gegen Herzog Boleslaw, dem er die Wiedererwerbung Pommerellens zu verdanken hatte.

Das Vordringen der Markgrafen nach Osten, die Ausdehnung des Ordensstaates auf das linke Weichselufer — 1283 wurde das Land Mewe an die Ritter endgültig abgetreten —, schließlich auch die Erhebung der deutschen Bürger und Gutsbesitzer in Pommerellen hatten die Macht Mestwins erheblich erschüttert und die Bedeutung offenbart, die sich das Deutschtum bereits im Weichselgebiet erworben hatte. Mestwin hielt es deshalb für geraten, sich künftig mehr auf die slawische Bevölkerung seines Landes zu stützen. Während in seiner Umgebung fortan vorwiegend kaschubische und polnische Würdenträger erschienen, wurde Danzigs weitere Förderung auffallend vernachlässigt.

In Übereinstimmung mit dieser den Deutschen feindlichen Politik erwählte sich der kinderlose Fürst, der letzte seines Hauses, 1282 einen entfernten Verwandten, Przemyslaw, den Neffen und Erben seines Freundes Boleslaw, zum Nachfolger. Persönliche Beziehungen, nicht staatsrechtliche Verpflichtungen führten somit nach dem Tode Mestwins (1294) zu der ersten, sicher bezeugten Personalunion zwischen Pommerellen und Polen. Als Herzog von Pommerellen, nicht als König von Polen, nahm der Erbe Mestwins seine Rechte wahr. Doch nur kurze Zeit konnte sich Przemyslaw seiner Erfolge erfreuen.

Nach seiner frühzeitigen Ermordung zu Beginn des Jahres 1296 setzte ein heftiger Streit um die Herrschaft in Polen und Pommerellen ein. Da Herzog Przemyslaw keine leiblichen Erben hinterlassen hatte, die Verleihung Pommerellens durch Herzog

Mestwin sich aber nur auf ihn und seine Erben beschränkt hatte, machten mehrere Nachkommen des pommerellischen Herzogshauses ihre Ansprüche geltend. Weil ihre politische Bedeutung aber nur gering war, gelang es Herzog Wladislaw von Kujawien, der seinem Schwager Przemyslaw in Polen nachgefolgt war, sich auch in Pommerellen Anerkennung zu verschaffen; doch konnte er sich trotz aller Anstrengungen nicht lange behaupten. Die Krone Polens wurde König Wenzel II. von Böhmen übertragen, der im Einvernehmen mit der mächtigen Familie der Swenza auch den pommerellischen Adel für sich zu gewinnen verstand.

Die weiteren Kämpfe um Pommerellen brachten auf kurze Zeit auch den Deutschen Orden in den Besitz von Danzig. Um einen Angriff des Fürsten Wizlaw von Rügen, der ebenfalls nach dem Erwerb Pommerellens strebte, abzuwehren, übertrug König Wenzel den Rittern den Schutz des entlegenen Landes. Am 29. Mai 1301 übergaben die Vasallen der Burg, die Bürger der Stadt und die Fischer des Hakelwerkes dem Landmeister Helwig von Goldbach Stadt und Burg Danzig. Nachdem die Gefahr beseitigt war, zogen die Ritter wieder ab. Die Zeit war noch nicht gekommen, da ihnen ganz Pommerellen zufallen sollte.

Obwohl nach dem Tode Wenzels sein gleichnamiger Sohn durch Förderung der deutschen Klöster Oliva und Pelplin und Unterstützung der Swenza, zunächst die Politik seines Vaters fortgesetzt hatte, trat er schon im August 1305 seine Anrechte auf Pommerellen an die Markgrafen von Brandenburg ab, die dadurch zum zweiten Male in den Besitz Danzigs gelangten. Da sie aber ihre neue Herrschaft nicht sogleich übernahmen, ermöglichten sie es Herzog Wladislaw, der in Polen inzwischen wieder zur Macht gekommen war, in schnellem Zuge nach Pommerellen zu eilen und sich erneut huldigen zu lassen. Die Swenza, die Führer der Wladislaw feindlichen Partei, wurden wegen eigenmächtiger Handlungen angeklagt und ihrer Ämter enthoben; Peter, der Herr von Neuenburg, sogar gefangen gesetzt. Es hatte den Anschein, als ob Pommerellen und mit ihm auch Danzig, seiner Selbständigkeit beraubt, dem polnischen Reiche gewaltsam einverleibt werden sollte.

Da trat wiederum ein Umschwung der Ereignisse ein, als sich im Frühjahr 1308 die Markgrafen Otto und Waldemar endlich entschlossen, ihre Rechte in Pommerellen wahrzunehmen. Ende August langten sie in Begleitung des alten Swenza und seines Sohnes Jasko vor Danzig an und wurden von der deutschen Bürgerschaft ebenso freudig wie 37 Jahre zuvor Markgraf Konrad begrüßt. Nur mit Mühe wurde die Burg von der polnischen Be-

satzung unter der Führung des Landrichters Bogussa, den Wladislaw zum Statthalter eingesetzt hatte, verteidigt.

Da der Herzog, der in Polen selbst hart bedrängt wurde, keine Hilfe zu schicken vermochte, wandte sich Bogussa auf Rat des Dominikanerpriors Wilhelm an den Landmeister Heinrich von Plotzke mit der Bitte um Unterstützung. Nichts war dem Orden willkommener, als an der schon lange erstrebten Weichselmündung festen Fuß zu fassen. Die Ritter übernahmen die Verteidigung der Burg unter der Bedingung, daß sie bis zur Erstattung ihrer Unkosten in ihrem Besitz verbleiben sollte, und wiesen die Angriffe der Brandenburger erfolgreich zurück. Sie erhielten vollends die Übermacht, als die Markgrafen in der zweiten Hälfte des September die Belagerung abbrachen und in ihre Heimat zurückkehrten, da sich Markgraf Waldemar zur Teilnahme an der Wahl des deutschen Königs Heinrichs VII. rüstete, die am 27. November in seiner Gegenwart in Frankfurt a. M. stattfand. Mit größeren Unternehmungen im Westen beschäftigt, leistete er auf die Fortsetzung seiner östlichen Eroberungen Verzicht.

In diesen Monaten stand die Zukunft Pommerellens zur Entscheidung. Sollte das Land und vor allem sein Vorort Danzig nun doch in die Hand des polnischen Herzogs fallen, wonach Bogussa und sein Anhang auf der Burg strebten? Sollte Pommerellen die Unabhängigkeit, die es früher unter Swantopolk und Mestwin besessen hatte, wieder erringen — ein Ziel, das die Partei der Swenza und mit ihnen wohl auch ein Teil der Bewohner Danzigs verfolgte? Oder sollte in dem Kampf um Danzig schließlich gar der Orden Sieger bleiben, der als weitaus kraftvollste Macht des Ostens soeben sich anschickte, seine Wirksamkeit von den Gestaden des Mittelmeeres endgültig an die Küste der Ostsee zu verlegen, Venedig mit Marienburg zu vertauschen? Der Sieg fiel dem Mächtigen anheim.

Schon während der Belagerung durch die Markgrafen waren Zwistigkeiten auf der Burg zwischen den Polen und den deutschen Rittern entstanden. Sie arteten in offenen Streit aus, als die Polen nach dem Abzuge der Brandenburger von dem Orden die Räumung der Burg verlangten, die Erstattung seiner Unkosten ihren Versprechungen zuwider aber verweigerten. So kam es, daß die Ritter, die diesen Vertragsbruch nicht gutheißen wollten, die polnische Besatzung schließlich mit Gewalt verdrängten. Doch gaben sie Bogussa die Versicherung, daß sie die Burg wieder herausgeben würden, sobald Herzog Wladislaw seinen Verpflichtungen nachgekommen sein würde. Da er sich hierzu aber niemals bereit fand, blieben die Ritter mit gutem Recht in dem Besitze

der Burg, die sie mit eigener Kraft gegen die Brandenburger verteidigt hatten.

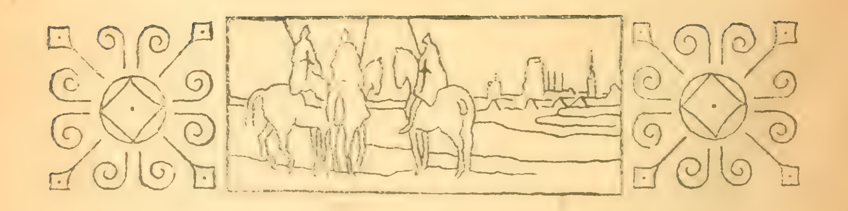
Inzwischen war der Kampf gegen die Stadt fortgesetzt worden, von der aus pommerellische Ritter, die der Partei Swenzas angehörten, mehrfach Anhänger des Ordens überfielen und seine Besitzungen in Pommerellen verheerten. Da trotz mehrmaliger Aufforderung die Bürgerschaft die Auslieferung dieser Ritter ablehnte, rückte der Landmeister Heinrich von Plotzke kurz entschlossen mit 4000 Mann gegen Danzig vor, schloß die Stadt ein und drohte bei weiterer Weigerung mit ihrer Erstürmung. Angesichts dieser Gefahr siegte innerhalb der Bürgerschaft die ordensfreundliche Partei. Am 14. November 1308 wurden die Tore der Stadt geöffnet und die pommerellischen Ritter — fünfzehn oder sechszehn an Zahl — dem Landmeister ausgeliefert, der sie als Räuber und Wegelagerer hinrichten ließ. Zwar wurden die 1295 neu angelegten Befestigungen wieder abgebrochen, doch blieb im übrigen die Stadt unversehrt. Die Erzählungen von der Ermordung von zehntausend Bürgern, der Zerstörung der ganzen Stadtanlage und ihrer Verlegung an das Mottlau-Ufer gehören in das Reich der Legende; sie verdanken der Sagenbildung und den geschichtlichen Mißverständnissen einer weit späteren Zeit ihren Ursprung.

Die Einnahme Danzigs befestigte in dem Orden den Entschluß, sich nun endgültig auch des Restes von Pommerellen zu bemächtigen. Nachdem mit der Eroberung von Schwetz im September 1309 sein Ziel militärisch erreicht war, galt es nur noch, die neuen Erwerbungen auch als rechtmäßigen Besitz zur Anerkennung zu bringen. Sehr leicht gelang es, die Brandenburger zum Verzicht auf ihre Rechte zu bewegen. Gegen die Erstattung von 10 000 Mark Silber trat Markgraf Waldemar am 13. September 1309 alle Anrechte seines Hauses auf die Gebiete von Danzig, Dirschau und Schwetz an den Orden ab. Bald darauf erklärten auch die noch lebenden Nachkommen des pommerellischen Herzogshauses, der Fürst von Rügen und der Herzog von Glogau, zu dem Herrschaftswechsel ihre Zustimmung.

Nur Herzog Wladislaw von Polen wollte seine Ansprüche auf Pommerellen nicht aufgeben. Hartnäckig wies er immer wieder darauf hin, daß ihm schon vor dem Orden in Pommerellen gehuldigt worden sei, eine Tatsache, die nicht zu bestreiten war, die ihm aber darum noch nicht, wie er behauptete, bessere Rechte auf den Besitz des Landes zusicherte. Mit gutem Grunde konnte der Orden, als er 1320 vor dem Papst wegen der Besetzung Pommerellens verklagt wurde, seinen Anschuldigungen entgegenhalten, daß er von den letzten, allgemein anerkannten Herrschern Pom-

merellens, den Markgrafen von Brandenburg als den Rechtsnachfolgern der böhmischen Könige, seine Besitzrechte auf gesetzlichem Wege erworben hatte.

Der Standpunkt des Ordens wurde auch von Papst Johann XXII., der sich zunächst auf die Seite Polens gestellt hatte, gebilligt. Nachdem Hochmeister Karl von Trier ihn persönlich in Avignon über den Zusammenhang der Ereignisse unterrichtet hatte, sah er sich zu der Erklärung genötigt, daß er von Herzog Wladislaw durch unwahrhaftige Berichte hintergangen sei und den Orden als rechtmäßigen Besitzer Pommerellens anerkennen müsse. Trotzdem hat Polen erst im Frieden zu Kalisch 1343 seine Ansprüche auf Pommerellen aufgegeben.



Danzig und der Deutsche Orden



Das Stadtgebiet



In kurzer Zeit schon brachte die Eingliederung Danzigs in den Staat des Deutschen Ritterordens der Stadt mannigfache Vorteile. Da sie durch die Waffen der Ritter vor der Wiederholung der in den letzten Jahrzehnten so häufigen Angriffe auswärtiger Feinde fortan bewahrt blieb, konnte sich ihr Handel ungestört entwickeln. Auch verschafften die diplomatischen Beziehungen des Hochmeisters ihren Bürgern Schutz und Anerkennung bei fremden Mächten. Kein Wunder, wenn der Aufschwung, den Danzig bereits in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts nahm, in dem Gedächtnis seiner Bevölkerung die Erinnerung an die pommerellische Vergangenheit zurücktreten ließ und die dankbare Nachwelt den Orden als den eigentlichen Begründer der an der Mottlau gelegenen Handelsstadt betrachtete und als den Stifter ihres Wohlstandes verehrte.

Das gute Verhältnis, das sich sogleich zwischen den Bürgern und den Rittern anbahnte, beruhte zum großen Teile darauf, daß sich der Orden aller unnötigen Einmischungen in die städtischen Angelegenheiten enthielt. Komtur und Hauskomtur beschränkten sich darauf, die landesherrlichen Befugnisse über die Stadt wahrzunehmen und ihre Unternehmungen zu unterstützen, während sie im übrigen die Stadt ihrer eigenen Entwicklung zu überlassen pflegten.

Während in der ersten Zeit der Danziger Konvent, der bald zu den bedeutendsten des Ordenslandes gehörte, sich mit der alten Herzogsburg als Wohnsitz begnügte, ließ Hochmeister Dietrich von Altenburg im Jahre 1340 ein neues geräumiges Schloß errichten, das mit seinem hohen Turme weithin die Niederung beherrschte. Die Baulichkeiten und Gräben der Burg dehnten sich auf dem Gelände aus, das heute durch die Mottlau, den Fischmarkt, die Straße An der Schneidemühle, den Heveliusplatz und Karpfenseigen umschlossen wird.

Die belebende Kraft, die von der Vereinigung Danzigs mit dem Ordensstaate ausging, kam sehr bald auch in dem Stadtbilde zum Ausdruck. Die Siedlungstätigkeit, die lange Zeit unter den

Wirren des 13. Jahrhunderts geruht hatte, nahm einen neuen Aufschwung, als zahlreiche Scharen meist westdeutscher Einwanderer sich in der aufstrebenden Weichselstadt niederzulassen begannen. Sie fanden dabei weitgehende Unterstützung durch den Orden, der den Bürgern über ihre bisherigen Grenzen hinaus die Anlage von Speichern und Wohnhäusern auf beiden Seiten der Mottlau gestattete. In der gleichen Zeit erfolgte auch eine Erweiterung der Stadtanlage nach Nordwesten, wo an der Stelle der niedergelegten Befestigungswerke die Große Gerbergasse, Große Wollwebergasse und Große Scharrmachergasse entstanden, die sich durch ihre größere Breite von den älteren Querstraßen vorteilhaft unterschieden.

Um die Mitte des 14. Jahrhunderts war die Stadt in lebhaften Entwicklung begriffen und nahm bereits weithin den Raum ein, auf dem sich bis zur Gegenwart ihre wechselvolle und ruhmreiche Geschichte abspielen sollte. Als in den Jahren 1342 oder 1343 der Hochmeister Ludolf König der Gemeinde seine landesherrliche Anerkennung verbriefte, brauchte er nicht mehr, wie es sonst vielfach bei Verleihung der städtischen Handfesten üblich war, den Bürgern erst ein neues Gebiet zur Besiedlung anzuweisen, Hofstätten und Ackerhufen abzumessen; er konnte sich damit begnügen, die Ausdehnung, die Danzig in den letzten Jahrzehnten genommen hatte, feierlich zu bestätigen und die Grenzen, bis zu denen sich die Stadt in natürlichem Wachstum erstreckt hatte, gesetzlich festzulegen. Das schloß nicht aus, daß er hier und dort dem Stadtgebiet weitere Flächen zusprach, obwohl sich diese Anordnungen im einzelnen nicht mehr erkennen lassen. Das bisher geltende lübische Recht wurde durch das im Ordenslande vorherrschende kulmische Recht ersetzt.

Auch Winrich von Kniprode, der am 5. Juli 1378 die Danziger Handfeste zu Marienburg erneuerte und bekräftigte, sah sich trotz alles Wohlwollens, das er der mächtig aufblühenden Stadt entgegenbrachte, veranlaßt, ihren Bezirk eher zu beschränken, als durch neue Schenkungen zu erweitern. Es fällt jedenfalls auf, daß die Urkunde mit besonderem Nachdruck auf die Rechte und Plätze hinweist, die sich der Orden innerhalb des Stadtgebietes selbst vorbehalten wollte. Auf dem Wege, der von der Stadt zum Schloß führte, bedang er sich das Recht aus, einen Turm zu erbauen. Ebenso mußten ihm eine Mühlenstätte, Wege und Gräben, Ziegelscheunen und eine Hufe zwischen dem Bischofsberge und der Stadt nebst freier Nutzung des Mottlau-Flusses zur Verfügung gestellt werden.

Das Danziger Gebiet zerfiel in die von Mauern umschlossene innere Stadt und die offene Stadtfreiheit. Die äußersten Grenzen

der Stadtfreiheit verliefen unterhalb des Bischofsberges bis zum heutigen Vorort Altschottland, begleiteten dann die Mottlau bis zum Schleusenkrug, führten an der jetzigen Straße von Quadendorf nach Bürgerwiesen entlang, folgten dem Laufe der Schwarzen Lake, der Roßwoike und des Englischen Dammes und endeten schließlich an der Mottlau gegenüber dem Krantor. Die Stadtfreiheit sollte vornehmlich als Viehweide dienen. Auch wurde für den Anger an der Gertrudenkirche, die vor dem Hohen Tore lag, und für einen zur Pferdeweide bestimmten Holm an der Mottlau die Bebauung ausdrücklich untersagt. Doch lockte das weite fruchtbare Gebiet schon 1346 zur Anlage des Dorfes Neuendorf im Osten des Landgebietes. Zudem war der Gemeinde erlaubt, Güter und Liegenschaften, die sich in der Stadtfreiheit befanden, mit Einwilligung ihrer Besitzer aufzukaufen.

Das Gebiet der Innenstadt, die zum Unterschied von den bald vor ihren Toren entstehenden, stadtähnlichen, aber zunächst noch des Stadtrechts entbehrenden Vororten als die eigentliche, richtige Stadt Danzig im rechtlichen Sinne, als die Rechtstadt bezeichnet wurde, wurde im Osten von der Mottlau, im Norden vom Altstädtischen Graben begrenzt. Im Westen und Süden zogen sich auf dem heutigen Holzmarkt und Kohlenmarkt, an der Reitbahn und dem Vorstädtischen Graben Mauern und Gräben um die Stadt herum. Wie die Handfeste bestimmte, sollte zwischen der Stadtmauer und den Grundstücken ein Gang in einer Breite von einer Rute (4,26 m) frei bleiben, um bei Feuersgefahr das Übergreifen des Brandes auf die wertvolle Stadtbefestigung zu erschweren. Im Verlaufe der Dienergasse und Hintergasse, der Kleinen Wollwebergasse, Kleinen Scharrmachergasse und Laternengasse, des Mauerganges und Büttelganges ist dieser äußerste Straßenring der Ordensstadt noch deutlich erkennbar.

Rings um die Stadt zog sich die Stadtmauer herum, an der seit 1343 eifrig gearbeitet wurde und die in ihrem unteren Teile eine Stärke von 1½ Metern und eine Höhe von 6 Metern besaß. Ein Kranz von Türmen, zu denen der Turm am Stadthofe, der Stockturm, dessen Errichtung schon 1346 begonnen, aber erst 1509 durch Michael Enkinger vollendet wurde, der Strohturm und der Kiek in de Kök gehörten, umgab die sorgsam befestigte Siedlung. An der Langen Brücke gewährten die zahlreichen festungsartigen Tore, die noch heute den kunstvollen Abschluß der Hauptstraßen bilden, bei feindlichen Angriffen hinreichenden Schutz. Der Bau des Krantores wurde 1367 angefangen; doch ward erst 1443 das inzwischen mehrfach abgebrannte, hölzerne Tor in Stein ausgebaut. Nachdem mit Erlaubnis des Hochmeisters die Süd- und

Westfront seit 1379 außer dem sechs bis acht Ruten breiten Hauptgraben noch einen Vorgraben erhalten hatte, war die Befestigung Danzigs vollendet und damit das Stadtgebiet nach außen abgegrenzt.

Inzwischen hatte im Innern eine rege Besiedlung stattgefunden. Der älteste Stadtteil um die Marienkirche herum, zu deren Neubau der Grundstein nach alter Überlieferung am 28. März 1343 gelegt wurde, war bereits voll besiedelt. Auch traten damals die meist noch heute gültigen Straßennamen zum ersten Male auf: 1331 die Langgasse mit dem Langen Markt, auf den anfangs der Verkauf von Brot, gesalzenem und frischem Fleisch beschränkt war, 1336 und 1337 die Hundegasse, die zu jener Zeit Brauergasse hieß, die Brotbänkengasse und Frauengasse. Nach Osten und Westen, Norden und Süden reihten sich gleichmäßig im rechten Winkel zueinander Längs- und Querstraßen an. Die kleinen Gassen am Rande der Stadt, die Postgasse, Matzkausche Gasse und Berholdsche Gasse, die Kürschnergasse und Kuhgasse, wiesen um die Mitte des 14. Jahrhunderts noch zahlreiche freie Stellen auf, die erst in den folgenden Jahrzehnten besiedelt wurden. Dagegen blieb das Straßenviertel an der Mottlau zwischen der unteren Frauengasse und Heiligen-Geistgasse und die Brocklosengasse noch lange unbebaut.

In der Mitte der Stadt erhoben sich die Marienkirche, deren Bau 1359 vollendet war, das Rathaus, das auf einem schon längere Zeit der Stadt gehörigen Platze an der Ecke der Großen Krämergasse und Langgasse seit 1379 von Meister Heinrich Ungeradin errichtet wurde, und der Artushof, dessen Anlage kurz vor 1350 erfolgte. Es waren die Wahrzeichen geistlicher Kultur, städtischer Freiheit und bürgerlicher Geselligkeit.

Noch ehe die Besiedlung der Rechtstadt zum Abschluß gekommen war, drängten die Einwanderer, die Danzigs günstige Handelslage herbeigelockt hatte, hinaus auf die freien Flächen, die sich im Osten bis zum Dominikanerkloster hin erstreckten. Obwohl sich auf diesem Gebiete, für das bereits 1345 der Name Neustadt auftaucht, schon vorher hier und dort einzelne Leute niedergelassen hatten, erfolgte seine planmäßige Besiedlung erst in den fünfziger Jahren. 1351 wurden als Verbindung zum Ordensschloß die Dämme angelegt, die von der Breitgasse, der Johannisgasse, der Häkergasse, die zunächst Große Fischergasse oder Kampnergasse hieß, und der Tobiasgasse, die früher Kleine Fischergasse genannt wurde, gekreuzt wurden. Im Gegensatz zu der älteren Rechtstadt, der sie in rechtlicher Hinsicht zugehörte, zeigte die neue Siedlung ein mehr ländliches, dörfliches Gepräge. Zwischen den

Grundstücken befanden sich allenthalben, besonders in den Querstraßen, größere unbebaute Plätze, auf denen Stallungen und Höfe errichtet wurden und die wohl mehrfach auch als Gärten Benutzung fanden.

Zwischen 1360 und 1380 fand hier eine rege Bautätigkeit statt, durch die vor allem die Lücken in den Hauptstraßen ausgefüllt wurden. Auch wurden auf dem Fischmarkt in der Nähe des Schlosses eine Anzahl von Grundstücken neu ausgegeben. Gegen Ende des Jahrhunderts war das neue Stadtgebiet bereits so weit mit Wohnstätten angefüllt, daß es bis auf geringe Veränderungen in der Folgezeit allen Bedürfnissen der sich stetig vermehrenden Bevölkerung zu genügen vermochte.

Gleichzeitig mit seiner Bebauung wurde für die junge Siedlung ein eigenes Gotteshaus errichtet, die Johanniskirche, die 1353 schon vorhanden war. Sie war zunächst dem Pfarrer von St. Katharinen unterstellt, zu dessen Sprengel ursprünglich alle vor den Toren der alten pommerellischen Stadt gelegenen Niederlassungen gehörten. Doch durfte in ihr, obwohl sie erst 1454 zu einer selbständigen Pfarrkirche erhoben wurde, wie in allen anderen Pfarrkirchen der Gottesdienst uneingeschränkt abgehalten werden.

Die Besiedlung der Neustadt war in wenigen Jahrzehnten erfolgt, da sich ihr seit der Mitte des 14. Jahrhunderts die Einwanderung in erster Reihe zugewendet hatte. Regellos, nur durch die vorher vermessenen Straßenzüge in der Richtung bestimmt, in der die Bebauung des Geländes vor sich gehen sollte, wurden die neuen Bürger auf der Stadtflur angesiedelt. Da die Grundflächen von dem Siedler zu Leiherecht erworben, nicht gekauft wurden, spielte das Vermögen des Einwanderers keine ausschlaggebende Rolle. Der Rat konnte jedem so viel zuweisen, als es ihm beliebte und die Rücksicht auf die anwachsende Bevölkerung gestattete. So hatten sich in buntem Wechsel größere und kleinere Grundstücke aneinandergereiht, zumal Landesherrschaft und Stadtregiment darauf verzichtet hatten, den Grundbesitz des einzelnen Bürgers auf bestimmte Maße zu beschränken.

Die Entwicklung der Gemeinde litt keinen Stillstand. Manche Plätze waren ehemals nur zur Errichtung von Ställen und Buden, vielleicht auch zum Weiden von Kleinvieh ausgegeben worden. Je stärker aber die Einwohnerzahl anwuchs und je rascher der bebaubare Raum des Stadtgebietes zusammenschrumpfte, um so schneller stieg der Wert der Flächen, die bisher frei gelegen oder nur bescheidenen Baulichkeiten Raum geboten hatten. Es wurde deshalb notwendig, den landwirtschaftlichen Nebenbetrieb des bürger-

lichen Haushaltes auf die Stadtfreiheit zu verweisen, die sich außerhalb der Stadtmauern ausdehnte.

Dem Fortgang der Innensiedlung, der das Verschwinden der kleineren und leeren Hofstätten zur Folge hatte, entsprach daher die Begründung der Vororte, in welche die ländliche Tätigkeit der Bürgerschaft verlegt wurde. In den sechziger und siebziger Jahren, in denen die Neustadt bebaut wurde, entstanden die Straßen der Vorstadt. Die Lastadie wurde 1361, die Fleischergasse, die zuerst Wolfshagen genannt wurde, seit 1362, der Poggenpfuhl seit 1368 besetzt. Um die Wende des 14. Jahrhunderts wurde die Petri- und Paulikirche gegründet, die 1425 nach einem verheerenden Brande wieder hergestellt wurde. Sie diente als Pfarrkirche der Vorstadt, die des Mauerschutzes noch lange entbehrte und vornehmlich mit Gartenplätzen angefüllt war. 1422 wurde auch der Bau des Franziskanerklosters begonnen, dessen Kirche der Heiligen Dreifaltigkeit geweiht war.

Während die Koggenbrücke, die heutige Grüne Brücke, zu den ausgedehnten Speicheranlagen auf dem rechten Mottlauufer hinüberführte, stellte die Kuhbrücke die Verbindung mit dem Küttelhof der Fleischer her. Zum Schutz dieser gewerblichen Anlagen wurde schon vor 1355 eine künstliche Abzweigung der Mottlau um sie herumgeleitet, der Neue Graben, der heute Neue Mottlau genannt wird.

Jenseits dieses Grabens wurden seit 1371 die Röperbahnen der Seilmacher und Gärten errichtet, zu denen sich bald auch die Mattenbuden gesellten, Plätze, auf denen Matten gebunden wurden. An der Grenze der Stadt und der Ländereien des Ordens wurde der 1421 zum ersten Male genannte Englische Damm angelegt, an dem sich die in der Stadt vielfach bedrängten englischen Kaufleute anzusiedeln pflegten. Für die Bewohner dieses neuen Stadtgebietes war das mit einer Kapelle verbundene Hospital St. Barbara auf Langgarten bestimmt.

Zu derselben Zeit entstanden auch die ersten Gärten an dem Bischofsberg und der Sandgrube, am Wege nach Schidlitz und am Hagelsberg. Doch haben es diese Niederlassungen niemals zu einer ähnlichen Geschlossenheit gebracht, wie sie die übrigen vor den Mauern der Rechtstadt entstandenen Ansiedlungen aufwiesen, die sich bald als besondere Stadtbezirke aus ihrer ländlichen Umgebung heraushoben.

Auch im Norden der Rechtstadt zeigte sich auf dem bisher stets unbebauten Gelände westlich der Katharinenkirche eine rege Siedlungstätigkeit. Hier hatte der Orden, um den Bedürfnissen des Komtureibezirkes zu genügen, gewaltige gewerbliche Anlagen

geschaffen. Von der Radaune bei Gischkau war bereits vor 1338 am Rande der Höhen entlang ein Kanal nach Danzig geleitet worden, der hier Wasserwerke betreiben und die Stadt mit Trinkwasser versorgen sollte. Der Kanal floß am Rande des Holzmarktes und des Hakelwerkes auf geradem Wege dem Schloßgraben zu, wo er die Schneidemühle des Ordens trieb. Da jedoch sein Gefälle nicht ausreichte, um eine größere Anzahl von Mühlen im Gang zu halten, wurde wenige Jahrzehnte später, jedenfalls vor 1355, ein neuer Kanal angelegt, der sich oberhalb von Ohra von dem alten Kanal abzweigte, an Petershagen und der Sandgrube vorbei der Katharinenkirche zuführte und schließlich kurz hinter dem Einfluß der Mottlau in die Weichsel einmündete.

Diese beiden Kanäle, die als Radaune und Mühlgraben voneinander unterschieden wurden, waren die Träger der wirtschaftlichen Entwicklung der Altstadt, jener neuen Niederlassung, die sich allmählich im Anschluß an das Hakelwerk entwickelte und daher wie dieses als das Gebiet des ältesten Danzigs, als die alte Stadt bezeichnet wurde. In schneller Folge wurden an dem Mühlgraben Schleifmühlen, ein Kupferhammer, eine Loh- und Walkmühle für die Gerber und Wollweber und die große Kornmühle erbaut, die noch heute von der wirtschaftlichen Fürsorge des Ordens Zeugnis ablegt.

Vor den Toren der Rechtstadt erhob sich somit eine fabrikreiche Vorstadt, die zwar verfassungsrechtlich mit der älteren Stadt in keiner Beziehung stand, doch schon bald auch auf die Entfaltung der rechtstädtischen Gewerbe bedeutenden Einfluß gewann. Dagegen trat der Handel im wirtschaftlichen Leben der Altstadt zur Ordenszeit ganz zurück. Da sich die Handwerker in nächster Nähe ihrer Werkstätten ansiedelten, entstanden, dem Laufe der Kanäle entsprechend, zwei zunächst getrennte Stadtbezirke, deren einer dem älteren Radaunekanal folgend sich zwischen dem Graben der Rechtstadt und dem Hakelwerk hinzog, während sich der andere in der Richtung der alten kaschubischen Landstraße, der heutigen Pfefferstadt, erstreckte. Erst nachdem zu Beginn des 15. Jahrhunderts auch das Gebiet am Schüsseldamm mit der Altstadt vereinigt war, wuchs die neue Stadtanlage zu einem geschlossenen Gebilde zusammen.

Die einzigartige Bedeutung, die den Gewerbebetrieben der Altstadt für die ganze Komturei zukam, veranlaßte den Orden, die sich allmählich vergrößernde Ansiedlung weit enger an sich zu fesseln, als er es sonst zu tun pflegte. Der Orden blieb unumschränkter Grundherr des Stadtgebietes; er erteilte den Gewerbetreibenden ihre Privilegien und wies den neuen Siedlern Bauplätze an. Erst

kurz vor 1377 wurde die aufstrebende Gemeinde zur Stadt erhoben, die sich fortan mit Rat und Schöffen selbst verwalten sollte.

In einiger Entfernung von der Altstadt wurde ferner 1380 vom Orden eine weitere Stadtanlage, die Jungstadt, ins Leben gerufen, die noch weit mehr unter der unmittelbaren Aufsicht des Landesherrn stand und deren Begründung zwei Lokatoren anvertraut wurde. Da die Jungstadt später völlig zerstört wurde, haben sich von ihr keinerlei Überreste mehr erhalten, so daß ihre Lage nicht genau bestimmt werden kann. Nur soviel läßt sich sagen, daß sich ihre Straßen ungefähr auf dem Gelände erstreckten, das heute durch die Schichaugasse durchquert wird, und bis an die Weichsel heranreichten. Obwohl die Jungstadt für den Handel günstiger gelegen war, vermochte sie die wirtschaftliche Vorherrschaft der Rechtstadt nicht zu erschüttern.

Denn trotz der zahlreichen Niederlassungen, die im Laufe des 14. Jahrhunderts um die Rechtstadt herum entstanden waren, bildete sie nach wie vor den Mittelpunkt der Danziger Siedlung. Selbst die Vorstädte, die sich im engsten Anschluß an die Rechtstadt und die mit ihr verbundene Neustadt entwickelten, blieben in ihrer räumlichen Ausdehnung stets hinter ihr zurück. Während im Jahre 1357 die Rechtstadt 847 Grundstücke umfaßte, entfielen auf die Neustadt zu beiden Seiten der Dämme trotz ihrer großen Zahl kleinerer Erben nur 391 Grundstücke. 25 Jahre später, als die Besiedlung der Neustadt bereits im wesentlichen abgeschlossen war, standen sich 895 und 501 Grundstücke gegenüber. Der geringe Zuwachs, den die Rechtstadt erfahren hatte, wurde durch die starke Vermehrung des neustädtischen Grundbesitzes reichlich aufgewogen.

Die Gesamtsumme der Grundstücke innerhalb der Mauern der Rechtstadt betrug 1238 im Jahre 1357 und stieg bis zum Jahre 1382 auf 1396 an. Mochte auch das Stadtgebiet für die Zukunft kaum mehr freien Raum für neue Ansiedlungen enthalten, so konnte doch durch Zerlegung älterer Erben die Zahl der bürgerlichen Grundstücke noch bedeutend vermehrt werden. Zudem vergrößerte sich die Zahl der Personen, die aus dem Grund und Boden der Stadt Nutzen zogen, noch dadurch, daß im Laufe der Jahrzehnte das Eigentum am städtischen Grundbesitz vielfach geteilt ward und zahlreiche Renten und Verschreibungen auf die einzelnen Grundstücke aufgenommen wurden. Gegen Ende des 14. Jahrhunderts zählte die alte Rechtstadt 936, die Neustadt 531, die ganze Siedlung 1467 Personen, die an bürgerlichen Liegenschaften Eigentumsrechte besaßen.

In ihrer Größe wiesen die Grundstücke zahlreiche Unterschiede auf. Von besonderer Wichtigkeit war die Breite, die das Grund-

stück einnahm, da sich nach ihr sein Bodenwert und seine Veranlagung zur Grundsteuer richteten. Die durchschnittliche Breite betrug in der Rechtstadt 4 bis 6 Meter, die Länge bis zu 30 Metern. Entsprechende Maßverhältnisse hatte der Grundbesitz der Neustadt, wo die Häuserbreiten zwischen 4 und 9 Metern und die Längen zwischen 4 und 28 Metern schwankten; doch kamen an einigen Stellen auch weit größere Ausmessungen vor.

Die Wohnhäuser waren zur Ordenszeit noch überwiegend aus Holz oder Fachwerk erbaut und mit Rohr oder Stroh gedeckt. Steinhäuser waren sehr selten und wurden als Ausnahmen stets hervorgehoben. Trotzdem konnte das einzelne Grundstück, da es außer dem Wohnhause meist noch Keller und Hinterräume enthielt, mehreren Familien Unterkunft gewähren. Die ältesten Stadtteile waren am dichtesten bewohnt. Am Rande der Siedlung zogen sich schwächer bevölkerte Streifen hin. Im Mittel wohnten in der Rechtstadt etwa sieben Personen auf einem Grundstücke. Die größte Behausungsziffer wies unter den Straßen der Rechtstadt die Langgasse auf; ihr folgten die Wollwebergasse und Häkergasse.

Erst in bescheidenen Anfängen zeigte die mittelalterliche Stadt die Ausgestaltung bestimmter Verkehrsmittelpunkte. Nur um den Markt pflegten sich die Häuser enger zusammenzuschließen. Wie das vielgieblige Gewirr der Dächer und das Auf und Ab der Türme schon von weitem den Städten ein eigenartiges, wechselvolles Aussehen verlieh, so zeigte auch ihr Aufbau ein buntes Durcheinander größerer und kleinerer Gebäude. Zwischen eng bebauten Flächen luden leere Plätze künftige Siedler zur Niederlassung ein; Grundstücke mit hoher standen neben solchen mit geringer Bewohnerzahl, Patrizier wohnten neben minderbegüterten Handwerkern.

Die soziale Schichtung der Bürgerschaft prägte sich in der Besiedlung des Stadtgebietes nur darin aus, daß die Arbeitsgenossen, soweit es möglich war, dieselben Straßen bewohnten. Schon in früher Zeit deuten die Straßennamen auf das Vorhandensein von bestimmten Gewerben hin. Doch darf dabei nicht übersehen werden, daß die Straßen ihre Bezeichnung meist schon erhalten hatten, bevor das Handwerk eine genossenschaftliche Abschließung erfahren und seine Vertreter sich in größerer Zahl nebeneinander angesiedelt hatten. Denn die Straßen wurden ursprünglich nicht nach den Zünften, sondern nach einzelnen, dort wohnenden Handwerkern und Gewerbebetrieben, einem Brauhause, Brot- und Fleischbänken, benannt. Indem sich dann später in ihrer Nachbarschaft mehr Personen niederließen, die das gleiche

Handwerk ausübten, empfing die Straße ein ausgesprochen zunftmäßiges Gepräge.

Wie schon in der pommerellischen Zeit waren auch fortan die Bewohner der Stadt in überwiegender Mehrzahl deutscher Herkunft. Die Zahl der slawischen Einwohner war verschwindend gering. In einem Steuerregister aus dem Jahre 1377 werden außer 2 Preußen nur 23 Polen und 4 Kaschuben genannt. Wie sich aus ihren meist deutschen Vornamen ergibt, hatten aber auch sie sich der deutschen Bevölkerung kulturell bereits völlig angeglichen.

Seit 1350 fand eine sehr bedeutende Einwanderung nach Danzig statt, so daß in einigen Jahren sogar 300 Personen das Bürgerrecht erwarben. In den Jahren 1371—1380 wurden durchschnittlich je 192 neue Bürger aufgenommen; in dem Zeitraum von 1381—1410 jährlich etwa 165. Erst nach dem unglücklichen Kriege mit Polen ging die Zahl der Einwanderer zurück und belief sich von 1411—1420 nur auf jährlich 130 und von 1421—1430 auf 147 Personen.

Der rege Handelsverkehr, der in dieser Zeit die an der Ostsee gelegenen Städte verband, führte Einwanderer aus Vorpommern, Mecklenburg und Holstein, sogar aus Oldenburg herbei. Die alten Familienbeziehungen, die schon im 13. Jahrhundert Danzig und Lübeck verknüpft hatten, wurden weiter fortgesetzt und neue Verbindungen mit den großen Hansestädten des Westens, vor allem Köln und Dortmund aufgenommen. Zahlreich waren auch die Einwanderer aus Mitteldeutschland, besonders aus dem viel älteren Kolonialgebiet zwischen Saale, Elbe und Oder. Von den schlesischen Städten entsandten neben anderen Sagan, Glogau, Schweidnitz und Hirschberg Bürger nach Danzig. Der weitaus größte Teil der Einwanderer stammte aber aus Hannover und Westfalen.

Bei der wachsenden Bedeutung Danzigs konnte es auch nicht ausbleiben, daß die Stadt zu einem Sammelpunkt aller aufwärts strebenden Kräfte des gesamten Ostens wurde. Aus Pommern und dem Ordenslande zogen sie dem aufblühenden Handelsplatze zu. Aus dem Herzogtum Pommern gaben Anklam, Wollin, Pyritz, Belgard, Rügenwalde und Schlawe Einwohner nach Danzig ab. aus dem Bistum Kamin die Städte Kamin, Köslin und Kolberg. Ebenso entstammten viele Einwanderer den Städten des Weichsellandes und den Ortschaften Pommerellens.

Die Bevölkerung Danzigs ergänzte sich somit aus denselben Gegenden, aus denen auch die Besiedler des flachen Landes hergekommen waren. Aus Mittel- und Westdeutschland wanderten

unternehmungslustige Händler und Handwerker in die Ostmark, um sich in dem mächtigen Ordensstaate eine neue Heimat zu begründen. Süddeutschland scheint sich dagegen an der Besiedlung der Stadt garnicht beteiligt zu haben. Mochten auch zahlreiche Einwanderer ursprünglich in Dorfgemeinden ansässig gewesen sein, so setzte sich doch die Mehrzahl aus dem freien Bürgertum der deutschen Städte zusammen. Sie verpflanzten nach Danzig die im Deutschen Reiche üblichen Handelssitten und Verwaltungsgebräuche. Wie der Staat des Ritterordens, pflanzten auch seine Städte die fortgeschrittene Kultur des Westens fort.

Um das Jahr 1380, als die Besiedlung Danzigs zu einem gewissen Abschluß gekommen war, zählte die Stadt innerhalb der Befestigungen etwa 10 000 Einwohner. Sie stand damit Königsberg gleich und nur wenig hinter Breslau zurück. Von Lübeck mit seinen 17 000 Einwohnern wurde sie dagegen noch weit übertroffen. Durch die weitere Einwanderung und die natürliche Vermehrung der Bevölkerung nahm in den folgenden Jahrzehnten die Einwohnerzahl erheblich zu. Für das Jahr 1416 wird die Bevölkerung Danzigs in der Rechtstadt auf 15 000 Einwohner geschätzt und mag mit der Altstadt und Jungstadt zusammen etwa 20 000 Personen umfaßt haben.

Handwerk und Handel

Obwohl die Bevölkerung der Rechtstadt überwiegend im Handel und Handwerk tätig war, ging bei vielen Bürgern noch landwirtschaftliche Beschäftigung nebenher. Denn die meisten Einwohner waren Ackerbürger, die in ihren Gärten die für den häuslichen Bedarf notwendigen Gewächse anbauten. Noch am Ende des 15. Jahrhunderts mußte dem Umhertreiben der Schweine auf den Straßen Einhalt geboten werden; und ein Viehmeister, Kuh- und Schweinehirten zählten zu den regelmäßigen Angestellten der Gemeinde. Auch kam es nicht selten vor, daß vermögende Bürger größere ländliche Grundstücke außerhalb der Stadt in ihren Besitz brachten.

Die Mehrzahl der Bürgerschaft lebte anfangs vom Handwerk; später kehrte sich das Verhältnis zugunsten des Handels um. Von 2355 Personen, die eine Steuerliste des Jahres 1416 aufführt, waren nicht weniger als 1081 selbständige Handwerker. Die einzelnen Handwerker waren in genossenschaftlichen Verbänden, den Gewerken, zusammengeschlossen, die neben wirtschaftlichen auch kirchlichen und geselligen Zwecken dienten. Sie standen unter der Aufsicht der städtischen Obrigkeit, die sich bei ihren Zusammenkünften durch ein Mitglied des Rates vertreten ließ und in der Rolle dem Gewerk Vorschriften für die Ausübung des Gewerbes erteilte. Doch waren zur Ordenszeit noch lange nicht alle Gewerbe in Zünften zusammengefaßt. Während die Fleischer, Bäcker und Schmiede zu den ältesten Zünften gehörten, wurden sie an Zahl von den Brauern übertroffen, deren Gewerk 1416 nicht weniger als 378 Mitglieder zählte. Die Gesellen waren noch ganz ihren Meistern unterstellt. Nur die Knechte der großen Kornmühle und die Leinwebergesellen hatten bereits eigene Verbände begründet.

Der Rat förderte die Entwicklung der städtischen Gewerke, indem er ihnen besondere Plätze zur Ausübung ihres Gewerbes einräumte. Die Schuhmacher erhielten einen Gerbehof am Vorstädtischen Graben, die Fleischer außer dem Küttelhof, der ihnen 1331 verliehen war, eine Anzahl Wiesen bei Neuendorf. Der Verkauf des frischen Fleisches geschah bei den Fleischbänken, die sich seit 1347 in einer Quergasse zwischen der Frauengasse und der

Heiligen-Geistgasse in unmittelbarer Nähe der Marienkirche befanden. Der lebhafte Verkehr mit Fleischwaren machte das Verbot nötig, daß niemand Ferkel, Körbe mit Fleisch und halbe Fleischrümpfe vormittags durch die Kirche tragen sollte. Die Brotbänke lagen in der nach ihnen benannten Straße; mehrere Badestuben am Dominikanerkloster, in der Scharrmachergasse, Wollwebergasse und Hundegasse.

Die Verbindung Danzigs mit dem Deutschen Ritterorden war auch die Ursache für die gewaltige Ausdehnung und blühende Entwicklung, die der Handel im Laufe des 14. Jahrhunderts erlebte. Im Schutze der starken Militärmacht konnte der Kaufmann ungestört in die Fremde reisen und vermochte, vorher auf die gering bevölkerten und daher nur wenig abnahmefähigen Gebiete Pommerellens beschränkt, jetzt auch Beziehungen zu dem Preußenlande jenseits der Weichsel aufzunehmen. Zunächst stieß der Danziger Handel dabei zwar auf den Widerstand der dort gelegenen Handelsstädte. Wie Thorn den Verkehr mit Polen, Schlesien und Ungarn beherrschte, so pflegte die Einfuhr in das Ordensgebiet von der See her über Elbing zu erfolgen, das damals wohl noch durch ein Tief in der Frischen Nehrung mit der Ostsee in unmittelbarer Verbindung stand. Erst allmählich gelang es dem beharrlichen Vorgehen der Danziger Kaufleute, den Ostseehandel zu sich herüberzuziehen und auch die Weichselstädte, die vorerst von Elbing abhängig gewesen waren, wirtschaftlich an sich zu ketten.

Doch das Streben Danzigs ging noch viel weiter. Das Wachstum seiner Bevölkerung, die Vermehrung seiner gewerblichen Betriebe und die Ausbildung einer straffen, aber freiheitlichen Verfassung gestattete den Handeltreibenden bald, sich auch an den überseeischen Unternehmungen der deutschen Hanse zu beteiligen und eigene Flotten an die besuchtesten Plätze der Ostsee und Nordsee zu entsenden. Schon 1295 hatte sich Danzig unter den Städten befunden, die der Verlegung des Nowgoroder Obergerichts von Wisby nach Lübeck zugestimmt hatten. Im Jahre 1361 sandte es zum ersten Male einen seiner Ratsherrn, Gottschalk Nase, zu einem Hansetag nach Greifswald. Mochte es anfangs auch noch hinter Elbing und Thorn zurückstehen, so pflegte es doch seit 1377 auf keiner der hansischen Zusammenkünfte zu fehlen. Denn der Danziger Kaufmann hatte erkannt, daß er in der Fremde seinen wirtschaftlichen Vorteil nur in engster Gemeinschaft mit den Vertretern gleichstrebender deutscher Städte erringen könnte.

Die deutsche Hanse, eine echt mittelalterliche und doch auch von modernem, nationalem Geiste erfüllte Gemeinschaft zur Pflege und zum Schutze des deutschen Auslandshandels, beherrschte damals

den gesamten wirtschaftlichen Verkehr Nordeuropas. Die Schiffe ihrer Mitglieder fuhren von dem Finnischen Meerbusen bis zum Golf von Biskaya. Sie tauschten nordische Pelze, Hanf und Honig gegen die Früchte des Südens ein, sie verfrachteten die englischen Stoffe und flandrischen Tuche wie den schwedischen Hering und das preußische Getreide. Die fremden Staaten öffneten den rührigen Händlern bereitwillig ihre Grenzen und gestatteten ihnen die Anlage eigener Kontore, wo sie nach deutschem Recht ungestört ihrem Berufe nachgehen konnten.

Obwohl der Bund eines festen Zusammenschlusses und einer bestimmten Verfassung entbehrte, führten doch die gleichen Ziele die Städte immer wieder zusammen, so daß ihre vereinigten Machtmittel ihnen nicht selten gestatteten, ihren Feinden erfolgreich entgegenzutreten. Als König Waldemar von Dänemark ihren Wünschen zuwiderhandelte, eroberten sie Kopenhagen und zwangen ihn im Jahre 1370 zu dem Frieden von Stralsund. Der günstige Ausgang des Krieges, zu dem die preußischen Städte nach Kräften beigetragen hatten, brachte ihnen eine eigene Niederlassung zu Falsterbo auf Schonen ein, deren Besitz seit 1436 uneingeschränkt in der Hand Danzigs lag. Hier wurde der von heimischen Fischern gefangene Hering gesalzen und in Fässern verpackt, um im deutschen Binnenlande als willkommene Fastenspeise zu dienen. Die Zusammenkunft zahlreicher Schiffe aus allen Gegenden machte die Schonenfahrt zu einer bequemen Gelegenheit gegenseitigen Warenaustausches.

Auch nach England bestanden schon frühe Handelsbeziehungen; bereits seit 1337 sind englische Kaufleute in Danzig nachweisbar. Sie waren gerne gesehen, solange sie sich damit begnügten, die in der Stadt auf Stapel gelegten Güter ihrer Heimat zuzuführen. Seit 1390 war Danzig sogar der Sitz der Gesellschaft der englischen Kaufleute in der Ostsee, gleichwie der Stahlhof in London den Brennpunkt des deutschen Handels in England bildete. Nach England wurde vornehmlich Getreide und Eibenholz ausgeführt, das sogar aus den Karpathen und dem Salzkammergut bezogen und zur Anfertigung von Armbrüsten verwandt wurde.

Zu gleicher Zeit befand sich Danzig auch in einem immer lebhafter werdenden Verkehr mit den Niederlanden, vor allem mit dem Vorort der flandrischen Städte, Brügge, wo sich die Handelsstraßen des Südens mit denen des Nordens kreuzten. Hier traf der Preuße mit dem Italiener und Franzosen zusammen, lange bevor er seine eigenen Fahrten an die Küsten des Atlantischen Ozeans und des Mittelmeeres auszudehnen wagte. Die Bedeutung des Brüggischen Handels brachte es mit sich, daß die Danziger

Kaufleute dort vielfach Vertreter und Lieger unterhielten und mit den holländischen Kaufleuten Handelsgemeinschaften eingingen.

Von dem Umfang des Danziger Handels zeugt die Nachricht, daß 1351 in seinem Hafen nicht weniger als 60 Schiffe bei einem Unwetter gescheitert sind, und 1392 sollen 300 englische Schiffe gleichzeitig Getreide geladen haben. Der Wert der in diesen Jahren aus Danzig verschifften Waren belief sich 1389 auf 225 500 preußische Mark, eine Summe, der etwa 7 Millionen deutsche Reichsmark entsprechen würden. Kurze Zeit darauf erreichte der Wert des Warenumsatzes sogar den dreifachen Betrag.

Um die Jahrhundertwende trat im hansischen Handel eine bedeutsame Veränderung ein. Die ausländischen Staaten, in denen die deutschen Kaufleute bisher bedeutende Vorrechte besessen hatten, suchten sich mehr und mehr gegen die Fremden abzuschließen, um dem eigenen wirtschaftlichen Leben eine freiere Entfaltung zu ermöglichen. Auch wollten die englischen und holländischen Händler sich nicht mehr darauf beschränken, aus der Hand der Hansen die Güter des Hinterlandes in Empfang zu nehmen, sondern strebten darnach, mit diesem in unmittelbaren Verkehr zu treten. Indem aber damit das Stapelrecht der Städte gefährdet ward, wurde der Handel der Hansen in seinen Grundfesten erschüttert. Die drohende Gefahr führte zu engerem Zusammenschluß der Städte und veranlaßte sie zu schärferem Vorgehen gegen die ihre alten Rechte durchbrechenden Staaten.

Der Unwille der preußischen Städte richtete sich in erster Reihe gegen England, das ihren Bürgern neue drückende Zölle auferlegte. Obwohl Gegenmaßregeln der Städte und des Ordens nicht ausblieben, gelang es den Engländern, die allen Verordnungen hartnäckigen Widerstand entgegensetzten, ihren Eigenhandel in der Ostsee aufrecht zu erhalten und sich in einzelnen Fällen in Danzig sogar das Bürgerrecht zu verschaffen. Doch ward ihnen der Erwerb eines eigenen Kaufhauses, um dessen Anlage sie wiederholt nachsuchten, nicht gestattet, da die Überlassung von städtischem Grund und Boden an Ausländer den stets wohl beachteten und in der sogenannten Willkür zusammengefaßten bürgerlichen Gepflogenheiten widersprach. Erst als die Übergriffe Englands die gesamte Hanse zu tatkräftiger Abwehr aufriefen und im Jahre 1418 ein Danziger Handelsfahrzeug durch ein englisches Kriegsschiff aufgebracht worden war, bemühte sich der Rat, den Handel der Briten nach Möglichkeit zu unterbinden. Indem ihre Güter mit hohen Abgaben belegt und ihr Verkehr mit den Nichtbürgern streng untersagt wurde, fanden auf sie, wie in den andern Städten schon seit längerer Zeit, die Anordnungen des hansischen

Fremdenrechtes unbedingte Anwendung. Trotz manchen Schwankens stellte sich auch der Hochmeister auf die Seite seiner Städte und unterstützte die hansische Politik durch Handelsverbote gegen England. Wenn ihre Wirkung letzten Endes nur gering war, so beruhte der Mißerfolg auf dem wechselvollen Verhalten, zu dem sich der Hochmeister verleiten ließ, und auf dem Umstande, daß die übrigen preußischen Städte, die an dem englischen Handel nicht unmittelbar beteiligt waren, dem Vorgehen Danzigs ihre Unterstützung versagten.

Eine weitere große Gefahr erwuchs der Hanse im Jahre 1397 durch die Vereinigung der drei nordischen Staaten unter der Krone der Königin Margarete von Dänemark. Nur geschickter Politik gelang es, diese Staaten, die sich in der Kalmarer Union zusammengeschlossen hatten, einzeln gegen einander auszuspielen und den Übergriffen ihrer Herrscher gegen die wendischen Städte in Mecklenburg zu wehren. Für Danzig war besonders nachteilig die Erhebung von Durchfuhrzöllen im Sunde, die König Erich 1429 einführte. Da in derselben Zeit auch der Heringsfang auf Schonen zurückging, ward der Danziger Handel veranlaßt, sich ein neues Wirkungsfeld zu erobern, um die Verluste, die er in den wirtschaftlichen und politischen Kämpfen des Westens erlitten hatte, an anderer Stelle wettzumachen.

Während die Beteiligung Danzigs an dem russischen Handel in Nowgorod alle Zeit nur gering blieb, ward der Verkehr mit Litauen immer wertvoller, zumal nachdem die preußischen Städte in Kowno ein eigenes Kontor angelegt hatten, das unter der Aufsicht des Danziger Rates stand. Durch die in Kowno sich aufhaltenden Danziger Kaufleute wurde der Vertrieb der baltischen Erzeugnisse, vor allem von Wachs, Leder, Asche und Hanf nach dem Westen über Danzig vermittelt, wobei die Verschiffung der Waren zumeist auf den weniger gefahrvollen Binnenwasserstraßen über das Kurische und Frische Haff erfolgte. Als Gegenwert wurde dort in großem Umfang das dem Osten fehlende Salz eingeführt, das zunächst aus Lüneburg bezogen wurde, bis in späterer Zeit das französische Salz von der Westküste Frankreichs durch die Baienfahrten der Danziger zu einer gesuchten Handelsware wurde.

Weit später als mit den Gebieten jenseits des Meeres, trat Danzig mit dem Lande in wirtschaftliche Beziehung, auf das es durch die Natur am meisten hingewiesen zu sein schien. Erst um das Jahr 1400 begann der Handel mit Polen lebhafter zu werden. Diese zunächst auffallende Erscheinung hängt zum Teil damit zusammen, daß die aufstrebende Weichselstadt erst den Wettbewerb

von Thorn und Elbing, die bisher den polnischen Handel beherrscht hatten, überwinden mußte, bevor es ihr gelang, mit dem entfernteren Hinterlande in engeren Verkehr zu treten. Dazu kam aber noch weiterhin der Umstand hinzu, daß erst die politische Vereinigung Polens mit Litauen, der Sieg über den Orden und der ihm folgende kulturelle Aufschwung Polen mit der Steigerung seiner landwirtschaftlichen Erzeugung eine größere Ausfuhr gestattete.

Unter den Gütern, die aus Polen bezogen wurden, nahm das Holz, das in den weiten masowischen Wäldern gewonnen wurde, lange Zeit den ersten Platz ein. Der Holzhandel geschah schon damals in einer ähnlichen Weise, wie noch in neuerer Zeit, indem die Danziger Kaufleute den polnischen Flößern zum Ankauf des Holzes Gelder vorstreckten. Es konnte nicht ausbleiben, daß die ständige Beobachtung der politischen Verhältnisse Polens, vor allem die Aufrechterhaltung des Friedens zwischen diesem und dem Orden für den kreditgebenden Danziger Großkaufmann zunehmende Bedeutung erhielt, zumal sich der Holzausfuhr bald auch eine umfangreiche Verschiffung polnischen Getreides hinzugesellte. Die ostwestliche Richtung, die bisher der Danziger Handel verfolgt hatte, begann damit einer immer engeren wirtschaftlichen Verknüpfung von Norden und Süden zu weichen.

Verfassung und Verwaltung

Das Siegel, dessen sich die Rechtstadt Danzig während der Ordenszeit bediente, zeigt ein hochbordiges Schiff mit starkem Mast, das über das bewegte Meer hinweg einem in der Ferne blinkenden Sterne zustrebt. Die enge Beziehung, die zwischen dem überseeischen Handel und der Politik der Stadt bestand, fand darin einen sinnfälligen Ausdruck. Denn da auf dem Handel die Lebenskraft Danzigs beruhte, war es nur recht und billig, wenn die Leitung seiner politischen Angelegenheiten in den Händen jener Kreise der Bevölkerung lag, deren Arbeit und Weitblick es seinen Wohlstand zu verdanken hatte.

Wenn auch die Handfeste in gleicher Weise den Ratmannen und den Einwohnern Danzigs erteilt war, so verstand es sich damals doch von selbst, daß die innere Verwaltung und die Leitung der auswärtigen Politik wie zuvor dem Rate anvertraut blieb, der sich lediglich aus den Angehörigen der Kaufmannschaft zusammensetzte. Obwohl zunächst die Zahl seiner Mitglieder mehrfach schwankte, bildete sich schließlich die Gewohnheit heraus, die in der Ratsordnung von 1421 zum bindenden Grundgesetz erhoben wurde, daß dem sitzenden Rate, der die Geschäfte führte, der Bürgermeister, sein Stellvertreter und zwölf Ratsherren angehörten. Ihnen zur Seite stand bei allen wichtigen Vorfällen der gemeine Rat, dessen Mitgliederzahl nicht beschränkt war und der sich mehr und mehr zur politischen Vertretung des Patriziats ausbildete. Während die Zugehörigkeit zum gemeinen Rat erst mit dem Tode erlosch, pflegten die Mitglieder des sitzenden Rates jährlich zu wechseln. Doch war es üblich, daß, um die Fortführung der laufenden Verwaltung nicht zu behindern, der Kumpan des Bürgermeisters im nächstfolgenden Jahre den Vorsitz im Rate übernahm.

Zu den wichtigsten Aufgaben des Rates gehörte die Verwaltung des städtischen Grundbesitzes. Wie in den anderen Städten des Ordenslandes, waren auch in Danzig zwei Mitglieder des Rates als Bauherren eingesetzt, die nebst dem Stadtzimmermann bei allen Baustreitigkeiten als Sachverständige und Schiedsrichter heranzuziehen waren. Wer ein Haus bauen, abbrechen oder einen Keller ausmauern wollte, mußte sich zuvor auf dem städtischen

Bauamt nach den einschlägigen Bestimmungen erkundigen und die Erlaubnis des Rates einholen. Alle Besitzrechte mußten in die städtischen Erbbücher eingetragen werden, die für die Anerkennung der vor dem Stadtgericht angefochtenen Liegenschaftsrechte die Unterlage bildeten. Ebenso war über den Zuzug von Fremden und die Aufnahme von neuen Bürgern sorgsam zu wachen, um die einheimische Bevölkerung nicht unerwünschtem Wettbewerb auszusetzen.

Die Bestimmungen über die Ausübung des Handwerks, über die Bau- und Sicherheitspolizei und den Marktverkehr waren in der Willkür niedergelegt, die schon im 14. Jahrhundert vorhanden war, aber nur in einer erweiterten Fassung aus dem Jahre 1455 erhalten ist. Je mehr sich die Aufsicht des Rates auf den Lebenswandel und die Betätigung der Bürger ausdehnte, wurde sie zum maßgebenden Gesetzbuch der Stadtverwaltung.

Als Vertreter der Gemeinde hatte der Rat auch über die Erhaltung der kirchlichen Gebäude und die Verwaltung des Kirchenvermögens zu wachen. Obwohl das Patronat über die Marienkirche dem Orden vorbehalten war, gab der Rat Leibrenten auf sie aus, da er sich als ihren Eigentümer betrachtete. Auch pflegte er die Kirchenväter einzusetzen, die dem Pfarrer gegenüber die Rechte der Gemeinde und Stadtobrigkeit wahrnahmen. Die Ritter waren weit entfernt, die kirchliche Selbständigkeit der Bürgerschaft zu schmälern. Die Verwaltung des Heiligen-Geist-Hospitals, das 1333 schon erwähnt wird und 1357 nach der Tobiasgasse verlegt wurde, ward 1382 ausdrücklich dem Rate übertragen. Auch erteilte Hochmeister Paul von Rußdorf 1427 dem Bürgermeister und den Ratmannen das Recht, im Einvernehmen mit dem Pfarrer den Glöckner und Schulmeister der Marienkirche zu bestallen.

Die Rechtsprechung wurde nach kulmischem Recht durch den Richter und zwölf Schöffen wahrgenommen, die von dem Rate ernannt wurden. Wie mit der Aufsicht über die Kämmerei, den Artushof und die Pfahlkammer besondere Ratsherren beauftragt waren, so bildeten sich im Laufe der Zeit auch eigene Ausschüsse heraus, die über die Beachtung der Willkür und die Schlichtung der Schiffahrtsstreitigkeiten zu wachen hatten, so daß damit die Ansätze für den späteren Ausbau einer reich verzweigten Behördenordnung geschaffen waren.

Pflegte der Orden sich auch zwei Drittel der Gerichtsbußen und die Gerichtshoheit über die Land- und Wasserwege vorzubehalten, so griff er doch in die Verwaltung und Rechtsprechung des Rates und der Schöffen nur dann ein, wenn innerhalb der Bürgerschaft Unstimmigkeiten entstanden waren. Eine innere Zu-

neigung zu dem Patriziat war dabei nicht zu verkennen, obwohl auch dieses während der Regierung des Hochmeisters Winrich von Kniprode, der einige Jahre in Danzig Komtur gewesen war, die Oberhoheit des Ordens stärker spüren mußte. Nach seinem Tode machte sich der gemeine Rat, der gegenüber dem sitzenden Rat größere Bedeutung gewann, von dem Einfluß des Ordens unabhängiger. Es gelang ihm nicht nur, seine eigenen wirtschaftspolitischen Ziele oftmals gegen den Einspruch des Landesherrn durchzusetzen, sondern auch gegenüber den Versuchen der Handwerker, an der Verwaltung beteiligt zu werden, seine Selbständigkeit aufrecht zu erhalten.

Während im Jahre 1378 ein Aufstand der Gewerke noch mit leichter Mühe unterdrückt wurde, ließ sich auf die Dauer das politische Streben der unteren Schichten nicht niederhalten. Es fand seine erste Erfüllung, als im Jahre 1411 der Orden als Gegengewicht gegen den Rat, der nach der Tannenberger Niederlage zu Polen abgefallen war, eine Anzahl Handwerker in die höchste städtische Körperschaft berief. Doch währte dieser Zustand nur kurze Zeit, da nach der Absetzung des tatkräftigen Hochmeisters Heinrich von Plauen die Patrizier wieder die freie Rats- und Schöffenwahl durchzusetzen und die Handwerker aus dem Rate zu verdrängen vermochten.

Die Folge war ein blutiger Aufruhr der Gewerke, der im Juni 1416 ausbrach und zur Vertreibung des alten Rates führte. Die politisch unbefriedigten und durch die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse erbitterten Massen stürmten das Rathaus und den Münzhof des Ordens in der Hundegasse. Die Häuser des Bürgermeisters Gert von der Becke und des Schöffen Lukas Mekelfelt wurden erbrochen und geplündert, die am meisten gehaßten Ratsherren mußten aus der Stadt entweichen. Da die erregten Handwerker aber einer einsichtigen und maßvollen Leitung entbehrten, vermochten sie wohl die bisherige Verfassung niederzureißen, ohne auf ihren Trümmern das Gebäude einer neuen Staatsordnung errichten zu können. So sahen sie sich schon nach wenigen Wochen gezwungen, mit dem Orden in Verhandlungen einzutreten, die mit ihrer völligen Unterwerfung endigten. Der Hochmeister, der in der Aufsässigkeit der Gewerke eine Auflehnung gegen die Staatsgewalt erblickte, setzte ein strenges Strafgericht ein, durch das die Haupträdelsführer zum Tode verurteilt, die übrigen mit Verbannung und Einziehung ihres Vermögens bestraft wurden. Dazu wurde der widerspenstigen Stadt die hohe Buße von 24 000 Mark auferlegt, die durch eine alle Einwohner erfassende Steuer aufgebracht werden mußte. Der Sieg des

Patriziats, das sich nun wieder mit dem Orden versöhnte, war unumschränkt. Die Waffen der Bürgerschaft mußten fortan unter der Obhut des Rates aufbewahrt werden, die Morgensprachen der Handwerker wurden verboten und die Gewerke verpflichtet, bei Änderung ihrer Satzungen die Zustimmung des Rates einzuholen.

Erst gegen das Ende der Ordenszeit trat eine Mitwirkung der Gemeinde, vor allem der Älterleute der Gewerke an der Beratung der politischen Angelegenheiten wieder hervor. Gleichwie die Schöffen sich mehr und mehr zu einer politischen Körperschaft, umgestalteten, wurde auch die Gesamtheit der Bürger fortan öfters um ihre Zustimmung bei wichtigen Regierungsgeschäften ersucht. So bildeten sich allmählich seit der Mitte der dreißiger Jahre des 15. Jahrhunderts die Anfänge der drei Ordnungen heraus, auf denen in Zukunft die Verfassung Danzigs beruhen sollte. Maßgebend für diese Entwicklung war weniger der Zwang der inneren Verhältnisse, als die Absicht des Rates, seine Politik, die im Gegensatz zu früher jetzt häufiger gegen die Landesherrschaft gerichtet war, auf breitere Massen der Bevölkerung zu stützen. Auch wollte er durch ein gewisses Entgegenkommen die neu sich regenden Kräfte auf seine Seite ziehen, bevor der Orden, der die demokratische Entwicklung seiner Städte aufmerksam verfolgte, versuchen würde, die unteren Schichten der Bürgerschaft an sich zu fesseln.

Der Ausbau der inneren Verfassung sollte dazu beitragen, die Macht der Stadt für die bevorstehenden äußeren Kämpfe zu verstärken. Es war eine unselige Fügung des Schicksals, daß Danzig diese Macht zuerst gegen den Orden erproben und verwenden mußte, und daß der Kampf der Stadt um größere Freiheit innerhalb des Staates gerade in dem Augenblick zum Austrag gelangte, als der Staat selbst und damit auch seine Stände durch das erstarkende Polenreich in ihrer völkischen Eigenart und staatlichen Unabhängigkeit auf das äußerste bedroht wurden.

Über die letzten Gründe dieser Entwicklung, die schließlich zur Auflösung des Ordensstaates und zur Unterordnung der westpreußischen Stände unter die Krone Polens geführt hat, ist stets viel gestritten worden. Auch wurde das Vorgehen Danzigs nicht selten dadurch falsch gedeutet und unzutreffend bewertet, daß in jene Zeit irrtümlich moderne politische Anschauungen und nationale Gegensätze hineingetragen wurden. Es kann aber kein Zweifel sein, daß ein nationaler Gegensatz zwischen dem Orden und seinen Städten niemals bestanden hat. Ritter und Bürger fühlten sich in gleicher Weise als Glieder des deutschen Volkes und Träger derselben altererbten Kultur, mit deren Hilfe jeder an seinem

Platze und nach seinem Vermögen das unwirtliche Weichselland zu einer der fortgeschrittensten Landschaften Europas umgeschaffen hatte.

Auch der wirtschaftliche Gegensatz, der um die Wende des 14. Jahrhunderts zwischen der Stadt und dem Orden in Erscheinung trat, darf für das Verhältnis, das in den folgenden Jahrzehnten zwischen ihnen bestand, nicht als entscheidend angesehen werden. Zwar sind die Schäffer und Lieger des Ordens, der mit den Erzeugnissen seines Landes, vornehmlich Getreide und Bernstein, in größerem Umfange Eigenhandel zu treiben begann, nicht selten mit den Städtern in eifrigen Wettbewerb getreten. Doch ließ gerade diese selbständige, wirtschaftliche Betätigung die Ritter die handelspolitischen Wünsche ihrer Städte nicht nur um so besser verstehen, sondern veranlaßte sie auch, sich an den Unternehmungen der Hanse selbst nach Kräften zu beteiligen. Kein Wunder, wenn zwischen dem Orden und der Bürgerschaft zahlreiche kaufmännische Beziehungen angeknüpft wurden, die ihr Wohl und Wehe immer enger miteinander verbanden.

Wenn trotzdem im Laufe der Zeit die Eigenwirtschaft des Ordens Gegensätze und Zwiespältigkeiten herbeiführte, so ist die Entfremdung weniger als Schuld der Ritter zu betrachten, als aus dem Zwang der Verhältnisse zu erklären. Denn je mehr der Orden seine Handelsgeschäfte ausdehnte und den Verdienst aus ihnen zu einer wesentlichen Einnahmequelle seines Staates machte, je mehr er bei dem Ausbau seiner Landesherrschaft das zunächst lockere Gefüge des ihm eingeordneten Untertanenverbandes zu einem, alle Gebiete des Lebens umgreifenden und alle Schichten der Bevölkerung erfassenden Staatswesen umzugestalten suchte, um so weniger konnte er den einzelnen Städten und Ständen unbeschränkte Freiheit gestatten und mußte danach trachten, ihren den Ausbau des Staates gefährdenden Bestrebungen zum Besten der Gesamtheit entgegenzuwirken. So war es letzthin der in der Entwicklung aller modernen Staaten auftretende Gegensatz von Landesherrschaft und Ständen, der sich auch in dem Verhältnis Danzigs zum Orden geltend machte und der um so mehr sich herausbilden mußte, als Stadt und Staat ihre Eigenart und die in ihnen beschlossenen Kräfte zur vollen Entfaltung bringen wollten.

Es war das Verhängnis des Ordens, daß die erste Verschärfung dieses Gegensatzes mit seinem unglücklichen Kriege gegen Polen zusammentraf. Die schwierige Lage, in die der Orden dadurch von außen her geriet, hat dazu beigetragen, seinen Widerstand gegen die innere ständische Bewegung zu schwächen, und auch die Stadt Danzig veranlaßt, dem Orden mit weitgehenden Forde-

rungen bereits in einer Zeit entgegenzutreten, in der sie zu ihrer Durchsetzung aus eigener Kraft noch gar nicht fähig gewesen wäre. Nichts ist für die Unfertigkeit der Verhältnisse bezeichnender, als die planlose Haltung, die Danzig in dem Kriege des Ordens gegen König Jagiello eingenommen hat.

Als nach der Niederlage der Ritter bei Tannenberg am 15. Juli 1410 das polnische Heer, ohne Widerstand zu finden, auf Marienburg zurückte, bemächtigte sich der Bewohner Preußens allgemeine Kopflosigkeit. Die Aussicht auf die Wiederherstellung der Ordensherrschaft erschien allen so gering, daß selbst die Bischöfe, der Landadel und die Städte sich beeilten, dem siegreichen Könige zu huldigen. Sie gaben sich der Hoffnung hin, daß sie sich dadurch am besten vor der Einbeziehung in die kriegerischen Verwicklungen bewahren und durch baldige Unterwerfung Rechte und Freiheiten verschaffen könnten, deren sie bisher hatten entbehren müssen.

Auch in Danzig, das von unmittelbarer Bedrohung noch weit entfernt war, glaubten weite Kreise dem Beispiel, das Elbing und Thorn schon gegeben hatten, folgen zu müssen. Unter dem Einfluß des Bischofs Johann von Leslau begab sich Konrad Letzkau, der bereits mehrere Jahre das Amt eines Bürgermeisters verwaltet und auch dem Orden wertvolle Dienste geleistet hatte, in das Lager Jagiellos vor Marienburg. Der König, der sich schon als unumschränkter Rechtsnachfolger des Deutschen Ordens betrachtete, kam den Wünschen der Stadt gern entgegen, indem er am 5. August 1410 ihrem Gebiet die Dörfer Praust, Heinrichsdorf, Ohra, Wonneberg, Hochzeit und Reichenberg zusprach, den Bürgern freie Fischerei und Holzung an der Küste gestattete und der Gemeinde außer dem Patronat über die Marienkirche auch die Hälfte der Einkünfte von der großen Mühle zuerkannte. Wenige Tage später wurde Danzig gemeinsam mit den anderen größeren Städten noch das Münzrecht, die Verfügung über die Getreideausfuhr, die Aufsicht über den Hafen und freier Handelsverkehr im polnischen Reiche bewilligt.

Unterdessen war es in Danzig zwischen den Bürgern und der Besatzung der Burg zu mehrfachen Streitigkeiten gekommen; auch wurden einige Anhänger des Ordens widerrechtlich hingerichtet. Dennoch gelang es dem Komtur Johann von Schönfeld, sich im Besitze des Schlosses zu behaupten, bis durch den Abbruch der Belagerung der Marienburg am 22. September und den fluchtartigen Rückzug der Polen die Herrschaft des Ordens wieder gesichert war. Jetzt rächte sich die übereilte Politik, die Danzig verfolgt hatte. Ehe es noch in den Genuß der soeben erworbenen Rechte eingetreten war, sah es sich gezwungen, die Beziehungen

zum Orden von neuem aufzunehmen und sich ihm Mitte Oktober vorbehaltlos zu unterwerfen.

Es zeugt von der Weisheit und Maßhaltung des Hochmeisters Heinrich von Plauen, daß er die Stadt für ihren Abfall ungestraft ließ und sich auch nicht scheute, den Bürgermeister Letzkau sogleich wieder mit politischen Aufträgen zu betrauen. Trotzdem glückte es ihm nicht, den Rat und die Bürgerschaft seinen Wünschen geneigt zu machen. Sie weigerten sich nicht nur, für die Fortsetzung des Krieges gegen Polen Mannschaften zur Verfügung zu stellen, sondern sie lehnten auch, im Unterschied von den anderen Städten, es rundweg ab, sich an der allgemeinen Vermögenssteuer zu beteiligen, die der Hochmeister im Februar 1411 ausschreiben mußte, um den Verpflichtungen, die er im Thorner Frieden übernommen hatte, nachkommen zu können.

Die Gegensätze spitzten sich schließlich so zu, daß offene Feindseligkeiten zwischen der Stadt und den Rittern ausbrachen. Der Komtur sperrte den Handelsverkehr zu Lande und zu Wasser, um die Stadt durch Unterbindung ihrer wirtschaftlichen Lebensader zur Nachgiebigkeit zu zwingen; die Bürger begannen ihre Befestigungen gegen die Burg hin zu verstärken. Ehe jedoch der Kampf von beiden Seiten mit aller Macht aufgenommen wurde, fanden nochmals Verhandlungen statt, die am 5. April zum Abschluß eines Vertrages führten, nach dem die Beilegung der Streitigkeiten weiteren Beratungen mit dem Hochmeister vorbehalten wurde.

Aber schon am nächsten Tage erhielt die politische Lage eine neue Wendung, als die Bürgermeister Konrad Letzkau und Arnold Hecht und der Ratsherr Bartel Groß, die den Komtur Heinrich von Plauen, den jüngeren Bruder des Hochmeisters, auf dem Schlosse aufsuchten, dort gefangen genommen und getötet wurden. Erst acht Tage später wurden ihre Leichen der erregten Bürgerschaft ausgeliefert und in der Marienkirche beigesetzt. Es wird stets unklar bleiben, wie diese folgenschwere Tat, die wie kein anderes Ereignis vorher und nachher die Stadt Danzig dem Orden entfremdet hat, zustande gekommen ist. Mochte die Tötung der drei Hauptführer der dem Orden feindlichen, größere Selbständigkeit erstrebenden Partei von vornherein von dem Komtur, ohne Vorwissen des Hochmeisters, geplant oder erst die Folge plötzlich auflodernder Zwistigkeiten gewesen sein, kurzum, der Orden hatte damit den Widerstand der Stadt bezwungen und auch allen anderen Ständen, die seiner Herrschaft etwa künftig widerstreben mochten, den Beweis dafür geliefert, daß er gewillt war, mit allen Mitteln seiner Oberhoheit Geltung zu verschaffen. Rat und Bürgerschaft mußten dem Hochmeister von neuem huldigen und die hohe Straf-

summe von 14 000 Schock böhmischer Groschen an den Ordenstreßler entrichten. Auch setzten die Ritter es durch, daß sogleich ihnen ergebene Ratsherren und Schöffen zum Teil aus dem Handwerkerstande ernannt und die ihnen ehemals vorbehaltene Aufsicht über die Stadtverwaltung wieder strenger wahrgenommen wurde.

Dem tatkräftigen Hochmeister Heinrich von Plauen gelang es, den inneren Frieden in der Stadt wiederherzustellen. Dagegen war es ihm nicht beschieden, den Ordensstaat vor neuen, gefährlichen Kämpfen zu bewahren. Im Herbst 1413 kam der Krieg gegen Polen von neuem zum Ausbruch. Doch fand er vorerst ein rasches Ende, als der Hochmeister wegen innerer Zwistigkeiten im Orden seines Amtes entsetzt wurde und an seine Stelle Michael Küchmeister trat. Heinrich von Plauen, der wegen eigenmächtiger Regierung zu langjähriger Haft verurteilt wurde, hat die ersten sieben Jahre seiner Gefangenschaft auf der Burg in Danzig zugebracht.

Der Abfall vom Orden

Obwohl sich in den nächsten Jahren die Beziehungen zwischen dem Orden und Danzig wieder freundlicher gestalteten, wuchs im Lande die Unzufriedenheit mit seiner Herrschaft mehr und mehr. Sie wurde vor allem hervorgerufen durch die Lockerung der alten Ordnung, die sich damals im Ordensstaate ausbreitete, durch die Übergriffe einzelner Beamten und den Zwiespalt, der in den Reihen der Ritter selbst ausbrach und sogar offene Widersetzlichkeit gegen die Vorgesetzten nicht scheute. Die schwache Regierung des haltlosen Hochmeisters Paul von Rußdorf vermochte den inneren Wirren nicht gerecht zu werden. Er verdarb es nicht nur mit seinen eigenen Anhängern, sondern durch seine feindselige Stellung zur Hanse auch mit den Städten, die sich mit Recht über die Verletzung ihrer Privilegien beschwerten. Gerade das Verhalten Danzigs beweist, daß die Ursache der Mißstimmung in der schlechten parteiischen Verwaltung zu suchen ist und nicht in der Belebung der früheren wirtschaftlichen Gegensätze zwischen den Rittern und der Bürgerschaft. Denn nach dem verheerenden Kriege war der Handel des Ordens so stark zurückgegangen, daß er nach den eigenen Worten des Hochmeisters im Jahre 1440 nur noch ein Zehntel seines früheren Umfanges ausmachte. Die Ordensspeicher an der Mottlau standen leer und mußten an Danziger Kaufleute vermietet werden.

Die innere Schwäche des Staates und die ungeschickte Politik seiner Führer verwickelte den Orden in wiederholte Kämpfe mit Polen und konnte es nicht verhindern, daß feindliche Scharen oftmals die Grenzen überfluteten und die Fluren verwüsteten. Von Polen herbeigerufen, rückten 1433 die Hussiten bis nach Danzig vor, wo sie auf dem Bischofsberg ein Lager aufschlugen. Da sie jedoch die stark befestigte Stadt nicht erobern konnten, zogen sie nach Zerstörung des Klosters Oliva wieder nach Süden ab.

Zur Wahrung ihrer Rechte schlossen sich Städte und Ritterschaft Preußens am 14. März 1440 in Marienwerder zu einem „Bunde vor Gewalt" zusammen, um gemeinsam ihre Sache gegen den Hochmeister zu vertreten. Konrad von Erlichshausen, der im Jahre darauf an die Stelle Pauls von Rußdorf gewählt wurde, suchte in kluger Mäßigung die Abneigung gegen den Orden zu

beheben und die Stände, zwischen denen bedeutende politische und wirtschaftliche Gegensätze obwalteten, zu trennen und sich gefügig zu machen. So gelang es ihm nicht nur, die eine Partei häufig gegen die andere auszuspielen und dabei die Vorteile des Staates wahrzunehmen, sondern auch einzelne Mitglieder des Bundes wieder für sich zu gewinnen. Auch Danzig war bemüht, es nicht zum offenen Bruch kommen zu lassen, und suchte sich deshalb auf friedlichem Wege mit seinem Landesherrn zu verständigen, wobei es nicht selten mit den übrigen Ständen zusammenstieß, die, wie die Kulmer Ritterschaft und die Städte Elbing, Thorn und Kulm, den Abfall vom Orden vorbereiteten. Denn obwohl die Stadt mit ihren überragenden Mitteln eine große Rolle im Bunde spielte, hielt sie sich von den eigentlichen Zielen der Bundesleitung fern und trat dem engeren Bundesrat, der aus zwanzig Mitgliedern bestand und die gemeinsamen Geschäfte einheitlicher und schneller erledigen sollte, nur zögernd bei.

Erst nach längerem Widerstreben willigte der Danziger Rat darin ein, im Jahre 1452 an der Gesandtschaft nach Wien teilzunehmen, die dem Kaiser die Beschwerden der Stände gegen den Orden zur Entscheidung vortragen sollte. Denn weil er von der Einmischung auswärtiger Mächte nur noch größere Verwirrung, wenn nicht gar eine Stärkung des Ordens befürchtete, war er bestrebt, den Streit im Lande auszufechten und den Hochmeister aus eigener Kraft zur Nachgiebigkeit zu veranlassen. Es ist dem mutwilligen und unvorsichtigen Vorgehen Ludwigs von Erlichshausen, der im Frühjahr 1450 seinem Oheim gefolgt war, zuzuschreiben, wenn seine ablehnende Haltung gegen die sich nur auf Einzelheiten erstreckenden Wünsche Danzigs dieses immer mehr auf die Seite Thorns und Elbings trieb.

Denn da auch die niederen Volksschichten jetzt vielfach gegen den Orden Stellung nahmen, sah sich der Rat schließlich gezwungen, seine Sache in Wien mit geharnischten Worten zu vertreten. Er begnügte sich nun nicht mehr damit, die Abstellung einer Reihe von Übergriffen zu fordern, sondern verlangte die Vereinigung mit der Jungstadt, die Verfügung über die Nehrung und den Erwerb der Dörfer Praust und Ohra sowie des Hofes Petershagen. Das 1411 unterdrückte Streben nach wirtschaftlicher und politischer Selbständigkeit trat somit wieder unverhüllt hervor. Trotzdem wollte es Danzig unter allen Umständen vermeiden, durch Überspannung seiner Wünsche den Gegensatz zum Orden zu erweitern und sich dadurch auf die abschüssige Bahn drängen zu lassen, auf der sich die aufständische Gruppe des preußischen Bundes bereits befand. Der Danziger Gesandte erhielt die Anweisung, sich

den allgemeinen Beschwerden des Bundes nicht anzuschließen, sondern dem Kaiser eine besondere Bittschrift zu überreichen. Wie aber zu erwarten war, fiel der Spruch des Kaisers zuungunsten des Bundes aus, so daß am 5. Dezember 1453 seine Auflösung angeordnet wurde.

Als dieser Ausgang der Wiener Verhandlungen in Preußen bekannt wurde, verbreitete sich allenthalben große Erregung, zumal von dem Orden, der jetzt am Reiche Rückhalt fand, die gewaltsame Unterdrückung der Stände zu befürchten war. Auch in Danzig herrschte lebhafte Bewegung und, da der Kampf um die Aufrechterhaltung des Bundes unmittelbar bevorzustehen schien, wurden sofort Rüstungen in Angriff genommen. Denn so sehr auch der Rat der Ablösung vom Ordensstaate widerstrebte, hielt er es doch für notwendig, die Verbindung mit den übrigen Ständen zu wahren, um nicht, zwischen den kämpfenden Parteien stehend, letzthin von beiden geschädigt zu werden. Damit wurde aber Danzig auch noch in andere Verhältnisse hineingezwungen, die ihm selbst am allerwenigsten erwünscht waren und die doch für die Gestaltung seiner Zukunft von größter Bedeutung werden sollten.

Schon im Herbst 1452 hatten die Kulmer Ritterschaft und die Stadt Thorn mit dem König von Polen Beziehungen angeknüpft, die von der ausgesprochenen Absicht getragen waren, sich an das Nachbarreich anzuschließen, wenn der Orden sich auch weiterhin weigern würde, den Bund und seine weitgehenden Forderungen anzuerkennen. Danzig war den Verhandlungen völlig fern geblieben und hatte sogar mehrfach von ihrer Fortsetzung abgeraten. Es war daher nicht wenig überrascht, als am 19. Januar 1454 Gabriel von Baysen und der Thorner Bürgermeister Rotger von Birken dem König die Unterwerfung der preußischen Stände anboten, wofern er sie bei ihrem Kampfe gegen den Orden unterstützen würde. Auch an den entscheidenden Beratungen, die diesem Schritt folgten und im Februar in Krakau stattfanden, nahmen die Danziger Abgeordneten getrennt von den übrigen Bundesmitgliedern teil; hatten sie doch den bestimmten Auftrag, den Anschluß an Polen zu verhindern und ihn nur im äußersten Notfalle gegen das Zugeständnis umfangreicher Rechte gutzuheißen. Nicht selten kam es zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den Gesandten Danzigs und den Vertretern der andern Stände, da sich die Danziger nach wie vor bemühten, einen schroffen Bruch mit dem Hochmeister zu vermeiden. Sie traten nicht nur für die sofortige Freilassung der Ordensgebietiger ein, die in Thorn gefangen genommen waren, sondern suchten auch noch nach dem 4. Februar, an welchem Tage die Bundesräte dem Hochmeister den Absage-

brief gesandt hatten, die Beziehungen zum Orden aufrecht-zuerhalten.

Am 11. Februar wurde zwar die Danziger Burg voreilig von dem Hauskomtur Konrad Pfersfelden in aller Ordnung dem Rate übergeben. Doch wurde den Rittern freier Abzug mit aller ihrer Habe zugestanden und einigen alten und kranken Ordensbrüdern sogar die Aufnahme in die städtischen Hospitäler gewährt.

Bei den Beratungen mit König Kasimir hielten sich die in Krakau anwesenden Mitglieder des Danziger Rates, Wilhelm Jordan und Hans Meydeburg, äußerst vorsichtig zurück. Da sie sich mit mündlichen Versprechungen des Königs nicht begnügen wollten, sondern die schriftliche Bestätigung der ihnen zugesagten Rechte verlangten, verzögerten sie den Abschluß der Verhandlungen um acht Tage. Trotzdem konnten sie an ihrem Geschick nichts ändern, da die übrigen preußischen Gesandten den polnischen Einflüsterungen allzu leicht zugänglich waren. Von der Mehrheit überstimmt, sahen sie sich, obwohl ihre Wünsche nur unvollkommen erfüllt wurden, schließlich gezwungen, dem Ergebnis der Unterhandlungen, die am 4. März ihr Ende erreichten, beizupflichten. Obwohl sich König Kasimir, dem „die Lunge sehr auf Danzig hing", mit der Zeit entgegenkommender gezeigt hatte, meldeten sie dem Rat nur mit Unlust den Ausgang der Beratungen und setzten ihrem Bericht die bittern Worte hinzu: „Wir hatten eine Weile wohl gewollt, daß wir eine halbe Meile über die Grenze gewesen wären; wir wollten nimmer nach Polen gekommen sein", Worte, die deutlicher als alles andere die innere Abneigung, die in Danzig gegen den Anschluß an Polen bestand, beleuchten und die Enttäuschung wiederspiegeln, die seine Gesandten schon bei ihrem ersten Besuch in Polen erleben mußten. Es sollte nicht die letzte gewesen sein. Am 6. März wurde durch Ausfertigung der Inkorporationsurkunde die Personalunion zwischen Preußen und Polen hergestellt.

Nachdem erst einmal der Bruch vollzogen war, folgte dem langen Schwanken entschlossenes Vorgehen. Mit allen ihm zu Gebote stehenden Machtmitteln trat Danzig auf die Seite des Bundes über und hat schließlich als die letzte der größeren Städte am 16. Juli in Elbing dem König gegen die Erteilung wichtiger Privilegien gehuldigt. Die Danziger Burg war sogleich nach ihrer Übergabe von den Bürgern abgebrochen worden, um den Plan des neuen Landesherrn, in der Nähe der Stadt sich einen festen Stützpunkt einzurichten, von vorneherein zu durchkreuzen. Bürgerschaft und Rat waren sich darin einig, in weitestem Maße staatsrechtliche und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erringen. Denn was dem

Orden bisher noch zugestanden war und vielleicht auch noch weiterhin bei größerer Nachgiebigkeit zugebilligt worden wäre, das sollte der polnische König nicht beanspruchen dürfen.

Nicht Polens wegen ging Danzig in den 13jährigen, langwierigen und wechselvollen Krieg mit dem Orden hinein, sondern um sich die territoriale Selbständigkeit zu erstreiten, die zu dieser Zeit auch die westdeutschen Städte von ihren Landesherren zu erlangen strebten. Um dieses Zieles willen hat die Stadt ungeheure Opfer gebracht, große Söldnerheere unterhalten und an der Belagerung von Marienburg, Konitz, Mewe und Putzig erfolgreich teilgenommen, bis der zweite Thorner Friede im Jahre 1466 die Abtrennung der westpreußischen Stände von dem Orden bestätigte und die Oberhoheit über das Weichselland dem König von Polen übertrug.



Danzig und Polen



Die Grundlagen der städtischen Macht



Es kann kein Zweifel sein, daß auf den Abfall vom Orden zum großen Teil der gewaltige Aufschwung zurückzuführen ist, dem Danzig in den nächsten anderthalb Jahrhunderten entgegenging. Erst als die Fesseln einer immer drückender werdenden staatlichen Unterordnung abgestreift waren, konnten sich seine lange aufgespeicherten, verhaltenen Kräfte frei entfalten. Sie vergrößerten sich in demselben Augenblick, als sich Danzig der Krone Polen anschloß, aber für die Anerkennung Kasimirs als Schutzherrn Bedingungen stellte, deren Bewilligung der Stadt eine so ungemessene Machtfülle verlieh, daß ihre Untertänigkeit oft genug nur eine scheinbare war. Während andere Hansestädte von der anwachsenden Macht ihrer Landesherren immer mehr zu kleinen Landstädten hinabgedrückt wurden, deren Wohlergehen von der Gnade ihrer Fürsten abhing, wußte sich Danzig in den Verhandlungen mit König Kasimir eine Stellung zu verschaffen, die ihm, wenn auch nicht überall das Recht, so doch die Fähigkeit verlieh, seine wirtschaftspolitischen Ziele auch gegen den Willen seines Oberherrn erfolgreich durchzusetzen.

Der innerlich begründete Widerstreit zwischen Stadt und Staat, der das Verhältnis zum Orden getrübt hatte, trat auch bald Polen gegenüber hervor, als die polnischen Könige sich gleich den Rittern die Verfügung über den Hafen und die mit ihm verbundenen Zolleinnahmen zu sichern strebten. Die Ausfechtung dieses Gegensatzes hat die ganze Zeit über gedauert, in der Danzig mit Polen politisch vereinigt war. Wenn es aus diesem Kampf schließlich als Sieger hervorging und allen Widerständen zum Trotz seine Selbständigkeit zu behaupten und seine Rechte zu mehren vermochte, so hat es diese Erfolge, abgesehen von der Einmütigkeit der Bürgerschaft, vor allem dem Umstande zu verdanken gehabt, daß Polen im Laufe der Zeit in verstärktem Maße auf seine Unterstützung angewiesen war.

Die Eroberung Konstantinopels durch die Türken im Jahre 1453 und die ihr folgende Sperrung des Bosporus hatten der Ausfuhr des südrussischen und ukrainischen Getreides, auf dessen Bezug die

Ernährung der westlichen Staaten Europas beruhte, einen starren Riegel vorgeschoben, so daß nicht nur die Erzeuger dieses Getreides sich fortan neue Absatzgebiete suchen mußten, sondern auch die kornbedürftigen Mächte gezwungen waren, sich seine weitere Einfuhr auf anderen Wegen zu verschaffen. Es war Danzigs Glück, daß es gerade an dem Punkte gelegen war, an dem sich die Handelsstraßen des Ostens und Westens kreuzten. Drängte doch die Ausfuhr aus der russisch-polnischen Kornkammer ebenso sehr nach der Mündung der Weichsel hin, wie von hier aus die Schätze des Hinterlandes am bequemsten nach Holland, England und Spanien verschifft werden konnten. Nur wer sich die verschlungenen Gewebe der damaligen Weltwirtschaft in ihren einzelnen Zügen vergegenwärtigt, wer im Völkerleben neben dem Herrschaftstreit der Fürsten auch die Völker vereinigenden Bande wirtschaftlicher Notwendigkeiten beachtet, kann die Entwicklung verstehen, die Danzig im 15. und 16. Jahrhundert zu einem der größten Handelsplätze Europas und einer der reichsten Städte jener Zeit erhoben hat.

Auf die geschickte Ausnutzung der günstigen Lage, die Danzig beschieden war, gründete sich ganz allein seine künftige Blüte, nicht, wie so oft behauptet wird, auf den politischen Anschluß an Polen, der vielmehr nur in dem Sinne von Bedeutung war, daß durch ihn die immer straffer werdende Oberherrlichkeit des Ordens gegen die schlaffe Oberhoheit des polnischen Königs vertauscht wurde. Ebenso wenig wie die Abwendung der preußischen Stände vom Orden auf lediglich politische oder gar nationale Gegensätze zurückzuführen ist, ist es zutreffend, die Vereinigung Danzigs mit Polen als die Ursache seines wirtschaftlichen Aufschwunges zu betrachten. Danzig ist nicht erst durch die Gunst der polnischen Könige oder gar das Wohlwollen des polnischen Staates groß geworden, sondern hat ohne Polen, oft genug im Gegensatz zu ihm, seinen Vorrang behauptet. Den polnischen Handel zu beherrschen, sich selbst aber von dem polnischen König so wenig wie möglich beherrschen zu lassen, ist alle Zeit das Leitziel der Danziger Politik gewesen.

Die gewaltige Machtstellung, in der sich Danzig dem polnischen König gegenüber sofort befand, offenbarte sich darin, daß es schon bald nach dem Beginn des 13jährigen Krieges den Gewinn davon trug, um dessenwillen es sich nach langem Zögern zum Abfall vom Orden entschlossen hatte. Da König Kasimir alles daran gelegen war, der Hilfe der mächtigen Stadt sich zu versichern, kam er ihren Forderungen bereitwillig entgegen und bestätigte ihr in einer Reihe von Urkunden die Rechte und Freiheiten, die sie als Preis für die Anerkennung seiner Oberhoheit sich ausbedungen hatte. Neben

dem Inkorporationsprivileg bildeten die Urkunden, die der König am 16. Juni 1454 in Elbing, am 9. Juli 1455 in Petrikau und am 15. und 25. Mai 1457 in Danzig ausstellte, die Grundlagen der künftigen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Danzigs. Die errungenen Freiheiten zu wahren, war fortan die erste Pflicht der Bürgerschaft, der verbrieften Rechte sich nach den Bedürfnissen der jeweiligen Lage zu bedienen, die stets erneut gestellte und oft nur schwer erfüllbare Aufgabe ihrer Obrigkeit.

Eines der wertvollsten Zugeständnisse, zu dem sich Kasimir sogleich bequemen mußte, war die Zuerkennung eines ausgedehnten Landgebietes. Er verbot nicht nur, innerhalb von fünf deutschen Meilen ein Schloß oder eine Stadt neu anzulegen, sondern er erklärte sich auch mit dem Abbruch der Jungstadt und der Vereinigung der Altstadt und des Hakelwerkes mit der Rechtstadt einverstanden. Die Gelegenheit, die Jungstadt, deren wirtschaftlichen Wettbewerb die Bürger der Rechtstadt oft genug unliebsam empfunden hatten, zu zerstören, ließen sie sich nicht lange entgehen. Bereits im Januar 1455 wurden ihre Häuser abgebrochen und ihre Bewohner veranlaßt, sich in der Altstadt und auf Langgarten anzusiedeln. Wenige Jahre später — 1464 — wurde auch das Kloster der Karmeliter, das anfangs noch stehen geblieben war, niedergelegt und den Weißen Mönchen das Georgen-Hospital auf der Altstadt zum weiteren Aufenthalt überwiesen.

Obwohl der altstädtische Rat bestehen blieb, mußten seine Mitglieder in den Rat der Rechtstadt eintreten, wo ihnen jedoch nur eine einzige Stimme vorbehalten war. Da die politischen Geschäfte der Gesamtgemeinde ausschließlich durch den Rat der Rechtstadt wahrgenommen wurden, war ihre Wirksamkeit auf die innere Verwaltung beschränkt. So führten sie die Finanzwirtschaft der Altstadt weiter und übten die Aufsicht über den Grundbesitz der Altstadt und des Hakelwerkes aus. Das Gericht der Altstadt blieb dagegen nach wie vor ohne Zusammenhang mit der rechtstädtischen Gerichtsbarkeit dem alten Schöffenkollegium anvertraut.

Weit größer waren die Veränderungen, welche die Vereinigung mit der Rechtstadt für das Hakelwerk mit sich brachte. Die eigene Verwaltung der alten Fischergemeinde wurde aufgehoben und an Stelle des polnischen Rechts, das bisher in ihrem Bezirk gegolten hatte, das deutsche kulmische Recht eingeführt. Damit war die Entwicklung, die das Hakelwerk in dem letzten Jahrhundert genommen hatte, auch rechtlich zum Abschluß gebracht. Denn schon längst waren die einst slawischen Bestandteile seiner Bevölkerung in dem sie umgebenden deutschen Volkstum aufgegangen. Im Jahre

1495 war die Bevölkerung des Hakelwerkes zu 84 Prozent und der Altstadt zu 94 Prozent rein deutscher Herkunft.

Da auch das Gelände, auf dem sich das Ordensschloß befunden hatte, nebst den anliegenden Wiesen und Speichern des Ordens der Rechtstadt überlassen ward, waren die bisher getrennten Teile der Danziger Siedlung für die Zukunft räumlich und rechtlich zu einer Einheit zusammengefaßt. Der Ausbau der neuen Befestigungen um die Wende des 15. Jahrhunderts vollendete den Abschluß der mittelalterlichen Entwicklung des Danziger Stadtbildes.

Der Umbildung der Innenstadt entsprach die Erweiterung ihres Landgebietes. Das städtische Territorium, in dem der Rat fortan die Rechte des Grundherrn unumschränkt ausüben durfte, umfaßte die Nehrung von Weichselmünde bis Narmeln mit den Dörfern Prinzlaff, Schönbaum, Pasewark und Nickelswalde sowie den Krügen Bohnsack und Neufähr, das Stüblausche Werder, soweit es früher dem Orden gehört hatte, nebst den Dörfern Plehnendorf, Müggenhahl und Rostau, ferner auf der Höhe die Dörfer Zipplau, Praust, Gischkau, Kemlade, Löblau, Müggau, Kowall, Wonneberg, Ohra, Guteherberge, Petershagen, Schidlitz mit den Weingärten und den Hof Wartsch.

Zu diesem Gebiete kam später noch außer Braunsdorf und Prausterkrug die Stadt Hela hinzu. Obwohl sie schon am 7. März 1454 von den preußischen Ständen der Aufsicht des Danziger Rates unterstellt war, wurde sie erst im Jahre 1526 von König Sigismund als Teil des Danziger Territoriums anerkannt. Auch die Halbinsel Hela gehörte bis zum Orte Danziger Heisterneſt zu Danzig.

Später wurde der Landbesitz noch durch den Erwerb der fischreichen Scharpau erweitert, die 1530 dem ermländischen Bischof Moritz Ferber für 15 000 Mark abgekauft wurde. Das fruchtbare Gebiet südlich der Elbinger Weichsel war zwar bereits 1457 von König Kasimir an sieben Danziger Bürger verpfändet worden mit der Erlaubnis, es bei Gelegenheit gegen Erstattung des Darlehns an die Stadt zu übergeben. Doch war es zunächst in den Besitz der Familie Ferber gekommen.

Während sich der König in diesem ganzen Gebiete, das einen Teil des Danziger Komtureibezirks gebildet hatte, nur die Landeshoheit vorbehielt, übertrug er dem Rat die Ausübung sämtlicher grundherrlichen Rechte, die hohe und niedere Gerichtsbarkeit, das Obereigentum über die zu kulmischem Recht ausgeliehenen Grundstücke und das Patronat über die in ihm gelegenen Kirchen und Schulen.

Zeitweise erstreckte sich der Einfluß des Rates auch über die Grenzen des Territoriums hinaus, indem der Stadt von den polnischen Königen nicht selten umfangreiche Besitzungen als Gegenwert für die von ihr gewährten Darlehen verpfändet wurden. So war das Putziger Gebiet von 1455—68 und von 1491—1546 der Stadtgemeinde überlassen, die sich vergeblich bemühte, den Pfandbesitz in volles Eigentum umzuwandeln. Von 1457—68 war auch die Vogtei Dirschau an Danzig verpfändet.

Ebenso besaßen einzelne Danziger Bürger und vor allem die Hospitäler größeren Grundbesitz außerhalb der Stadtgrenzen, so daß auch diese Bezirke häufig in die politischen Verwicklungen Danzigs hineingezogen wurden. Dem Heiligen-Geist-Hospital gehörten die Güter Schüddelkau (seit 1333) und Krampitz (seit 1449), dem Elisabeth-Hospital Zankenzin (seit 1399), Lappin (seit 1429), Mankoschin (seit 1437), Fidlin (seit 1441), Pietzkendorf (seit 1445) und Rambeltsch.

Andererseits befanden sich aber innerhalb des Danziger Territoriums auch Besitzungen, die nicht der Obrigkeit des Rates unterstanden. So gehörten Gr. und Kl. Holländer am heutigen Kaiserhafen und Mönchengrebin dem Kloster Oliva, Quadendorf dem Kloster Karthaus, Hoppenbruch dem Kloster Pelplin, Nassenhuben dem Heiligen-Geist-Hospital, Hochzeit dem Elisabeth-Hospital, Gemlitz, St. Albrecht, Altschottland und Stolzenberg dem Bischof von Leslau. In der Nähe von Hochzeit lag das adlige Gut Neuenhuben.

Auch die rechtliche und wirtschaftliche Selbständigkeit der Stadt ward im weitesten Umfange durch feierliche Privilegien sichergestellt. Außer der Bestätigung der bisherigen Rechte, Freiheiten und Gewohnheiten empfing der Rat die Befugnis, unter Zuziehung eines Ausschusses der „witzigsten und vornehmsten Bürger" in Zukunft eigene Gesetze und Willküren zu erlassen. Während sich der König nur das Patronat über die Marienkirche vorbehielt, wurde die Besetzung aller übrigen weltlichen und geistlichen Ämter und Lehne der Stadt überlassen. Nur mit ihrer Zustimmung erhielten Verfügungen des Königs und Anordnungen des polnischen Reichstages in Danzig Gesetzeskraft, so daß die Freiheit der inneren Verwaltung unbedingt gewahrt blieb. Die Stadt erfreute sich auch weiterhin der Mitgliedschaft zur Hanse und genoß das Recht, eigene Gesandtschaften zu fremden Mächten zu entsenden, wie auch ohne Einwilligung des Königs an ausländischen Kriegen teilzunehmen.

In gerichtlicher Hinsicht ordnete zwar König Kasimir 1477 an, daß Berufungen von den Danziger Gerichten in weltlichen Ange-

legenheiten an ihn, in geistlichen an den Bischof von Leslau erfolgen und weder der deutsche Kaiser noch der Papst um ihre Entscheidung angegangen werden sollten. Doch vermochte er seine Wünsche um so weniger durchzusetzen, als der Rat jede Berufung gegen seine oder der Schöffen Urteile ablehnte und auch schon bald von dem Könige die Zusicherung zu erlangen wußte, daß in wichtigen Fällen, wie bei Schuldklagen, keine höhere Gewalt gegen ihn angerufen werden sollte. Um die rechtliche Selbständigkeit der Stadt aufrechtzuerhalten, erhob der Rat auch lebhaften und erfolgreichen Widerspruch, als im Jahre 1503 von den preußischen Ständen im Einvernehmen mit dem König der Vorschlag gemacht wurde, für das polnische Preußen ein oberstes Landesgericht einzusetzen.

Danzig konnte um so eher seine politischen Forderungen durchsetzen, als ihm die Zuerkennung der vollen Steuer- und Zollhoheit und des Münzrechtes erhebliche finanzielle Mittel gewährte. Weit entfernt, der Unterstützung des Königs oder der anderen Stände zu bedürfen, vermochte die Stadt vielmehr diese durch Erteilung reicher Darlehen in hohem Maße von sich selbst abhängig zu machen.

In der gleichen Richtung bewegten sich die Wünsche der Danziger Gesandten, als sie von Kasimir die freie Verfügung über die Schiffahrt, den Strand und den Hafen verlangten und sich das Recht ausbedangen, die Aus- und Einfuhr nach Belieben zu sperren. Mit der Bewilligung dieser Forderungen, zu der sich der König ebenfalls unter geringen Vorbehalten verstehen mußte, war der gesamte Weichselhandel in Danzigs Hände gegeben, zumal seinen Kaufleuten freie Ausfuhr von Holz, Asche, Pech und Teer aus Polen, Litauen und Rußland ohne jeden Stapelzwang zugesichert wurde. Auch durften auf der Weichsel keine neuen Zölle oder Abgaben eingeführt werden, die den Verkehr erschweren konnten; eine Bestimmung, die ausschließlich Danzig zugute kam, da der Bürgerschaft das lange erstrebte, wichtige Recht zugestanden wurde, die wirtschaftliche Betätigung der Fremden in ihrer Stadt nach ihrem eigenen Gefallen zu erlauben oder zu verbieten.

Die Rechte, die dem König von Polen zugebilligt wurden, waren eng begrenzt. Zum Zeichen seiner Oberhoheit durfte er aus der Mitte der Ratsherren einen Stellvertreter, den Burggrafen, ernennen, der die Befugnis hatte, wie einst der Hauskomtur die vom städtischen Gericht gefällten Todesurteile zu bestätigen. Überdies wurde die Stadt verpflichtet, dem König eine Jahresrente von 2000 ungarischen Gulden zu entrichten und ihm und seinem Gefolge jährlich für drei Tage Unterkunft zu ge-

währen. Da aber der König oft jahrelang nicht nach Danzig kam, wurde diese Verpflichtung schließlich durch die Zahlung von jährlich 500 Gulden abgelöst. Dem Bau eines königlichen Hauses, das sich Kasimir ebenfalls ausbedang, hat sich die Stadt stets zu entziehen gewußt. Zur Lagerung des königlichen Getreides wurde erst im Jahre 1621 ein eigener, zweckmäßiger Speicher zur Verfügung gestellt. Die Jahrzehnte zuvor hatte sich der König mit einem alten, baufälligen Schuppen begnügen müssen. Er war darauf beschränkt, die förmliche Anerkennung seiner Herrschaft und einige, genau umrissene Leistungen von der selbstbewußten Stadt entgegenzunehmen. Im übrigen war er darauf angewiesen, durch Zubilligung weiterer Rechte und die Erfüllung bestimmter Wünsche sich die Gunst der Bürgerschaft zu erhalten.

Die wahrhaft königliche Machtstellung, die sich Danzig durch die König Kasimir abgeforderten Privilegien erworben hatte und in Zukunft zu bewahren wußte, fand ihre äußerliche Kennzeichnung in der Verbesserung seines Wappens, dessen beiden silbernen Kreuzen im roten Felde eine goldene Krone beigegeben wurde. Auch empfing die Stadt das Recht, mit rotem Wachs zu siegeln und ihre Bürgermeister wie den Stadthauptmann in goldgeschmückte Gewänder zu kleiden.

Auch in den folgenden Jahrzehnten gelang es Danzig, das mit Kasimir stets in bestem Einvernehmen stand, seine Wünsche durchzusetzen, so oft die Rechte der Stadt und des Landes bedroht waren. Vor allem war es darauf bedacht, daß die im Inkorporationsprivileg anerkannten Freiheit der preußischen Stände beachtet und die Verwaltung der höheren Ämter nur Landeskindern anvertraut wurde. Mit allem Nachdruck trat es dafür ein, daß der 1467 zum Bischof von Ermland gewählte Domherr Nikolaus von Tüngen den Bischofsstuhl erhielt, obwohl der König ihm den polnischen Bischof von Kulm vorziehen wollte. An dem darüber ausbrechenden Pfaffenkrieg nahm die Stadt mit eigenen Truppen teil und hat auch nach dem Tode Tüngens (1489) gegen die Wahl eines königlichen Prinzen zu seinem Nachfolger, ohne bei den übrigen Ständen Unterstützung zu finden, hartnäckig seinen Einspruch verfochten. Ebenso lehnte Danzig die Bestellung eines Hauptmanns der Lande Preußen ab, dessen Einsetzung im Jahre 1503 auf der Marienburger Tagfahrt beantragt ward und zu dem wider den Wunsch der Stände König Alexander den polnischen Hauptmann von Marienburg, Ambrosius Pampowski, ernannt hatte. Denn mit Besorgnis sah der Rat bereits der Zukunft entgegen, in der es den Polen gelungen sein würde, die Selbständigkeit Preußens zu untergraben.

Aus dem gleichen Grunde hat Danzig den polnischen Reichstag trotz mehrfacher Aufforderungen, an ihm regelmäßig als Glied der Krone Polen teilzunehmen, nur dann beschickt, sofern es galt, als Vertreter der preußischen Stände ihre von den allgemeinen Zielen der polnischen Politik abweichenden Ansichten zu begründen. Auch an den Königswahlen hat sich die Stadt nur gelegentlich beteiligt, wenn sie von dem neuen Fürsten die Bestätigung ihrer Freiheiten erwirken wollte. Im Jahre 1495 hat sie den Abgesandten des Königs Johann Albert den Treueid nur unter der Bedingung geleistet, daß ihre Rechte neu verbrieft würden, und 1506 bei der Wahl Sigismunds durch ihr tatkräftiges Auftreten im entscheidenden Augenblicke sogar den Ausschlag gegeben; Handlungen, aus denen hervorgeht, daß die Bürgerschaft ihre Stellung zu Polen als ein freies Vertragsverhältnis ansah, bei dem jeder Teil die Anerkennung seiner Rechte nur bei der Erfüllung seiner Verpflichtungen erwarten durfte. Bei der schwächlichen Haltung der übrigen Stände und der Hinwendung des Adels zu seinen polnischen Standesgenossen war es allein Danzig zu verdanken, wenn es gelang, die Selbständigkeit der preußischen Lande und die Bewahrung ihres Deutschtums noch länger als ein Jahrhundert gegen die polnischen Angriffe zu schützen.

Einer erneuten Verbindung mit dem Orden war Danzig dagegen stets abgeneigt. Ein Aufstand, den der Kaufmann Martin Kogge im Oktober 1456 gegen den Rat anzettelte, brach sogleich kläglich zusammen, als seine Absicht, die Stadt dem Orden in die Hände zu spielen, bekannt wurde. Auch als im Pfaffenkrieg der Hochmeister Martin Truchseß von Wetzhausen Anstalten traf, sich der verlorenen Gebiete wieder zu bemächtigen, hat Danzig seine Pläne sofort dem König mitgeteilt und mit Waffengewalt gegen den Orden Stellung genommen. Nicht minder eifrig trat es für seine weitere Unabhängigkeit ein, als Hochmeister Albrecht in den Jahren 1519—21 die Rückeroberung Westpreußens erstrebte. Gemeinsam mit polnischen Heeren und Truppen der Stände hat die Bürgerschaft die Einfälle der Ritter mit Erfolg zurückgewiesen, einer Belagerung durch ein Söldnerheer des Ordens im November 1520 Trotz geboten und zu Lande wie zur See den Kampf in das Land des Hochmeisters siegreich hineingetragen.

Die erhöhte Bedeutung, die Danzig jetzt besaß, zeigte sich auch in dem 1469 ausgebrochenen Kriege der Hanse gegen England, in dem Danzig lange Zeit die treibende Kraft darstellte. Auf seine Veranlassung wurde der hansische Verkehr nach England gesperrt und die den Engländern sehr einträgliche Einfuhr von Tuchen nach Preußen völlig unterbunden. Bald ging die unternehmungslustige

Stadt dazu über, durch die Kaperfahrten ihrer Kapitäne Paul Beneke und Martin Bardewiek auch den Handel zwischen England und Holland lahm zu legen. Von diesen Kriegszügen erlangte weitgehende Berühmtheit die Fahrt, die Paul Beneke im Frühjahr 1473 mit dem „Peter von Danzig“ an der seeländischen Küste unternahm. Als er am 27. April vor dem Hafen Sluys kreuzte, glückte es ihm, eine große Galleide zu erobern, die den in Brügge ansässigen Florentiner Kaufleuten Portinari und Tani gehörte und reiche Schätze, deren Wert auf etwa 315 000 Mark beziffert wurde, mit sich führte. Unter der Beute befand sich auch ein von Hans Memling 1467 gemaltes Ölbild, welches das Jüngste Gericht darstellte und von Tani in Auftrag gegeben war, um eine Kirche in Florenz zu schmücken. Der siegreiche Kapitän, der als „en hart seevogel“ rasch zu einem der gefeiertsten Seehelden wurde, brachte das Bild nach seiner Vaterstadt, wo es der Kapelle der Georgenbrüderschaft in der Marienkirche gestiftet wurde.

Zu derselben Zeit entwickelte sich Danzig zu einer der größten Handelsstädte Europas. 1474 liefen 403, im folgenden Jahre 525 und 1476 sogar 634 Schiffe in den Danziger Hafen ein, während ihn 1490 nicht weniger als 720 und in den beiden nächsten Jahren 607 und 562 Schiffe, die meist mit Getreide und Holz beladen waren, verließen. Der Danziger Handel richtete sich zwar in erster Reihe nach den übrigen Ostseestädten und nach Holland, doch fuhren zahlreiche Schiffe auch nach Frankreich, Schottland und England. Die Getreideausfuhr, die hauptsächlich aus Roggen bestand, betrug 1490 nicht weniger als 24 106 und 1492 25 637 Registertonnen. Die Bedeutung Danzigs für den Ostseeverkehr geht auch daraus hervor, daß im Jahre 1497 von den Schiffen, die den Sund durchfuhren, 567 aus Holland, 113 aus Danzig und nur 115 Fahrzeuge aus allen anderen Häfen entstammten.

Der Wohlstand, dessen sich die Bürgerschaft auf Grund ihrer wirtschaftlichen Erfolge erfreuen durfte, trat vor allem in den gewaltigen Bauten hervor, die zwar schon meist zur Ordenszeit begonnen waren, doch erst jetzt mit reicheren Mitteln und gereifterem Geschmack vollendet wurden. Der Rathausturm, der den verwöhnteren Ansprüchen nicht mehr genügte, wurde in den Jahren 1486—92 erheblich erhöht. Auch wurde das Rathaus damals mit dem prächtigen, hochragenden Giebel geschmückt, der dem Langen Markt einen so würdigen Abschluß verleiht. Da Ende Dezember 1476 der alte Artushof abbrannte, wurde auch hier ein Neubau notwendig, den die Stadt 1477—81 ausführte und dem die feierliche Halle zu verdanken ist, die bis zur Gegenwart den beliebtesten Festraum des Danziger Bürgers darstellt. Da

die Georgenbrüderschaft, die sich fortan aus dem Besitz des Artushofes zugunsten weiterer Kreise verdrängt sah, einer eigenen Stätte für ihre geselligen Zusammenkünfte nicht entbehren wollte, ließ sie auf ihrem Schießgarten am Langgasser Tor 1487—94 die Georgshalle errichten, die heute noch ihre alten Formen unverändert zeigt.

Auch der Kirchenbau kam in dieser Zeit zu einem glücklichen Abschluß. Am 28. Juli 1502 wurde der letzte Stein in das von Meister Hetzel geschaffene Gewölbe der Marienkirche eingefügt und damit der Oberpfarrkirche der Stadt, deren Bau sich über 159 Jahre hingezogen hatte, ihre endgültige Gestalt verliehen. Reicher Schmuck an Kapellen und Bildwerken zierte ihr Inneres. Während die große astronomische Uhr schon bald nach 1464 von Hans Döring errichtet wurde, ward die mächtige Kreuzigungsgruppe im Mittelschiff im Jahre 1517 von dem Ratsherrn Lukas Keding gestiftet und in dem gleichen Jahre der neue Hochaltar eingeweiht, den Meister Michael aus Augsburg angefertigt hatte. Um die Wende des Jahrhunderts wurde auch die 1499 durch Feuersbrunst zerstörte Barbarakirche erneuert und der Bau der Trinitatiskirche, die sich durch ihren durchbrochenen Giebel und ihren Lettner auszeichnet, 1514 vollendet. Obwohl die in Danzig tätigen Künstler meist von dem Rhein oder der Donau nach dem Osten gekommen waren, bildete sich unter dem Einfluß der strengeren Natur und der härteren Anforderungen des Lebens in der stolzen Weichselstadt bald ein eigenartiger Stil heraus, der den Ernst und die Herbheit des nordischen Menschen, aber auch sein Machtbewußtsein sinnfällig zum Ausdruck brachte.

Das bürgerliche Leben jener Tage fand einen anschaulichen Niederschlag in den Erinnerungen, die der ehrsame Krämer Jakob Lubbe niederschrieb und in denen er ebenso anmutig über die Erlebnisse seiner Familie plauderte, wie er voll klugen Verständnisses die Ereignisse der großen Politik berührte. Der weite Blick des damaligen Kaufmanns zeigte sich natürlich noch weit stärker bei den Angehörigen der reichen Geschlechter, in deren Händen die Regierung Danzigs ruhte. Unter den Patriziern ragten vor allem die Familien Niederhoff, von Suchten, Giese, Scheweke, Ferber, Bischof, Angermünde, Feldstete und Zimmermann hervor. Die Sippe der Ferber, die erst um die Mitte des 15. Jahrhunderts von dem Niederrhein eingewandert war, zeichnete sich vor allen anderen durch geschäftliche Tüchtigkeit und politische Geschicklichkeit aus. Johann Ferber war bereits Ratsherr und Bürgermeister und seine Söhne sollten es zu den höchsten Ehrenstellen bringen, die von der mächtigen Stadt zu vergeben waren. Während Moritz Ferber, der in den geistlichen Stand übertrat,

erst Pfarrer an der Marienkirche war — noch heute erinnert an ihn am alten Pfarrhause das Wappen seines Geschlechtes, die drei Schweineköpfe — und später Bischof von Ermland wurde, gehört sein älterer Bruder Eberhard unstreitig zu den bedeutendsten Persönlichkeiten, die das deutsche Bürgertum seiner Zeit aufzuweisen hatte.

Nachdem er, 1463 geboren, in seiner Jugend eine sehr sorgfältige Erziehung empfangen hatte, kam er 1481 an den Hof der Herzöge von Mecklenburg, um sich dort höfische Haltung und ritterliche Lebensweise anzueignen. Nach seiner Rückkehr in die Heimat wurde er zum Schöffen ernannt. Doch trieb ihn sein unruhiger Sinn bald wieder in die Ferne. Er begleitete den Herzog Bogislaw X. von Pommern auf seiner Fahrt nach dem heiligen Lande und erwarb sich durch seine Tapferkeit in den Kämpfen mit den Türken mehrfache Auszeichnungen. Nachdem er 1510 Bürgermeister geworden war, lag die Politik seiner Vaterstadt ganz in seiner Hand. Durch sein würdiges und entschlossenes Auftreten, die Entfaltung stolzer Pracht und diplomatischer Fähigkeiten erwarb er sich an den auswärtigen Höfen nicht nur persönlich hohes Ansehen, sondern begründete durch sein erfolgreiches Vorgehen auch den Ruhm Danzigs weit über die Grenzen der engeren Heimat hinaus.

Revolution und Reformation

Trotz der kulturellen und wirtschaftlichen Blüte, die Danzig um die Wende des 15. Jahrhunderts beschieden war, erlitten seine Geldmittel eine bedeutende Einbuße durch die gewaltigen Ausgaben, die der Ausbau seiner Befestigungen und die Kriege gegen England und Dänemark erforderten. Als der Kampf mit dem Hochmeister neue Rüstungen notwendig machte, wußte sich der Rat keinen anderen Ausweg, als daß er am 17. April 1517 sechzig der obersten Bürger zusammenrief, um mit ihnen über die Besserung der städtischen Finanzen zu beraten. Die Verhandlungen, zu denen bald noch vierzig weitere Bürger hinzugezogen wurden, endeten mit dem Beschluß, eine Brausteuer einzuführen. Da jedoch ihre Erträge zur Bestreitung der anwachsenden Kosten nicht ausreichten, wurde schon wenige Monate später noch eine außerordentliche Vermögenssteuer in Höhe von ½ v. H. ausgeschrieben.

Der Einblick, den die Bürgerschaft, die sich bisher um die Verwaltungsgeschäfte nur wenig gekümmert hatte, während dieser Verhandlungen in die Notlage der Stadt erhielt, löste zunächst allgemeines Erstaunen und großen Schrecken aus, und da man sich die Leere der Kassen nicht anders glaubte erklären zu können, wurden gegen den Rat wegen ungetreuer und verschwenderischer Amtsführung immer lautere Vorwürfe erhoben. So blieb dem Rat nichts anderes übrig, als auf wiederholtes Drängen seine Tätigkeit der Aufsicht der Schöffen und eines Ausschusses, der aus sieben Kaufleuten und acht Handwerkern zusammengesetzt war, zu unterstellen. Die nächsten Jahre, die wiederholt neue Steuerforderungen mit sich brachten, führten schließlich dazu, daß die Verwaltung der Finanzen dem Rate in Verbindung mit einer Gemeindevertretung von 48 „guten Männern" anvertraut ward und daß im Jahre 1520 der Rat sogar zu einer Umbildung der Verfassung bewogen werden konnte, die den lange unterdrückten demokratischen Bestrebungen der Bevölkerung Geltung verschaffen sollte. Ihre Wünsche gingen besonders dahin, daß zu allen wichtigen Geschäften 200 Gemeindevertreter hinzugezogen und die bisher verpachteten städtischen Güter und Ländereien von eigens dazu eingesetzten, gemischten Ausschüssen verwaltet werden sollten.

Die politischen Neuerungen stießen auf den heftigsten Widerstand, als Eberhard Ferber, der in der letzten Zeit in diplomatischen Geschäften Danzig häufig fern gewesen war, in die Stadt zurückkehrte. Er erkannte nicht nur klar, daß durch die neuen Einrichtungen die Macht des Rates und damit auch der Einfluß der führenden Geschlechter stark zurückgedrängt werden würde, sondern er fühlte sich auch durch die heftigen Angriffe, die gegen die Verwaltung des seit 1514 von ihm gepachteten Werders erhoben wurden, persönlich auf das äußerste verletzt und gekränkt. Da er seinem Einspruch keine Geltung zu verschaffen vermochte, verließ er, ohne sein Amt niederzulegen, Ende 1520 unwillig Danzig und zog sich auf die in seinem Besitz befindliche Starostei Dirschau zurück. Auch brachte er bei dem König heftige Klagen gegen die Stadt vor und ließ sich von ihm einen feierlichen Schutzbrief ausstellen, den er bei Gelegenheit gegen die Bürgerschaft verwenden wollte.

Erst als zu Beginn des Jahres 1522 der Ausbruch des Krieges gegen Dänemark die Stadt in die größte Verlegenheit brachte, entschloß sich der stolze Mann auf wiederholtes Bitten zur Rückkehr und übernahm die Führung der von Danzig ausgesandten Flotte. Doch der Feldzug, von dem er die Wiederherstellung seiner Ehre und die Befestigung seiner alten Stellung erhofft hatte, schlug zu seinem Verderben aus. Als die Schiffe, ohne nennenswerte Erfolge aufzuweisen, Anfang Oktober wieder in den Heimathafen einliefen, wandte sich die Erbitterung der Menge, die jetzt die Kosten der Kriegsfahrt nutzlos vergeudet sah, mit vermehrter Kraft gegen Ferber, zumal er ihre politischen Forderungen erneut zurückwies und auch ihren kirchlichen Bestrebungen mit schroffster Härte gegenübertrat. Denn wie in anderen deutschen Städten gingen die politischen und sozialen Umwälzungen, die im Leben der Staaten ein neues Zeitalter einleiteten, auch in Danzig im engsten Einvernehmen mit der religiösen Bewegung vor sich, die auf die Reformation der Kirche und die Wiedergeburt des Glaubens hindrängte.

Es wird stets eine der merkwürdigsten Erscheinungen der deutschen Geschichte bleiben, mit welcher Schnelligkeit sich das norddeutsche Bürgertum der Lehre Luthers angeschlossen hat. Der Umschwung, der sich in wenigen Jahren vollzog, findet seine Erklärung nicht in einer besonders ausgeprägten Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen. Denn zu Klagen und gewaltsamen Veränderungen lag hier viel weniger Anlaß vor, als in dem Westen und Süden Deutschlands mit ihren ausgedehnten geistlichen Besitzungen und ihrem weit dichteren Netz kirchlicher Anstalten. Seine

Ursache wird vielmehr darin zu suchen sein, daß in Luther dem norddeutschen Menschen eine Persönlichkeit entgegentrat, die er als den vollendeten Ausdruck seines eigenen Wesens betrachten durfte und wertschätzen mußte.

Es ist ein Beweis für die engen Beziehungen, die in geistiger Hinsicht zwischen dem deutschen Vaterlande und dem Siedlungsgebiet jenseits der Elbe bestanden, wenn sich auch die Bevölkerung der Ostmark, ohne daß es eines besonderen Anstoßes bedurfte, der Reformation sogleich aus vollem Herzen zuwandte. Die Kenntnis der neuen Bewegung war in Danzig wohl vornehmlich durch die zahlreichen Söhne der Stadt, die in Wittenberg studierten, verbreitet worden. Schon 1520 druckte Hans Weinreich in Danzig eine Schrift Luthers, die über die Auslegung der zehn Gebote handelte, und 1522 nahmen die Mitglieder der Reinholdsbank bei einem Fastnachtscherz für Luther bereits offen Partei. So fanden die Predigten, die Jakob Hegge, ein leidenschaftlicher, aber achtbarer Geistlicher, im Sommer 1522 vor einer großen Volksmenge auf dem Hagelsberg, bald darauf auch in der Kirche zum Heiligen Leichnam hielt, in den weitesten Kreisen freudiges Gehör und eifrigen Zulauf. Schon im Oktober forderten die Gemeindevertreter vom Rate die Einräumung einer Kirche für die neuen Gottesdienste, und da auch die Achtundvierziger die Ausbreitung der lutherschen Lehre schützten und bei längerem Widerstande gefährliche Unruhen zu befürchten waren, sah sich der Rat, dessen Stellung durch die politischen Umwälzungen ohnehin stark erschüttert war, gezwungen, den Neuerern nachzugeben. Obwohl König Sigismund und der Bischof von Leslau ihn wiederholt zur schärfsten Unterdrückung der Reformation aufforderten, ließ er den immer zahlreicher auftretenden Predigern freien Lauf.

Inzwischen hatte sich der Unwille des Volkes bereits gegen Ferber, der sich zu keinerlei Zugeständnissen bequemen wollte, gewaltsam entladen. Als er am 20. November 1522 an der Marienkirche und dem Artushof den für ihn ausgestellten Schutzbrief anschlug und die Stadt bei dem König nochmals zu verklagen drohte, rotteten sich auf dem Langen Markte große Menschenmassen zusammen, die in die Marienkirche eindrangen, dort das Grabmal seines Vaters Johann Ferber zerstörten und die Absetzung des Bürgermeisters verlangten. Nur mit Mühe konnte der beim Volke beliebte Bürgermeister Philipp Bischof im Verein mit einigen anderen Ratsherrn die Menge beschwichtigen, indem er im Namen des Rates ebenfalls gegen Ferber Stellung nahm und die Bürgerschaft zu einmütigem Vorgehen gegen den Feind der Stadt aufforderte. Wenige Tage darauf wurde Ferber, der sich unterdessen

bereits auf seine Besitzungen bei Dirschau geflüchtet hatte, seiner Ämter enthoben und an seiner Stelle der Ratsherr Matthis Lange zum Bürgermeister gewählt.

Damit hatte die der Reformation freundliche Partei vollends die Oberhand gewonnen. Ende September 1523 predigte Hegge bereits in der Marienkirche und gab den Anlaß zu einem Bildersturm, den die Menge während der nächsten Tage in den Kirchen und auf den Friedhöfen unternahm. Doch wurden weitere Ausschreitungen dadurch verhütet, daß Hegge bewogen werden konnte, die Stadt zu verlassen. Da aber der Rat einsah, daß nur durch Nachgiebigkeit ärgeren Aufständen vorgebeugt werden könnte, setzte er sich um die Wende des Jahres mit Dr. Alexander Svenichen in Verbindung, der, in Danzig gebürtig, mehrere Jahre in Wittenberg studiert hatte und als Vorsteher der preußischen Franziskanerklöster in der Danziger Trinitatiskirche viel beachtete, maßvolle Predigten hielt. Es wurde beschlossen, der Verkündigung der neuen Lehre keinen Widerstand zu leisten, dagegen äußere Veränderungen wie die Umgestaltung der Kirchenverfassung so lange hinauszuschieben, bis diese wichtigen Fragen für die ganze Christenheit gemeinsam geregelt wären. Svenichen wurde gestattet, in der Marienkirche, die durch die dauernde Abwesenheit ihres, humanistischen Studien zugewandten Pfarrers Johannes Dantiscus verwaist war, zu predigen.

Während so der Rat zwischen den Parteien zu vermitteln suchte, reizten die scharfen Ketzerverbote des polnischen Königs und Bischofs die Menge immer von neuem zu schroffster Widersetzlichkeit auf. Als im März 1524 der Bischof von Leslau in Danzig weilte, kam es vor seinem Hause zu drohenden Zusammenrottungen, deren schlimmen Ausgang er nur durch schleunige Flucht zu verhindern vermochte.

Auch die politische Bewegung nahm ihren Fortgang. Im August 1524 versammelte sich die Volksmenge auf dem Kirchhofe von St. Elisabeth und wählte unter der Führung des Grobschmieds Peter König einen Hauptmann und zwölf Rentmeister, denen die Aufsicht über die städtische Verwaltung übertragen wurde. Ferner wurde je ein evangelischer Prediger für die Katharinenkirche, Johanniskirche, Bartholomäikirche, Barbarakirche und Petrikirche ernannt. Den Mönchen wurde die Ausübung der Seelsorge verboten; doch gelang es dem Rat, die Ausführung dieses Beschlusses zu hintertreiben.

Als sich der Rat jedoch anschickte, die Rentmeister ihres angemaßten Amtes zu entkleiden, brach am 22. Januar 1525 ein offener Aufruhr gegen ihn aus. Während der Rat seine Anhänger

auf dem Langen Markte versammelte, scharten sich die Aufständischen auf den Dämmen zusammen. Schon am nächsten Tage glückte es ihnen, den Widerstand des Rates zu brechen und ihn zur Bewilligung der im sogenannten Artikelbrief niedergelegten Forderungen zu zwingen. Die religiösen Neuerungen sollten ohne Ausnahme durchgeführt und der Rat fortan von der Gemeinde gewählt werden, sowie der Aufsicht der Rentmeister unterworfen sein. Eine Reihe weiterer Bestimmungen sollte die rechtliche und wirtschaftliche Lage der Kleinbürger bessern. Auch wurden in den Rat und das Schöffenkollegium zahlreiche neue Männer hineingewählt. Die Leitung des geistlichen Regiments wurde im folgenden Sommer von dem Rat dem Freunde Luthers, Michael Meurer, übertragen, der seit mehreren Jahren mit dem Reformator in enger Verbindung stand und einer gemäßigten Richtung huldigte.

Damals hatte aber die Hinneigung zur Reformation in Danzig bereits ihren Höhepunkt überschritten. Je gewaltsamer die Neuerer vorgingen und je mehr die idealen Bestrebungen der Führer hinter der Erwerbslust und Zerstörungswut der sinnlosen Menge zurücktraten, um so lebhafter wurde der Widerstand, den die einsichtigen und besitzenden Kreise der Bürgerschaft ihren Forderungen entgegensetzten. Dem übereilten Vorwärtsstürmen folgte eine rückläufige Bewegung, die von den Mitgliedern des alten Rates und der Kaufmannschaft getragen und vor allem dadurch verstärkt wurde, daß der polnische König jetzt ernsthafte Anstalten machte, die aufständische Stadt seinem Willen zu beugen. Der Abschluß des Krakauer Friedens, in dem der Hochmeister Albrecht sein Herzogtum von Polen zu Lehen nahm, ermöglichte ihm wieder ein freieres Vorgehen.

Nachdem Sigismund schon im April 1525 Danzig zur Wiedereinsetzung Ferbers verurteilt hatte, forderte er am 9. Mai mit ernsten Worten die Stadt zur Wiederherstellung der alten Ordnung auf und drohte, sie bei weiterer Weigerung gewaltsam zu unterwerfen. Trotzdem führten die Verhandlungen, die in den nächsten Monaten zwischen der Stadt und dem König geführt wurden, zu keinem Ergebnis, da die Bürgerschaft unter dem Einfluß der radikalen Partei es wiederholt ablehnte, auf die gestellten Bedingungen einzugehen. So blieb dem König nichts anderes übrig, als seine Drohungen wahr zu machen und persönlich gegen Danzig vorzurücken. Mußte ihm doch alles daran liegen, die politischen und kirchlichen Neuerungen in der mächtigen Stadt zu unterdrücken, wenn er nicht Gefahr laufen wollte, daß sich von ihr aus unter den preußischen Ständen und vielleicht sogar über das Weichsel-

gebiet hinaus eine religiöse und nationale Gegenbewegung gegen die polnische Herrschaft verbreitete.

Am 17. April 1526 langte der König mit den vornehmsten Geistlichen und den ersten Beamten seines Reiches und einem starken Truppenaufgebot, das auf 8000 Mann geschätzt wurde, in Danzig an. Hatte schon sein Anmarsch die Aufrührer eingeschüchtert, so suchten nun vor allem die Geschlechter, die eine Rückgewinnung ihres früheren Einflusses erhofften, seine Gunst zu erlangen. Die dadurch hervorgerufene Spaltung in der Bürgerschaft spielte dem König den Sieg in die Hand. Er hielt im Laufe des Sommers ein strenges Strafgericht über die Leiter und Anhänger der reformatorischen Bewegung ab. Ihre Hauptführer wurden zum Tode verurteilt, andere mit Verbannung bestraft. Nur wenige, unter ihnen Jakob Hegge, konnten sich durch rechtzeitige Flucht dem gleichen Schicksal entziehen.

Gleichzeitig setzte auf politischem und kirchlichem Gebiet eine volle Reaktion ein. Das katholische Bekenntnis wurde in allen Kirchen wieder eingeführt, die Mönche in ihre Klöster zurückgerufen und die Vertreibung der lutherschen Schriften und Bilder für die Zukunft mit harten Strafen bedroht. Die städtischen Körperschaften wurden vorwiegend mit Anhängern der alten Richtung besetzt, wenn auch einige Männer, die während der Unruhen in den Rat hineingekommen waren, übernommen wurden. Außerdem mußte die ganze Bürgerschaft dem König erneut huldigen und steten Gehorsam gegen die von ihm eingesetzte Obrigkeit geloben. Die Regelung der städtischen Verhältnisse fand ihren Abschluß in dem Erlaß der „Statuta Sigismundi“, die der König am 20. Juli veröffentlichte und durch die für die Folgezeit die politische und kirchliche Verfassung Danzigs festgelegt wurde. In schärfster Weise wurde gegen die Reformation Stellung genommen und die Verkündigung der neuen Lehre bei Todesstrafe verboten. Ihre Anhänger sollten binnen zwei Wochen die Stadt auf immer verlassen.

Von besonderer Wichtigkeit war die Bestimmung, daß in Zukunft das Kirchenregiment in der Hand des Rates und des bischöflichen Offizials liegen sollte, die auch über die Zulassung von neuen Predigern zu entscheiden hatten, sobald sich einer der angestellten Pfarrer als ungeeignet erweisen würde. Damit war aber, sofern zwischen dem Rat und dem Offizial ein Einvernehmen erzielt werden konnte, die Möglichkeit gegeben, auch evangelische Geistliche an die Stadtkirchen zu berufen. Die Verwaltung des Klostervermögens sollte fortan außer dem Vorsteher des Klosters zwei rechtschaffenen Bürgern, die vom Rate zu ernennen waren,

anvertraut werden. Dem Rat wurde hierdurch von nun an noch weit mehr als früher ermöglicht, den geistlichen Besitz in der Stadt zu beaufsichtigen und zu beschränken.

Während der König die religiöse Bewegung mit schroffer Gewalt unterdrückte, kam er den politischen Bestrebungen der Bevölkerung freundlicher entgegen; wie in den letzten Jahren sollte sich auch in Zukunft eine größere Zahl von Gemeindevertretern an der Regierung beteiligen. Die Verfassung der Stadt wurde fortan auf den Rat, die Schöffen und die Hundertmänner gegründet, die als die drei Ordnungen voneinander unterschieden wurden. Die dritte Ordnung setzte sich aus hundert Personen zusammen, die vom Rat aus den Bürgern der Rechtstadt ausgewählt wurden und zu denen stets die Ältermänner der vier Hauptgewerke, der Schuster, Bäcker, Schmiede und Fleischer, gehören sollten. Bei den Beratungen wurde die dritte Ordnung nach den vier Quartieren der Stadt in das Koggen-, Hohe-, Breite- und Fischerquartier eingeteilt, an deren Spitze die Quartiermeister standen, während für die Gesamtgemeinde der Schöffenältermann das Wort zu führen hatte. Bei allen wichtigen Entscheidungen war die dritte Ordnung vom Rat um ihre Einwilligung zu ersuchen. Doch sollten die Beschlüsse des Rates schon Gültigkeit haben, sobald ihnen außer den Schöffen zwei Quartiere zustimmen würden.

Im übrigen ward die Macht des Rates nicht beschränkt. Die Aufsicht über die Befestigungswerke und die Verwaltung der Finanzen blieb ihm allein anvertraut. Der König behielt sich nur das Recht vor, etwaige Beschwerden durch besondere Kommissare nachprüfen zu lassen. Auch über den Fremdenverkehr, die Aufnahme neuer Bürger und die Rechtspflege wurden neue Anordnungen getroffen. Von größerer politischer Bedeutung war nur die Bestimmung, daß der Rat in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten endgültig entscheiden durfte, sofern der Wert der eingeklagten Beträge 500 Mark nicht überschritt. Bei höheren Summen wurde die Berufung an den preußischen Landtag und von diesem an den König zugelassen.

Kurz vor seiner Abreise, am 21. Juli, bestätigte Sigismund noch die früheren Privilegien der Stadt. Sie erfuhren eine Veränderung zu ihren Ungunsten dadurch, daß die jährlich zu entrichtenden Ratengelder um 4000 Mark erhöht wurden. Dagegen wurde der Stadt nun endlich der Besitz von Hela verbrieft und auch ihre Berechtigung, das Pfahlgeld zu erheben, ausdrücklich von neuem anerkannt. Die Wiedereinsetzung Ferbers in seine alten Ämter, die der König ebenfalls vornahm, hatte keine weiteren Folgen, da der Bürgermeister sofort seine Entlassung erbat und sich auf seine Starostei zurückzog, wo er bereits 1529 verstorben ist.

Als Sieger kehrte der König in sein Land zurück. Und doch sollten ihm seine Maßnahmen zum Schaden gereichen. Denn nichts hat wohl das Gefühl innerer Zusammengehörigkeit bei den verschiedenen Schichten der Danziger Bevölkerung mehr verstärkt, als das Bewußtsein, daß sie die reformatorischen Ziele, denen sie im Grunde alle zugeneigt waren, nur bei vollster Einmütigkeit und tatkräftigem Vorgehen gegen den König, der ihren kirchlichen Bestrebungen feindlich gegenüberstand, würden durchsetzen können. Der Kampf um das Evangelium war für den Augenblick zugunsten der alten Kirche und damit auch des polnischen Staates entschieden, weil seine Machtmittel stärker gewesen waren als der Glaubenseifer der Lutheraner. Aber es ist nicht zu verkennen, daß die demokratische Umgestaltung der Verfassung den Grund zu weiterem Hader unter der Bürgerschaft beseitigt und dadurch ihre Einigkeit und Geschlossenheit erheblich vermehrt hat. Nicht minder hat der religiöse Widerstreit, der jetzt zwischen dem König und der Stadt zutage getreten war, dazu beigetragen, daß auch der nationale Gegensatz, der zwischen dem polnischen Reiche und dem deutschen Danzig seit jeher bestand, in Zukunft lebhafter empfunden wurde.

In den folgenden Jahrzehnten sah sich Danzig einer zwiefachen Aufgabe gegenüber. Galt es auf der einen Seite, den religiösen Neuerungen durch kluge Verhandlungen mit der Krone freie Bahn zu brechen, so wurde es andererseits notwendig, sich den politischen Ansprüchen, die der König den preußischen Ständen und Danzig selbst gegenüber immer maßloser erhob, mit aller Macht entgegenzustemmen. Denn je länger, je mehr trat das Ziel Polens hervor, die Selbständigkeit der preußischen Lande zu beseitigen und die rechtlichen wie wirtschaftlichen Verhältnisse des alten Ordenslandes den Gepflogenheiten und Kulturzuständen des slawischen Ostens anzugleichen. Der erste Schritt auf diesem Wege war die Durchführung einer umfassenden Münzreform, die nach langen Streitigkeiten im Jahre 1530 zum Abschluß kam. Während der Danziger Rat die Prägung eigener Münzen trotz aller königlichen Verbote fortzusetzen vermochte, mußte er dem neu eingeführten Währungssystem beipflichten, nach dem für die Zukunft 1 polnischer Gulden = 1½ Mark = 30 Groschen = 90 Schilling = 540 Pfennig sein sollte. Die kleineren Münzen zeigten auf der Vorderseite den preußischen Adler mit dem Schwert im linken Arm, die größeren das Brustbild des Königs. Auf der Rückseite trugen alle Münzen das Danziger Wappen.

Weit schwieriger war der Kampf um die Bewahrung der alten Landesrechte, die der König durch die Ernennung polnischer Günstlinge zu den höchsten Landesbeamten wiederholt zu durchbrechen

suchte. Solange Danzig mit seinen Schwesterstädten Elbing und Thorn zusammenhielt und die wichtigsten Bischofssitze in den Händen einheimischer Preußen, nicht selten sogar von Angehörigen der Danziger Geschlechter waren, glückte es, die überkommenen Rechte zu behaupten. Als aber unter den Landesräten Spaltungen entstanden und der preußische Adel, dem weitgehende Vorrechte zugebilligt wurden, Polen zuzuneigen begann, ward es dem Könige ein leichtes, die Einheit der Stände zu sprengen. Es ist nur auf das unermüdliche Ankämpfen Danzigs gegen jeden Rechtsbruch zurückzuführen, wenn in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts die Verpolung des Weichsellandes nicht noch weit größere Fortschritte gemacht hat. Ein ganz besonderer Dank gebührt hierfür den tapferen Bürgermeistern Philipp Bischof und Johann von Werden, die durch ihr selbstbewußtes Auftreten die nachgiebigeren kleinen Städte unablässig zu weiterem Widerstand ermutigten und trotz aller persönlichen Anfeindungen ihr Ziel zu erreichen wußten.

In vollem Einvernehmen mit den übrigen Ordnungen scheute sich der Rat sogar nicht, dem 1548 neu gewählten König Sigismund August die Anerkennung zu versagen, bis dieser die strengste Beachtung der Landesrechte zugesichert hatte. Auch erhob die Stadt den heftigsten Widerspruch, als zwei Jahre später der polnische Kanzler Stanislaus Hosius unter offenbarer Verletzung der Rechte des Domkapitels zum Bischof von Ermland und damit zum Vorsitzenden des preußischen Landesrates ernannt wurde. Der Rat konnte sich dieses unerschrockene, aber nicht ungefährliche Vorgehen nur deshalb gestatten, weil er die ganze Bürgerschaft auf seiner Seite wußte.

Das zeigte sich auch, als der König bei seiner Anwesenheit in Danzig im Sommer 1552 den Rat von den übrigen Ordnungen zu trennen und deshalb die Bevölkerung gegen ihn aufzuhetzen suchte. Nichts ist wohl bezeichnender für die letzten Ziele der Bürgerschaft und ihren einmütigen Widerstand gegen die polnischen Lockungen und Bestrebungen, als daß der König sogleich aufgefordert wurde, die alten Rechte der Stadt anzuerkennen und die Einführung der reinen Lehre zu gestatten, ein Verlangen, das Sigismund ohne weiteres zurückwies. Aber auch dem Wunsche, die Stellung der dritten Ordnung zu verstärken, zeigte er sich abgeneigt. Er wollte ihr das Recht der Selbstergänzung und den häufigeren und regelmäßigen Zusammentritt ebensowenig zubilligen, als dem Ersuchen der altstädtischen Bürger entsprechen, eigene Vertreter in die dritte Ordnung entsenden zu dürfen. So konnte es nicht ausbleiben, daß sich die Abneigung der Danziger Bevölkerung gegen das Polentum oftmals in derber Weise äußerte

und zahlreiche Streitigkeiten zwischen den Bürgern und den Mitgliedern des königlichen Gefolges entstanden. Auch wurden nach der Abreise des Königs in der Stadt mannigfache Lieder verbreitet, die sich voller Haß gegen die Polen und die polnische Herrschaft in Preußen richteten.

Inzwischen hatte die Reformation in der Stille ihren Fortgang genommen. Während der Besuch der katholischen Gottesdienste zurückging, auch die Klöster von Jahr zu Jahr mehr verödeten, wurde der Wunsch, das Abendmahl in beiderlei Gestalt zu empfangen, immer lauter erhoben. Ganz besonders wurde die Verbreitung der neuen Lehre gefördert durch Pankratius Klemme, der 1529 an die Marienkirche berufen und im Jahre 1536 auf Beschluß aller Ordnungen und mit Zustimmung des Offizials sogar gegen den Einspruch des Königs zu ihrem zweiten Pfarrer ernannt wurde. Sein maßvolles, aber unermüdliches Eintreten für die Lehre Luthers gewann ihm allgemeine Achtung. Da der frühere Offizial Urban Ulrici, der Nachfolger des inzwischen zum Bischof von Ermland beförderten Johannes Dantiscus, als erster Prediger von St. Marien ebenfalls eine vermittelnde Stellung einnahm, wurde die Oberpfarrkirche für die Zukunft zu einer Hochburg der Reformation. Trotzdem wurde an den äußeren Formen des herkömmlichen Gottesdienstes nur wenig geändert. Auch an den anderen Kirchen der Stadt wurden evangelische Prediger angestellt, so daß, wenn auch zunächst noch ohne Genehmigung des Königs, um die Mitte des 16. Jahrhunderts die Danziger Bevölkerung fast ohne Ausnahme dem Luthertum gewonnen war.

König Sigismund August, der persönlich den religiösen Kämpfen seiner Zeit gleichgültig gegenüberstand, fand sich mit der Umgestaltung der kirchlichen Verhältnisse um so eher ab, als die Stadt seine ständigen Geldbedürfnisse bereitwilligst befriedigte. Dazu kam, daß auch der häufige Wechsel auf dem Leslauer Bischofssitz ein Einschreiten der geistlichen Behörden gegen die Reformation lange Zeit verhinderte. Viele der kirchlichen Würdenträger begnügten sich damit, die üblichen Gebühren in ihren Sprengeln einzufordern und einzuziehen. Da auch der polnische Adel um diese Zeit dem neuen Bekenntnis zuzuneigen begann, konnte sich die luthersche Predigt ungestört weiter ausbreiten und befestigen und ihre Dauer als gesichert betrachtet werden. Um so weniger wollten sich aber ihre Anhänger mit der stillschweigenden Duldung der neuen Lehre zufrieden geben, sondern waren bestrebt, ihre gesetzliche Anerkennung zu erzwingen.

Auch in Danzig wollte sich die Bürgerschaft nicht länger mit leeren Versprechungen abspeisen lassen. An der Barbarakirche und

Jakobskirche waren einzelne Prediger bereits eigenmächtig dazu übergegangen, den Gläubigen das Abendmahl in Wein und Brot darzureichen. Nur der Rat zögerte aus politischen Gründen noch, diesen Neuerungen öffentlich zuzustimmen, und bestürmte, da er die Verantwortung nicht allein auf sich nehmen wollte, unablässig den König, der Bevölkerung durch ein feierliches Privileg die Abwendung vom katholischen Bekenntnisse zu gestatten. Sigismund August war den Wünschen, die an ihn von vielen Seiten gerichtet wurden, nicht abgeneigt, zumal ihm die Stadt in seinem Kriege gegen den Ordensmeister in Livland wertvolle Hilfe geleistet hatte. Doch konnte er mit Rücksicht auf die religiöse und politische Spaltung in seinem eigenen Reiche und auf sein Verhältnis zum Papst, mit dem er nicht brechen wollte, sich lange Zeit zu bindenden Zusagen nicht entschließen. Er ließ geschehen, was er doch nicht mehr zu verhindern vermochte, getreu den Worten seines Großkanzlers, der den Danziger Gesandten Ende 1556 die bezeichnende Antwort gab: „Was durft ihr viel suchens, möget ihr doch tun in den sachen, was ihr wollt. Königliche Majestät kann euch nichts öffentlich und ausdrücklich zulassen, aber durch die Finger kann er wohl sehen."

Trotzdem gelang es schließlich dem beharrlichen Vorgehen des Rates, der dem König ein Geschenk von 30 000 Gulden und ein Darlehen von 70 000 Gulden anbot, die königliche Bestätigung der Religionsfreiheit zu erlangen. Am 5. Juli 1557 wurde die Urkunde ausgestellt, in welcher der König den Gebrauch des Abendmahls in beiderlei Gestalt den Bürgern gestattete. Am 31. Oktober 1557 wurde es in allen Kirchen Danzigs zum ersten Male in der neuen Form dargeboten. Obwohl dem katholischen Pfarrer der Marienkirche die Ausübung seines Amtes neben dem protestantischen Geistlichen auch noch weiter bis zu seinem 1572 erfolgten Tode gewährt wurde, war damit der Sieg der Reformation in Danzig vollendet. Das Luthertum hat sich seitdem hier ununterbrochen behauptet und nicht wenig dazu beigetragen, den politischen und kulturellen Gegensatz der Bürgerschaft zu den katholisch bleibenden Gegenden Pommerellens und Polens zu vertiefen.

Kämpfe mit Polen

Die Lage Danzigs und die Bedeutung seines Handels brachte es mit sich, daß die Stadt fast in jeden der politischen Kämpfe hineingezogen wurde, die in jenen Zeiten das Ostseebecken durchtobten. Überall galt es, zu den brennenden Streitfragen Stellung zu nehmen, und nur selten war es möglich, die Neutralität zu bewahren, die für die Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens so notwendig war. In eine schwierige Lage geriet Danzig auch in dem Kriege, der 1563 zwischen Dänemark und Schweden entflammte und in den auf Dänemarks Seite auch Lübeck und Polen eingriffen. Vergeblich setzte der König alles daran, den Rat zur Teilnahme an den Feindseligkeiten zu bewegen. Doch da alle seine Bemühungen scheiterten, mußte er schließlich ausdrücklich anerkennen, daß er die Stadt wider ihren Willen nicht zum Eintritt in einen Krieg zwingen könnte. Auch als im Sommer desselben Jahres Herzog Erich von Braunschweig angeblich als Bundesgenosse des polnischen Königs mit seinen plündernden Söldnerscharen bis vor die Mauern der Stadt heranrückte und Unterstützung verlangte, vermochte der Rat ihn durch Gewährung von reichen Darlehen zum Abzuge zu bewegen, noch ehe er, wie zu befürchten war, die Feindseligkeiten eröffnet hatte. Durch wiederholte Geldzahlungen an den König gelang es auch, die Ausführung der sogenannten Exekution, die Einziehung aller ehemaligen königlichen Tafelgüter, von denen einige in den Besitz Danzigs gekommen waren, zu hintertreiben.

An der Spitze der Stadt befanden sich damals zwei Männer, die sich um ihre Entwicklung gleich hoch verdient machten und durch die Verschiedenheit ihrer Anlagen trefflich ergänzten. Der ernste und arbeitsfreudige Georg Kleefeld, der, aus Elbing gebürtig, seit 1551 als Syndikus und seit 1558 als Bürgermeister in Danzigs Diensten stand, wußte durch sein mannhaftes Auftreten bei den auswärtigen Mächten seiner Stadt großes Ansehen zu verschaffen. Auch erwarb er sich durch die Neubearbeitung des kulmischen Rechts um das Rechtsleben der preußischen Stände bedeutende Verdienste. Während er vornehmlich die hansischen Angelegenheiten bearbeitete, wurden die Verhandlungen mit Polen überwiegend durch Konstantin Ferber geführt, den stolzen und prachtliebenden Sohn Eber-

hards. Er ließ nicht nur das väterliche Haus in der Langgasse, das nach seinem Bilderschmuck später „Adam und Eva" genannt wurde, mit erheblichen Kosten im Geschmack seiner Zeit umbauen, sondern legte seinen Reichtum auch in seinem Landsitze Guteherberge, der nach dem Wappen seines Hauses bald den Namen Dreischweinsköpfe empfing, und mehreren anderen Gütern in der Umgebung Danzigs an.

Die Bürgerschaft konnte sich glücklich schätzen, diese tatkräftigen Führer gerade in der schweren Zeit, die ihr bevorstand, ihr eigen zu nennen. War doch die ihr feindliche Partei am polnischen Hofe, die ebenso ihre Verpolung wie die Unterdrückung der Reformation erstrebte, auf das eifrigste bemüht, die Zugeständnisse, zu denen sich der König hatte bequemen müssen, so bald als möglich wieder rückgängig zu machen. Im Verein mit dem päpstlichen Nuntius in Warschau, dem Bischof Commendone, war Bischof Hosius gewillt, den Katholizismus in Preußen wiederherzustellen, wobei er sich vorteilhaft der Jesuiten bediente, die im Jahre 1565 eine eigene Niederlassung in Braunsberg begründet hatten. Er wußte den König zu bestimmen, den Lutheranern mit weniger Nachgiebigkeit als bisher zu begegnen, und setzte es auch durch, daß der Danziger Rat das Dominikanerkloster wieder herausgeben mußte, das 1564 von den wenigen noch übriggebliebenen Mönchen verlassen und danach an die Stadt gefallen war.

Zu einem vollen Erfolg sollten seine Bestrebungen jedoch erst gelangen, als er in dem früheren königlichen Sekretär Stanislaus Karnkowski, der 1567 Bischof von Leslau geworden war, einen unermüdlichen Bundesgenossen erhielt. Ihren vereinten Bemühungen gelang es, den König zur Einsetzung einer Kommission zu veranlassen, die mit weitgehenden Vollmachten versehen die Verfassung und Verwaltung der Städte Danzig und Elbing einer gründlichen Untersuchung unterwerfen sollte. Mochten sie sich auch nach außen hin den Anschein geben, als ob sie nur Mißständen abhelfen wollten, so konnte sich doch der Rat darüber nicht im Unklaren befinden, daß ihr Ziel dahin ging, die Bürgerschaft zu spalten und einzuschüchtern und die Freiheit der Stadt zum Besten der polnisch-katholischen Reaktion zu untergraben. Da die Einsetzung der Kommission den schroffsten Eingriff in ihre Rechte bedeutete und der Rat nicht gewillt war, sich diesem Rechtsbruch zu beugen, ließ er die Kommissare mehrfach auffordern, nicht nach Danzig zu kommen und, als sie am 29. Oktober 1568 trotzdem vor den Mauern anlangten, die Tore schließen. Auch lehnte er an den folgenden Tagen jede Verhandlung mit ihnen ab, so daß die Gesandten schließlich unverrichteter Sache wieder abreisen mußten.

Natürlich löste dieses Verhalten den heftigsten Unwillen des Königs aus. Er scheute sich nicht, den Widerstand, den die Stadt seinen Kommissaren geleistet hatte, sogleich als Vorwand zu benutzen, um im Frühjahr des nächsten Jahres die Vertreter des Danziger Rates, den Bürgermeister Kleefeld und den Ratsherrn Peter Behme, in Lublin von den Beratungen des polnischen Reichstages auszuschließen, der über die Einverleibung von Litauen und Preußen in den polnischen Staat Beschluß fassen sollte. Es gelang ihm hierdurch, den mächtigsten und schärfsten Gegner der polnischen Unionsbestrebungen den wichtigen Verhandlungen widerrechtlich fernzuhalten. So konnte am 18. März 1569 unter dem jubelnden Beifall des polnischen Adels das berüchtigte Lubliner Dekret zum Gesetz erhoben werden. Die Selbständigkeit der preußischen Stände, deren Widerspruch unbeachtet blieb, wurde damit für alle Zeit mit einem Federstrich beseitigt. Während der preußische Adel künftig seinen Sitz im polnischen Reichstag erhielt, blieb den Städten eine staatsrechtliche Vertretung sowohl im Senat als auch in der Landbotenstube versagt. Der Verpolung des Weichsellandes war fortan freier Lauf geschaffen. In der Verdrängung der Einheimischen von den Landesämtern und in dem Rückgang der wirtschaftlichen Kultur des einst so hoch entwickelten Ordenslandes zeigten sich nur zu bald die Folgen dieses unerhörten Rechtsbruches.

Im Uebermut des Siegers ging die polnische Partei nun auch gegen Danzig vor. Die Bürgermeister Kleefeld und Ferber wurden nebst mehreren anderen der bedeutendsten Ratsherren grundlos und willkürlich der schwersten Verbrechen beschuldigt. Als sie sich zu ihrer Rechtfertigung vor dem königlichen Gericht einfanden, wurden sie, ohne gehört zu werden, sofort verhaftet und fast zwei Jahre hindurch unter den härtesten Entbehrungen und einer entehrenden Behandlung gefangen gehalten; war doch dem polnischen Adel jedes Mittel recht, das zur Knechtung der stolzen Stadt beitragen konnte.

Kurze Zeit darauf wurde eine neue Kommission eingesetzt, der außer Karnkowski auch der Danziger Kastellan Johannes Kostka und der langjährige erbitterte Feind Danzigs, der Abt Kaspar Jeschke von Oliva angehörten. Vergeblich bemühten sie sich, die Bürgerschaft dem Rat abspenstig zu machen. Vielmehr erklärten alle Ordnungen, daß sie sich in gleicher Weise für die Verwaltung und Rechnungsführung der Stadt verantwortlich fühlten und keine Beschwerden vorzubringen hätten. Trotzdem entwarfen die Kommissare gegen den ständigen Widerspruch der Bürgerschaft eine neue Verfassung, durch welche die Stadt in eine drückende Abhängigkeit von der

Krone Polen hineingezwungen werden sollte. Die sogenannten Statuta Karnkowiana sind zwar niemals zur Durchführung gelangt, doch lassen sie in ihren einzelnen Anordnungen die Danzig feindliche Politik Polens deutlich erkennen.

Gleich die erste Bestimmung, die in den Statuten enthalten war, ging darauf aus, die Stadt eines der wichtigsten Rechte, das ihr König Kasimir einst verliehen hatte, zu berauben, der freien Verfügung über den Hafen und der unumschränkten Aufsicht über die Schiffahrt. Auch wurde die Militärhoheit des Rates dadurch eingeengt, daß die Anwerbung von Truppen von der königlichen Genehmigung abhängig gemacht und die von ihr in Sold zu nehmenden Hauptleute gleich dem Befehlshaber der Festung Weichselmünde dem König vereidigt werden sollten. Ferner mußten die Bürgermeister und Ratsherren ihren Amtseid in Zukunft vor einem königlichen Kommissar ablegen. Es konnte keinem Zweifel unterliegen, daß die Annahme dieser Gesetze jede freie Bewegung der Stadt unmöglich gemacht hätte. Ebenso sollte der Gerichtsstand Danzigs dadurch durchlöchert werden, daß nicht nur in jedem Falle die Berufung an den König frei gestellt ward, sondern auch alle Personen, denen dieser besondere Freibriefe erteilen würde, dem Danziger Gericht entzogen werden sollten.

Ein anderer Teil der Statuten hatte den Zweck, die Macht der Stadt dadurch zu schwächen, daß die Befugnisse des Rates zugunsten der anderen Ordnungen, vor allem der dem Rat aus sozialen Gründen entgegenstehenden Handwerker geschmälert werden sollten. Um den Gegensatz zwischen dem Rat und den unteren Schichten der Bevölkerung zu verstärken und verfassungsmäßig festzulegen, erhielten die Handwerker, wie sie es bereits 1552 erstrebt hatten, die Erlaubnis, innerhalb der dritten Ordnung ein fünftes Quartier zu bilden. Die Aufsicht über die städtischen Landgüter, die der Rat bisher allein verwaltet hatte, wurde vier Ausschüssen übertragen, die aus je einem Ratsherrn und drei Hundertmännern zusammengesetzt sein sollten. So gerechtfertigt diese Bestimmungen auch vom demokratischen Standpunkte erscheinen mögen, in jener Zeit konnten und sollten sie keine andere Wirkung haben, als die Einigkeit der Bürgerschaft zu zerstören und dem polnischen Könige jeden beliebigen Eingriff in die Politik und die Verwaltung der Stadt zu ermöglichen.

Es half nichts, daß die Gesandten Danzigs unter der Führung des schwächlichen Ratsherrn Mathias Zimmermann immer wieder darauf hinwiesen, daß durch die in Aussicht genommenen Statuten die alten Rechte ihrer Stadt verletzt würden. Obwohl sie den König sogar kniefällig um Gnade und Gerechtigkeit anflehten,

waren alle ihre Bemühungen vergeblich. Am 20. Juli 1570 wurden die Statuten von Sigismund August zum Gesetz erhoben.

Und doch hatten sich der König und seine Berater über die Widerstandsfähigkeit und Tatkraft der Danziger getäuscht, wenn sie gehofft hatten, durch rohe Gewalt und schnöden Rechtsbruch die selbstbewußten Bürger sich gefügig zu machen. Gewaltig loderte in Danzig die Erbitterung auf, als die Kunde von den demütigenden Vorfällen in Warschau in weiteren Kreisen bekannt wurde. Die Gesandten wurden als Verräter bezeichnet und Zimmermann sogar in schmählicher Weise seines Amtes entsetzt. Während der Rat zur Versöhnung neigte, wiesen die Schöffen und Hundertmänner jede Anerkennung und Durchführung der Statuten hartnäckig zurück. Immer fester schloß sich die Bürgerschaft gegen die polnischen Anfeindungen zusammen. Sie war gewillt, koste es, was es wolle, ihre Freiheit zu schirmen und die Rechte ihrer Väter zu wahren, selbst auf die Gefahr hin, in diesem Kampfe letzthin allein zu stehen. Denn die übrigen Mitglieder der preußischen Stände begannen sich bereits aus Eigennutz und Mutlosigkeit allem Herkommen zuwider den polnischen Forderungen anzubequemen.

Der Tod des kinderlosen Königs im Juli 1572 und die ihm folgenden Thronwirren verhüteten, daß der Kampf zwischen der Stadt und dem Königtum schon in den nächsten Jahren zum Austrag gelangte. Trotzdem gestaltete sich die politische Lage nur noch mehr zu ihren Ungunsten, da der Streit um den polnischen Königsstuhl dem Adel erhöhte Bedeutung verlieh und auch dem Handel empfindlichen Abbruch tat. Die Wahl Stephan Bathorys, des Fürsten von Siebenbürgen, vermehrte wieder die Macht des polnischen Staates, so daß er daran denken konnte, die von Sigismund August begonnene Unionspolitik fortzusetzen und auch Danzig gegenüber zur Durchführung zu bringen.

In klarer Erkenntnis der ihm drohenden Gefahr verlangte der Danziger Rat von dem neuen Herrscher vor der Huldigung die Bestätigung der städtischen Rechte, doch war Stephan Bathory, eine menschlich anziehende Persönlichkeit, keineswegs gewillt, auf diese Zumutung einzugehen. Bestärkt durch die Adelspartei forderte er von Danzig die sofortige Huldigung und verhängte, als die Stadt auf ihrer Weigerung beharrte, am 24. September 1576 über sie die Acht. Auch zog er mit einem großen Heere gegen Danzig heran. Der offene Kampf um die bürgerliche Freiheit ward damit unvermeidbar.

Es zeugt von der genauen Einschätzung der politischen Verhältnisse und dem festen Willen Danzigs, seine Selbständigkeit zu

behaupten, daß der Rat schon in den letzten Jahren die Befestigungswerke verstärkt, die Bürgerschaft zum Waffendienst aufgeboten und zahlreiche Söldner angeworben hatte. Jetzt, als der Beginn der Feindseligkeiten jeden Tag zu erwarten war, wurden die Vorstädte niedergebrannt, um dem anrückenden Feinde, der sich bereits im Werder mannigfacher Grausamkeiten schuldig gemacht hatte, keinen Schutz zu gewähren.

In der Stadt herrschte allgemeine Begeisterung und freudige Zuversicht. Die Feindschaft gegen Polen und die kriegerische Erregung unter der Bürgerschaft nahm immer heftigere Formen an, bis sie sich schließlich in einem plötzlichen Sturm auf die Klöster, deren Insassen als Polenfreunde verdächtig waren, entlud. Nur mit Mühe konnte der Rat die Menge von den schwersten Ausschreitungen zurückhalten. Mitte Oktober kam es zu den ersten Zusammenstößen von Danziger und königlichen Truppen in der Gegend von Praust.

Trotzdem versuchte der Rat immer noch auf gütlichem Wege mit dem König zu einer Verständigung zu gelangen. Am 23. November reisten der Bürgermeister Konstantin Ferber, der Ratsherr Georg Rosenberg und der Syndikus Heinrich Lemke in das Hauptquartier vor Thorn ab, um mit dem König neue Verhandlungen aufzunehmen. Doch ihr Entgegenkommen wurde übel gelohnt. Da sie nicht bereit waren, auf die ihnen gestellten Forderungen einzugehen, wurden sie unter Bruch des ihnen zugesagten Geleites verhaftet und der Stadt die Zahlung von mehreren hunderttausend Gulden auferlegt, ein Verlangen, das die Bürgerschaft entrüstet zurückwies. Die unteren Schichten der Bevölkerung, in erster Reihe die Gewerke, die Polen so oft vergeblich für sich zu gewinnen gehofft hatte, erhoben unter der Führung des Münzmeisters Kaspar Göbel gegen die polnischen Anmaßungen lebhaften Einspruch und setzten es schließlich durch, daß die Forderungen auch von den anderen Ordnungen abgelehnt wurden, obwohl sich der König in letzter Stunde in einigen Dingen nachgiebiger zeigte. Dem Rate wurde Feigheit und Saumseligkeit vorgeworfen und einigen seiner Mitglieder sogar verräterisches Einvernehmen mit dem Feinde zur Last gelegt. So blieb dem Rat nichts anderes übrig, als die Verhandlungen abzubrechen und die Entscheidung den Waffen anzuvertrauen.

Am 11. Februar 1577 ward über Danzig von neuem die Acht verhängt. Die Danziger Gesandten, die dem König die ablehnende Antwort der Ordnungen überbrachten, wurden wiederum allen Versprechungen zuwider gefangen gesetzt und nach Polen verschleppt. Nicht weniger als sieben Monate, gerade während der

höchsten Bedrängnis ihrer Stadt, haben Ferber und Rosenberg in Lensitz und Brest der Heimat fern in würdeloser Haft verbringen müssen.

Als die Kunde von diesem erneuten Rechtsbruch in Danzig laut wurde, ward die Bevölkerung von heftigster Leidenschaft ergriffen. Die lange angesammelte Wut über das ihr zugefügte Unrecht machte sich in einem wilden Zuge nach dem Kloster Oliva Luft, da seinem Abt Kaspar Jeschke die meiste Schuld an der Behandlung der Gesandten und dem Vorgehen des Königs zugeschrieben wurde. Am 15. Februar wurde das Kloster geplündert und bis auf die Mauern ausgebrannt.

Zwar gingen jetzt auch die Polen zum Angriff über, indem der Hauptmann von Putzig, Oberst Ernst Weyher, Ende März Hela besetzte. Doch übte der Verlust der Halbinsel auf Danzig keinen wesentlichen Druck aus, zumal seine Macht durch das Erscheinen einer dänischen Flotte, die in der Bucht vor Anker ging, nicht unerheblich verstärkt wurde. Obwohl sie sich zunächst noch untätig verhielt, trug sie schon durch ihre Anwesenheit nicht wenig dazu bei, den für die Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln so wichtigen Seeweg offen zu halten. Im stolzen Gefühl ihrer Überlegenheit ließ sich die kriegslustige Menge nicht abhalten, am 16. April, als sich das polnische Heer bereits bei Dirschau befand, trotz des Abratens der Kriegshauptleute und des Rates in einer Stärke von etwa 10 000 Mann dem Feinde entgegenzuziehen. Der Kampf, der sich am folgenden Tage bei Liebschau entwickelte, endete mit einer schweren Niederlage der Danziger Truppen, die unbesonnen vorgegangen waren. Doch wurde der Kriegswille der Bürgerschaft durch den unglücklichen Ausgang des Gefechtes nicht im mindesten beeinträchtigt. Der Wunsch, die erlittene Schlappe wieder gutzumachen, beflügelte ihren Eifer.

Die Rüstungen wurden inzwischen fortgesetzt, eine neue Kriegsordnung erlassen und in Dänemark weitere Söldner angeworben. König Friedrich II. stellte den Danzigern den tüchtigen Obersten Klaus von Ungern, einen baltischen Edelmann, zur Verfügung, der sich bei der Bürgerschaft zwar bald beliebt machte, aber nach einiger Zeit dadurch gefährlich wurde, daß er die Stadt seinem Könige in die Hände spielen wollte.

Nachdem König Stephan am 13. Juni mit seinem Heere vor Danzig erschienen war, begann er sofort eine heftige Beschießung der Stadt, die ihre Wirkung jedoch völlig verfehlte. Durch kühne Ausfälle wußten die Bürger vielmehr seinen Truppen so großen Schaden zuzufügen, daß er schon nach vier Wochen die Einschließung aufgab und sich in das Werder zurückzog. Erst nachdem

er sein Heer auf 17 000 Mann vermehrt hatte, nahm er die Belagerung wieder auf und suchte sich durch wiederholte Angriffe der Schanzen bei Weichselmünde zu bemächtigen. Da aber auch hier seine Bemühungen an dem hartnäckigen und opfermutigen Widerstand der Besatzung scheiterten, sah er sich gezwungen, am 6. September auf die Eroberung Danzigs endgültig zu verzichten und sich nach Marienburg zu begeben.

Von der unmittelbaren Gefahr befreit, begannen die Danziger zu größeren Unternehmungen vorzugehen. Sie wandten sich vornehmlich gegen Elbing, das dem Handel Danzigs beträchtlichen Schaden zugefügt hatte, nachdem König Stephan den Stapel aller polnischen Waren von Danzig nach Elbing verlegt hatte. Schon am 10. September verließ eine starke Flotte in Begleitung der dänischen Schiffe den Hafen und lief durch das Königsberger Tief in das Frische Haff ein, wo sie den Seeverkehr der Nachbarstadt empfindlich störte. Die Besatzung der Schiffe scheute sich sogar nicht, Elbing selbst anzugreifen und die Ländereien in seiner Umgebung zu verwüsten. Mit 60 Beuteschiffen versehen langte die Flotte am 28. September wieder in Danzig an, wo sie mit großer Freude begrüßt wurde. Hatte doch die erfolgreiche Fahrt nicht minder als die glänzende Abwehr der Belagerung den Ruhm der alten Hansestadt weithin verbreitet. An ihre Unterwerfung durch den König war nicht mehr zu denken.

So ist es verständlich, wenn sich Stephan Bathory einem baldigen Friedensschluß geneigt zeigte, als der Rat erkennen ließ, daß auch ihm eine schnelle Beendigung des Krieges erwünscht wäre, um die Ordnung im Innern wieder herzustellen und weitere Opfer an Gut und Blut zu vermeiden. Durch Vermittlung der Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg gelang es, die beiden Parteien zur Wiederaufnahme der Verhandlungen zu bewegen und am 12. Dezember 1577 den Frieden zum Abschluß zu bringen. Während die Stadt in förmlicher Weise dem König Abbitte tat und sich zur Zahlung von 200 000 Gulden an den König und von 20 000 Gulden an das schwer geschädigte Kloster Oliva verpflichtete, hob Stephan die Acht auf, bestätigte alle ihre Privilegien und sicherte ihr erneut die weitere freie Ausübung des evangelischen Bekenntnisses zu.

Ungebeugt ging Danzig aus dem schweren Kampfe, der nur zu leicht mit seiner vollen Niederlage hätte enden können, hervor, ein Erfolg, der allein der Einmütigkeit und Tapferkeit seiner Bürger zu verdanken war und sein Ansehen in aller Welt so fest begründete, daß die reiche Handelsstadt fortan als eine beachtenswerte politische Macht bei allen künftigen Kriegen Osteuropas

gewürdigt wurde. Anstatt seine Freiheit zu verlieren, hatte Danzig aus eigener Kraft seine Selbständigkeit behauptet und damit erwiesen, daß es die dem polnischen König zugestandene Oberhoheit nur als eine, bei Gelegenheit zu erbittende Schutzpflicht, aber nicht als ein jederzeit zu erweiterndes Recht, seine eigene Entwicklung zu unterdrücken, betrachtet wissen wollte. Die Stadt war gewillt und fähig, dem König, wenn es not tat, als ebenbürtiger Gegner gegenüberzutreten.

Das zeigte sich auch in den folgenden Jahren, als es galt, die seit langem strittigen Fragen der Pfahlgelderhebung einer Lösung entgegenzuführen. Gewiß war der Rat bereit, dem König einen Anteil an den Seezöllen zu bewilligen, sofern dadurch der Handel keine Schädigung erfuhr und die Stadt auf anderen Gebieten Zugeständnisse empfing. Obwohl noch oft schier unüberwindliche Schwierigkeiten zu beseitigen waren und die Verhandlungen nicht selten abgebrochen wurden, kam am 26. Februar 1585 der Pfahlgeldvertrag zustande, in dem Stephan Bathory alle früheren Rechte der Stadt nochmals bestätigte und außer der Regelung der künftigen Zollerhebung auch in weitem Umfange das rechtliche Verhältnis Danzigs zu Polen auf eine neue Grundlage gestellt wurde.

Während das Pfahlgeld fortan von drei Ratsherren und zwei Schreibern, die vom Rate zu wählen und vor einem königlichen Kommissar zu vereidigen waren, verwaltet werden sollte, wurde dem Rat die Befugnis eingeräumt, die Höhe der Zölle für die einzelnen Warengruppen allein zu bestimmen. Auch ward ihm, indem die den Rechten der Stadt widersprechenden Bestimmungen der Statuten Karnkowskis aufgehoben wurden, das bereits von Kasimir verliehene Recht, ohne königliche Einmischung den Hafen zu verwalten und die Schiffahrt zu öffnen oder zu schließen, ohne Einschränkung zugebilligt. Der König nahm von dem ihm bisher vorbehaltenen Recht, in einzelnen Fällen von der Zahlung des Pfahlgeldes zu befreien, ebenso Abstand, wie er für die Zukunft auf Eingriffe in die städtische Gerichtsbarkeit und die Ausführung der Exekution ausdrücklich verzichtete. Für die Förderung des Handels war es wichtig, daß auf der Weichsel keine neuen Abgaben und Zölle eingeführt und der Flußlauf zum Schaden Danzigs nicht verändert werden durfte. Mit verstärkter Macht ging der Rat gegenüber den Gewerken, die Stadt gegenüber dem polnischen Staate aus den langwierigen Verfassungskämpfen hervor, die mit der Revolution des Jahres 1525 ihren Anfang genommen hatten und durch den Pfahlgeldvertrag, an dem sowohl Danzig wie der König als gleichberechtigte und gleichwertige Parteien mitgewirkt hatten, einen für Danzig günstigen Abschluß erhielten.

Der Handel der Hansestadt

Wie die Politik Danzigs überwiegend durch sein Verhältnis zu Polen bestimmt wurde, so gründete sich auch sein wirtschaftliches Leben während dieses Zeitraumes in erster Reihe auf den Handel mit dem ertragreichen polnischen Hinterlande. Erst jetzt wurde das Weichselgebiet jenseits der preußischen Grenzen für die wirtschaftliche Entwicklung Danzigs von entscheidender Bedeutung. Gewiß hatten schon zur Ordenszeit die Danziger Kaufleute mit Polen in regem Verkehr gestanden, aber erst die Umbildung der gesamten wirtschaftlichen und politischen Gestaltung Europas, wie sie im 16. Jahrhundert vor sich ging, die Entstehung größerer Reiche, das ungeheure Anwachsen und die Zusammendrängung der Volksmassen in den westlichen Staaten, das dadurch vermehrte Bedürfnis nach einer Einfuhr von Lebensmitteln aus den weniger bevölkerten Überschußbezirken Osteuropas und schließlich die zeitweilige Ausbildung einer stärkeren polnischen Staatsmacht, die dem vormals so häufig zerrissenen Lande inneren Frieden und wirtschaftliches Gedeihen brachte, steigerten ebenso sehr das Verlangen nach einem regeren ostwestlichen Tauschhandel, wie sie seine Befriedigung ermöglichten. Auf Grund seiner Jahrhunderte alten, hansischen Beziehungen zu den Küstenländern der Nord- und Ostsee konnte sich Danzig, das gerade im Brennpunkte dieses immer mehr anschwellenden Verkehrsstromes gelegen war, sogleich mit aller Kraft der Auswertung der günstigen Weltlage widmen. Dabei kam ihm der Gewinn einer fast unumschränkten politischen Freiheit um so mehr zu statten, als die übrigen Städte Europas immer mehr dem Willen ihrer Landesherren unterworfen wurden, die den Handel der einzelnen Städte zugunsten der Gesamtwirtschaft ihrer Territorien zu beschränken und vor allem die reichen Zölle, die in den Seehäfen erhoben wurden, für sich zu gewinnen suchten.

Die Waren, die auf den Weichselkähnen und Traften aus Polen meist durch die Danziger Kaufleute selbst oder durch die oft jüdischen Mittelsmänner des polnischen Adels nach Danzig eingeführt wurden, waren wie früher, aber in steigender Menge Getreide, Holz, Asche, Pech und Teer. Von den einzelnen Getreidearten stand der Roggen weitaus an erster Stelle. Im Jahre 1583 wurden neben 8825 Last Weizen nicht weniger als 50 548 Last

Roggen ausgeführt. Die Speicher an der Mottlau waren stets gefüllt. Im Jahre 1577 lagerten einmal gleichzeitig 8800 Last Getreide in den Danziger Lagerhäusern. Im Jahre 1608 belief sich die Getreideausfuhr auf 87 000 Last und erreichte zehn Jahre später mit 116 000 Last ihren höchsten Stand. So ist es kein Wunder, wenn der Wert der ausgeführten Waren 1583 schon 41 Millionen Reichsmark betrug und sich in den folgenden Jahrzehnten noch verdoppelte. Der Außenhandel wurde zu einer schier unerschöpflichen Quelle des bürgerlichen Wohlstandes.

Die Verschiffung dieser Güter lag fast ausschließlich in den Händen fremder, überwiegend holländischer Reeder, da der Danziger Schiffbau seit der Mitte des 16. Jahrhunderts sehr erheblich zurückgegangen war. 1544 klagte der Rat, daß der einheimischen Reederei kaum noch 50 Schiffe angehörten, während einige Jahre zuvor noch 200 in Danzig beheimatete Schiffe gezählt werden konnten. Der Handel wandelte sich immer mehr zum reinen Umschlagverkehr um, bei dem sich die Danziger damit begnügten, die vom Binnenlande eintreffenden Waren zu lagern und mit oft sehr bedeutenden Preisaufschlägen an die Holländer weiter zu verkaufen. Um den Gewinn aus diesem Zwischenhandel sich dauernd zu sichern, waren die einheimischen Kaufleute bestrebt, die Fremden von dem Eigenhandel in der Stadt völlig auszuschließen. Der Niederlassung von Engländern und Niederländern wurden stets die größten Schwierigkeiten bereitet und ungeschmälert die alten hansischen Grundsätze verfochten, die den Aufenthalt der Ausländer zu beschränken suchten. Bei der Verfolgung dieser Ziele ging Danzig sogar so weit, daß es auch den zahlreichen Holländern, die um ihres Glaubens willen ihre Heimat verlassen mußten und sich vielfach nach der Weichselstadt, zu der seit alters rege Handelsbeziehungen bestanden, begaben, die Ansiedlung innerhalb der Mauern versagte. Die Flüchtlinge wurden dadurch sehr zum Schaden der bürgerlichen Gewerbe gezwungen, sich auf dem bischöflichen Gebiete vor der Stadt Wohnsitze zu verschaffen. Dagegen wurde ihnen gestattet, sich im Werder anzubauen, das durch die fleißigen, mit Dammbauten und Entwässerungsarbeiten wohl vertrauten Einwanderer eine neue Blüte erlebte. Auch den Juden war das Betreten der Stadt nur gelegentlich zum Besuch der Märkte erlaubt.

Der gewaltige Umfang des Danziger Handels läßt sich am besten aus der Angabe bemessen, nach der in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts jährlich etwa 1000 Schiffe von Danzig aus den Sund durchfuhren, eine Zahl, die mehr als die Hälfte aller Schiffe ausmachte, die damals auf diesem wichtigen Handelswege

verkehrten. 1583 liefen im Danziger Hafen 2229 Schiffe ein, während 2113 Schiffe, von denen drei Viertel, meist holländische Fahrzeuge nach der Nordsee fuhren, ihn verließen.

Auf die Verbindung mit der Hanse legte Danzig nach wie vor großen Wert, da die Vereinigung der deutschen Städte um so bedeutungsvoller wurde, als sich die nordischen und westlichen Staaten gegen die fremden Kaufleute immer strenger abzuschließen trachteten. Um der dadurch hervorgerufenen Gefährdung ihrer wirtschaftlichen Vorrangstellung mit vereinten Mitteln wirkungsvoller und zweckmäßiger zu begegnen, begannen die Städte sich enger zu verbinden und ihrem Bund durch straffere Gliederung erhöhte Macht zu verleihen. Als die Zusammenfassung der Hanseorte in bestimmte Quartiere unter besonderen Hauptstädten in Angriff genommen wurde, stand Danzig in dieser Bewegung in erster Reihe. Bereits 1535 wird es neben Lübeck, Köln und Braunschweig als Quartierstadt genannt und hatte seit 1554 die unbedingte Führung über alle preußischen und livländischen Städte inne. Es pflegte sie auf den allgemeinen Hansetagen zu vertreten und zu besonderen Quartiertagen, deren letzter 1604 stattfand, zu versammeln. Auch an der Ausarbeitung der Bündesverfassung, der Konföderation, die 1557 zur Annahme gelangte, hat Danzig rege mitgewirkt.

Trotzdem litten die Beziehungen zur Hanse lange Zeit unter den Zwistigkeiten, in die Danzig aus wirtschaftlichen und politischen Gründen mit Lübeck, der alten Nebenbuhlerin im Ostseehandel, verwickelt wurde. Wurde es doch durch eine Schließung des Sundes, durch den der größte Teil seiner Ausfuhr erfolgte, in ganz anderer Weise in Mitleidenschaft gezogen, als die Travestadt, deren Handel auch über Land die Häfen der Nordsee erreichen konnte. Danzig sah sich daher gezwungen, gegenüber Dänemark nicht selten eine andere Politik einzuschlagen, als es für Lübeck erwünscht war. Auch in der Behandlung der Niederländer vertraten die beiden Städte entgegengesetzte Standpunkte, da Danzig nach dem Niedergang seiner einheimischen Reederei auf das Erscheinen der holländischen Schiffe in seinem Hafen ebenso hohen Wert legen mußte, wie Lübeck von ihrem Eindringen in die Ostsee einen Rückgang seiner eigenen Schiffahrt zu befürchten hatte. Wie stark sich der holländische Seeverkehr nach Danzig trotz aller Gegenwirkungen Lübecks entwickelte, ist daraus ersichtlich, daß nicht weniger als ein Drittel aller die Ostsee befahrenden holländischen Schiffe, 1120 Schiffe im Jahre 1563 und 1034 Schiffe im Jahre 1566 Danzig aufsuchten.

Wie zur Ordenszeit spielte der Handel mit England, das in zunehmendem Maße aus dem Osten Getreide und Holz einführen

mußte, für Danzig eine große Rolle. Zahlreiche Angehörige der vornehmsten Geschlechter Danzigs machten sich als Mitglieder und Ältermänner des Londoner Stahlhofes um die Angelegenheiten der Hanse in England verdient. Häufige Reibungen blieben dabei nicht aus, da bald die britische Regierung den deutschen Kaufleuten Hindernisse in den Weg legte, bald die hansischen Städte und unter ihnen vor allem Danzig die Niederlassung und den Handel der Engländer erschwerten. Denn immer noch konnte sich die Hanse nicht dazu verstehen, den Engländern bei sich die gleichen Rechte zuzubilligen, deren sie sich selbst in England seit langer Zeit erfreute. Selbst ein so einsichtiger Politiker und kluger Geschäftsmann, wie Georg Liesemann, der viele Jahre als hansischer Sekretär in London tätig war, glaubte an den herkömmlichen hansischen Vorzugsrechten unbedingt festhalten zu dürfen, obwohl sich die Wirtschaftslage Europas und die politischen Machtverhältnisse zwischen den deutschen Städten und dem erstarkenden Reiche der Königin Elisabeth von Grund aus verändert hatten.

Diese Hartnäckigkeit gereichte Danzig zu besonderem Nachteil, als Elbing den Engländern seine Tore öffnete und ihnen 1585 eine eigene Niederlassung einräumte, die trotz des Widerspruches der Danziger und der Zurückhaltung, die sich der polnische König in ihrer Genehmigung auferlegte, aufrecht erhalten blieb und einen großen Teil des britischen Ostseehandels zu sich hinüberzog. Mehrere Jahrzehnte dauerten die Bemühungen Danzigs an, die Engländer zur Aufgabe der Elbinger Niederlassung und zu ihrer Verlegung nach Danzig zu bewegen. Doch scheiterten die Verhandlungen immer wieder daran, daß sich die Ordnungen nicht dazu bequemen wollten, das von den Engländern geforderte Recht freien Handels und freier Ansiedlung in vollem Umfang ihnen zuzugestehen. Erst 1628 wurde die englische Niederlassung in Elbing aufgehoben.

Die Salzfahrten nach der Baie wurden zu dieser Zeit vielfach durch Seeräuber beeinträchtigt, die an der Küste Frankreichs den hansischen Schiffen bedeutenden Schaden zufügten. Der Verkehr wurde daher oft ganz eingestellt, zumal auch die französische Regierung im Jahre 1576 einen hohen Zoll auf die Salzausfuhr legte. Erst in den achtziger Jahren nahm der Handel wieder größeren Umfang an, indem zahlreiche französische Schiffe nach dem Osten Wein und Salz brachten und Danziger Fahrzeuge die Häfen von Bordeaux, La Rochelle, St. Malo und Le Havre aufzusuchen pflegten. Die neu sich anbahnenden Beziehungen machten die Einsetzung eines französischen Konsuls in Danzig notwendig, zu dem 1610 von Heinrich IV. Jean de la Blanque ernannt wurde, der vorher längere Zeit in schwedischen Kriegsdiensten gestanden hatte.

Während der Verkehr mit Spanien nur gering blieb, fanden sich zu Beginn des 16. Jahrhunderts in Lissabon wie in anderen Orten Portugals öfters Danziger Kaufleute ein, um hier Gewürze, Pfeffer und Spezereien gegen Schiffsholz einzutauschen. Einen kurzen, aber sehr einträglichen Aufschwung nahmen in den Jahren 1580—1610 auch die Beziehungen zu Italien. Starke Mißernten führten hier in Verbindung mit dem spanisch-holländischen Kriege, durch den die zuvor von den Niederländern besorgte Getreideeinfuhr nach Italien gesperrt wurde, schwere Hungersnöte herbei, die mehrere italienische Fürsten, auch den Papst, veranlaßten, sich von Danzig unmittelbar Getreide zu erbitten. Besonders lebhaft wurde der Verkehr mit Venedig, dessen Staatssekretär Marco Ottobuono sich 1591 mehrere Monate in Danzig aufhielt, Mitglied der Georgenbrüderschaft und der Reinholdsbank wurde und auch später dem Rate für seine würdige Aufnahme ein dankbares Andenken bewahrte. Auch nach Livorno, Mantua und Rom gingen mehrfach große Getreideflotten, die häufig unter der Führung des Ratsherrn und späteren Bürgermeisters Johann Speimann standen, der 1593 vom Papste Clemens VIII. zum goldenen Ritter geschlagen wurde und sich seitdem Speimann von der Speie nannte. Das prächtige Haus neben dem Artushof, das in neuerer Zeit der Familie Steffens gehörte, zeugt von den Anregungen, die der wohlhabende und kunstfreudige Kaufherr auf seinen Fahrten im Süden empfangen hatte.

Obwohl sich somit der Danziger Handel immer weitere Absatzgebiete eroberte, erlitt der Verkehr nach den nordischen Ländern und nach Rußland einen Rückgang, da die häufigen Kriege zwischen diesen Staaten, Zollbedrückungen in Litauen und die Kämpfe zwischen dem russischen Zaren und Polen das Wirtschaftsleben lähmten. Das Kontor in Kowno ging, nachdem es sich längere Zeit nur noch kümmerlich gehalten hatte, seit dem Jahre 1541 ganz ein. Auch an dieser Entwicklung zeigte es sich, daß Danzig vor allem berufen war, dem wirtschaftlichen Verkehr seines Hinterlandes mit den blühenden Staaten Westeuropas den Weg zu bahnen. Als Mittler zwischen Ost und West bildete es, wie schon in frühester Zeit, die Brücke zwischen den mannigfachsten Kulturen und den verschiedenartigsten Völkern, von denen es nicht nur reiche Einwirkungen empfing, sondern zwischen denen es auch ausgleichend und Kräfte spendend wirkte.

Der wirtschaftliche Aufschwung, der Danzig im 16. Jahrhundert zu einem der ersten und berühmtesten Handelsplätze Europas machte, übte auch auf den Ausbau der Stadtanlage einen bedeutenden Einfluß aus. Nach allen Seiten dehnte und reckte sich die noch von den Mauern des Mittelalters umschlossene Stadt. Im Norden wurde die Besiedlung der Altstadt fortgesetzt, im Süden füllte sich die Vorstadt immer stärker mit Wohnbauten an, da die Vermehrung der Bevölkerung bis zum Jahre 1577 auf etwa 40 000, bis 1600 sogar auf 50 000 Einwohner die Schaffung neuer Wohnplätze gebieterisch verlangte. Damit wurde es aber auch notwendig, die bisher ungeschützten Stadtteile in die Befestigungswerke hineinzubeziehen und diese selbst der modernen Kriegstechnik entsprechend umzugestalten. Nachdem schon 1534 der Vorstädtische Graben erweitert und die Mauern der Rechtstadt durch Wälle ersetzt waren, wurde 1547 mit der Umwallung der Altstadt begonnen. Auch wurden ihre Wälle an die Befestigungsanlagen der Rechtstadt angeschlossen. Die gesamte Innenstadt war seitdem von einer ununterbrochenen Kette von Festungswerken umgeben, die an der Stelle des alten Schlosses ihren Anfang nahmen, den heutigen Straßen Wallgasse, Hansaplatz, Stadtgraben, Elisabethwall, Dominikswall und Karrenwall folgten, über den Weißen Turm und Trumpfturm hinwegführten und in der Umzäunung der Speicherinsel ihren Abschluß fanden. Das Gelände jenseits der Neuen Mottlau blieb dagegen auch noch weiter ungeschützt.

Nicht minder bedeutsam war die Veränderung, die im Innern des Stadtbildes vor sich ging. Wie am Anfang des 16. Jahrhunderts die Reformation die Gemüter heftig ergriffen hatte, so schlugen auch die Wellen der neuen Kunstbewegung, die von Italien her in der Renaissance ihren Ausgang genommen hatte, nach Danzig hinüber. Die alten engen Giebelhäuser der Gotik behagten nicht mehr dem prachtliebenden und größere Bequemlichkeit fordernden Sinn des reich gewordenen Bürgers. Zeugen die mächtigen, streng geformten Kirchen von dem kühnen Streben und dem ernsten, fromm gestimmten Geist des Mittelalters, so ragen die üppigen Bürgerhäuser, die festlich geschmückten Tore und prächtigen Prunkbauten der neuen Zeit als die stolzen Erinne-

rungen eines lebensfrohen Geschlechtes in die Gegenwart hinein.

Nicht ein schwermütiger oder erhabener Ausdruck innerlichsten, künstlerischen Ringens hat die Danziger Bauten der Renaissance von jeher so anziehend gemacht, sondern die in ihnen veranschaulichte, sprudelnde Daseinsfreude ihrer Erbauer, einer Bürgerschaft, die nach langen Jahren schwersten Kampfes um ihre politische Unabhängigkeit und geistige Freiheit die Anregungen, die ihr von der Fremde entgegenströmten, mit offenen Armen aufnahm. Der älteste Renaissancebau, der in Danzig nachweisbar ist, war das Kinderhaus des Elisabeth-Hospitals auf der Altstadt, das 1549 errichtet wurde und dessen Giebel nach dem Abbruch des alten Gebäudes noch jetzt die Rückseite der heutigen Brandkasse ziert. Bald darauf wurde auch der Artushof umgebaut und in seinem Innern durch die Meister Karffycz und Paul mit einer kunstvollen Wandtäfelung und reichem Bilderschmuck ausgestattet.

Wenig später wirkten die neuen Kunstformen auf den Neubau des Rathausturmes ein, der 1556 abgebrannt war und 1560 durch Dirk Daniels in seiner heutigen zierlichen Gestalt vollendet ward. Ein Jahr darauf wurde auch das Glockenspiel in Betrieb genommen, das in Brabant gegossen war. 1568 erbaute Hans Kramer an der Stelle des alten Koggentores das farbenprächtige Grüne Tor, das von der Bemalung seiner Sandsteingliederungen seinen Namen empfing. Es sollte als Zeughaus und Festhalle dienen und hat bis in das 19. Jahrhundert hinein auch zur Unterbringung der Stadtwage Verwendung gefunden. Zeitweilig verlangte zwar der König von Polen, das Tor ihm als Absteigequartier einzuräumen. Doch ward es dem königlichen Hofe nur einmal vorübergehend zur Verfügung gestellt, als die Stadt zu Ehren der Herzogin Marie Luise von Gonzaga, der Gemahlin Wladislaws IV., 1646 in den oberen Sälen des Tores große Festlichkeiten veranstaltete. Kramer schuf auch das Löwenschloß (Langgasse 35) und das Englische Haus, das damals Dietrich Lilie gehörte und erst im 18. Jahrhundert nach einer in ihm befindlichen Gastwirtschaft seine jetzige Bezeichnung erhielt. Mit der Niederlassung der englischen Kaufleute stand es in keiner Verbindung.

Ihre vollkommenste Ausprägung fand die Renaissancekunst bei der Errichtung des großen Zeughauses, das 1602—1605 am Dominiksplan, wo zuvor die alte Stadtmauer verlief, erbaut wurde. Meister Antony von Obbergen, der aus Mecheln stammte und sich bereits bei dem Bau des dänischen Schlosses Kronborg ausgezeichnet hatte, erwarb sich durch diesen glänzendsten Prachtbau norddeutschen Städtetums unsterblichen Ruhm. Auch an der Voll-

endung der Peinkammer (1592—1593) und des Altstädtischen Rathauses (1586—1595) ist der Künstler, der seit 1588 in Danzig weilte, maßgebend beteiligt gewesen.

Wie aus Holland, empfingen die Danziger auch aus Italien selbst reiche künstlerische Anregungen, seitdem sie mit diesem Lande in unmittelbaren Handelsverkehr getreten waren. Nicht selten sandte der Rat junge Bürgersöhne auf die Universitäten des Südens, vor allem nach Padua, um hier humanistische Wissenschaft und moderne Kunst zu studieren. Den Eindrücken, die diese Studenten und die zahlreichen Handelsherren, die, wie Johann Speimann, die Küsten des Mittelmeeres persönlich aufsuchten, dort in sich aufnahmen, wird es zu verdanken sein, daß um die Wende des 16. Jahrhunderts die romanistisch-italienische Architektur auch in der fernen Stadt des Nordens ihren Einzug hielt. Mochte sich der aus Mecheln gebürtige Wilhelm von dem Blocke bei der Errichtung des Hohen Tores, mit dem die Befestigungsbauten der Westfront 1588 ihren militärischen und künstlerischen Abschluß erhielten, auch zunächst an das Vorbild erinnern, das ihm ein ähnlich geformtes Tor in Antwerpen bot, so war doch schon dessen Gestalt seinerseits durch die Festungstore Sanmichelis in Verona bestimmt. Unverhüllt kam der italienische Einfluß bei seinem Sohn Abraham zum Ausdruck, dem 1612 die Erneuerung des Langgasser Tores übertragen wurde. In den folgenden Jahrzehnten nahm derselbe Künstler auch Veränderungen an der Vorderseite des Artushofes vor, indem seine gotischen Teile durch eine klassisch gehaltene und mit antiken Heldenbildern geschmückte Fassade verkleidet wurden.

Während so die Kunst des Westens und Südens eine freudige Aufnahme fand, übte das benachbarte Polen auf Danzig keinerlei geistigen Einfluß aus. Stärker noch als die politische Bevormundung durch den polnischen König lehnte die deutsche Bevölkerung der Weichselstadt jede Einwirkung aus der ihr fremdartigen Kulturwelt des Ostens mit aller Entschiedenheit ab. Nur als äußeres Zeichen staatlicher Verbindung wurden zu dieser Zeit an einigen Häusern und Toren neben dem Wappen Danzigs und der preußischen Stände auch das Wappen Polens und Bilder seiner Könige angebracht.

Gleich der Baukunst wurde auch die Malerei und Bildnerei eifrig gepflegt. Die weit ausladenden Schränke und Truhen, die breiten Tische und reich geschnitzten Stühle bildeten fortan den Stolz des wohlhabenden Bürgerhauses. Goldschmiede und Bernsteindrechsler verfertigten das kostbare Geschirr und den zierlichen Schmuck, der die Tafeln der Patrizier und die Altäre der Kirchen

zierte und auch von auswärts immer lebhafter verlangt wurde. Der Schnitzer Simon Hörl, der Bildhauer Wilhelm Bart, die Maler Isaak von dem Blocke und Fredeman de Vries schufen im Rathause die Wunderwerke der Winterratsstube und des roten Saales, in deren gemessener Würde und warmer Pracht das Selbstbewußtsein der mächtigen Stadt sich so recht offenbarte.

Allen voran trug der Maler von Danzig, Anton Möller, den Namen seiner zweiten Heimat in die weiteste Ferne. Obwohl er in Königsberg als Sohn des herzoglichen Hofbarbiers geboren war, hat er einen großen Teil seines Lebens in Danzig verbracht und hier die wertvollsten seiner Werke geschaffen, die, an niederländische Meister anknüpfend, der Sinnenfreude seiner Zeit wirksam entgegenkamen. Sein berühmtestes Gemälde, eine Darstellung des jüngsten Gerichtes, fertigte er 1602—1603 für den Artushof an, um an der Stätte des Schöffengerichtes den Kampf menschlicher Tugenden und Laster zu veranschaulichen. Wurde doch gerade damals auf der Höhe ihres Wohlstandes die Danziger Bürgerschaft auch an die Schattenseiten des Lebens nachdrücklich gemahnt, als die furchtbare Geißel der Pest in jenem Jahre nicht weniger als 15 000 Opfer von ihr forderte. Sehr beachtenswert ist ferner das Danziger Trachtenbuch, in dem Möller die feierliche, an spanische Moden sich anlehnende Kleidung der Frauen aller Stände wiedergab.

Neben der Kunst fand auch die Wissenschaft beim Rate wohlwollende Unterstützung. Ihre Träger waren, abgesehen von den oft hochgebildeten Geistlichen der Stadt, die Professoren des Danziger Gymnasiums, das am 13. Juni 1558 im Franziskanerkloster eröffnet wurde und um dessen Begründung sich der Bürgermeister Konstantin Ferber und der Ratsherr Augustin Wildener die größten Verdienste erworben hatten. Wenn auch die Theologie und die philosophischen Wissenschaften im Mittelpunkte der Ausbildung standen, erstreckte sich der Unterricht an dieser hohen Schule bald auf alle Fächer, die auf den Universitäten gelehrt wurden. Auch von auswärts, selbst aus Schlesien, Polen, Kurland und Livland strömten ihr zahlreiche Schüler zu. Eine wertvolle Bereicherung erhielt die Anstalt durch die Überweisung der mehr als tausend Bände umfassenden Bibliothek des neapolitanischen Edelmannes Marchese d'Oria, der aus seiner Heimat seines Glaubens wegen vertrieben war und nach mühseligen Irrfahrten in Danzig gastliche Aufnahme und seine letzte Ruhestätte fand (1597). Seine Bücherschätze bildeten mit den Resten der Franziskanerbücherei den Grundstock der heutigen Stadtbibliothek.

Auch dem niederen Schulwesen wandte der Rat, der 1539 alle Privat- und Winkelschulen verbot, seine Aufmerksamkeit zu. An jeder der sechs Pfarrkirchen befand sich unter der Leitung eines Rektors eine Lehranstalt, die in eine Elementarschule und eine höhere Abteilung zerfiel, in der auch der Unterricht in der lateinischen und griechischen Sprache gepflegt wurde. Eine bedeutsame Schulordnung, nach der das gesamte Schulwesen neu eingerichtet wurde, entwarf der Rektor der ehrwürdigen Marienschule, Andreas Goldschmied.

Sehr beliebt waren astronomische Studien, von denen heute noch die Sonnenuhr Zeugnis ablegt, die sich an der Ecke des Rathauses befindet und 1588 von dem Prediger an der Barbarakirche, Alexander Glaser, angefertigt wurde. Der gregorianische Kalender wurde, wie in Polen, unverzüglich eingeführt, indem man auf den 4. Oktober 1582 sogleich den 15. Oktober folgen ließ.

Dem Ruhm Danzigs dienten die zahlreichen Geschichtswerke, die in dieser Zeit entstanden. Der frühere Königsberger Universitätsprofessor Kaspar Schütz, der seit 1564 als Sekretär des Rates in Danzig lebte, schrieb eine umfangreiche Chronik der Lande Preußen in deutscher Sprache, die auf sorgfältigen Quellenforschungen beruhte. Sein Freund, der Mühlenschreiber Stenzel Bornbach, legte reichhaltige Sammlungen von historischen Schriften, von den Rezessen der preußischen Landtage und vielen Urkunden an, die jetzt eine der wichtigsten Quellen der älteren preußischen Geschichte bilden. Wertvoll sind auch die Lebenserinnerungen des Brauers Wartzmann, die 1554 abgeschlossen und später in zahlreichen Abschriften und Fortsetzungen verbreitet wurden. Für die Kirchengeschichte ist die Darstellung von Bedeutung, die der im Jahre 1617 verstorbene Kaufmann Eberhard Bötticher als Kirchenvater von St. Marien hinterlassen hat. So wurde von Vertretern aller Stände die Erinnerung an die große Danziger Vergangenheit gepflegt und der Nachwelt übermittelt.

Auch in der Dichtung kam der Stolz auf die Heimat zum beredten Ausdruck, bei niemand stärker und wärmer empfunden, als bei dem Stadtsekretär Hans Hasentödter, dem Verfasser einer gelehrten Weltchronik und manches ernsten und wohlgemuten Liedes, in dem er Danzigs Größe besang. Von ihm stammt der bekannte Spruch, der Danzig als die ruhmvollste und glücklichste Stadt Preußens preist und am Ende des 16. Jahrhunderts über der Treppe des Rathauses angebracht wurde.

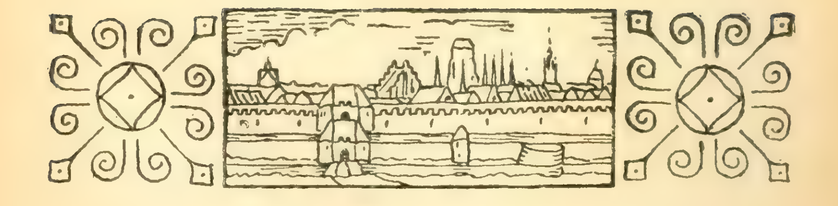
Er dichtete auch jenen glaubensstarken und bürgerstolzen Sang, der die Bewohner Danzigs zur Standhaftigkeit und zum Gottvertrauen aufforderte, als König Stephan Bathory, den er, wie

es zu jener Zeit häufig geschah, den „Türken" nannte, ihre Freiheit zu untergraben drohte.

O Dantzig halt dich feste,
Du weitberumbte Statt,
Betracht itzund dein Beste
Und gehe nicht lang zu Rath.
Mit vielem Contrahiren
Wird es nicht werden gut,
Der Feind will dich vexiren,
Drumb thu nicht mehr tractiren
Und faß eines Mannes Muth.

Dem Feind thu widerstreben,
Laß dich nicht weiter ein,
Thustu dich ihm ergeben,
So wirds dir bringen Pein.
Das wirstu wol erfaren,
Wan du halb Türckisch bist,
Dafür wöll dich bewaren
Zu vielen tausend Jaren
Der lieb Herr Jesus Christ.

Findstu beym Feind kein Gnade,
So such dieselb bey Gott,
Das wird dir sein ohn Schade,
Ruff ihn an in der Not,
Das er dir bald beschere
Ein christlich Obrigkeit,
Die dir dein Freiheit mehre
Und allen Feinden wehre,
Wers auch dem Türcken leidt.



Danzig und die Ostmächte



Die Schwedenkriege



Um die Wende des 16. Jahrhunderts befand sich Danzig auf der Höhe seiner Macht. Die politische Geschicklichkeit des Rates und die unerschütterliche Standhaftigkeit der Bürgerschaft hatten der Stadt in ihrem Kampfe gegen Stephan Bathory zum Siege verholfen und ihr weit über die Grenzen der engeren Heimat hinaus Beachtung erwirkt. Durch die umsichtige Ausnutzung der günstigen Wirtschaftslage und den unermüdeten Eifer ihrer Kaufleute, die jeden Vorteil zu verwerten verstanden, hatte sie einen Reichtum erworben, mit dem nur die wenigsten Städte wetteifern konnten. Kunst und Wissenschaft kündeten von der geistigen Regsamkeit und Schaffenskraft ihrer Einwohner.

Doch nur wenige Jahrzehnte ruhigen Genießens waren Danzig beschieden. An einem der wichtigsten Kreuzungspunkte des damaligen Weltverkehrs gelegen, mußte die Stadt früher und stärker als ihre preußischen Schwesterstädte in die politischen Verwicklungen hineingezogen werden, die am Anfang des 17. Jahrhunderts das bisherige Staatengefüge Osteuropas zu erschüttern begannen, mußte sie empfindlicher und nachhaltiger von den Kämpfen getroffen werden, die fortan fast ohne Unterbrechung zwei Jahrhunderte hindurch zwischen Polen und Schweden, Rußland und Preußen um die Herrschaft über die Ostsee und die Vormacht im Weichsellande ausgefochten wurden.

Zu stark, um von den aufstrebenden Staaten in ihren Machtkämpfen unberücksichtigt gelassen zu werden, war Danzig doch zu schwach, um sich gegen ihre Angriffe und Anforderungen wie zuvor aus eigener Kraft zu behaupten und zu wehren. Hatte ihm einst der Abfall vom Orden ermöglicht, sich weit über die anderen Städte des Ostens zu erheben, einen Staat zwischen den Staaten zu bilden, so mußten sich jetzt die Nachteile jener Vereinzelung um so empfindlicher bemerkbar machen, nachdem die Städte allgemein aufgehört hatten, als selbständige politische und wirtschaftliche Gemeinwesen zu gelten und in die allmählich entstehenden Großstaaten, von denen sie umfaßt und eingeschlossen wurden, aufzugehen begannen.

Die Gefahr, dem gleichen Schicksal zu erliegen, wurde zwar für Danzig vorerst noch dadurch hinausgeschoben, daß der Staat, der bei den überkommenen politischen Beziehungen für die Einordnung der Stadt in seinen Herrschaftsverband in erster Reihe in Betracht kam, durch seine eigene fortschreitende Schwächung und Zersetzung zu einem solchen Unternehmen nicht fähig war. Aber es war doch auch für Danzig, nicht zum wenigsten gerade wegen seiner bevorzugten Lage und der von ihm erworbenen Bedeutung, nur eine Frage der Zeit, wann auch die Königin der Weichsel sich einem größeren Staatswesen würde einfügen müssen.

Diesem notwendigen Endziel der Entwicklung sich zu entziehen, war die Danziger Bürgerschaft trotz aller Anfeindungen ständig bemüht; sich ihm trotz aller Anstrengungen nicht entziehen zu können, war ihr unabänderliches Geschick. Doch ehe dieses Ziel erreicht war, galt es für die oft schwer geprüfte Stadt harte Kämpfe zu bestehen, Kämpfe, an deren Ursachen und Ausgängen sie selbst in immer geringerem Maße beteiligt war, je mehr sie in den Kriegen, die ihre hochragenden Wälle umbrandeten, zu einem Spielball der Mächte wurde, die sich die Kronen der Wasa und der Jagiellonen streitig zu machen suchten.

Der Kampf zwischen Polen und Schweden kam zum Ausbruch, als König Sigismund III. von Polen, der Sohn des schwedischen Königs Johann und der polnischen Königstochter Katharina, im Jahre 1592 seinem Vater in Schweden nachfolgen wollte. Das schwedische Volk, das seit langem der Reformation gewonnen war, lehnte die Regierung des katholischen Herrschers, der von den Jesuiten erzogen war, ab, um unter der Führung seines Oheims, des Herzogs Karl von Södermanland, am evangelischen Bekenntnis festzuhalten. Jahrelang zogen sich die Streitigkeiten um die nordische Krone hin, ohne daß es Sigismund verhindern konnte, daß im Jahre 1604 sein Gegner als König Karl IX. von Schweden anerkannt wurde. Auch Danzig hatte unter diesen Zwistigkeiten wiederholt zu leiden, und nur mit Mühe konnte der Rat verhüten, daß die Stadt, die von beiden Parteien mehrfach bedroht ward, in ihre Kämpfe verwickelt wurde.

Noch weit schwieriger wurde ihre Lage, als Karls tatenfreudiger Sohn, Gustav Adolf, den Krieg gegen Polen von neuem eröffnete. Nachdem er während der ersten Jahre seiner Herrschaft sich erfolgreich gegen Rußland und Dänemark gewandt hatte, rückte er im Herbst 1621 in Livland ein, um von hier aus seinen polnischen Vetter, der seine Ansprüche auf Schweden nicht aufgeben wollte, zu bedrängen. Der Besitz der fruchtbaren Ostseeprovinzen war für ihn um so wertvoller, als aus ihnen schon seit längerer Zeit der

Getreidebedarf Schwedens gedeckt werden mußte. Da hier aber die Kämpfe allzu lange ergebnislos verliefen und Gustav Adolf sich nicht verhehlen konnte, daß nur die völlige Absperrung Polens von der Ostsee das Wirtschaftsleben dieses Landes und damit auch seine politische und militärische Macht lahmlegen könnte, holte er zu einem neuen, viel gefährlicheren Schlage aus.

Am 5. Juli 1626 landete er an der ostpreußischen Küste, besetzte Pillau und marschierte in wenigen Tagen über Elbing und Marienburg auf die Weichsel zu, deren Verkehr er durch Schanzen bei Dirschau und am Danziger Haupt empfindlich störte. Zu gleicher Zeit erschien eine schwedische Flotte in der Danziger Bucht, bemächtigte sich der Stadt Putzig und sperrte den Danziger Hafen. Da der Rat, um es mit Polen nicht zu verderben, dem siegreichen Könige den Eintritt in sein Gebiet nicht gestatten wollte, eröffnete Gustav Adolf am 14. August die Feindseligkeiten gegen Danzig.

In fieberhafter Tätigkeit war schon in den letzten Monaten, als die Kriegsgefahr immer näher rückte, an dem Ausbau der Befestigungswerke gearbeitet worden. Nach den Anweisungen der italienischen Ingenieure Hieronimo Ferrero und Giovanni Battista hatte der Baumeister Hans Strakowsky die Einführung der Mottlau in die Stadt durch die Steinschleuse gesichert und den Hafen durch die Anlage der Westschanze gegenüber der Festung Weichselmünde gegen das Eindringen feindlicher Schiffe besser geschützt. Nicht minder wurde die Umwallung der Innenstadt verstärkt. An der Stelle des alten Jakobstores und des Heiligen-Leichnam-Tores wurden mächtige Bastionen erbaut und der Ausgang aus der Altstadt in die Verlängerung der heutigen Kalkgasse verlegt, wo der alte Wall durch das Neue Jakobstor durchbrochen wurde. Auch gegen das Werder hin, von dem die erste Annäherung des Feindes zu erwarten war, wurden die Befestigungen weiter vorgeschoben und die Schweinewiesen, die jetzige Niederstadt, in die Umwallung hineinbezogen. 1626 wurde das Leege Tor errichtet, zwei Jahre später das Langgarter Tor vollendet.

Da die starken Befestigungen die Schweden von einer Belagerung abschreckten, spielten sich die Kämpfe während der nächsten Jahre nur in der weiteren Umgebung Danzigs ab. Um so härter hatte der Handel unter den Maßnahmen Gustav Adolfs zu leiden. Unter der Führung von Peter Spiring, der sich an Danzig für die Vorenthaltung einer ihm zugefallenen Erbschaft rächen wollte, ließ er durch seine Kaperfahrzeuge von allen Schiffen, die den Hafen verließen, hohe Zölle erheben, die sogar den fünffachen Betrag der bisher von der Stadt beanspruchten Abgaben meist sehr erheblich überschritten. Wie die Getreidemengen aus Livland die schwe-

dischen Heere ernährten, so stützte sich ihre finanzielle Kriegführung vornehmlich auf die reichen Einnahmen, die von dem Handel der baltischen Häfen erpreßt wurden. Im Jahre 1634 machten die Einnahmen aus den Seezöllen die Hälfte aller schwedischen Staatseinnahmen aus. Bei einem Gesamtertrage der Zölle von 800 000 Reichstalern entfielen auf die Einkünfte aus den Danziger Seezöllen nicht weniger als 570 000 Reichstaler.

Die Behinderung der Schiffahrt in der Ostsee bewirkte ein gewaltiges Emporschnellen der Kornpreise in den westlichen Staaten. In Amsterdam stiegen die Preise für eine Last Roggen 1627 auf 90 Goldgulden, 1628—1629 auf 280 Goldgulden, 1630 sogar auf 300 bis 462 Goldgulden. Die Schweden machten sich die Notlage der Niederlande noch dadurch zunutze, daß sie in Livland und Rußland große Getreidemengen aufkauften und nur mit hohen Aufschlägen an die Holländer weitergaben. Teuerung und Armut waren die Folge, so daß die Generalstaaten mit lebhafter Aufmerksamkeit die Entwicklung der Kämpfe im Osten, von deren baldiger Beendigung ihr eigenes Wohlergehen abhing, beobachteten.

Aber erst im Jahre 1629 gelang es den vereinten Bemühungen von Frankreich, England und den Generalstaaten, die kriegführenden Mächte zum Abschluß eines Waffenstillstandes auf sechs Jahre zu bewegen, der nach langen Verhandlungen am 26. September 1629 zu Altmark bei Stuhm zustande kam. In der nächsten Zeit konnte sich der Handel Danzigs wieder beleben. Doch mußte sich die Stadt damit abfinden, daß die Schweden gleich Pillau, Elbing und Braunsberg die Danziger Nehrung östlich von Steegen besetzt hielten. In Marienburg und Stuhm, im Großen Werder und auf dem Danziger Haupt verblieben brandenburgische Truppen.

Als Entschädigung für die beträchtlichen Ausgaben, die Danzig durch die Abwehr der Schweden erwachsen waren, wußte der Rat von König Sigismund das Zugeständnis zu erlangen, daß in Zukunft alle englischen Tuche, die über See nach Polen eingeführt wurden, in Danzig einer gebührenpflichtigen Abstempelung unterliegen sollten. Ferner erhielt die Stadt das Recht, fortan auch über Edelleute die Kriminalgerichtsbarkeit auszuüben. Eine Unterstützung durch 500 000 Gulden wurde zwar in Aussicht gestellt, doch erst nach mehreren Jahren und nur teilweise ausgezahlt.

Weit wichtiger war es, daß es Danzig glückte, sich mit Schweden über die weitere Erhebung der Seezölle zu einigen. In einem Vertrage, der am 28. Februar 1630 zu Tiegenhof von den Vertretern der Stadt mit dem schwedischen Generalkommissar Oxenstierna abgeschlossen wurde, sicherten sich beide Parteien, ohne auf ihr Verhältnis zu Polen Rücksicht zu nehmen, volle Neutralität

zu. Hinsichtlich der Danziger Hafenabgaben, denen die Zölle in Pillau entsprechen sollten, wurde bestimmt, daß 3½ v. H. vom Werte der Waren für Schweden und 2 v. H. für Danzig erhoben werden sollten. Unter Berufung auf diesen Vertrag lehnte der Rat die von König Wladislaw IV. verlangte Ausrüstung polnischer Kriegsschiffe in dem Danziger Hafen hartnäckig ab. Auch auf finanziellem Gebiete kam es mit dem neuen Herrscher, der seinen Vater 1632 in der Regierung abgelöst hatte, zu Streitigkeiten, als er Anteil an den Seezöllen und der Zulage forderte, einer Abgabe, die zuerst 1567 als Ergänzungssteuer zum Pfahlgeld eingeführt war, aber schon bald dauernd zum Besten der städtischen Befestigungsbauten erhoben wurde.

Um für den Wiederbeginn der Feindseligkeiten gerüstet zu sein, setzte der Rat auch nach dem Abschluß des Altmarker Waffenstillstandes die Arbeiten an den Befestigungswerken fort. 1630 wurde die Bastion Roggen erbaut, die nach dem Ratsherrn Michael Rogge benannt wurde, 1631—1632 die Bastion Kaninchen, ein Jahr später die Bastionen Bär und Aussprung. Neben anderen Baumeistern war mit der Leitung dieser Arbeiten Adam Wiebe betraut, der sich seit 1616 in Danzig aufhielt und 1628 als städtischer Wasserkunstmeister angestellt wurde. Die Anlage einer Seilbahn, mit der er 1644 die zur Aufschüttung der Bastion Wieben erforderlichen Sandmassen vom Bischofsberg hinabbefördern ließ, machte ihn bald in weitesten Kreisen als erfindungsreichen Techniker bekannt. Im April 1635 wurde Oberst Houwald, der schon zwölf Jahre in schwedischen Diensten gestanden hatte, angeworben, um die Führung der Danziger Truppen zu übernehmen. Doch wurde noch im letzten Augenblick der Ausbruch des Krieges durch den erneuten Waffenstillstand verhütet, der am 9. September 1635 zu Stuhmsdorf auf 26 Jahre abgeschlossen wurde und in dem sich die Schweden zur Räumung Preußens und zum Verzicht auf die Seezölle verpflichteten. Danzig wurde dadurch von einer drückenden Last befreit. Hatten sich doch seine Ausgaben infolge des Krieges auf 10 Millionen Gulden belaufen. Seine Schulden waren auf nicht weniger als 1½ Millionen Gulden angewachsen. Nach der Beendigung der Feindseligkeiten konnte der Handel wieder seine gewohnten Bahnen aufsuchen. In den Jahren 1649 und 1650 wurden fast je 100 000 Last Getreide ausgeführt.

Der Kampf um die Ostsee hob jedoch von neuem an, nachdem der kriegslustige Karl X. Gustav von Pfalz-Zweibrücken den schwedischen Thron bestiegen hatte. Als König Johann Kasimir von Polen ihm die Anerkennung versagte, eröffnete er kurz entschlossen gegen ihn den Krieg und drang im Sommer 1655 von

Pommern her nach Großpolen vor. Sein Ziel war, das polnische Reich, das durch innere Zwistigkeiten arg zerrüttet war, einer endgültigen Auflösung entgegenzuführen, um den Schweden die Herrschaft über die Weichsel und Düna in gleicher Weise zu sichern, wie sie durch den Westfälischen Frieden in den Besitz der Weser-, Elb- und Odermündung gekommen waren. Auch war es Karl X. erwünscht, dem weiteren Vordringen der Russen nach Westen ein Ziel zu setzen, ehe sie noch die schwedische Vorherrschaft im Baltikum ernstlich zu gefährden begannen.

Das Waffenglück war ihm hold. In schnellem Zuge jagte er die polnischen Heere vor sich her und stand schon in wenigen Monaten vor Krakau. Nachdem der polnische Adel zahlreich zu ihm übergegangen war, dachte er daran, Polen aufzuteilen, wobei die Küstenstriche an Schweden, einzelne Gebiete des Binnenlandes an Brandenburg und an die Kosacken fallen sollten. Die Fortschritte im Süden ließen ihn erst gegen Ende des Jahres an die Eroberung Preußens denken, wo zu dieser Zeit politische Bewegungen im Gange waren, die ihm nur zu leicht äußerst gefährlich werden konnten. Denn wie im Osten die Ausdehnung des russischen Reiches auf den Kampf zwischen Polen und Schweden einen bisher unbekannten Einfluß ausübte, so machte sich jetzt auch zum ersten Male die Tatsache geltend, daß nach dem Erwerb des Herzogtums Preußen (1618) und Hinterpommerns (1648) der Kurfürst von Brandenburg eine politische Macht darstellte, welche die kriegführenden Parteien nicht mehr unbeachtet lassen konnten.

Nach den vergeblichen Versuchen der askanischen Markgrafen, sich Danzigs zu bemächtigen, war die Politik ihrer Nachfolger vorerst viel zu sehr durch die Wirren des eigenen Landes und die Händel des deutschen Reiches in Anspruch genommen worden, als daß sie sich in den nächsten Jahrhunderten um die Vorgänge im Osten hätten kümmern können. So hatte es auch nicht viel bedeutet, daß Kurfürst Friedrich II. im Jahre 1466 die Einverleibung Westpreußens in Polen in echt deutschem Sinne mit warmen Worten beklagt hatte. Erst die glückliche Erweiterung ihres Gebietes in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts zwang die Hohenzollern, zu den Streitfragen der östlichen Nachbarländer Stellung zu nehmen, wenn sie nicht auf jede Einwirkung auf die Gestaltung Osteuropas verzichten und sich dadurch in die Gefahr begeben wollten, willkürlicher Behandlung und steter Bedrohung durch die anderen Mächte ausgesetzt zu sein. Obwohl die eigene Schwäche zunächst noch vorsichtige Zurückhaltung empfahl, konnte sich doch ein Staatsmann wie Friedrich Wilhelm, der Große Kurfürst, nicht der Einsicht verschließen, daß er durch geschickte Unter-

handlungen und tatkräftiges Eingreifen in einem Erfolg versprechenden Augenblick seine landesherrliche Stellung verbessern und bei günstiger Gelegenheit die Lehnsabhängigkeit von der Krone Polen abstreifen müßte.

Um sein preußisches Herzogtum vor der Überflutung durch die feindlichen Heere zu schützen, war ihm vor allem daran gelegen, die Verbindung mit seinen östlichen Besitzungen trotz der Kriegswirren aufrecht zu erhalten. Er knüpfte daher im Herbst 1655 mit den Ständen des polnischen Preußen Verhandlungen an, um diese zu einem Bündnis gegen Schweden zu bewegen; drohte dieses doch durch eine Besetzung der Weichselstädte ebenso sehr die Freiheit der Stände zu untergraben, wie den Durchmarsch der brandenburgischen Truppen nach Ostpreußen zu verhindern. Für den Erfolg ihrer gemeinsamen Bemühungen, die Gebiete an der unteren Weichsel gegen den Einfall der Schweden zu sichern, war es aber von entscheidender Bedeutung, wie weit es ihnen gelingen würde, den Beistand der drei großen Städte Danzig, Elbing und Thorn zu gewinnen, ein Unternehmen, bei dem die Stellung Danzigs den Ausschlag geben mußte.

Die Verhandlungen des Großen Kurfürsten mit Danzig, das durch den Syndikus Vinzenz Fabritius vertreten war, verdichteten sich zwar zu dem Entwurf eines Bündnisvertrages, in dem der Kurfürst der Stadt militärische Unterstützung zusagte und dafür den freien Durchzug seiner Truppen durch ihr Gebiet verlangte. Doch lehnten die Ordnungen gegen den Wunsch des Rates den Beitritt zu dem Bündnis schließlich ab, weil sie mit Schweden, dessen Flotte vor dem Hafen ankerte, nicht brechen wollten und der schwankenden Politik, die der Kurfürst in der letzten Zeit verfolgt hatte, mit Mißtrauen gegenüberstanden. Die Bürgerschaft, die bisher gewohnt war, auf die Entwicklung der Kriegsereignisse, die sich in ihrer Nähe abspielten, einen maßgebenden Einfluß auszuüben, glaubte erst eine Klärung der allgemeinen Lage abwarten zu müssen, ehe sie sich durch Aufgabe ihrer Neutralität einer Gefährdung ihres Seehandels oder sogar einer Belagerung durch die Schweden aussetzen wollte. Konnte es doch nicht zweifelhaft sein, daß bei den militärischen Machtmitteln, über welche die sich bekämpfenden Staaten verfügten, ein Hineinziehen der Stadt in den sie umtobenden Krieg nur zu leicht mit schweren Opfern für sie verbunden sein und vielleicht gar mit dem Verlust ihrer Selbständigkeit endigen konnte. Während dem Kurfürsten und seiner Leibwache ein kurzer Aufenthalt innerhalb der Mauern gewährt wurde, ward den brandenburgischen Truppen nur gestattet, südlich der Stadt vorüberzuziehen.

Als Karl Gustav Anfang Dezember 1655 aus dem Süden des polnischen Reiches nach der unteren Weichsel vorrückte, glückte es ihm daher, das Bündnis, das sich zwischen dem herzoglichen und königlichen Preußen in seinem Rücken bereits gebildet hatte, mit Leichtigkeit zu zersprengen. Nachdem er am 4. Dezember Thorn und am 20. Dezember Elbing besetzt hatte, erschienen bald darauf seine Truppen unter dem General Steenbock auch in Pommerellen, wo sie von Oliva aus die Umgebung Danzigs unsicher machten, das noch längere Zeit eine vermittelnde Stellung einzunehmen suchte.

Die Befestigungen der Stadt hatten unterdessen einen weiteren Ausbau erfahren, für dessen Ausführung der niederländische Generalquartiermeister Peter von Perceval schon im Jahre 1650 wertvolle Ratschläge erteilt hatte. In den folgenden Jahren waren stärkere Verteidigungswerke auf dem Bischofsberg und Hagelsberg angelegt und durch Verschanzungen miteinander verbunden worden. Der neue Wall wurde durch das Neugarter Tor und das Olivaer Tor durchbrochen. Bei Annäherung der Kriegsgefahr wurde auch der Holm befestigt und Perceval nochmals nach Danzig berufen, wo er jedoch bereits 1657 verstarb und in der Marienkirche beigesetzt wurde. Die vermehrten Ausrüstungsstücke für die städtische Artillerie und Reiterei wurden in dem 1644—45 erbauten Neuen Zeughause auf dem heutigen Wallplatz untergebracht. Um auf alle Fälle gerüstet zu sein, wurden mehrere Tausend Söldner angeworben, die dem Befehl des Obersten Valentin von Winter unterstellt wurden. Auch wurde die Bürgerschaft erneut zur Treue gegen die Stadt und den König verpflichtet. Während die Bauern Schanzarbeiten leisten und Einquartierungen aufnehmen mußten, tat die Bürgerschaft Wachtdienste innerhalb der Stadt, wozu die wehrfähigen Bewohner der Rechtstadt in vier Quartiere eingeteilt wurden, deren jedes aus 12 Fahnen zu je 100 Mann bestand. Zur Deckung der Kriegsausgaben wurden wiederholt hohe Steuern ausgeschrieben. Auch wurde die Ausfuhr von Lebensmitteln beschränkt, um bei einer etwaigen Belagerung die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen. Als im Januar 1656 ein schwedischer Angriff befürchtet wurde, scheute sich der Rat sogar nicht, die Vororte Neugarten, Petershagen, Schottland, Schidlitz und Hoppenbruch niederlegen zu lassen.

Doch nahmen die Schweden von einer Belagerung der wohl geschützten Stadt Abstand und begnügten sich damit, in das Werder einzurücken, wo sie das Schloß Grebin besetzten und mehrfach die Dämme durchstachen, um die Stadt von ihrem Landgebiete abzusperren. Auch die Danziger gingen im Laufe der Zeit zu größeren

Unternehmungen über. Während der Entsatz, den sie dem belagerten Marienburg bringen wollten, zu spät ankam, gelang es ihnen, die Einnahme Putzigs noch rechtzeitig zu verhindern, wofür ihnen zum Dank Johann Kasimir den Besitz des wichtigen Hafenortes als Unterpfand für ein ihm gewährtes Darlehen einräumte.

Wenig später besserte sich die Lage zur See durch die Ankunft einer niederländischen Flotte, die im Juli 1656 vor Danzig erschien und in Verbindung mit einigen dänischen Schiffen, die ihr bald folgten, die Schweden aus der Bucht zu vertreiben vermochte. Trotzdem war dem Handel Danzigs zunächst nur ein kurzer Aufschwung beschieden, da die Verlegung des Kriegsschauplatzes nach den dänischen Inseln die Sperrung des Sundes durch die Schweden nach sich zog. Der Danziger Getreidehandel lag während der letzten Jahre des Krieges nahezu ganz darnieder, zumal der Verkehr auf der Weichsel durch die schwedischen Verschanzungen auf dem Danziger Haupt lange Zeit unterbunden ward. Erst im Herbst 1659 glückte es den Danzigern, durch eine geschickt angelegte Belagerung des Hauptes die Schweden zur Übergabe zu zwingen.

Die Bemühungen Frankreichs, das nach der Beendigung seines Krieges mit Spanien sich der Unterstützung seines schwedischen Bundesgenossen wirksamer widmen konnte, führten nach dem Tode Karl Gustavs im Frühjahr 1660 zur Einstellung der Feindseligkeiten. Der Friede, der unter der Teilnahme der Gesandten von Schweden, Österreich, Polen, Frankreich und Brandenburg am 3. Mai 1660 in Oliva abgeschlossen wurde, ließ den Besitzstand Schwedens im wesentlichen unangetastet. Polen erhielt zwar Westpreußen zurück; doch mußte es auf Livland zugunsten Schwedens und auf die Lehnshoheit über das Herzogtum Preußen zugunsten des Großen Kurfürsten endgültig verzichten. Für Danzig hatte der Krieg nur schwerste Nachteile mit sich gebracht, da durch die jahrelange Behinderung seines Handels sein Wohlstand stark erschüttert war. Die für die Rüstungen bestimmten Ausgaben beliefen sich auf nicht weniger als 5 Millionen Gulden, ein Aufwand, der auf die Geldwirtschaft der Stadt um so unheilvoller einwirkte, als die für den polnischen König aufgewandten Beträge niemals zurückerstattet wurden. Die Hoffnungen, die auf die militärische und finanzielle Hilfe Polens gesetzt waren, hatten sich als trügerisch erwiesen.

Innere Kämpfe

Die gewaltigen Schulden, die Danzig für seine Kriegsrüstungen hatte auf sich nehmen müssen, lasteten auf seinen Finanzen um so schwerer, als gleichzeitig im Wirtschaftsleben Europas bedeutsame Veränderungen vor sich gingen. Die einseitige Bevorzugung des Handels mit dem polnischen Hinterlande, dem die Danziger Kaufleute in den letzten zwei Jahrhunderten in steigendem Maße sich gewidmet hatten, rächte sich, als um die Mitte des 17. Jahrhunderts die wirtschaftliche Lage Polens einen verhängnisvollen Umschwung erfuhr. Die unaufhörlichen Kriege und Unruhen, in die das polnische Volk seit Jahrzehnten verstrickt war, hatten die Sicherheit des Landes untergraben, den Ackerbau gelähmt und den Verkehr auf seinen Straßen zu einem gefährlichen Wagnis gemacht.

Da durch wilden Raubbau die umfangreichen Waldungen Polens abgeholzt waren, versiegten die Quellen der Forstwirtschaft. Auch der Kornhandel ging zurück, nachdem sich die westlichen Staaten während des schwedischen Krieges, durch den ihnen der Zugang zur Ostsee versperrt war, daran gewöhnt hatten, bei sich selbst in vermehrtem Umfange Getreide anzubauen. Nur wenn Mißwachs in ihren Ländern eintrat oder durch besonders günstige Ernten im Osten das polnische Getreide die westlichen Preise zu drücken vermochte, stellte sich wieder eine größere Nachfrage nach ihm ein. Aber auch nach dem Kriege erreichte die Danziger Kornausfuhr nie mehr ihre frühere Höhe, da die ertragreichsten Gebiete Polens östlich des Dnjepr um Smolensk und Kiew durch den Frieden von Andrusow (1667) an das Großfürstentum Moskau gefallen waren. Während 1651 über Danzig noch 55 000 Last Getreide ausgeführt wurden, ging die Menge des verschifften Korns in den nächsten beiden Jahren auf 35 000 Last zurück und sank in dem Jahrzehnt von 1661—69 auf jährlich 28 000 Last hinab. Obwohl sich die Ausfuhr zeitweilig etwas hob, betrug ihr Jahresdurchschnitt von 1670—79 nur 31 000 Last, stieg in dem Zeitraum von 1680—89 auf 50 000 Last, um dann in den Jahren 1690—99 wieder auf 30 000 Last zu fallen. Ebenso schwand der Gewinn aus den Erträgen des galizischen Bergbaus, nachdem die dortigen Kupfer- und Bleigruben erschöpft waren.

Mit dem Sinken der polnischen Ausfuhr verminderte sich auch die Aufnahmefähigkeit des Danziger Hinterlandes. Indem der polnische Adel steigender Verarmung entgegenging, begannen ihm die Mittel zu fehlen, um wie bisher flandrische Tuche und englische Laken, südländische Weine und kostbare Spezereien über See zu beziehen. Er begnügte sich fortan mit ungarischen Weinen, die er billiger und bequemer erhielt und nur gelegentlich mit französischen oder spanischen Weinen zu veredeln pflegte.

Dazu kam ein weiterer Umstand, der dem Danziger Handel starken Abbruch tat. Um die Erträge der polnischen Zölle trotz des verminderten Tauschverkehrs zu vergrößern, wurden die Abgaben, die an den Grenzen erhoben wurden, wiederholt gesteigert, so daß die Zölle nicht selten 70 bis 80 v. H. vom Werte der Waren ausmachten. Darunter litt auf die Dauer nicht nur der Binnenhandel, sondern auch der Durchfuhrhandel, der bisher durch Polen erfolgt war, suchte andere Wege auf. Litauische Asche und Hölzer wurden über Königsberg und Riga verschifft, in dem Handel mit Ungarn und der Ukraine gewannen Wien und Breslau die Oberhand. Die Pottasche aus der Wallachei wurde sogar über das Mittelländische Meer nach Amsterdam gebracht. Um diesen Übelständen abzuhelfen, forderten deshalb die Danziger mit Recht, daß die polnische Regierung ihre Zollordnungen ändern möge, wenn sie nicht den gesamten östlichen Handel nach den baltischen Provinzen, nach Mitteldeutschland oder dem Schwarzen Meer ablenken wollte. Doch fanden ihre Vorstellungen bei dem König und dem Adel, der die tieferen Ursachen des wirtschaftlichen Niederganges nicht verstand oder nicht verstehen wollte, kein Gehör.

Zudem begann seit der Mitte des 17. Jahrhunderts die Weichselmündung zu versanden, wodurch für die Schiffahrt höchst nachteilige Folgen erwuchsen. An verschiedenen Stellen lagerten sich der Hafeneinfahrt immer neue Sandbänke vor, denen nicht selten fremde Schiffe zum Opfer fielen. Lange Zeit war der Rat vergeblich bemüht, durch jährliche Peilungen und Baggerarbeiten eine sichere Fahrrinne herzustellen. Seit 1685 entstand aus den Anschwemmungen des Stromes die Westerplatte, die in den folgenden Jahren durch künstliche Aufschüttungen noch erhöht wurde. Nachdem sie 1696 mit Bollwerken und Molenanlagen versehen war, wurde durch Ausbaggerungen zwischen der Platte und dem alten Küstensaum ein neues Fahrwasser, der jetzige Hafenkanal, geschaffen.

Mehr und mehr machte sich auch geltend, daß die wirtschaftliche Gestaltung Osteuropas hinter den Fortschritten des Westens, der sich neben der Landwirtschaft und dem Handel in immer weiterem

Umfange der Förderung der städtischen Gewerbe und Industrien zuwandte, zurückblieb. Nachdem in Holstein, Mecklenburg und Dänemark eigene Kornmühlen errichtet waren, ward es für diese Länder überflüssig, wie zuvor Mehl aus Danzig einzuführen. Nicht minder ging die heimische Eisenverarbeitung, die zeitweilig mehr als 40 Hämmer rings um Danzig beschäftigt hatte, erheblich zurück, seitdem Schweden angefangen hatte, das in seinen Bergwerken gewonnene Eisen selbst zu verwerten. Es war deshalb durchaus gerechtfertigt, wenn dem Rate vorgeschlagen wurde, die Begründung von Woll- und Garnmanufakturen nach Kräften zu fördern, um durch sie der Bevölkerung Arbeit und Unterhalt zu beschaffen. Die günstigen Erfahrungen mit der jüngst eingeführten Zayenherstellung, die bereits 8000 Menschen ernährte, wiesen in dieselbe Richtung. Der Kaufmann Johann Köster, der sich einen größeren Gesichtskreis erworben hatte und seine Pläne über die Förderung des Danziger Handels in einer ausführlichen Denkschrift niederlegte, betonte nachdrücklich, daß Danzig, wie es politisch durch die entstehenden Großmächte gefährdet wurde, auch wirtschaftlich rückständig werden müßte, sofern es nicht gelingen würde, durch Beseitigung der alten hansischen Vorschriften den Fremdenverkehr zu heben. Waren doch Königsberg, Hamburg und mehrere holländische Städte auf diesem Wege bereits mit dem besten Erfolge vorangegangen. Auch riet er den jungen Kaufleuten, weit öfter, als es früher üblich gewesen war, in die Fremde zu gehen, um sich dort die Kenntnisse und Erfahrungen anzueignen, die sie späterhin befähigen würden, in der Heimat mit den ausländischen Händlern in wirksamen Wettbewerb zu treten.

Außer diesen Ursachen des wirtschaftlichen Niederganges, die in der allgemeinen Lage Europas begründet waren, glaubten die Danziger Kaufleute die wachsenden Schwierigkeiten, denen sie sich gegenüber sahen, auch darauf zurückführen zu müssen, daß die regierenden Geschlechter, die sich vom Handel immer mehr zurückgezogen hatten und allein in der politischen Betätigung oder in akademischen Studien ihr Lebensziel erblickten, den wirtschaftlichen Fragen ihrer Zeit kein genügendes Verständnis entgegenbrachten. Im Zusammenhang mit den schon wiederholt hervorgetretenen Bestrebungen der dritten Ordnung, an den Verwaltungsgeschäften beteiligt zu werden, wurde der Wunsch laut, daß bei allen wichtigen Angelegenheiten, die den Handel betrafen, Vertreter der Kaufmannschaft als Sachverständige zu Rate gezogen oder ihnen gar eine bestimmte Anzahl von Sitzen in allen drei Ordnungen eingeräumt werden möchten.

Die hohen Steuern, die der Rat während des zweiten schwedisch-polnischen Krieges von der Bürgerschaft erheben mußte, waren der Anlaß, daß er den demokratischen Wünschen entgegenkam und im Jahre 1658 durch das Instrumentum administrationis, das im folgenden Jahre noch einige Abänderungen erfuhr, für die Verwaltung der Kämmerei und der städtischen Landgüter gemischte Ausschüsse einrichtete. Den Kämmerern wurden zwei Schöffen und vier Hundertmänner zugeteilt und für die Verwaltung der fünf Landbezirke, des Werders, der Höhe, der Nehrung, des Bauamtes und Helas, die sogenannten Funktionen berufen, zu denen je zwei Ratsherren, ein Schöffe und zwei Hundertmänner gehörten und denen mit Ausnahme des Bauamtes je ein Bürgermeister vorstehen sollte. Die Bedeutung der Funktionen nahm im Laufe der Zeit immer mehr zu und dehnte sich auch auf andere Gebiete aus, so daß späterhin die gesamte Stadtverwaltung in ihren Händen lag und dem Rate nur die politische Leitung und die Wahrnehmung der Gerichtsbarkeit vorbehalten blieb.

Weniger glücklich als die Wortführer der dritten Ordnung waren in der Durchsetzung ihrer Wünsche die Vertreter der Gewerke. Ihrer Bitte, das Bürgerrecht, das bisher in ein großes und in ein kleines Bürgerrecht unterschieden wurde, zu vereinheitlichen, wurde nicht stattgegeben. Ebenso wenig vermochten sie ihrer Forderung, daß außer den Älterleuten der vier Hauptgewerke auch deren Stellvertreter in die dritte Ordnung aufgenommen werden sollten, Geltung zu verschaffen. Um so mehr sahen sie sich veranlaßt, dem Rate bei jeder sich bietenden Gelegenheit Schwierigkeiten zu bereiten, und scheuten sich auch nicht, bei der Verfolgung ihrer eigennützigen Ziele, das Wohl der Gesamtheit aufs Spiel zu setzen. Der Gegensatz, der sich somit zwischen den regierenden Kreisen der Bürgerschaft und der übrigen Bevölkerung auftat, wurde noch verschärft durch das Verhalten der Handwerker in den religiösen Streitigkeiten der nächsten Jahrzehnte.

Wie in anderen Orten zeigten sich auch in Danzig die bedauerlichen und unfruchtbaren Auswüchse konfessioneller Spaltungen und Zwistigkeiten, wie sie zu jener Zeit nicht nur zwischen den Anhängern der Reformation und ihren Gegnern, sondern auch zwischen Lutheranern und Reformierten, zwischen Calvinisten und Mennoniten mit abstoßendem Eifer ausgefochten wurden. Das deutsche Volk, das soeben erst die drückenden Lasten des Dreißigjährigen Krieges überwunden hatte und aus Mangel innerer Einigung an nur zu vielen Stellen ein Opfer seiner beutesüchtigen Nachbarn geworden war, zerfleischte sich in geistlichem Hochmut, ein Unter-

fangen, das für die Ostmark zu einer ernsten Gefahr werden mußte, sobald sich mit den anfangs lediglich religiösen Parteiungen auch politische oder gar nationale Gegensätze verbanden, welche die bisher noch glücklich gewahrte Einheit des ostdeutschen Volkstums nur zu leicht bedrohen konnten.

Bereits öfters war es auch in Danzig zu theologischen Streitigkeiten gekommen, indem bald der eine, bald der andere Pfarrer von seiner Kanzel herab die Andersgläubigen mit mehr oder weniger vorsichtigen und freundlichen Äußerungen bedacht hatte. Eine politische Bedeutung empfing diese Unsitte aber erst, als dem strengen Luthertum in dem 1669 zum Rektor des akademischen Gymnasiums und zum Prediger an der Trinitatiskirche berufenen Dr. Ägidius Strauch ein ebenso beredter wie hartnäckiger Verteidiger erstand. Obwohl er sich bei seinem Amtsantritt verpflichtet hatte, allen Zwist zu meiden, konnte er, der schon früher als Professor in Wittenberg ein unermüdlicher Kampfprediger gewesen war, sich seiner alten Gewohnheiten auf die Dauer nicht enthalten und scheute sich nicht, die katholische Bevölkerung und das polnische Königshaus in seinen viel beachteten Predigten heftig anzugreifen. Bewies auch der Zulauf, den seine Vorträge hatten, daß die von Strauch gegen das Papsttum und Polentum geführten Angriffe bei einem großen Teil der Danziger Bürgerschaft Anklang und Unterstützung fanden, so war doch ihre Folge, daß von polnisch-katholischer Seite heftige Klagen bei dem Rate gegen den streitlustigen Prediger einliefen. Um weiteren Mißhelligkeiten aus dem Wege zu gehen, sah sich der Rat daher schließlich gezwungen, im Dezember 1673 die Absetzung Strauchs zu verfügen. Doch sogleich rief diese Maßregel den lebhaftesten Widerspruch bei der Bürgerschaft, besonders bei den Handwerkern hervor, die zu den getreuesten Anhängern des Rektors gehörten.

Als der Rat dennoch an seinem Beschluß festhielt, zumal Strauch, wenn auch irrtümlich, verräterischer Umtriebe mit den Schweden bezichtigt wurde, rotteten sich in der Nacht vom 4. zum 5. Januar 1674 die Handwerker vor dem Rathause zusammen und verlangten drohend seine sofortige Wiedereinsetzung. Der Rat, den die Verbindung der Volksunruhen mit den theologischen Zwistigkeiten doppelt unangenehm berührte, wußte keinen anderen Ausweg, als den Forderungen der Menge nachzukommen und Strauch die weitere Ausübung seines Amtes zu gestatten. Trotzdem kehrte die Ruhe unter der Bevölkerung nicht zurück. Zahllose Streitschriften gingen in den nächsten Monaten zwischen Strauch und seinen Anhängern und dem Rate hin und her und trennten, indem das Vorgehen des Rates bei der Absetzung Strauchs wie

bei einer Reihe anderer Fälle als eigenmächtig und verfassungswidrig dargestellt wurde, die Bürgerschaft in zwei feindliche Lager.

Die Erregung erreichte ihren Höhepunkt, als im Juli 1675 Strauch durch Vermittlung des schwedischen Gesandten Liliehoeck als Professor an die damals schwedische Universität Greifswald berufen wurde und die Gewerke den beliebten Prediger nicht nur zur Ablehnung dieses Rufes zu bewegen, sondern auch gewaltsam an seiner Abreise zu hindern suchten. Aber all ihr Eifer fruchtete nichts, da sich Strauch, durch die Vorfälle des letzten Jahres verärgert, zum Weggang von Danzig entschlossen hatte und am 4. Oktober 1675 zu Schiff Weichselmünde verließ. Neues Mißgeschick blieb ihm nicht lange erspart. An der pommerschen Küste wurde er von brandenburgischen Truppen aufgegriffen und, da er als Helfershelfer der Schweden galt, nach Küstrin in Haft gebracht. Trotz aller Bemühungen seiner Freunde wurde er dort fast drei Jahre hindurch festgehalten. Erst im Juli 1678 kehrte er auf den dringenden Wunsch seiner Gemeinde nach Danzig zurück, wo er fortan bis zu seinem 1682 erfolgten Tode alle ernsteren Zänkereien vermied.

Kurz vor der Abreise Strauchs hatten sich die Gewerke, um ihre kirchlichen und politischen Wünsche gegenüber dem Rate durchzudrücken, zu einer Maßnahme entschlossen, die auf das Äußerste die Freiheit der Stadt gefährden sollte. Im April 1675 hatten sie unter der Führung des wortgewandten Schuhmachers Christian Meyer eine Abordnung an das königliche Hoflager in Jaworow entsandt, um dort dem König eine Reihe von Beschwerden gegen die Amtsführung des Rates vorzutragen. Die Bier- und Mehlakzise sollten abgeschafft und gegen die Mennoniten und Bönhasen, die, ohne den Zünften anzugehören, sich der gewerblichen Einrichtungen der Stadt mitbedienten, schärfer vorgegangen werden. Auch wurde darüber geklagt, daß der Rat die Ämter nur mit seinen Günstlingen und Verwandten besetzte und ohne Zuziehung der Gemeinden das Patronatrecht ausübte. Im nächsten Jahre wurden auf dem Krönungsreichstag zu Krakau diese Vorwürfe sogar in Anwesenheit einer Gesandtschaft des Rates wiederholt, so daß die Danziger Bürgerschaft den Polen das unerfreuliche Schauspiel innerer Zerrissenheit darbot.

Den bequemen Anlaß, sich in die Verhältnisse der Stadt einzumischen und wenn möglich mit Hilfe der Gewerke ihre Verfassung in einem auch für ihn günstigen Sinne umzugestalten, ließ sich König Johann Sobieski nicht entgehen. Die Beilegung der bürgerlichen Streitigkeiten wurde der Entscheidung des Hofgerichtes übertragen, an dessen Spitze sich der König nach Beendi-

gung des Türkenkrieges nach Danzig begeben wollte, um aus seinem Richterspruch nach Möglichkeit finanziellen Gewinn für sich herauszuschlagen. Er wurde in seinem Vorhaben noch bestärkt durch die jesuitische Partei an seinem Hofe, die schon lange darauf bedacht war, die Anfeindungen, unter denen ihre Anhänger in Danzig bisher zu leiden hatten, zu vergelten und wie in den übrigen Städten Polens und des königlichen Preußens auch in der mächtigen Stadt an der Weichselmündung der Gegenreformation Eingang zu verschaffen.

Die Bestrebungen der Jesuiten, in Danzig Fuß zu fassen, gingen bereits auf das Ende des 16. Jahrhunderts zurück. Schon Hieronymus Rozrazewski, der 1581 Bischof von Leslau geworden war, hatte sich bemüht, hier eine Niederlassung des um die Wiederherstellung des Katholizismus verdienten Ordens zu begründen. Im Jahre 1585 hatte der erste Jesuit den Boden Danzigs betreten. Von der Wohnung des bischöflichen Offizials Milonius aus entfaltete er bald im Verein mit einigen Ordensbrüdern in der Umgebung der Stadt eine eifrige Tätigkeit. Erst nachdem den Jesuiten für ihre Gottesdienste zunächst im Dominikanerkloster, später bei den Brigittiner-Nonnen eine eigene Kapelle eingeräumt war, erhielten sie auch in Danzig selbst größeren Anhang; 1593 wurde ihnen sogar das Nonnenkloster zur Einrichtung eines Kollegiums übertragen. Doch gelang es schließlich den unablässigen Bemühungen des Rates, der die Jesuiten mit Recht als Schrittmacher der polnischen Bewegung betrachtete, sie im Jahre 1614 zur Räumung des Klosters zu zwingen.

Die Jesuiten verließen darauf die Stadt und gründeten eine neue Ansiedlung auf dem bischöflichen Gebiet von Altschottland, wo ihnen Bischof Rozrazewski bereits 1592 einen Platz zugedacht hatte, auf dem nun in den Jahren 1614—21 eine Kirche, mehrere Wohnhäuser und ein Kollegiengebäude errichtet wurden. Obwohl ihnen der Aufenthalt und die Wirksamkeit in der Stadt vom Rate strengstens untersagt war, hielten sich in der Folgezeit einige von ihnen häufig im Hause des katholischen Pfarrers von St. Marien auf und nahmen hier auch gottesdienstliche Handlungen vor. Mit ihrer stillschweigenden Duldung aber nicht zufrieden, bestürmten sie den königlichen Hof immer von neuem mit der Bitte, ihnen zu dem Besitz einer der städtischen Kirchen zu verhelfen. Doch setzte die Bürgerschaft diesem Verlangen stets einmütigen Widerstand entgegen. Trotzdem ließen sich die Jesuiten durch die Enttäuschungen, die ihnen bisher widerfahren waren, keineswegs von der weiteren zähen Verfolgung ihrer Absichten zurückschrecken. Sie glaubten ihrem Ziele nahe zu sein, als sich unter der Be-

völkerung Danzigs Spaltungen auftaten und die Gewerke in ihrem Eifer, dem Ansehen und der Macht des Rates Abbruch zu tun, auch zu gewissen Zugeständnissen bereit erschienen, sofern ihre demokratischen Forderungen bei dem König geneigtes Gehör fanden. Indem die Jesuiten den gemeinsamen Gegensatz gegen den Rat geschickt auszunutzen verstanden, setzten sie es durch, daß in der gegen den Rat gerichteten Anklageschrift ihre Forderungen auf Einräumung der Marienkirche und Aufnahme von Katholiken in die dritte Ordnung mit den politischen Beschwerden der Gewerke auf das engste verquickt wurden.

Von allen Seiten sah der Rat seine Herrschaft bedroht. Die dritte Ordnung wünschte eine stärkere Beteiligung an den Regierungsgeschäften. Die Kaufleute wollten die drei Ordnungen in einem bestimmten Umfange mit ihren Anhängern besetzt sehen. Die Gewerke verlangten vermehrte Sitze in der dritten Ordnung, in der sie ein fünftes, ihnen vorbehaltenes Quartier bilden wollten. Niemand konnte zweifeln, daß bei gleichzeitiger Bewilligung dieser verschiedenen Forderungen die Macht der alten Geschlechter gebrochen wäre. Dem Rate mußte daher alles daran liegen, die Reihen seiner Gegner zu sprengen und durch Nachgiebigkeit im einzelnen seine Gesamtstellung zu wahren. Dem geschickten Vorgehen des Bürgermeisters Gabriel Schumann und des Syndikus Adrian Stoddert ist es zuzuschreiben, wenn die langwierigen Verhandlungen mit den einzelnen Parteien schließlich zu einem dem Rate genehmen Ergebnis führten.

Bald nachdem das Königspaar am 1. August 1677 in Danzig angelangt war, nahmen die Beratungen ihren Anfang. Um die dritte Ordnung für sich zu gewinnen, machte der Rat ihr das Zugeständnis, daß fortan alle Ordnungen zu einem Drittel aus Kaufleuten bestehen sollten. Auch wurde ihr das Vorschlagsrecht zu den erledigten Stellen eingeräumt und ihre regelmäßige Einberufung, die mindestens einmal im Monat erfolgen sollte, in Aussicht gestellt. Überdies erhielt die dritte Ordnung die Befugnis, ohne Mitwirkung des Rates die Beisitzer der Funktionen, denen die einzelnen Zweige der städtischen Verwaltung anvertraut waren, auf je zwei Jahre zu ernennen. Die Sitze der Handwerker in der dritten Ordnung wurden verdoppelt und den Hauptgewerken außerdem gestattet, für die ihnen vorbehaltenen Plätze geeignete Männer dem Rat zur Wahl vorzuschlagen.

Während somit die sozialen Kämpfe in einer demokratischen Umformung der Verfassung ihren Abschluß fanden, gelang es dem Rat, die polnischen Angriffe auf die Selbständigkeit der Stadt durch reiche Geldbewilligungen an den König abzuwehren. Die an

Danzig während des letzten Krieges verpfändete Starostei Putzig wurde unter Verzicht auf die Rückerstattung der Pfandsumme wieder ausgeliefert und dem König zudem ein persönliches Geschenk von 200 000 Gulden dargebracht. Kein Wunder, wenn hiernach Johann Sobieski keinen Wert mehr darauf legte, die Danziger durch überspannte Forderungen auf kirchlichem Gebiet sich feindlich zu stimmen. Seinen kirchlichen Wünschen kam der Rat nur insoweit nach, als er sich damit einverstanden erklärte, daß der dritten Ordnung in Zukunft sechs Katholiken angehören sollten. Doch wurde diesem Zugeständnis nach dem Ableben der zuerst ernannten, katholischen Hundertmänner nicht weiter Rechnung getragen. Die Ansprüche der Jesuiten auf die Marienkirche wurden erfolgreich zurückgewiesen. Dagegen konnte nicht verhindert werden, daß auf dem Pfarrhof der Marienkirche eine kleine katholische Kapelle errichtet wurde. In den Jahren 1678—82 wurde die neue Kirche, die nach ihrem Stifter später meistens als Königliche Kapelle bezeichnet wurde, durch den Baumeister Barthel Ranisch, vielleicht nach einem Entwurf von Andreas Schlüter, erbaut. Die Baukosten wurden aus dem Vermächtnis des in Danzig verstorbenen Erzbischofs Olszowski von Gnesen und aus Spenden des Königs bestritten.

Kurz vor seiner Abreise faßte Johann Sobieski das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Rate in dem sogenannten Decretum Johannis III. zusammen, das in seiner endgültigen Form am 12. Februar 1678 veröffentlicht wurde und für die Zukunft eines der wichtigsten Grundgesetze der Danziger Verfassung bildete. Es wurde ergänzt durch die sogenannten Konkordate, in denen nach eingehenden Beratungen unter den drei Ordnungen einige noch offen gelassene Streitfragen geregelt wurden. Die wichtigsten Bestimmungen betrafen die weitere Ausübung des Patronatrechtes. Die städtischen Kirchengemeinden erhielten das Recht, für die Besetzung ihrer Predigerstellen den Ordnungen zwei geeignete Bewerber zur Auswahl zu empfehlen. Nur das Amt des Seniors des geistlichen Ministeriums und die Stelle des Rektors am Gymnasium sollte durch die Ordnungen allein vergeben werden.

Mit dem Erlaß des königlichen Dekrets und der Konkordaten fanden die Verfassungskämpfe, die Danzig im Anschluß an die schwedischen Kriege durchtobt hatten, ihr vorläufiges Ende. Den dringendsten Wünschen der Bürgerschaft war genüge geschehen, im übrigen die Herrschaft des Rates auch für die Zukunft gesichert und wiederum die Gefahr glücklich beseitigt worden, daß die Rechte der Krone auf Kosten der städtischen Freiheit erweitert wurden. In den letzten Jahrzehnten des 17. Jahrhunderts verwandte die Bürgerschaft alle Kraft darauf, die wirtschaftlichen Schäden, die sie

durch die langen, äußeren und inneren Kämpfe erlitten hatte, zu beheben und die städtischen Finanzen einer allmählichen Gesundung entgegenzuführen. Waren doch die Schulden Danzigs bereits auf 2¼ Millionen Gulden angewachsen.

Die trostlose Wirtschaftslage, in der sich Danzig damals befand, machte sich auch auf den Gebieten der geistigen Kultur bemerkbar. War das Ende des 16. Jahrhunderts durch seine reiche bauliche Tätigkeit ausgezeichnet gewesen, so wurden in dem nun folgenden Zeitraum lediglich die notwendigsten Bauten ausgeführt. Nur wenige wohlhabende Bürger konnten sich noch prunkvollere Häuser erbauen lassen. Während der Neptunbrunnen, der 1633 durch Abraham von dem Block und Adrian de Vries errichtet wurde, noch an die glücklichen Zeiten erinnerte, in denen Danzigs Flagge auf allen Meeren wehte und der Gott des Meeres als der Schutzheilige der Stadt betrachtet werden konnte, dienten die in den nächsten Jahren errichteten Gebäude, das Zuchthaus (1630), das Pockenhaus, das 1649 zu einem großen Krankenhause ausgebaut wurde, und das 1698 begründete Spend- und Waisenhaus den dringendsten Bedürfnissen der menschlichen Gesellschaft. Für die Bewohner von Petershagen wurde 1633 die Salvator-Kirche erbaut. Nachdem sie im Jahre 1656 niedergelegt war, wurde sie in schlichten Formen 1695 wiederhergestellt.

Unter den Malern jener Zeit stand der in Danzig gebürtige Daniel Schultz an erster Stelle. Seine Bildnisse Danziger Patrizier, polnischer Könige und Edelleute ragen wie seine Tierbilder weit über den Durchschnitt hinaus. Neben ihm zeichnete sich Andreas Stech, der in Stolp geboren, aber schon in jungen Jahren nach Danzig gekommen war, durch eigene Gestaltungskraft aus. In einem schaffensfreudigen Leben fertigte er außer zahlreichen Historienbildern und Bildnisstudien wertvolle Altargemälde für die Klöster Pelplin und Oliva an. Der damals sehr beliebten Kupferstichkunst widmeten sich der Niederländer Wilhelm Hondius und der Danziger Jeremias Falk. Doch wußte keiner dieser Künstler, ihrer Kunst neue Wege und Ziele zu erschließen.

Von den Danziger Dichtern, die in ihren geistlichen Liedern und Festgesängen dem schwülstigen Geschmack ihrer Zeit zu huldigen pflegten, verdienen bestenfalls nur Johann Peter Titz und Michael Albinus beiläufige Erwähnung. Dagegen war Danzig das Glück beschieden, einige Jahre den berühmten Verfasser des Buches von der Deutschen Poeterei, Martin Opitz, in seinen Mauern zu beherbergen, der aus seiner schlesischen Heimat vertrieben in der Weichselstadt gastliche Aufnahme, aber leider auch einen frühen Tod fand (1639). Sein Grabstein ist noch heute in der Marienkirche zu sehen.

Um die heimische Musikpflege machten sich der Kapellmeister Kaspar Förster und der Komponist Paul Siefert verdient.

Fruchtbarer als die künstlerische Tätigkeit war die wissenschaftliche Beschäftigung in Danzig. Der Ratssekretär Reinhold Curicke vollendete im Jahre 1645 eine umfangreiche Chronik der Danziger Geschichte, die aber erst durch seinen Sohn 1687 veröffentlicht werden konnte. Die in ihr enthaltenen Kupferstiche stellen nebst den Prospekten von Ägidius Dickmann (1617) und den Abbildungen, die Barthel Ranisch seinem Buche über die Danziger Kirchenbauten beifügte, in anschaulicher Weise das Danziger Stadtbild zu jener Zeit dar. Das Staatsrecht Danzigs behandelten der Notar Elias von Treuen-Schröder und der spätere Bürgermeister Johann Ernst von der Linde. Doch sind die Werke beider Schriftsteller bisher nicht gedruckt worden. Den Ruhm der Gelehrsamkeit trug Johannes Hevelke davon, der 1611 als Sohn eines Brauers auf der Altstadt geboren war und nach ausgedehnten Studienreisen sich in der Heimat neben seiner Tätigkeit als Altstädtischer Schöffe und Ratsherr dem väterlichen Gewerbe in der Pfefferstadt widmete. Seine Mußestunden gehörten aber der Erforschung des Sternenhimmels, vor allem der Untersuchung des Mondes, dessen eingehende Beschreibung (1647) ihm reiche Ehren und, wie es damals üblich war, auch klingenden Lohn von namhaften Fürsten eintrug. Doch während der einsame Denker in stiller Beschaulichkeit den ewigen Gesetzen der geheimnisvollen Natur nachspürte, bereiteten sich schon wieder die heftigsten politischen Wirren und blutige Kriege vor.

Der Kampf um die polnische Krone

Zu Beginn des 18. Jahrhunderts waren die Mächte Europas in langwierige Kämpfe verwickelt. Während der spanische Erbfolgekrieg die Staaten des Westens und Südens durchtobte, waren der Norden und Osten des Erdteils durch den schwedisch-polnisch-russischen Krieg in Anspruch genommen. In kühnem Gegenangriffe hatte der junge schwedische König Karl XII. die Heere seiner Gegner, die ihn seiner baltischen Besitzungen berauben wollten, zurückgeworfen, Dänemark zum Frieden gezwungen, die noch wenig kriegsgeübten Truppen des Zaren Peter besiegt und stand siegreich mitten im Lande seines Hauptfeindes, des Königs von Polen August II. des Starken, der zugleich Kurfürst von Sachsen war. Er wollte nicht eher ruhen, als bis die Krone Polens einem ihm willfährigen, schwachen Günstling übertragen war, der es niemals wagen würde, seinen eigenen Eroberungsplänen entgegenzutreten.

In diese Verwicklungen wurde auch Danzig einbezogen. Lag doch die große und kriegsmächtige Stadt geradezu in einem Brennpunkt der Ereignisse, dort wo das polnische Reich dem Herrscher des Nordens die nächste Angriffsfläche bot und wo ihm deshalb der Besitz eines befestigten Stützpunktes von der Bedeutung Danzigs sehr erwünscht sein mußte. Schon im Jahre 1703 hatte die Stadt nur mit Mühe den schwedischen Generalkriegskommissar Steenbock, der von ihr militärische Unterstützung verlangte, durch eine hohe Abschlagssumme zu befriedigen vermocht.

Im Frühjahr 1704 rückte er wiederum gegen Danzig vor und stellte neue Forderungen. Die Stadt sollte nicht nur der Warschauer Konföderation beitreten, die sich zur Absetzung des Königs August gebildet hatte, sondern dem König von Schweden auch die Beträge aus dem Pfahlgeld ausliefern, die bisher der polnische König erhalten hatte. Auch sollte sie überdies das Darlehen zurückzahlen, das König Karl Knutson 1457 der Stadt gegen die Verpfändung von Putzig gewährt hatte und dessen Wert nebst den aufgelaufenen Zinsen jetzt auf 3—400 000 Taler geschätzt wurde.

Trotz der schwedischen Drohungen wurde von den Ordnungen der Beschluß gefaßt, die Forderungen Steenbocks zurückzuweisen und sich nur zur Zahlung einer kleineren Summe bereit zu erklären. Selbst das Versprechen der Schweden, der Stadt die Einverleibung

von Schottland, Stolzenberg und dem Bischofsberg zu gestatten, machte sie zur Annahme des Reverses nicht geneigt, so daß jeden Tag mit dem Ausbruch offener Feindseligkeiten zu rechnen war. Das Schicksal Danzigs stand auf des Messers Schneide. Schon brachten die englischen Kaufleute ihre Waren nach Königsberg, und auch der vorsichtige Gesandte Englands rüstete sich zur Abreise.

Inzwischen hatte die Danziger Frage bereits mehrfach die europäischen Mächte beschäftigt. Die Gesandten Englands, Hollands, Dänemarks und Preußens, die im Haag, dem diplomatischen Hauptquartier der Seemächte, zu regelmäßigen Beratungen versammelt waren, hatten schon seit Anfang Mai, als die erste Gefährdung Danzigs durch Schweden bekannt geworden war, erwogen, in welcher Weise der wichtigen Handelsstadt geholfen werden könnte. Mußten doch England und Holland, in deren Händen damals der gesamte Ostseehandel lag, befürchten, daß durch die Verletzung der Danziger Neutralität ihre wirtschaftlichen Unternehmungen im Osten eine empfindliche Einbuße erleiden würden. Auch Dänemark und Preußen verfolgten mit scheelem Blick das Anwachsen der schwedischen Macht, deren Verstärkung durch die reichen Mittel Danzigs und weitere Ausdehnung ihren eigenen Grenzen nur zu leicht gefährlich werden konnte.

Vor allem setzte sich Preußen, der nächst gefährdete Staat, für Danzigs Freiheit mit Eifer ein. Der preußische Gesandte von Schmettau veranlaßte den gerade im Haag anwesenden Herzog von Marlborough, den geistigen Führer der Seemächte gegen den von Frankreich und Österreich geschlossenen Bund, den schwedischen Gesandten von Palmquist mit ernsten Worten darauf hinzuweisen, daß die Beeinträchtigung der Danziger Selbständigkeit den Wünschen der Westmächte zuwiderlaufe.

Zu gleicher Zeit übergab auch der braunschweigisch-hannoversche Resident Hunnecke, der zugleich Danzig im Haag vertrat, eine Denkschrift, in der er die Aufmerksamkeit der Seemächte auf die Bedrohung Danzigs durch Steenbock lenkte. Doch trotz allem Wohlwollen, das die Mächte dem Gesandten Danzigs bezeugten, konnten sie sich nicht zu einer tatkräftigen Hilfe für die gefährdete Stadt entschließen, da sie soeben einen neuen Feldzug an der Donau vorbereiteten, in dem Bayern, der Bundesgenosse Ludwigs XIV., niedergeworfen werden sollte. England und Holland hielten es für ausreichend, wenn Danzig seine Neutralität erklärte und aufrecht erhielt, im übrigen aber den Forderungen Schwedens nach Möglichkeit entgegenkam. Als es offensichtlich wurde, daß der König von Schweden bei fortgesetzter Weigerung die Stadt überwältigen und unter seine Herrschaft bringen wollte, erteilte auch

die preußische Regierung, die zu einem selbständigen Vorgehen sich zu schwach fühlte, Danzig den Rat, sich dem kleineren Übel zu fügen und der Konföderation beizutreten; König August werde ihr diesen erzwungenen Abfall nicht verargen, zumal Danzig dadurch wenigstens seine Freiheit bewahre.

Als am 27. Mai Steenbock seine Forderungen in schärfster Form wiederholte und Danzig bei weiterer Hartnäckigkeit wie ein Eulennest dem Erdboden gleich zu machen drohte, mußte sich die stolze Stadt dem Zwange der Not fügen. Sie trat am 31. Mai der Warschauer Konföderation bei und erklärte sich zur Zahlung der verlangten Summen bereit. Doch hatten die Bürger durch ihre Nachgiebigkeit im letzten Augenblick wenigstens noch den Erfolg davongetragen, daß die Stadt nicht, wie es die Schweden gewünscht hatten, gleich Elbing und Thorn mit Gewalt ihrer Oberhoheit unterworfen wurde.

In den folgenden Monaten zogen die Schweden nach Polen ab, wo Stanislaus Leszczynski, der Woiwode von Posen, zum König von Karls Gnaden erhoben wurde. Da aber August II. auf seine Würde keineswegs verzichtete, sahen sich seine Untertanen vor die schwierige Entscheidung gestellt, zu welchem der beiden Könige sie sich halten sollten. Um sich auch auf den äußersten Notfall vorzubereiten, war Danzig darauf bedacht, seine militärische und politische Stellung zu festigen. Der aus preußischen Diensten übernommene Generalwachtmeister von Goltz ließ die Befestigungen verstärken und die Anlagen auf dem Hagelsberg mit der Heilige-Leichnam-Bastion durch ein neues Werk, das im Volksmunde bald die Steenbock-Brille genannt wurde, in Verbindung bringen. Einige Jahre später, 1708, wurde auf dem sumpfigen Gelände in der Nähe dieses Werkes durch den Ratsherrn Ferber und Oberst von Sinclair der Irrgarten angelegt.

Auch die diplomatischen Verhandlungen ruhten in der Zwischenzeit nicht. Schon Mitte Mai hatten zwischen dem preußischen Minister Ilgen und dem Danziger Sekretär Hoppe in Berlin Besprechungen über ein etwaiges Schutzbündnis zwischen Preußen und Danzig stattgefunden. Als Verbündeter des polnischen Königs August wollte Preußen mit eigenen Truppen die Besatzung der Stadt verstärken und ihre Selbständigkeit gegen die schwedischen Übergriffe verteidigen helfen, wofür Danzig die preußischen Truppen mit Proviant, Munition und Artillerie unterstützen und ihren Durchzug durch sein Gebiet gestatten sollte.

Der Abschluß des in tiefstem Geheimnis vorbereiteten Vertrages zog sich jedoch bis in den Sommer hin. Erst am 28. August 1704 wurde der Rezeß unterzeichnet. Der König von Preußen ver-

pflichtete sich in ihm, militärisch und diplomatisch für den Schutz Danzigs einzutreten und ihm 2000 Mann zur Verfügung zu stellen, die zwar für die Stadt vereidigt werden, doch unter der Gerichtsbarkeit des Königs verbleiben sollten. Ausdrücklich wurde vereinbart, daß durch dieses Bündnis das bisherige Verhältnis Danzigs zur Krone Polen nicht berührt und der Vertrag, dessen Gültigkeit für zehn Jahre in Aussicht genommen war, erst dann in Kraft treten sollte, wenn sich Preußen auch mit den Seemächten über den Schutz der Stadt vereinbart haben würde. Es kam also alles darauf an, auch England, Holland und Dänemark zu einem Vorgehen gegen Schweden zu veranlassen.

Gleich nachdem die Nachricht eingegangen war, daß Danzig den schwedischen Revers unterzeichnet hatte, fand im Haag eine Zusammenkunft der Gesandten statt. Da sie über die Bedeutung der Stadt für den Handel ihrer Staaten einer Meinung waren, wurde der Vorschlag gemacht, der Stadt für ihre „Freiheit, Sicherheit und unturbiertes Commerzio zu garantieren" und den König von Schweden zu ersuchen, Danzig nicht mehr zu bedrängen. Besonders trat der dänische Gesandte von Stöcken für einen wirksamen Schutz Danzigs ein, da „es seinem König gleich gelte, ob Danzig oder ob Kopenhagen attaquiert würde". Es erregte zwar großes Erstaunen, als Preußen unter Ablehnung sofortiger militärischer Hilfe der Stadt zum Beitritt zur Konföderation riet. Doch wollte niemand eine „reelle Assistenz", wie sie Preußen verlangte, in Aussicht stellen, da sich die Mächte für die bevorstehende Entscheidungsschlacht in Bayern ihrer Streitmittel nicht entäußern, noch durch offenes Auftreten gegen Schweden den eigenwilligen und hartnäckigen König auf die Seite Frankreichs treiben wollten. Auch wünschten sie nicht, daß Preußen seine Truppen, die unter Leopold von Anhalt an der Donau erfolgreich folgten, zur Verfolgung eigener Ziele im Osten zurückzöge. So schliefen die Verhandlungen ein, als Anfang Juli die Schweden von Danzig abmarschierten und damit die unmittelbare Gefahr für die Stadt beseitigt wurde. Mit Rücksicht auf die Westmächte, die sich um eine finanzielle Belastung Danzigs nicht sonderlich kümmerten, durch seine gewaltsame Einverleibung in den schwedischen Staat dagegen wohl unangenehm berührt worden wären, sah Karl XII. zunächst von einem weiteren Vorgehen gegen Danzig ab.

Die Beratungen erhielten erst einen neuen Anstoß, als der englische Resident Robinson aus Danzig den Vorschlag übermittelte, jede der vier Mächte sollte in Zukunft zur Verstärkung der Besatzung ein Bataillon nach Danzig legen. Preußen war sofort damit einverstanden und erklärte sich sogar dazu bereit, auch

den von England und Holland zu stellenden Truppenteil für sich zu übernehmen, wenn ihm die Unterhaltungskosten anteilmäßig erstattet würden. Denn außer England zeigten auch die Generalstaaten nach wie vor große Zurückhaltung, obwohl die Amsterdamer Kaufleute eine Unterstützung Danzigs lebhaft befürworteten.

Obwohl die Gesandten alle paar Tage über Danzig berieten, kamen sie zu keinem Entschluß. Die Rückfragen an ihre Regierungen und die Einholung von Auskünften von den Danziger Residenten brachten immer neue Verzögerungen mit sich. Dazu kam, daß die Mächte sich auch erst über die Anerkennung Leszczynskis, der im August zum König von Polen gewählt war, einigen wollten. Es half nichts, daß Schmettau durch die Berliner Regierung immer von neuem gedrängt wurde, auf den Abschluß der Verhandlungen hinzuwirken, und daß auch der dänische Gesandte erklärte, zu allem Vollmacht zu haben. Das Anerbieten Preußens, im Auftrage der vier Mächte allein Danzig Hilfe zu gewähren, wofern bei einem Angriff auf die Stadt auch Dänemark Truppen entsenden und die beiden anderen Staaten die Hälfte der Kosten tragen würden, wurde stets ohne entscheidende Antwort gelassen.

Trotzdem gab Preußen, dem die schnelle Ratifikation des mit Danzig vereinbarten Vertrages erwünscht war, seine Versuche, die Seemächte zum Anschluß zu bewegen, nicht auf. Im Einvernehmen mit Stöcker und dem englischen Gesandten Stanhope legte Schmettau Anfang September den Entwurf eines Übereinkommens zum Schutze Danzigs der Botschafterversammlung vor. Der Entwurf besagte in seinem allgemeinen Teil, daß die vier Mächte sich verpflichteten, Danzigs Freiheit gegen die Könige von Schweden und Polen zu schirmen, wogegen Danzig sich gegen sie und Polen freundlich verhalten sollte. Bei dringender Gefahr würden die Mächte der Stadt je ein Bataillon von mindestens 750 Mann nebst Unterhalt zur Verfügung stellen und jedem der vertragschließenden Staaten, der auf Grund dieses Übereinkommens von dritter Seite behelligt werden sollte, jegliche Unterstützung gewähren.

Obwohl die Mächte der Konvention in diesem Sinne nicht abgeneigt waren, zogen sich die Verhandlungen den ganzen Monat über hin. Preußen und Danzig machten geltend, daß der Stadt das unbestimmte Versprechen der Truppensendung nichts nützte, da wie im Frühjahr der König von Schweden jeder Zeit unversehens Anstalten treffen könnte, sich Danzigs zu bemächtigen. England und Holland konnten dagegen nicht das Mißtrauen überwinden, daß Preußen Danzig gegenüber eigensüchtige Pläne verfolgte. Das Verhalten der Seemächte rief in Danzig die Befürchtung hervor, daß sie, weit entfernt, im Ernstfalle der Stadt zu helfen,

selbst etwas gegen ihre Freiheit im Schilde führen möchten. Obwohl die Stadt sich in einem Revers vom 3. Oktober verpflichtete, den Bedingungen des zwischen den vier Mächten abzuschließenden Schutzvertrages ihrerseits zu genügen, ließen die politischen Gegensätze der einzelnen Staaten und die Bemühungen Schwedens, die Konvention zu hintertreiben, keine Einigung zustande kommen.

Schließlich erklärten die dänische und englische Regierung ihre Zustimmung und der Abschluß des Vertrages sollte gerade erfolgen, als plötzlich Mitte Oktober im Haag der zwischen Danzig und Preußen vorbereitete Geheimvertrag bekannt wurde und den gegen Preußen gehegten Argwohn zu rechtfertigen schien. Sollte die monatelange Arbeit vergeblich gewesen sein?

Auch in Danzig herrschte größte Erregung. Die fremden Residenten meinten, der Rat wolle die Stadt in die Hände Preußens spielen. Die Bevölkerung spaltete sich in mehrere Parteien, Prediger Schelwig wandte sich sogar von der Kanzel der Trinitatiskirche herab gegen den Abschluß des Vertrages. Nur mit Mühe gelang es dem Rat, die Gemüter zu beschwichtigen. Denn die Gefahr rückte immer näher heran, daß die Schweden wiederum im Danziger Werder ihre Winterquartiere beziehen würden. Mit schwerer Sorge sah jeder in die Zukunft, zumal General Goltz die Verteidigungswerke der Stadt für völlig ungenügend befand. Kein Wunder, wenn es als ein böses Vorzeichen betrachtet ward, als auf der Nehrung ein fünf Ellen langer Schwertfisch ans Land getrieben wurde.

Trotzdem entschloß sich der Rat, das Äußerste zu versuchen. Der Syndikus Rosenberg wurde nach dem Haag gesandt, um den Abschluß der Konvention persönlich zu fördern. Nach seiner Ankunft am 13. November gelang es ihm im Verein mit Schmettau, das entstandene Mißtrauen gegen Danzig und Preußen zu zerstreuen und mit Rücksicht auf die wachsende Gefahr für die Stadt die Gesandten zu bewegen, die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Nur Holland machte fortdauernd Schwierigkeiten, da die Staaten vor der Verwicklung in den nordischen Krieg zurückscheuten und die Befürchtung hegten, daß der noch immer nicht veröffentlichte Geheimvertrag zwischen Preußen und Danzig für sie ungünstige Abmachungen aufweisen möchte. Schließlich wurde eine Einigung dahin erzielt, daß der Herzog von Marlborough, dessen Ankunft in Berlin kurz bevorstand, von der preußischen Regierung in den Vertrag vollständig eingeweiht werden und dann darüber entscheiden sollte, ob der Geheimtraktat etwas enthalte, was der Konvention zuwiderliefe.

Die Verhandlungen in Berlin fanden Anfang November statt und fielen zu voller Zufriedenheit Preußens aus. Es wurde vereinbart, daß die Mächte den schwedischen König ersuchen sollten, eine Erklärung darüber abzugeben, daß er während des nordischen Krieges die Unabhängigkeit der preußischen Staaten, des Kurfürstentums Sachsen und Danzigs nicht verletzen würde. Dadurch sollte dem König von Preußen die Bewahrung seiner Neutralität im Osten gewährleistet und die Möglichkeit geboten werden, für den weiteren Feldzug in Italien 8000 Mann zur Verfügung zu stellen. Dem geschickten Vorgehen Marlboroughs war es gelungen, die drohende Abwendung Preußens von der Koalitionspolitik noch in letzter Stunde zu verhindern.

Da dieser Vereinbarung außer England auch Holland und Österreich beitraten, glaubte Preußen seine ostpreußischen Besitzungen fortan hinreichend gesichert und gab seinem Gesandten im Haag die Anweisung, den Abschluß der Danziger Konvention nicht mehr mit besonderem Nachdruck zu betreiben, da das mit Marlborough getroffene Abkommen sowohl den preußischen als auch den Danziger Wünschen in dieser Angelegenheit vollauf gerecht würde.

Dadurch ward aber die Konvention überhaupt in Frage gestellt. Denn es war nicht zu erwarten, daß die andern Mächte ihr künftig den gleichen Wert beilegen würden, wie es bisher Preußen getan hatte. Die Verhandlungen wurden zwar im Haag mit mehrfachen Unterbrechungen noch lange fortgesetzt, doch scheiterten sie bald an der Weigerung der Mächte, Danzig sofort die versprochenen Bataillone zu geben, bald hinderte das immer deutlicher hervortretende Bestreben, es mit Karl XII. nicht zu verderben, ein tatkräftiges Vorgehen. Als im Sommer 1705 die Schweden erneut in das Werder einfielen und von den Bauern eine Kontribution von mehr als 50 000 Gulden erpreßten, traten die Gesandten wiederum zu Beratungen zusammen. Doch ehe noch die einzelnen Regierungen sich erklärt hatten, war nach schwerer Schädigung Danzigs durch den Abzug der schwedischen Truppen die Gefahr behoben. Die Konvention erschien wieder einmal als unnötig.

Auch in der Folge kam sie ebenso wenig zustande, wie der Abschluß des Vertrages zwischen Danzig und Preußen. Die Stadt blieb wie zuvor auf ihre eigene Kraft angewiesen. Gegenüber der Übermacht der Schweden konnte sie nur auf bessere Zeiten hoffen und durch diplomatische Geschicklichkeit zu ersetzen suchen, was ihr an militärischer Macht gebrach.

Die Niederlage der Schweden bei Poltawa im Jahre 1709 änderte mit einem Schlage die politische Lage zugunsten ihrer Gegner. Zar Peter der Große sah sich am Ziel seiner Wünsche.

Im Verein mit polnischen und sächsischen Truppen durchzogen seine Heere die Weichsellande bis nach der Neumark und Mecklenburg hinein, um in Vorpommern die schwedische Macht an ihrer am leichtesten angreifbaren Stelle zu treffen. Während Karl XII. im fernen Beßarabien weilte, rückte August II. wieder in Polen ein, aus dem Stanislaus Leszczynski, der seine Sache verloren gab, eiligst flüchten mußte. Nur mit Not konnte sich Danzig des gewaltsamen Durchmarsches der fremden Truppen durch sein Gebiet erwehren. Sie raubten dem Bauern seine letzten Habseligkeiten und gaben sich erst zufrieden, nachdem sie von der erschreckten Bevölkerung hohe Kontributionen erzwungen hatten. Das einzige Mittel, das dem Rat zum Schutze seiner Untertanen übrig blieb, war die zumeist mit Erfolg geübte Bestechung der feindlichen Heerführer. Die niedergedrückte Stimmung, die sich infolge all der Fährnisse und Mißhandlungen der Bürgerschaft und oft auch des Rates bemächtigte, wurde noch verstärkt durch die im Jahre 1709 eingeschleppte furchtbare Pest, der 25 000 Menschen zum Opfer fielen.

Zudem wurde das Verhalten der Russen, die sich im Danziger Gebiet immer mehr als die Herren aufzuspielen begannen, von Jahr zu Jahr lästiger. In den Jahren 1716 und 1717 kam Zar Peter selbst nach Danzig, um die Stadt durch allerlei Lockungen und Drohungen auf seine Seite zu ziehen. Das rohe Gebaren seines Gefolges stieß aber die Bevölkerung ebenso ab, wie seine hinterhältigen Absichten dem Rat nicht verborgen blieben. Trotzdem mußten ihm 140 000 Taler als Geschenk gegeben werden, ohne daß es gelang, durch diese Summe die Russen, wie sie es versprochen hatten, zum Abzug zu bewegen. Auch Polen stellte wiederholt hohe Anforderungen an die nahezu erschöpften Kassen der Stadt. Die Ohnmacht Danzigs, das des Rückhaltes an einem machtvollen Landesherrn entbehrte, trat immer deutlicher zutage.

Die Rückwirkung der langwierigen Kämpfe auf die europäische Politik blieb nicht aus. Mit Eifersucht verfolgte England die anwachsende Macht Rußlands, das die gesamte Ostseeküste in seine Gewalt zu bringen drohte und damit für den englischen Ostseehandel eine Gefahr heraufbeschwor, die angesichts der schier unerschöpflichen Machtmittel des Zaren weit ernster zu nehmen war, als im Jahrhundert zuvor das Vordringen der Schweden.

Durch englische Vermittlung kam nach dem plötzlichen Tode Karls XII. in den Jahren 1719—21 der Friede zwischen den nordischen Mächten zum Abschluß. Den Hauptgewinn trug Rußland davon, das durch die Besitznahme von Livland, Estland und Ingermanland an der Ostsee zum ersten Mal festen Fuß faßte. Der

Kampf um die Herrschaft über die Ostseeküsten, der in dem Wettstreit zwischen Polen und Schweden mehr als ein Jahrhundert Osteuropa in Atem gehalten hatte, war damit zugunsten jenes Staates entschieden worden, der sich zunächst vorsichtig zurückhielt, dann aber während des 18. Jahrhunderts seine Nachbarländer Schweden, Polen und die Türkei zu überflügeln und zur Seite zu drücken vermochte. Auch Danzig sollte die Ausdehnung Rußlands nach dem Westen gar bald empfindlich zu spüren bekommen.

Nach dem Tode Augusts II. wurde Stanislaus Leszczynski, der inzwischen der Schwiegervater des französischen Königs Ludwig XV. geworden war, nochmals zum polnischen König erwählt. Doch nur kurze Zeit konnte er sich seiner Erfolge erfreuen. Rußland und Österreich, die den französischen Einfluß in Polen fürchteten, riefen eine Gegenbewegung hervor, durch die schon wenige Wochen später der Kurfürst August III. von Sachsen zum König erhoben wurde. Unter dem Schutz russischer und sächsischer Waffen trat er im Herbst 1733 das Erbe seines Vaters an, so daß Stanislaus Leszczynski von seinen Anhängern verlassen wiederum flüchten mußte. Er begab sich nach Pommerellen, dessen Adel zum Teil noch weiter zu ihm hielt, und fand schließlich seine Zuflucht in Danzig, wo er in Begleitung des Primas Potocki und des französischen Gesandten de Monti am 2. Oktober 1733 anlangte. Getreu seinem altbewährten Grundsatze, bei zwiespältigen Wahlen stets den zuerst gewählten König als Oberherrn anzuerkennen, versagte Danzig auch dem unglücklichen Stanislaus nicht seine Huldigung.

Um ihn gegen die Angriffe seiner Gegner zu schützen, nahm Danzig sogar eine mehrmonatige Belagerung auf sich, ein Verhalten, das nicht, wie man gemeint hat, einer besonders starken nationalen Zuneigung der Danziger zu Polen entsprang und auch nicht entspringen konnte, da sich das polnische Volk durch seine Anerkennung Augusts III. ja gerade in den schärfsten Gegensatz zu Danzig gestellt hatte. Danzigs Eintreten für den vertriebenen König beruhte vielmehr lediglich auf der nüchternen Erwägung, daß die Herrschaft Leszczynskis, der sich auf keinerlei eigene Machtmittel stützen konnte, weit leichter zu ertragen sein würde, als die Regierung seines Gegners, dem die reichen Hilfskräfte seiner Heimat zu Gebote standen und der sich auch im weitesten Maße der Unterstützung Rußlands erfreuen konnte. Obwohl Danzig durch den polnischen Thronfolgekrieg in einen Kampf verwickelt wurde, der sein eigenes Dasein zunächst nicht im geringsten berührte, so wurde doch die Stellung, die der Rat im Einverständnis mit der Bürgerschaft in ihm einzunehmen für gut befand, durch das

Bewußtsein bestimmt, daß auf der Schwäche der polnischen Krone, die Stanislaus trug, seine eigene Stärke beruhte. Nicht die polnische Königsmacht durch die Verteidigung Leszczynskis zu schützen, sondern durch seine Unterstützung ihre herkömmliche Ohnmacht aufrecht zu erhalten, war der Leitgedanke der Danziger Politik in diesen Jahren.

Nachdem August III. am 17. Januar 1734 zum König gekrönt war, rückte in seinem Namen der russische General Lascy mit etwa 12 000 Mann im Februar gegen Danzig vor, um die Bürgerschaft zur Auslieferung des Gegenkönigs zu zwingen. Um der Stadt das Trinkwasser zu entziehen, wurde die Radaune abgeleitet; auch wurden die Landstraßen bei Langfuhr, Schellmühl und Ohra gesperrt. Die von den Danzigern veranlaßte Überschwemmung des Werders hinderte ihre Gegner nicht, sich des Danziger Hauptes zu bemächtigen und auch von Heubude und dem Holm aus die Stadt einzuschließen. Das saumselige und ungeschickte Verhalten der Stadtväter ermöglichte es den Russen, die seit Mitte März unter dem Oberbefehl des Feldmarschalls von Münnich standen, sich der wichtigsten Punkte der Umgegend zu bemächtigen, von denen aus sie die Stadt mit einem Hagel von Geschossen überschütten konnten. Trotzdem wurde die Aufforderung zur Übergabe unbeachtet gelassen. Vielmehr versahen die Bürger, die in mehrere Regimenter eingeteilt waren, mit Mut und Ausdauer den anstrengenden Wachtdienst auf den Wällen. Die Handlungsdiener und Gesellen bildeten besondere Freiwilligenscharen. Nebst einigen Abteilungen von Schweden, Polen und Franzosen zählte die Besatzung der Stadt rund 23 000 Mann.

Angesichts der Gefahr, in der Danzig der Übermacht Rußlands gegenüber schwebte, dachte zunächst ein großer Teil der Bürgerschaft daran, sich unter den Schutz des preußischen Königs zu stellen. Doch wußte die polnisch-französische Umgebung des Königs den Rat zu veranlassen, von diesem Vorhaben mit Rücksicht auf den von Frankreich versprochenen Entsatz abzusehen. Nach der Ankunft zahlreicher russischer und sächsischer Geschütze wurde unterdessen die Beschießung der Stadt begonnen und durch einen glücklichen Angriff auf die Sommerschanze im Anfang Mai die Verbindung zwischen Weichselmünde und der Stadt auf dem Landwege unterbrochen. Dagegen gelang es der umsichtigen und tapferen Verteidigung der Danziger Besatzung, in der Nacht vom 9. zum 10. Mai einen sorgfältig vorbereiteten Sturm auf den Hagelsberg unter großen Verlusten für die Angreifer zurückzuschlagen. Die gefallenen Russen, deren Zahl auf 4000 Mann geschätzt ward, wurden am „Russischen Grabe“ beerdigt.

Die Ankunft einer französischen Flotte, die am 10. Mai auf der Reede eintraf, führte keine Veränderung zugunsten der Belagerten herbei. Die Franzosen legten zwar auf der Westerplatte ein befestigtes Lager an, doch schlugen ihre Angriffe auf die russischen Schanzen bei Weichselmünde fehl. Die Lage Danzigs wurde noch gefahrvoller, als Ende Mai die feindliche Armee durch die neuanrückenden Truppen des Herzogs von Sachsen-Weißenfels auf 40 000 Mann anwuchs. Auch langte Mitte Juni von Pillau her eine starke russische Flotte vor dem Hafen an, die das französische Lager auf Westerplatte unter wirksames Feuer nahm. So glückte es den vereinten Bemühungen der sächsischen und russischen Truppen am 24. Juni die Franzosen und die Besatzung von Weichselmünde zur Übergabe zu zwingen. Auch der Rat konnte sich seitdem nicht der Einsicht verschließen, daß eine weitere erfolgreiche Verteidigung nicht mehr zu erhoffen wäre. Doch ehe noch die Verhandlungen über einen Waffenstillstand zu einem Ergebnis geführt hatten, entwich Stanislaus Leszczynski, ohne daß der Rat oder die Bürgerschaft von seinem Vorhaben vorher unterrichtet worden wäre, in der Nacht vom 27. zum 28. Juni als Bauer verkleidet aus der Stadt und begab sich über das Werder nach Königsberg, wo er bis zu seiner Rückkehr nach Frankreich den Schutz des preußischen Königs genoß.

Die Flucht Leszczynskis setzte dem weiteren Kampf ein Ende. Nachdem sich Danzig zur Unterwerfung bereit erklärt hatte, wurden die Feindseligkeiten eingestellt. Die Stadt mußte August III. huldigen und ihm ein Geschenk von 80 000 Gulden bewilligen. An Rußland waren 1 Million Taler zu zahlen; auch mußte eine besondere Abordnung die russische Kaiserin um Verzeihung anflehen. Bis zur Abzahlung aller Gelder blieb Weichselmünde von fremden Truppen besetzt.

So endete der polnische Thronfolgekrieg mit einer schweren Schädigung Danzigs. 1800 Häuser waren durch die Beschießung zerstört worden und die Kriegsausgaben auf 6 Millionen Gulden angeschwollen. Die ungeschickte Führung der Verteidigung, die dem Gegner die allseitige Einschließung der Stadt ermöglicht hatte, das Ausbleiben einer wirksamen französischen Hilfe, nicht zuletzt das feige Verhalten der polnischen Throngarde während der Belagerung hatten den für Danzig unglücklichen Ausgang der Kämpfe herbeigeführt. Darüber hinaus lag aber der tiefste Grund für die Niederlage, die Danzig in diesem Kriege erlitt, in dem unseligen Mißverhältnis, in dem sich die Stadt mit ihren beschränkten Mitteln zu den Mächten befand, die sich jetzt anschickten, die Leitung der osteuropäischen Politik zu übernehmen. In den

Kämpfen, welche die modernen Staaten miteinander auszufechten hatten, stellte ein Gemeinwesen wie Danzig nur ein unselbständiges und ohnmächtiges Gebilde dar, das je länger je mehr zum Spielball seiner stärkeren Nachbarn werden mußte. Es rächte sich jetzt, daß Danzig ehemals zu einem Staate abgefallen war, dessen größte Anziehungskraft auch schon zu jener Zeit allein in seiner Schwäche bestanden hatte. War es einst ein Vorzug gewesen, einen Oberherrn zu besitzen, der wohl viel zu fordern, aber nur wenig durchzusetzen vermochte, so hatte es fortan als ein schwerwiegender Nachteil zu gelten, daß die Stadt gerade in ihrer höchsten Not von ihrem Oberherrn keine Hilfe zu erwarten hatte. Das Zeitalter eigenmächtiger und eigenwilliger Städtepolitik war auch für den Osten vorüber.

Wirtschaftliche und soziale Entwicklung

Während der langandauernden Kriege lag der Danziger Handel arg darnieder. In dem Jahrzehnt von 1700—1709 wurden im Durchschnitt jährlich nur 19500 Last Getreide verschifft, in dem folgenden Jahrzehnt gar nur 18000 Last. Nach der Beendigung des nordischen Krieges hob sich zwar zunächst die Getreideausfuhr von 1720—1729 auf jährlich 35 000 Last und überstieg in den guten Erntejahren 1723 und 1724 sogar wieder 50 000 Last. Dann ging aber der Handel unaufhaltsam zurück, da die Wirren in Polen den Weichselverkehr lahmlegten und die Fremden sich inzwischen gewöhnt hatten, ihre Waren aus anderen Häfen zu beziehen. Von 1730—1739 wurden im Jahresdurchschnitt nur 14 800 Last Getreide aus Danzig ausgeführt, in dem nächsten Jahrzehnt 18 800 Last.

Die Vergünstigungen, die Ludwig XV. von Frankreich 1725 den Danzigern gleich anderen Hansestädten erteilte, konnten den allgemeinen Niedergang des heimischen Handels ebenso wenig aufhalten, wie die Einsetzung eines besonderen Kommerzien-Kollegiums eine Besserung herbeiführte. Als ordnungsmäßige Vertretung der Danziger Kaufmannschaft sollte es die Regierung in allen wirtschaftlichen Angelegenheiten beraten, neue Handelsbeziehungen anknüpfen und etwaige Beschwerden der Kaufleute an den Rat weiterleiten. Seit dem Jahre 1749 bestand das Kollegium aus 2 Ratsherren, 2 Schöffen, 4 Hundertmännern und 4 Kaufleuten, die keiner der drei Ordnungen angehören durften. Später wurde ihnen auch die Befugnis eingeräumt, Handelsstreitigkeiten zu schlichten. Der Förderung des Handels sollte ferner die Einrichtung einer regelmäßigen Börse dienen, wozu seit 1742 der Artushof der Kaufmannschaft zur Verfügung gestellt wurde.

Abgesehen von den politischen Verhältnissen wirkte auch die gesamte Umgestaltung der wirtschaftlichen Lage Europas auf die Entwicklung Danzigs ungünstig ein. Die stärkere Ausbeutung der polnischen Salzgruben zu Wielizka minderte den weiteren Bedarf an Seesalzen. Da sich der Wettbewerb von Stettin und Königsberg immer mehr geltend machte, erfuhr auch der Handel nach Schlesien und Litauen einen Rückgang. Dagegen gelang es der preußischen Regierung trotz aller Bemühungen nicht, auch den polnischen Handel für jene beiden Häfen zu gewinnen, da sich die

überlieferte Beherrschung des polnischen Marktes durch Danzig nicht so bald überwinden ließ. Die Versuche, durch niedrigere Zölle in Pillau den Weichselhandel über Elbing und das Haff abzuleiten, schlugen ebenso fehl, wie der Plan, in Marienwerder einen Vorhandel zu eröffnen. Die Getreideausfuhr Königsbergs belief sich in den Jahren 1715—35 nur auf jährlich 10—20 000 Last.

Weit empfindlicher machte sich das Vordringen der Engländer in der Ostsee bemerkbar, da in ihren Händen fast ausschließlich der Verkehr nach den neu eröffneten russischen Hafenplätzen lag. Die holländische Schiffahrt, auf der Danzigs Verbindung mit dem Westen vornehmlich beruhte, wurde von ihnen mehr und mehr zurückgedrängt. Trotzdem blieb Amsterdam noch lange Zeit der bedeutendste Kornmarkt Europas. Sein Rückgang setzte erst ein, als seit den sechziger Jahren des 18. Jahrhunderts die ersten größeren Getreidesendungen aus Amerika in den Mittelmeerhäfen eintrafen und diese dadurch von dem Bezug des Ostseegetreides, das ihnen bisher durch die Holländer übermittelt war, unabhängig machten.

Der Niedergang des Danziger Hafenverkehrs wirkte auch auf die städtischen Einnahmen und Steuern ungünstig ein. Während die jährlichen Überschüsse aus den Hilfgeldern in der Zeit von 1679—90 im Durchschnitt noch 350 214 preußische Mark betragen hatten, sanken sie von 1691—1700 auf 208 304 Mark, in den folgenden beiden Jahrzehnten sogar auf 16 096 und 11 669 Mark hinab. Die jährlichen Einnahmen der Kämmerei aus dem städtischen Grundeigentum gingen in den Jahren 1719—40 von durchschnittlich 123 652 Gulden auf 72 321 Gulden und die jährlichen Erträge aus dem umfangreichen Landgebiet während des gleichen Zeitraumes von 103 634 Gulden auf 54 551 Gulden zurück.

Noch stärker sanken die Einnahmen aus den öffentlichen Abgaben, deren ständiges Fallen den Rückgang des bürgerlichen Wohlstandes am deutlichsten erkennen läßt. Während sich die jährlichen Einnahmen aus den Steuern und außerordentlichen Einkünften in dem Jahrzehnt von 1719—28 auf durchschnittlich 119 000 Gulden beliefen, erreichten sie von 1733—40 nur noch 56 000 Gulden und gingen schließlich in den Jahren 1742—51 auf 40 000 Gulden, von 1753—56 sogar auf 39 000 Gulden hinunter.

Diese rückläufige Bewegung der Einnahmen war um so verhängnisvoller, als die politischen und militärischen Anforderungen, die zu dieser Zeit an die Stadt gestellt wurden, ihre Ausgaben ins Ungemessene erhöhten. So wuchsen die jährlichen Ausgaben für den König von Polen und die auswärtigen Beziehungen auf das Doppelte an. Die Kosten für die städtischen Bauten und öffentlichen Arbeiten erhöhten sich sogar auf den dreifachen Betrag.

Gegenüber den Vorteilen, die Danzig während des 16. Jahrhunderts aus seinen engen wirtschaftlichen Beziehungen zu Polen erwachsen waren, dürfen die Schattenseiten dieser Verbindung, die Bedrängnisse und Schwierigkeiten, in welche die Stadt im 17. und 18. Jahrhundert um Polens willen ganz unschuldig hineingezogen wurde, nicht übersehen werden, Vorgänge, die den Reichtum der ehemals blühenden Handelsstadt auf das Tiefste erschüttert haben. Auf die Unfähigkeit des polnischen Volkes, sein eigenes Staatsgebiet vor wirtschaftlicher Zerrüttung und politischer Zersplitterung zu bewahren, ist der Niedergang Danzigs in erster Reihe zurückzuführen.

Um seine finanziellen Nöte zu lindern, versuchte der Rat mehrmals die Einnahmen der Stadt durch Erhebung erhöhter Steuern zu vermehren. Während des unglücklichen Jahres 1704 wurden zahlreiche neue Abgaben auf den Verbrauch von Met, Branntwein, Getreide und Mehl eingeführt und die Sätze der alten Akzisen beträchtlich gesteigert. Sogar von einer Besteuerung der für den häuslichen Bedarf notwendigen Lebensmittel wie Fleisch, Fische und Wildbret wurde nicht Abstand genommen. Die bürgerliche Lebenshaltung, die durch die allgemeine Teuerung schon genug betroffen war, wurde auf das bescheidenste Maß hinabgedrückt. Kein Wunder, wenn sich die Bevölkerung gegen die Einführung neuer Steuern zu wehren begann und die Abschaffung der lästigen Akzisen verlangte, die auch dem städtischen Gewerbe schweren Schaden zufügten. Ermöglichte doch die hohe Besteuerung des in der Stadt verkauften Mehles den Bäckern der Vororte, das Brot weit billiger auf den Markt zu liefern, als es ihren städtischen Berufsgenossen möglich war. Aus dem gleichen Grunde konnten die städtischen Brauereien gegen den Wettbewerb der Brauer und Branntweinbrenner in Schottland und Langfuhr nur schwer aufkommen. Trotzdem hielt der Rat aus Furcht vor einer sonst unvermeidlichen Vermögenssteuer an den viel angefeindeten Akzisen fest.

Wie es vielfach zu geschehen pflegt, wurde auch damals die Ursache aller dieser Beschwernisse nicht allein in der Verkettung einer Reihe unabwendbarer äußerer Ereignisse gesehen, sondern auf die Schuld einzelner Personen zurückgeführt. Die Kaufleute, die zu Klagen besonderen Anlaß hatten, warfen dem Rat Vetternwirtschaft und schnöden Eigennutz vor, der ihn bewege, ohne Rücksicht auf das Wohl und Wehe der Stadt eine nur ihm dienliche Steuer- und Fremdenpolitik zu betreiben. Vor allem wurde ein strengeres Vorgehen gegen die Mennoniten und Juden verlangt, die, ohne an den bürgerlichen Lasten mitzutragen, den durch die Zeitverhältnisse ohnehin stark beschränkten Spielraum des bürger-

lichen Handels und Gewerbes noch weiter einengten. Im Gegensatz zu den früheren Bemühungen, möglichst viele neue Bürger herbeizuziehen, um durch ihre Arbeit den Wohlstand der Gesamtheit zu heben, waltete jetzt bei den Kaufleuten und Handwerksmeistern das Bestreben vor, den Kreis der politisch und wirtschaftlich berechtigten Bürger mehr und mehr zu umgrenzen, eine Politik, die nicht nur bei den Fremden erregten Widerspruch auslöste, sondern auch innerhalb der Bürgerschaft zu heftigen Zwistigkeiten führte. Sahen doch bei folgerichtiger Durchführung dieser Pläne alle die Kreise der Bevölkerung ihren Aufstieg ernstlich gefährdet, die, wie die Handwerksgesellen, nur von der Durchbrechung der erstarrten Zunft- und Gewerbeordnungen ein besseres Vorwärtskommen für sich erhoffen konnten.

Der Rat, der zum Teil aus Gründen der Steuerpolitik den Bestrebungen der unteren Schichten entgegenkam, wurde von der Kaufmannschaft und den Gewerken stürmisch angegriffen. Seine Stellung wurde noch besonders dadurch erschwert, daß ihm nicht mit Unrecht eine Verletzung des Dekrets Johanns III. vorgeworfen werden konnte. Hatte er doch die Kaufleute keineswegs hinreichend zu den Regierungsgeschäften herangezogen und auch die dritte Ordnung nicht immer der Vorschrift gemäß regelmäßig zusammentreten lassen. Der politische Gegensatz, der schon im 17. Jahrhundert zwischen der dritten Ordnung und dem Rat aufgeklafft war, aber damals noch rechtzeitig überbrückt werden konnte, hatte sich inzwischen um so mehr erweitert, als sich die Kaufleute durch die Politik des Rates auch wirtschaftlich stark bedroht fühlten. Auch kränkte es sie, daß sie trotz der ihnen zugebilligten politischen Rechte von dem Kreis der führenden Geschlechter nach wie vor ausgeschlossen blieben. Es befremdete, daß die Angehörigen des Rates öffentliche Einrichtungen wie die Pferde und Wagen des Stadthofes nicht selten zu ihren persönlichen Zwecken mißbrauchten. Die ganze Stadt schien in den Augen der Heißsporne nichts anderes zu sein, als die Domäne der bevorrechteten Familien. Da der Rat in Verkennung seiner wirklichen Machtlage sich weigerte, den Wünschen der Bürgerschaft gerecht zu werden, nahm die Spannung von Jahr zu Jahr heftigere Formen an.

Der Bruch trat offen zutage, als sich im Herbst 1748 die dritte Ordnung zu dem verhängnisvollen Schritt entschloß, in ihrem Kampf gegen den Rat den König um Hilfe anzurufen. Nichts konnte August III. erwünschter sein, als durch weitgehende Unterstützung der demokratischen Bestrebungen die Macht der städtischen Aristokratie auch zu seinen Gunsten zu schwächen. Im Februar 1749 trafen als königliche Kommissare der Bischof Grabowski von Erm-

land und der sächsische Kammerherr von Leubnitz in Danzig ein. Über ein Jahr zogen sich die Verhandlungen über die Umgestaltung der Verfassung hin, da der Rat, der seine Herrschaft arg gefährdet sah, ihren Abschluß mit allen Mitteln zu hintertreiben suchte. Trotzdem vermochte er die Angriffe seiner Gegner nicht wirksam abzuwehren. Übertriebene Hartnäckigkeit und mangelnde Einsicht hinderten ihn, wie es seinen Vorgängern mehrfach geglückt war, einen Teil der ihm feindlichen Bürgerschaft auf seine Seite zu ziehen. Er mußte sich einem Machtgebot fügen. Durch die Deklaration vom 10. Februar 1750 wurde den meisten Wünschen der dritten Ordnung und der Gewerke Rechnung getragen. Trotz des Einspruches, den der Rat unter Berufung auf die alten Privilegien der Stadt erhob, wurden ihre wichtigsten Bestimmungen durch die königliche Ordination vom 20. Juli desselben Jahres bestätigt.

Die Verordnungen des Königs verhalfen den politischen und wirtschaftlichen Bestrebungen der vereinigten Kaufleute und Handwerksmeister zum Siege. Der Einfluß des Patriziats auf die politische Leitung und die Verwaltung der Stadt wurde zurückgedrängt, indem die dritte Ordnung das Recht erhielt, für das Drittel der Schöffenstellen, das nach dem Dekret von 1678 mit Kaufleuten zu besetzen war, ihr genehme Persönlichkeiten dem Rat zur Ernennung vorzuschlagen. Da aus den Schöffen die Mitglieder des Rates ausgewählt werden mußten, gewann die dritte Ordnung dadurch auch einen bedeutsamen Einfluß auf die Zusammensetzung der höchsten städtischen Körperschaft. Es konnte nicht ausbleiben, daß im Laufe der Zeit in den Rat auch Angehörige der Kreise ihren Einzug hielten, die dem Patriziat in ausgesprochener Feindschaft gegenüberstanden. In gleicher Richtung wirkten die Bestimmungen, die den Funktionen erweiterte Befugnisse verliehen und die Kämmerei einer strengeren Beaufsichtigung durch die dritte Ordnung unterstellten. Ein besonderer Ausschuß wurde eingesetzt, um die Ertragsfähigkeit der städtischen Ländereien einer genauen Nachprüfung zu unterziehen. Auch wurde jetzt die schon lange geplante Verbesserung der Willkür in Angriff genommen und bis zum Jahre 1761 durchgeführt. In der Form, die sie damals erhielt, hat die Neu Revidierte Willkür bis zum 1. Oktober 1857 im Rechtsleben Danzigs Verwendung gefunden. Die steuerlichen Beschwerden der Bürgerschaft wurden durch die Aufhebung der drückendsten Steuern und Zölle und die Ermäßigung der übrigen Abgaben behoben. Wie es den Wünschen der Kaufleute und Gewerke entsprach, wurde die wirtschaftliche Betätigung der Mennoniten und Juden weiteren Beschränkungen unterworfen. Auch der Zunftzwang erfuhr eine erneute Verschärfung.

Die Zugeständnisse, die der König den demokratischen Bestrebungen der Bürgerschaft machte, wurden aber teuer erkauft. Gelang es ihm doch, durch sein Entgegenkommen die dritte Ordnung soweit auf seine Seite zu ziehen, daß sie in schuldhafter Kurzsichtigkeit sogar einer offenbaren Verletzung der alten Privilegien Danzigs die Anerkennung nicht versagte. Indem die Vermehrung der städtischen Truppen sowie die Öffnung und Schließung der Schiffahrt von der Genehmigung des Königs abhängig gemacht wurde, drohte die Stadt der wichtigsten Rechte, die sie einst erworben und oft genug mit Gut und Blut verteidigt hatte, verlustig zu gehen. Ihre Militärhoheit und wirtschaftliche Selbständigkeit wurden in Frage gestellt. Die Gefahr war nahe, daß in Zukunft auch die politische Unabhängigkeit, die sich die Danziger Bürgerschaft bisher stets zu erhalten gewußt hatte, zugunsten des königlichen Absolutismus geschmälert wurde. Es war nur recht und billig, wenn der Rat die Annahme dieser Bestimmungen bis zuletzt beharrlich verweigerte. Es gelang ihm auch, einige Bürger und einen Teil der Gewerke, besonders die Schuster und Fastbäcker, die mit den wirtschaftlichen Anordnungen der Ordination unzufrieden waren, von der Rechtmäßigkeit seines Vorgehens zu überzeugen. Im August 1751 richteten 51 Bürger, Gelehrte und Kaufleute nebst den Älterleuten von 18 Gewerken dem König eine Bittschrift ein, in der sie gegen die beabsichtigten Neuerungen Einspruch erhoben.

Trotzdem war aller Widerstand vergebens. Was bisher unerhört gewesen war, geschah. Der Rat wurde vor das Königliche Assessorialgericht geladen und am 4. Februar 1752 zur Annahme der Ordination und zur Erstattung aller Unkosten, die der dritten Ordnung während der bürgerlichen Streitigkeiten erwachsen waren, verurteilt. Nur mit Mühe gelang es ihm, die Niederschlagung eines Prozesses, der gegen seine führenden Mitglieder anhängig gemacht war, zu erwirken. Im Bunde mit der heimischen Demokratie hatte das polnische Königtum der Freiheit Danzigs den ersten empfindlichen Schlag versetzt. Nur die zunehmende Schwächung des polnischen Staates konnte die Stadt vor weiteren Übergriffen der Krone schützen.

Der Übergang an Preußen

Während das russische Reich unter der Regierung der Zarin Katharina, einer deutschen Fürstentochter, im Osten und der preußische Staat unter der Führung Friedrichs des Großen im Westen einen ungeahnten Aufschwung nahmen, eilte Polen in beschleunigtem Maße einem hoffnungslosen Niedergang entgegen. Fremder Einfluß machte sich mehr und mehr in seinen Grenzen breit. Die Streitsucht des Adels erschütterte das Ansehen der Krone. Ihr letzter Träger Stanislaus Poniatowski war nur noch ein ohnmächtiges Werkzeug in der Hand der Zarin. Die gelegentlichen Versuche, durch straffere Parteibildung dem Staat wieder zu erhöhter Macht zu verhelfen, konnten dem endgültigen Zerfall nicht mehr Einhalt gebieten. Das Fehlen eines aufstrebenden Bürgertums, die Spaltungen des Adels in verschiedene Konföderationen, nicht zum mindesten die Vernachlässigung der Landwirtschaft entzogen dem polnischen Staatsgebilde die Kraft zur Selbstbehauptung. Polen wurde der Spielball der Mächte Europas. Während ringsum starke Staaten, die von tüchtigen und zielbewußten Herrschern geleitet wurden, emporwuchsen, siechte das Land dahin.

Trotzdem erfuhren die wirtschaftlichen und politischen Gegensätze, die seit langem das Verhältnis Danzigs und der übrigen preußischen Stände zu Polen getrübt hatten, keine Minderung. Im Gegenteil hatten die Städte unter den willkürlichen Anfeindungen der polnischen Aristokratie jetzt noch weit mehr zu leiden als zuvor, wo der Adel durch das Königtum, das auf die reichen Hilfskräfte der Städte angewiesen war, wenigstens zeitweise noch in Schranken gehalten wurde. Der Wahlreichstag von 1764 scheute sich nicht, die Zahl der preußischen Reichstagsabgeordneten widerrechtlich zu beschränken. Auch fügte er dem preußischen Handel, besonders Danzigs, durch die Einführung eines Generalzolles auf alle Waren, die aus Polen ausgeführt wurden, starken Schaden zu. Da durch diese Zölle auch der Handel der ostpreußischen Städte empfindlich getroffen wurde, ließ König Friedrich, als sein Einspruch nichts fruchtete, seit dem April 1765 in Marienwerder ebenfalls einen Zoll erheben, der den Weichselhandel, sofern er nicht seine Städte aufsuchte, arg belastete. Erst nach längeren

Verhandlungen erklärten sich Preußen und Polen zur Aufhebung der beiderseitigen Zölle bereit. Wenige Jahre später suchte die polnische Republik das Stapelrecht Danzigs zu durchbrechen, indem sie für ihre Angehörigen freien Handel im Danziger Hafen verlangte.

Während des siebenjährigen Krieges hatte das Danziger Werder häufig unter den Einfällen russischer Truppen zu leiden. Nur mit Mühe wurde eine Besetzung der Stadt verhütet. In den folgenden Jahren geriet Danzig mehrfach in Zwistigkeiten mit der preußischen Regierung, da sich der Rat weigerte, nach Danzig geflüchtete preußische Kantonisten auszuliefern und Werbungen für das preußische Heer im Stadtgebiet zuzulassen. Doch gelang es stets dem Danziger Vertreter in Berlin, dem Anhaltinischen Hofrat Wewer, die Streitfälle einer gütlichen Lösung entgegenzuführen. Mehr und mehr mußte der Rat erkennen, daß die Geschicke seiner Stadt in Moskau und Berlin entschieden wurden, da die eigene Kraft nicht ausreichte, um sich gegen die mächtigen Nachbarn zu behaupten, und der Schutz des polnischen Königs zwar oft versprochen, aber niemals geleistet wurde.

Die politische Umgestaltung Osteuropas, die sich bereits in den letzten Jahrzehnten vorbereitet hatte, trat offen zutage, als sich Rußland und Preußen mit Österreich über die schon oft geplante Aufteilung Polens einigten. Gleich der ansaugenden Kraft eines luftleeren Raumes zog Polen die nach Machtentfaltung strebenden Nachbarstaaten an sich. Rußland, dem durch die Eifersucht des Wiener Hofes die Ausdehnung im Süden versagt war, begehrte den Anschluß an Europas Mitte. Österreich suchte den natürlichen Schutzwall der Karpathen durch vorgelagerte Außenwerke zu sichern. Preußen erstrebte die innere Verbindung seiner zerstreut liegenden Provinzen. Gegenüber dem unaufhaltsamen Vordringen der russischen Politik seit den Tagen Peters des Großen schien es Friedrich II. und Joseph II. geraten, sich so viel von den polnischen Gebieten anzueignen, als nötig war, um das Heranfluten der Russen vor den eigenen Grenzen abzudämmen. Dem polnischen Volke ward damit das oft beklagte, aber nicht unverschuldete Geschick zuteil, seine politische Selbständigkeit zu verlieren.

Durch den Vertrag vom 5. August 1772 erhielt Österreich Galizien und die Zips, Rußland das Gebiet bis zur Düna und zum Dnjepr, Preußen das bischöfliche Ermland, das Netzegebiet und die Woiwodschaften Marienburg, Kulm und Pommerellen, das Kernland des Deutschordensstaates, das dadurch nach mehr als dreihundertjähriger Fremdherrschaft wieder einem deutschen

Staatswesen eingeordnet wurde. Nur Danzig und Thorn wurden der preußischen Herrschaft nicht unterstellt, weil die Zarin Katharina ihren Besitz dem preußischen König mißgönnte. Auch ihre von Friedrich vorgeschlagene Erhebung zu freien und unabhängigen Städten wurde von der russischen Regierung zurückgewiesen. Herausgelöst aus dem Wirtschaftsverbande, in den sie seit Jahrhunderten hineingewachsen waren, und als Teil der Krone Polen durch die preußischen Zollgrenzen eingeschnürt, nahm der Niedergang der beiden unglücklichen Städte einen langsamen, aber unaufhaltsamen Fortschritt.

Die Maßnahmen, die König Friedrich in den folgenden Jahrzehnten gegen Danzig ergriff, waren nicht dazu angetan, ihm die Liebe der Danziger zu erwerben. Aber sie mußten, wie er richtig voraussah, über kurz oder lang die Bürgerschaft zu der Einsicht führen, daß sie sich, von den europäischen Mächten verlassen, auf die Dauer gegen die Einbeziehung ihrer Stadt in den preußischen Staat nicht würde sträuben können. Die fortgesetzte Beschränkung ihres Handels und Verkehrs mußte ihnen um so lästiger und drückender erscheinen, als die übrigen Städte und Landschaften Westpreußens unter der Obhut der preußischen Regierung einen neuen Aufschwung nahmen. Das Verhalten Preußens gegen Danzig darf deshalb auch nicht lediglich als eine in jedem Falle bewußte und absichtliche Schädigung der reichen Stadt betrachtet werden. Es war vielmehr die notwendige Folge jener Politik des wirtschaftlichen Wiederaufbaues und der kulturellen Hebung, die Friedrich der Große den neu erworbenen Gebieten, die unter der polnischen Herrschaft nahezu verkommen waren, angedeihen ließ und die, da sie mit Danzigs Unterstützung nicht durchgeführt werden konnte, nicht selten auf seine Kosten verfolgt werden mußte. Danzig sah sich ohne Schuld in eine Lage versetzt, aus der es sich selbst nicht zu erretten vermochte, und in der es unter den damaligen Verhältnissen trotz aller nach Moskau und Warschau gerichteten Bittschriften auch von auswärts keine Hilfe zu erwarten hatte.

Mitte September 1772 langten die ersten preußischen Truppen vor den Grenzen des Stadtgebietes an und sperrten durch Errichtung von Zollschranken den Verkehr der Stadt mit ihrem Hinterlande ab, eine Maßnahme, die um so empfindlicher wirkte, als nicht unbedeutende Teile des Danziger Territoriums inmitten der jetzt preußisch gewordenen Bezirke lagen. Auch das bischöfliche Gebiet von Altschottland und Stolzenberg in unmittelbarer Nähe der Stadt wurde von Preußen in Besitz genommen, und da zu den geistlichen Gütern, die vertragsmäßig Preußen zugefallen waren, irrtümlicherweise das Dorf Schidlitz und der Holm gerechnet

wurden, hielten auch hier preußische Truppen ihren Einzug. Die Scharpau und die Halbinsel Hela, denen zunächst das gleiche Schicksal widerfahren war, wurden dem Danziger Rat auf seine wiederholten Vorstellungen bald wieder eingeräumt. Einer Unkenntnis der wirklichen Grenzen des Stadtgebietes war es zu verdanken, daß die Güter der Danziger Hospitäler zum Heiligen Geist und St. Elisabeth als angeblich Danziger Besitz nicht mitbeschlagnahmt wurden. Sie wurden erst im Jahre 1793 der preußischen Verwaltung unterstellt.

Ein langwieriger Streit, der bald die meisten europäischen Höfe beschäftigte, entbrannte um den Besitz des Danziger Hafengeländes bei Neufahrwasser und auf der Westerplatte. Bereits am Morgen des 16. September war hier ein preußisches Kommando eingerückt und wenige Tage später eine Lizenzkammer eröffnet worden, bei der jedes vorüberfahrende Schiff die bisher an Danzig erstatteten Abgaben entrichten mußte. Der Einspruch, den der Rat gegen die Besetzung des Hafens sofort erhob, blieb unbeachtet. Die preußische Regierung behauptete, daß ihr der Besitz des Hafens ebenso zustände, wie der Besitz des Klosters Oliva, das durch den Teilungsvertrag ihr zugefallen war und auf dessen Gelände der Hafen gelegen wäre. Danzig wies dagegen darauf hin, daß der Hafen mitnichten zu dem Gebiet des Klosters gehöre, sondern auf dem Boden von Anschwemmungen und künstlichen Aufschüttungen angelegt sei, die seit mehr als einem Jahrhundert die Stadt zum Schutze der Hafeneinfahrt auf eigene Kosten ausgeführt hätte. Auch machte der Rat darauf aufmerksam, daß die Mönche das strittige Gebiet 1647 und 1739 auf je 93 Jahre der Stadt zu Erbrecht überlassen hätten und daß daher nach kanonischem Rechte die Besitznahme dieses Gebietes durch Preußen unzulässig wäre. Da jedoch keine der beiden Parteien ihre Ansprüche aufgeben wollte und auch die diplomatische Vermittlung, die von dem englischen und russischen Hof, wenn auch ohne besonderen Eifer, übernommen wurde, zu keinem Ergebnis führte, zogen sich die Streitigkeiten über den Hafen noch lange Jahre hin. Sie gaben den Anlaß zu einem heftigen Wirtschaftskrieg zwischen Danzig und Preußen, der, wie zu erwarten war, mit einer Niederlage der trotzigen und stolzen Bürger endigen mußte.

Der Grenzverkehr Danzigs nach den umliegenden Dörfern wurde stark beschränkt und der Salz- und Tabakhandel nach Polen unterbunden. Während sich der Getreidehandel noch leidlich halten konnte, wurde der Holzhandel immer mehr nach Elbing abgelenkt. Auch mußte das ermländische Garn, das vormals über Danzig nach England verschifft war, fortan nach preußischen Häfen gebracht

werden. Um den preußischen Handel zu schädigen, suchte Danzig die preußischen Schiffe an der Durchfahrt durch sein Gebiet zu hindern. Bei dem Blockhause, das an der Einmündung der Mottlau in die Weichsel auf Strohdeich gelegen war, mußten alle Schiffe hohe Abgaben erlegen. Auch wurden sie meistens gezwungen, ihre Waren in der Stadt zum Verkauf feilzubieten. Die Folge war, daß fortan die Weichselfrachten oft schon bei Ganskrug gelöscht und von dort auf dem Landwege nach den in Altschottland eingerichteten Märkten gebracht wurden. Ebenso wurden bei Schellmühl Speicher angelegt und in Neufahrwasser eine Niederlage der preußischen Seehandlung begründet. Die strenge Absperrung Danzigs von seiner Umgebung wurde erst aufgehoben, als sich der Rat bereit erklärte, die Durchfuhr der Gegenstände des täglichen Bedarfs für die Bewohner der Danziger Vororte zu gestatten. Nicht minder tat die in Stolzenberg eröffnete Postanstalt dem Danziger Verkehr Abbruch. Trotzdem hatten auch die preußisch gewordenen Ortschaften Stolzenberg, St. Albrecht, Schidlitz und Altschottland, die als die „Kombinierten Städte Stolzenberg“ einen besonderen Magistrat erhielten und mit allen Mitteln gefördert wurden, unter der künstlichen Abschnürung von der Stadt sehr zu leiden. Ihre Einwohnerzahl ging ständig zurück. Die willkürliche Zerreißung des Danziger Wirtschaftsgebietes gereichte keinem Teile zum Segen.

Ehe noch der Streit um den Hafen beendigt war, hatte sich Danzig gegen die Schmälerung seiner alten Handelsvorrechte zu wehren. Mußte es doch befürchten, nicht nur vom unmittelbaren Zugang zur See weiterhin abgesperrt zu bleiben, sondern auch gezwungen zu werden, den preußischen Kaufleuten in seinen Mauern die gleichen Rechte zuzubilligen, wie sie die einheimischen Bürger genossen. Als im Herbst 1773 zwischen dem polnischen Reichstag und Preußen über die künftige Regelung des Weichselverkehrs Verhandlungen gepflogen wurden, wandte ihnen daher Danzig alle Aufmerksamkeit zu und wies seinen Warschauer Gesandten, den Sekretär und späteren Ratsherrn Karl Friedrich Gralath, an, nach Kräften für die Anerkennung seines verbrieften Stapelrechtes einzutreten. Aber bald zeigte es sich, daß ihm hierbei die ärgsten Schwierigkeiten von seiten der Polen bereitet wurden, die ebenfalls volle Gleichberechtigung im Handel von den Danzigern verlangten. Die Warschauer Regierung scheute sich nicht, gegen die ihrem Schutz unterstellte Stadt im Bunde mit Preußen vorzugehen, so daß Gralath voller Entrüstung an den Rat die harten Worte schrieb: „Man habe sich auf alle Weise vor unserm Hofe zu hüten, indem Serenissimus und die Republik unsere ärgsten Feinde wären.

Danzigs Untergang ist unvermeidlich und hier ist keine Hilfe, keine Rettung mehr zu erwarten.“ Ohne Zaudern gab Polen seine Zustimmung, als die preußische Regierung, um den Verkehr ihrer eigenen Häfen zu heben, für den Handel zwischen Preußen und Polen niedrigere Zölle einzuführen vorschlug, als sie für den Verkehr mit dem Auslande, zu dem auch Danzig gerechnet wurde, in Aussicht genommen waren. Während Danzig die polnischen Würdenträger wiederholt mit reichen Ehrengeschenken überhäufte, blieb ihm die bittere Erfahrung nicht erspart, daß im Jahre 1778 mehrere Landboten auf dem Warschauer Reichstage den Vorschlag machten, die Stadt an Preußen zu verkaufen.

Trotzdem wiesen die Danziger alle Aufforderungen, sich freiwillig dem preußischen Könige zu unterwerfen, mit Entrüstung zurück. Selbst als sie erkannt hatten, daß die Zarin, die noch 1767 die Aufrechterhaltung ihrer Selbständigkeit verbürgt hatte, sich zu keiner wirksamen Hilfe entschließen würde, waren sie nicht gewillt, in die ihnen mehrfach nahegelegten Verhandlungen über eine Übergabe ihrer Stadt einzutreten. Die städtische Aristokratie fürchtete, mit dem Übergang an Preußen ihre Freiheit zu verlieren; sie sollte erst lernen, daß Freiheit ohne Macht nicht zu behaupten ist. Denn die Wiedergewinnung der verlorenen wirtschaftlichen und politischen Bedeutung war, wie die Danziger Residenten im Auslande, Wewer und Gralath, gar bald erkannten, nur durch den Anschluß an den Staat möglich, der die Stadt gegen ihre Widersacher zu schützen vermochte und aus eigenem Lebensdrange heraus sich veranlaßt sehen mußte, ihre Entwicklung nach Kräften zu fördern.

Es war Danzigs Verhängnis, daß der Rat und die verantwortlichen Vertreter der Bürgerschaft sich dieser Einsicht allzu lange verschlossen. Durch ihre unbeugsame Haltung nötigen sie wohl jedem Achtung ab, der für den reckenhaften Stolz einer Bürgerschaft, die sich an die Überlieferungen ihrer großen Vergangenheit mit allen Fasern ihres Herzens klammert, Verständnis besitzt. Aber sie sind nicht von dem Vorwurf freizusprechen, der stets den treffen wird, der das Alte nur seines Alters wegen schätzt und dabei vergißt, daß eine neue Zeit auch neue Ziele und neue Wege fordert. Hinter seinen Wällen geborgen, war Danzig schon zu sehr dem Getriebe des ständig vorwärts schreitenden Lebens entrückt worden, als daß es den Anbruch einer neuen Zeit im bürgerlichen wie im staatlichen Dasein rechtzeitig zu erkennen vermocht hätte. Trotzdem darf bei Beurteilung der Lage, in der sich Danzig damals befand, nicht der Umstand übersehen werden, daß selbst ein freiwilliger Anschluß der Stadt an Preußen zunächst auf den heftigsten Widerstand Rußlands gestoßen sein würde. Mit Rücksicht auf den

Bundesgenossen stellte daher auch die preußische Regierung ihr Werben um Danzig schon nach den ersten Jahren ein.

Während Danzig ehemals in der Erschließung der Ostmark und der Einführung der Reformation eine leitende Stelle eingenommen hatte, war es am Ausgang des 18. Jahrhunderts hinter der Entwicklung anderer Städte und Länder weit zurückgeblieben. Auf den Fremden, der damals etwa auf der Reise von Berlin nach Petersburg durch seine hohen Stadttore in die dämmerigen Gassen mit ihren ehrwürdigen Häusern seinen Einzug hielt, machte die Stadt einen durchaus altertümlichen und zurückgebliebenen Eindruck. Noch lebten die Zünfte in mittelalterlicher Gebundenheit dahin, noch schritten die Ratsherrn mit ihren weißgepuderten Perücken würdevoll einher und schleppte sich die Verwaltung der Stadt in den verknöcherten Formen des vorausgegangenen Jahrhunderts fort. Seit dem Rückgang seines Handels in den Schwedenkriegen und nach den schweren Opfern, die Danzig in den letzten Jahrzehnten hatte darbringen müssen, hatte sein Pulsschlag zu stocken begonnen. Der Bürger beseufzte und beklagte den Wechsel der Zeit, aber er fand nicht den Mut, sich zu frischer Tat aufzuraffen und durch entschlossene Abkehr von den überlebten Sitten und Anschauungen den Geist der neuen Zeit in sich aufzunehmen. Nirgends tritt das Bild des damaligen Danziger Lebens anschaulicher hervor, als in den Erinnerungen der Johanna Schopenhauer, die gleich ihrem ebenfalls in Danzig geborenen Sohne, dem Philosophen Arthur Schopenhauer, ihre Jugend hier verbrachte.

Im Geiste Gottscheds, dessen nicht minder berühmte Gemahlin Luise Adelgunde Viktoria Kulmus aus Danzig stammte, suchten moralische Wochenschriften im frostigen Stil mit nüchternen Betrachtungen den gebildeten Leser zu ergötzen. Im Sinne der Aufklärung strebte seit 1752 eine „Deutsche Gesellschaft der Wissenschaften" Verständnis für deutsche Sprache, klassisches Schrifttum, Moralphilosophie und Theologie zu erwecken. Wenige Jahre später wurde von mehreren Danziger Gymnasiasten eine „Ästhetische Gesellschaft" ins Leben gerufen, die sich zur Aufgabe machte, die moderne Dichtung Klopstocks und seiner Nachfolger einem größeren Kreise zu erschließen. Trotzdem vermochten diese Gründungen es ebenso wenig zu einer längeren Dauer zu bringen, wie einige andere Bemühungen, die geistige Regsamkeit in der fast ausschließlich dem Erwerb dienenden Bürgerschaft zu fördern. Nur die „Naturforschende Gesellschaft", die am 2. Januar 1743 ihre erste wissenschaftliche Sitzung abhielt, konnte sich unter der emsigen Leitung des Stadtsekretärs Jakob Klein und des späteren Bürgermeisters Daniel Gralath, der in den Jahren 1768—1770 auch die große

Lindenallee nach Langfuhr anlegen ließ, ungestört entwickeln. Von 1746—1829 fanden ihre Zusammenkünfte regelmäßig in den Räumen des Grünen Tores statt. Erst 1845 wurde das prächtige Haus am Frauentor von der Gesellschaft als Eigentum erworben.

Große Verdienste um die Erforschung der preußischen und Danziger Geschichte erwarb sich Gottfried Lengnich, der zunächst Professor am Gymnasium war und später den politisch wichtigen Posten eines Stadtsyndikus bekleidete. Seine sich auf erstaunliche Belesenheit gründende „Geschichte der preußischen Lande königlich polnischen Anteils“ und seine aufschlußreichen Bearbeitungen des Danziger und polnischen Staatsrechtes weisen ihm unter den Geschichtsforschern, die in und für Danzig tätig waren, den ersten Platz an. In den Jahren 1789—1791 veröffentlichte Professor Daniel Gralath, der Sohn des gleichnamigen Bürgermeisters, den recht tüchtigen „Versuch einer Danziger Geschichte“, der ebenfalls auf umfassenden Quellenstudien beruhte.

Während der Wissenschaft somit immerhin eine erfreuliche, wenn auch bescheidene Pflege beschieden war, fanden die schönen Künste in Danzig nur noch wenige Liebhaber. Die von dem Bildhauer Daniel Eggert 1768 errichtete neue Rathaustreppe und das um 1750 von dem Reichsgrafen Georg Vandalin Mniszech erbaute Herrenhaus auf Langgarten, das später der Familie von Rottenburg gehörte, 1793 zum Sitze des preußischen Gouverneurs bestimmt und 1905 abgebrochen wurde, sind die einzigen Bauwerke des 18. Jahrhunderts, die neben einigen Bürgerhäusern eingehendere Beachtung verdienen. Die eifrige Musikliebe der Bürgerschaft kam außer zahlreichen Hauskonzerten auch in der Stiftung eines Glockenspiels für die St.-Katharinenkirche zum Ausdruck; im Jahre 1738 ließ es seine Weisen zum ersten Male ertönen. Gleich dem Kaufmann Fahrenheit, der den ersten, nach ihm benannten, Quecksilberthermometer erfand, suchte auch der künstlerisch begabteste Sohn Danzigs in dieser Zeit, Daniel Chodowiecki, seinen Ruhm im Auslande, in der Umgebung des Berliner Hofes. Doch hinterließ er in dem skizzengefüllten Tagebuch der Reise, die er im Jahre 1773 in seine Heimat unternahm, der Nachwelt ein anschauliches Bild von dem malerischen Straßenleben, das Danzig damals dem Fremden bot. Von dem Aussehen der wichtigsten Stadtteile in jenen Tagen künden auch die Zeichnungen des Malers Friedrich Lohrmann und die Kupferstiche von Mathias Deisch. Es war ein äußerer Glanz, der den inneren Verfall nur kümmerlich verhüllte.

Der Danziger Handel, der sich schon seit dem Anfang des 18. Jahrhunderts im Niedergang befand, verlor weiter an Be-

deutung. Während aus den preußischen Häfen Königsberg und Elbing die doppelten oder gar dreifachen Mengen als früher verfrachtet werden konnten, ging die Getreideausfuhr Danzigs in dem Jahrzehnt von 1781—1790 auf jährlich 24 000 Last im Durchschnitt zurück. Entsprechend sanken die städtischen Einnahmen auf ein Mindestmaß hinab. Die jährlichen Überschüsse der Hilfgelder, die sich von 1761—1770 auf durchschnittlich 273 506 preußische Mark belaufen hatten, betrugen von 1771—1777 76 182 Mark, von 1778 bis 1786 gar nur 57 957 Mark und erreichten in den Jahren 1787 bis 1792 ihren Tiefstand mit 26 654 Mark. Zu gleicher Zeit erfuhr auch die Einwohnerzahl eine fortdauernde Verminderung. Während sie 1650 noch 77 000 Personen betragen hatte, war sie im Jahre 1730 auf 48 000 und zwanzig Jahre später auf nur 46 000 Personen zu beziffern. Bei den ungünstigen Lebensbedingungen, die Danzig darbot, wanderten zahlreiche Familien nach den preußisch gewordenen Gebieten aus, die für den Erwerb bessere Aussichten boten. In den Jahren 1780—1786 siedelten sich nicht weniger als 134 Danziger Familien in Westpreußen an.

Unter diesen Umständen konnte sich die Danziger Bürgerschaft auf die Dauer nicht verhehlen, daß nur die Vereinigung mit dem preußischen Staate ihrer vollen Verarmung vorbeugen könnte. Vor allem traten die Kaufleute, die durch die Abschnürung der Stadt am empfindlichsten getroffen waren, für diesen Gedanken ein. Seit dem Jahre 1787 wurde die „Bürgerliche Ressource", ein Geselligkeitsverein der Danziger Kaufmannschaft, der bald mehr als zweihundert Mitglieder zählte, unter der Führung von Franz Rottenburg, Georg Tönniges und Christian Heinrich Trosiner, dem Vater der Johanna Schopenhauer, zum Sammelpunkt einer ausgesprochen preußischen Partei. Auf ihre Veranlassung wurde am 24. Januar 1788 in der dritten Ordnung von dem Hohen-, Breiten- und Fischerquartier der Antrag eingebracht, unter den obwaltenden Verhältnissen den Anschluß an Preußen vorzubereiten: „Hängt unsere Fortdauer von der Konkurrenz der Handlung mit den benachbarten preußischen Untertanen allein ab, so müssen wir zu derselben zu gelangen suchen, und führt uns kein Nebenweg dahin, so viele wir deren zu betreten versucht haben, so müssen wir den offenen gehen und — mag er immer bei dem ersten Anblick das Gefühl eines Republikaners empören — Untertanen eines Königs zu werden versuchen, unter dessen Zepter sich unsere nächsten Nachbarn besser befinden als wir. Eine Regierungsveränderung stehet uns auf jeden Fall bevor, aber das scheint von uns abzuhängen, ob wir über kurz oder lang aus Politik ohne besondere Vorteile für uns aufgeopfert werden oder unsere Freiheit ohne

Brot — selbst mit Vorteilen — aufopfern wollen? Wer kann in solchen Fällen lange wählen? Wie oft vertrauten wir unserm besten König unsere Not nicht? Er kann uns nicht helfen! Die großmächtige Kaiserin aller Reußen scheint dieses ebenso wenig zu wollen. Sr. Kgl. Majestät von Preußen kann es aber für diesen Augenblick mehr als wahrscheinlich. Die wärmste Schilderung von unserem Elende — was für Wirkung brachte sie an den zuerst genannten Höfen hervor? Kalte Ermahnungen zur geduldigen Ausdauer eines Elendes, das nicht mehr zu erdulden ist."

Doch der Rat, der bei den Schöffen und dem vornehmen Koggenquartier Unterstützung fand, lehnte die Verfolgung dieser Pläne ab, und da auch die preußische Regierung eine vorsichtige Zurückhaltung beobachtete, trat in den nächsten Jahren wieder eine gewisse Beruhigung unter der Bürgerschaft ein. Nur im stillen dauerten die Verhandlungen zwischen den europäischen Höfen über eine weitere Aufteilung Polens, durch die Danzig und Thorn an Preußen fallen sollten, fort. Vorerst sah sich die Stadt nochmals wider Willen in die östlichen Händel verstrickt, als von Rußland ihr Beitritt zur Targowitzer Konföderation verlangt wurde. Doch lehnte Danzig dieses Ersuchen einmütig ab, da es, wie der holländische Kommissar Jakob Roß in seinen Erinnerungen berichtet, „ungern mit den polnischen Angelegenheiten irgend etwas zu tun haben wollte".

In den polnischen Kreisen, die von der Verfassung des 3. Mai 1791 eine Wiedergeburt ihres Staates erhofften, verschwieg man sich nicht, daß Danzig ihnen nach wie vor abgeneigt war, und daß die nach außen betonte Zugehörigkeit zur Krone Polen nicht nur eine um so schroffere Absage an die polnische Republik einschloß, sondern auch nur dazu dienen sollte, gegenüber den russischen und preußischen Ansprüchen einen bequemen Deckmantel für die Verteidigung der eigenen Selbständigkeit abzugeben. Wie wenig das Verhalten der Republik in der Danziger Frage trotz aller klingenden Worte des Eigennutzes entbehrte, erkannte der Gesandte Kahlen, der in jenen entscheidungsvollen Jahren die Stadt in Warschau vertrat, daraus, daß in Polen jetzt sehr eifrig der Gedanke erwogen wurde, „dem König von Preußen die Städte Thorn und Danzig unter der Bedingung abzutreten, damit Höchstderselbe der Republik Polen zur Erhaltung der gedachten Konstitution gegen alle etwaigen Angriffe von seiten Rußlands tätigen Beistand leisten möchte". „Wir sollen hier jetzt leider von neuem feilgeboten werden", schrieb Kahlen aus Warschau. Das war der Dank Polens für alle die ungeheueren Opfer, die Danzig im Laufe von drei Jahrhunderten für die polnische Sache dargebracht hatte, und der

Lohn für die Entbehrungen und Verluste, die gerade in den letzten Jahrzehnten die Stadt nur wegen ihrer politischen Verbindung mit Polen, ohne eigene Vorteile dabei zu haben, hatte auf sich nehmen müssen.

Im Frühjahr 1793 erfüllte sich endlich das Geschick der Stadt. Zwischen Preußen und Rußland waren neue Vereinbarungen zustande gekommen, nach denen weitere Gebiete des polnischen Reiches unter ihnen aufgeteilt und die Städte Danzig und Thorn dem preußischen Könige zugesprochen wurden. Rat und Bürgerschaft sahen sich dem einmütigen Willen der Mächte gegenüber. Nachdem General von Brünneck, der längere Zeit die vor Danzig stehenden Truppen befehligt hatte, den Plan des Königs, die Stadt durch Überrumpelung zu nehmen, im Januar als undurchführbar zurückgewiesen hatte, erhielt Generalleutnant von Raumer den Auftrag, mit den maßgebenden Körperschaften Verhandlungen über die friedliche Übergabe Danzigs anzuknüpfen.

Trotzdem wollten viele Bürger noch immer nicht glauben, daß die weitere Bewahrung ihrer Selbständigkeit unmöglich und unzweckmäßig wäre. Sie wollten die Hoffnung nicht aufgeben, daß noch in letzter Stunde die Zarin, auf die sie bisher so stark gerechnet hatten, die Einverleibung Danzigs in den preußischen Staat abwenden werde. Vor allem die unteren Schichten der Bevölkerung, die den aus Frankreich zu ihnen hinüberdringenden republikanischen Schlagworten besonders eifriges Gehör schenkten, fürchteten, daß die preußische Monarchie auch ihre persönliche Freiheit beeinträchtigen würde. Die weiterblickenden Kreise der Bürgerschaft, der Rat und die Schöffen, hatten dagegen inzwischen einsehen gelernt, daß nur durch den Verzicht auf die überlebten Formen der eigenen Verfassung die wirtschaftliche und kulturelle Blüte ihrer Stadt wiederhergestellt werden könnte. Sie stimmten jetzt den Kaufleuten der dritten Ordnung zu, die den Anschluß an Preußen schon seit Jahren als die einzige Rettung aus aller Bedrängnis befürwortet hatten.

So kam am 11. März 1793 der einhellige Beschluß des Rates und der Bürgerschaft zustande, die Stadt der Oberhoheit des preußischen Königs zu unterstellen. Ihre Hoffnungen fanden einen beredten Ausdruck in dem Schreiben, mit dem sie am folgenden Tage König Friedrich Wilhelm II. ihre Unterwerfung ankündigten: „Unter dem vielvermögenden Schutz Ew. Kgl. Majestät wird die Existenz der Stadt Sicherheit und Festigkeit erlangen. Unter der sanften Oberherrschaft eines Monarchen, dessen Milde und Menschenfreundlichkeit ganz Europa anerkennt, werden Handlung und Gewerbe wieder blühen und der Wohlstand, der aus so vielen

Klassen der Bürger geflohen war, wiederum zurückgeführt werden. Das ist die Stimmung unserer Bürger und Einwohner, das sind die Hoffnungen, die sie beseelen. In diesem Vertrauen tragen wir Ew. Kgl. Majestät den Wunsch der sämtlichen Bürger und Einwohner demütig vor, von nun an unter Aller Höchst Dero Oberherrschaft zu leben und ihr Glück, sowie das Glück ihrer Nachkommen von Ew. Kgl. Majestät Gnade und Wohlwollen befördert zu sehen."

In den nächsten Tagen fanden zwischen dem Rat und General von Raumer mehrfach Verhandlungen über die Übergabe statt. Es wurde vereinbart, daß am Morgen des 28. März die preußischen Truppen in die Außenwerke einrücken sollten. Der Einmarsch in die innere Stadt wurde noch bis zum 4. April aufgeschoben, da nach den Abmachungen mit der russischen Regierung erst an diesem Tage die Besetzung Danzigs erfolgen durfte. Alles schien seinen vorausbestimmten Gang nehmen zu wollen, als im letzten Augenblick ein unvorhergesehener Zwischenfall eintrat, der nur zu leicht gefährliche Verwicklungen hätte herbeiführen können.

Als nach der Besetzung des Bischofs- und Hagelsberges am Morgen des 28. März, dem Gründonnerstage des Jahres 1793, die preußischen Truppen sich dem Hohen Tor näherten, um die hier befindlichen Stadtsoldaten abzulösen, verweigerten diese plötzlich ihren Offizieren den Gehorsam, erbrachen die bei der Silberhütte liegenden Munitionshäuser und begannen, unterstützt durch Matrosen und den bei solchen Gelegenheiten stets schnell herbeieilenden Pöbel, die anrückenden Abteilungen zunächst mit Gewehrfeuer, dann auch mit einigen auf dem Wall befindlichen Geschützen zu beschießen. In der Furcht, nach der Übergabe der Stadt zum preußischen Heere, das damals gerade gegen das revolutionäre Frankreich im Felde stand, eingezogen zu werden, suchten sie sich, durch ihre Weiber, die um das Leben ihrer Männer besorgt waren, angestachelt auf eigene Faust ihrem vermeintlichen Schicksal zu entziehen. Auch waren viele unter ihnen, die, da sie zuvor aus preußischen Diensten entflohen waren, nun die ihnen bestimmte gerechte Strafe zu erhalten fürchteten. Die Preußen zogen sich zunächst bis nach Neugarten zurück. Als aber die Beschießung der Vororte und Festungswerke, die sie soeben besetzt hatten, nicht nachließ, erwiderten sie das Feuer, so daß auf beiden Seiten bald einige Verluste zu verzeichnen waren.

„Während der Zeit, daß diese Gewalttätigkeiten draußen begangen wurden, sah es", wie ein Mitglied der regierenden Körperschaften in seinen Erinnerungen berichtet, „in der Stadt selbst fast eben so übel aus, indem das Bataillon Stadtsoldaten, welches be-

fehligt worden, sich jenseits des Stocks auf der kleinen Parade zu stellen, um ihnen die scharfen Patronen abzunehmen, da die mehresten betrunken waren, zu revoltieren anfingen und ihre Offiziere zu erschießen drohten. Endlich entschlossen sie sich, auf das nach Neugarten angegangene Feuern die bei der Silberhütte gewöhnliche Artilleristenwache zu forciren, welches sie auch sogleich ins Werk stellten. Da aber der Artilleriehauptmann Skepsgarth sich weigerte, ihnen die Schlüssel zum daselbst befindlichen Laboratorium zu geben, behandelten sie den alten Mann sehr übel, sprengten mit Gewalt die Türen auf, schleppten die darin befindlichen Kartuschen und Munition auf die Elisabeth-Bastion und die nächstgelegenen beiden schweren Kanonenbatterien des Stadtwalles und zwangen die Artilleristen durch Prügel, die Kanonen zu laden, nach Neugarten und auf die zur Besetzung des Hagels- und Bischofsberges wie auch Olivischen und Petershagschen Tores marschierenden Preußen zu richten und abzufeuern. Als nun dieses unglückliche Schießen, womit etwa nach ½11 Uhr vormittags der Anfang gemacht wurde, den Preußen manchen Mann gekostet, kehrten die auf dem Hagels- und Bischofsberge angelangten Preußen unsere daselbst befindlichen Kanonen um und fingen an, auf die gemeldeten Oerter des Stadtwalles wiederzufeuern, wodurch aber, da diese Oerter gerade vor der Altstadt liegen, viele Giebel und Dächer daselbst großen Schaden erlitten, wie denn auch einer der Tumultuanten durch eine Kugel ein unglückliches Ende nahm. Obgleich man nun hätte denken sollen, daß diese Unglückstifter dadurch würden bewogen werden, in sich zu gehen und einzuhalten, so wurden sie nur noch mehr angefrischt, da außer anderem Pöbel der größte Teil der am Jakobstor bestandenen Bürgerwachegemeinen, welches Lohnwächter und Matrosen waren, die Wache verließ, ihnen zulief und diesen Bösewichtern teils bei Ladung und Abfeuerung der Kanonen, als auch ihrer mitgebrachten Gewehre weidlich assistierte. Ja, die Ausgelassenheit des Pöbels ging so weit, daß eine dergleichen Rotte unter Anführung eines betrunkenen Stadtgrenadiers den am Jakobstor befindlichen Bürgeroffiziers und wenigen Bürgern die vor der Wache aufgestellte Fahne mit Gewalt wegnahm und damit unter großem Geschrei in den Straßen stolzierte."

Durch die unerwarteten Vorfälle erschreckt, brach der Rat die Sitzung, die für den Vormittag angesetzt war, ab und suchte mit Hilfe der Bürgerschaft die meuternden Stadtsoldaten zu beruhigen und von den Wällen zu vertreiben. Der Kaufmann Mackensen eilte nach Schidlitz hinaus, um von General von Raumer ein Kommando Dragoner zum Schutze der Stadt gegen die Meuterer zu erbitten. Aber erst als gegen drei Uhr nachmittags den Auf-

rührern die Munition zu fehlen anfing, gewann die besonnene Bürgerschaft in der Stadt die Oberhand. Im Verein mit der jungen Mannschaft der Kaufgesellen besetzten die Bürgerschützen die Wälle und nahmen auch die Speicher in Bewachung, da ihre Anzündung durch den aufgeregten Pöbel befürchtet wurde. Bäcker, Brauer, Brenner und Fuhrleute entsandten berittene Knechte zum Zeughaus, wo sie bewaffnet wurden, um zusammen mit den Fleischergesellen und den Stadtdragonern während der Nacht die Straßen zu durchstreifen. So gelang es, wie General Raumer in seinem amtlichen Bericht über diese Vorfälle ausdrücklich anerkannte, „durch den unermüdeten Eifer der Bürgerschaft gegen alle Vermutung Mord, Raub und Brand zu verhindern und die Ruhe zu erhalten".

Am 4. April zogen die preußischen Truppen ohne weitere Störung in die Stadt ein. Nachdem in den folgenden Wochen die ersten Schritte getan waren, um die städtische Verfassung nach preußischem Muster umzubilden, erfolgte am 7. Mai in der großen Wettstube des Rathauses, dem späteren Stadtverordnetensaal, die feierliche Huldigung der Stadt vor den Vertretern des preußischen Königs, dem General Raumer und dem Regierungspräsidenten von Schleinitz. Gleichzeitig fand auch die Huldigung von Thorn statt, das den Wunsch geäußert hatte, als „eine mit Danzig verschwisterte deutsche und preußische Stadt", in Danzig huldigen zu dürfen. Danzig hatte wieder einen deutschen Oberherrn.



Danzig und Preußen



Die erste preußische Herrschaft



Die Vereinigung Danzigs mit dem preußischen Staate erfolgte zu derselben Zeit, als die französische Revolution für ganz Europa ein neues Zeitalter herbeiführte. Erst jetzt wurden die letzten Spuren des Mittelalters aus dem wirtschaftlichen und geistigen Leben getilgt und der neuen Rechts- und Staatsauffassung entsprechend die Grundlagen des modernen Volksstaates geschaffen. Der Übergang Danzigs an die preußische Herrschaft brachte wohl den Verlust seiner territorialen Selbständigkeit mit sich, doch war er auch zugleich mit einer durchgreifenden Umgestaltung seiner altertümlichen Verfassung verbunden. Es war dem Weitblick der preußischen Beamten, die mit der Überleitung der städtischen Verwaltung betraut waren, zu danken, wenn dabei das Herkommen nach Möglichkeit berücksichtigt und zum Besten der Bürgerschaft ein allzu schneller und schroffer Bruch mit der Vergangenheit vermieden wurde.

Die Einrichtung der neuen Verwaltung wurde dem maßvollen Oberpräsidenten von Schrötter und dem Präsidenten der Westpreußischen Kammer von Korkwitz übertragen. Um die Richtlinien festzulegen, die bei der Umwandlung der Danziger Behörden befolgt werden sollten, wurde am 17. April 1793 durch den Regierungspräsidenten von Schleinitz eine Deputation eingesetzt, die aus Mitgliedern des bisherigen Rates, des Schöffengerichtes und der dritten Ordnung bestand. Während die Ordnungen sogleich ihrer Befugnisse entkleidet wurden, übten die Funktionen und einige andere Verwaltungsausschüsse auch noch ferner ihre Obliegenheiten aus. Gleichzeitig fanden Verhandlungen mit Vertretern der Kaufmannschaft statt, um die künftige Regelung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu vereinbaren. Wenige Tage nach der Huldigung wurde die genannte Deputation aufgelöst und ein vorläufiger Magistrat mit der Fortführung der städtischen Geschäfte beauftragt.

An seine Spitze trat als Stadtpräsident und Polizeidirektor der langjährige preußische Resident in Danzig, Kriegsrat von Lindenowski. Seine Mitarbeiter wurden durchweg den früheren Regierungskollegien entnommen. Dagegen traten die vier alten

Bürgermeister, die zumeist schon hochbetagt waren, von ihren Ämtern zurück. Wie allen übrigen Beamten und Militärpersonen, die der preußische Staat in seine Dienste nicht mitübernahm, wurden ihnen lebenslängliche Ruhegehälter ausgesetzt. Die Reste der Selbständigkeit, die der Altstadt bisher verblieben waren, wurden beseitigt.

Doch trotz aller Anstrengungen verstrich noch länger als ein Jahr, bis die vielverzweigten Ämter des alten Danzig den Verwaltungsformen der übrigen preußischen Städte angeglichen waren. Besondere Schwierigkeiten machte es, dem Wesen des modernen Staates gemäß Gericht und Verwaltung zu trennen und den Aufbau der einzelnen Behörden einfacher und zweckmäßiger zu gestalten. Nachdem bereits am 2. Juni 1793 das „Patent wegen künftiger Einrichtung des Justizwesens in den Städten Danzig und Thorn" und zu Beginn des folgenden Jahres die Verordnungen über die Einrichtung des Stadtgerichtes und Wettgerichtes ergangen waren, brachte das „Reglement für den Magistrat der königlichen westpreußischen See- und Handlungsstadt Danzig" vom 3. Juni 1794 die Neuordnung der Verwaltung zum Abschluß. Danzig wurde mit seinem Gebiet der Regierung und der Kriegs- und Domänenkammer zu Marienwerder unmittelbar unterstellt. Während der Magistrat die allgemeinen Angelegenheiten der Stadt und ihrer Besitzungen zu verwalten hatte, wurden die Polizeigeschäfte durch das Polizeidirektorium wahrgenommen.

Der Magistrat setzte sich aus dem Stadtpräsidenten, der zugleich das Amt des Polizeidirektors bekleidete, dem Bürgermeister Gralath und zehn Stadträten zusammen, von denen zwei als Stadtsyndici angestellt waren, während von den übrigen drei dem Kaufmannstande angehören mußten. Dem Magistrat wurde das Recht der Selbstergänzung zuerteilt; auch durfte er die Mitglieder und Beamten des Stadtgerichtes ernennen. Das Polizeidirektorium, dem außer dem Polizeidirektor drei Mitglieder des Magistrats beigeordnet waren, trat seinen Dienst am 5. April 1794 an. Seine Aufsicht erstreckte sich auf die Stadt und ihre Vororte. Die Polizeiverwaltung für das Land oblag dem Territorialamt, das unter der Leitung des Bürgermeisters Gralath stand.

Die Ausübung der Gerichtsbarkeit war für die Stadt und die Vorstädte dem Stadtgericht übertragen, das sich aus einem Direktor, zehn Justizräten und zwei Kaufleuten zusammensetzte und seine Sitzungen in dem Rechtstädtischen Schöppenhaus neben dem Artushofe, der heutigen Diele, abhielt. Erst 1806 wurde das Gericht nach dem Altstädtischen Rathaus verlegt, wo es mit kurzer Unterbrechung während der Franzosenzeit bis zum Jahre 1910 ver-

blieben ist. Die Bearbeitung der kaufmännischen Rechtsstreitigkeiten und Handlungsvergehen oblag dem neu errichteten Wett- und Handelsgericht. Ebenso wie für die Polizeigeschäfte des Landgebietes eine besondere Behörde geschaffen war, wurde die Gerichtsbarkeit im Danziger Territorium durch eine eigens dazu bestellte Deputation wahrgenommen. Doch wurde auch nach der Umbildung der städtischen Verfassung der Zusammenhang von Stadt und Land dadurch aufrechterhalten, daß das gesamte ehemalige Stadtgebiet innerhalb der westpreußischen Provinzialverwaltung einen besonderen, in sich geschlossenen Bezirk bildete.

Auch in anderer Hinsicht war die preußische Regierung bemüht, die Einrichtungen der Vergangenheit, soweit es möglich war, bestehen zu lassen. Die seit alters in Danzig gültigen Gesetze und Rechtsbücher, das Kulmische Recht, die Danziger Willkür und Wechselordnung blieben ungeschmälert in Kraft. Das preußische Allgemeine Landrecht wurde nur als Hilfsrecht eingeführt. Auch wurden die grundherrschaftlichen Rechte der Stadt in ihrem Territorium nicht angetastet. Der Magistrat übte wie vordem der Rat die Rechte des Obereigentümers über alle im Stadtgebiet gelegenen Besitzungen aus, zog die herkömmlichen Grundzinse ein und verwaltete das Kirchen- und Schulpatronat. Für die Verwaltung der Kirchen- und Schulsachen mußte im Laufe der Zeit eine neue Behörde gegründet werden, „Das Kirchen- und Schulkollegium der Stadt Danzig", das nach dem Reglement vom 31. Dezember 1799 aus Mitgliedern des Magistrats, des Stadtgerichts, der Stadtgeistlichkeit, der Lehrerschaft des Gymnasiums, der Kaufmannschaft und Bürgerschaft bestand und die Patronatsrechte der Stadt wahrzunehmen hatte.

Ein sehr wichtiges Vorrecht wurde der Stadt dadurch verliehen, daß alle Bürger von der Militärpflicht befreit wurden. Für die Einwohner des Territoriums und der äußeren Vorstädte wurde die Befreiung auf die zur Zeit angesessene Bevölkerung und die über zwölf Jahre alten Söhne der Besitzer beschränkt. Die Rechtstadt wurde auch mit Einquartierungen verschont. Dagegen mußten die Bürger der Altstadt und der Vorstadt je ein Infanterie-Regiment bei sich aufnehmen, für deren Gottesdienste die St. Elisabethkirche und St. Annenkirche zur Verfügung gestellt wurden. Auf der Altstadt ward das Infanterie-Regiment von Langen, das seit 1801 von Treskow genannt wurde, einquartiert. In der Vorstadt und Niederstadt lag das Infanterie-Regiment von Hanstein, das 1803 den Namen von Kaufberg erhielt. Auf Petershagen befand sich eine Artillerie-Kompagnie. Im übrigen blieben die Bürger von allen militärischen Leistungen, die in den

letzten Jahrzehnten oft so drückend auf ihnen gelastet hatten, befreit. Die ausgedehnten Festungswerke, Schuppen und Zeughäuser wurden sogleich nach der Übergabe von den preußischen Truppen formlos besetzt. Als Bestandteile der Militärhoheit gingen sie ohne weiteres in den Besitz des neuen Landesherrn über, ohne daß die Bürger für die Überlassung der auf ihrem Grund und Boden gelegenen und mit ihren eigenen Mitteln errichteten Anlagen eine Entschädigung erhielten.

Der Verlust der staatlichen Selbständigkeit brachte es mit sich, daß die Danziger Gesandten in Warschau, Berlin, Petersburg und London entlassen werden mußten. Auch den fremden Residenten in Danzig wurden sogleich die Päße zugestellt. Als äußeres Zeichen der Besitzergreifung wurden am 16. April 1793 an dem Rathaus, Zeughaus und den Haupttoren der Stadt die preußischen Adler angebracht. Nicht minder trat der Wandel der Dinge in der Veränderung der Amtskleidung zutage, indem die Ratsherrn fortan nur noch einfache schwarze Kleidung mit dem Degen trugen. Das Zeitalter der Perücken und Halskrausen war endgültig vorüber.

Die wichtigste Einbuße, die Danzig erlitt, war die Beseitigung der dritten Ordnung als Vertretung der Bürgerschaft. Um trotzdem den Zusammenhang der Behörden mit den einzelnen Schichten der Bevölkerung zu wahren, wurden 20 Stadtverordnete berufen, die, ohne an den Beratungen und Beschlüssen des Magistrats teilnehmen zu dürfen, ihm gelegentlich Vorschläge unterbreiten sollten. Die Stadtverordneten setzten sich aus je acht Kaufleuten und Handwerkern und vier Krämern zusammen. Später kamen noch vier Vertreter der Arbeiterschaft hinzu, die damit zum ersten Male an Danzigs Verwaltung Anteil erhielt.

Mit dem Einzug der preußischen Truppen fielen die lästigen Schranken, die Danzig so lange von seiner Umgebung getrennt hatten. Ungehindert konnte der Verkehr wie in früheren Zeiten wieder hinüber und herüber gehen, ohne daß Zolleinnehmer die Reisenden beschwerten. Im Gegenteil war die preußische Regierung bemüht, den gesunkenen Wohlstand der Stadt mit allen Mitteln zu heben. Die Behörden, die bisher in Stolzenberg und Langfuhr untergebracht waren, wurden nach Danzig verlegt und die Steuerlasten nach Möglichkeit erleichtert.

Für die Förderung des Handels war von besonderer Bedeutung, daß nach den Teilungen Polens auch weite Strecken des mittleren Weichsellandes der preußischen Herrschaft unterstellt waren und der Verkehr zwischen Polen und Danzig nun wieder seinen natürlichen Bahnen folgen konnte. Trotzdem ist die Zunahme, die der Danziger Warenumsatz in den nächsten Jahren

erhielt, nicht allein auf die Wiederherstellung des alten einheitlichen Wirtschaftsgebietes zurückzuführen. Wenn der Kornhandel jetzt einen Umfang annahm, der die Umsätze des 18. und für lange Zeiträume auch die des 17. Jahrhunderts überstieg und in dem Jahre 1802 mit 85 000 Last sogar an die besten Jahre des Danziger Handels erinnerte, so beruhte dieser Aufschwung zum größten Teil auf der politischen Befriedung und der wirtschaftlichen Fürsorge, die der preußische Staat den lange zerrütteten Gebieten Polens zuteil werden ließ. In wenigen Jahren vermochte die preußische Regierung die reichen wirtschaftlichen Kräfte des Danziger Hinterlandes zu einer so starken Entfaltung zu bringen, wie sie ihm unter der Herrschaft der polnischen Republik nur selten beschieden gewesen war.

Unter den ausgeführten Gütern stand das Getreide wiederum an erster Stelle. In den Jahren 1793—1800 wurden im Durchschnitt jährlich 38 300 Last, in den Jahren 1801—1805 sogar 63 600 Last Getreide aus Danzig ausgeführt. Von gleicher Bedeutung für den Danziger Handel war die überseeische Versendung von Bauholz. Während 1794 nur 15 900 Stück Balken verschifft werden konnten, wuchs ihre Zahl im Jahre 1796 auf 20 800 Stück an, 1799 auf 29 500 Stück, 1800 auf 38 700 Stück, 1802 auf 49 000 Stück und erreichte im folgenden Jahre die Höchstzahl mit 70 500 Stück. Außerdem waren Pottasche, Branntwein, Biere, Bernstein und Leinwand begehrte Ausfuhrwaren, die wie schon zur Hansezeit vorwiegend nach England, Holland, Skandinavien, Frankreich und Spanien gingen. Von 1903 fremden Schiffen, die im Jahre 1803 in den Danziger Hafen einliefen, stammten 514 Schiffe aus Dänemark, 467 aus Holland, 363 aus England, 201 aus Schweden und 132 aus Pommern und Ostpreußen.

Der Hafen zeigte ein seit langem nicht gekanntes, lebhaftes Bild. Hatten ihn im Jahre 1792 nur 653 Schiffe aufgesucht, so stieg ihre Zahl schon 1793 auf 810 Schiffe und überschritt im Jahre 1798 mit 1079 Schiffen das erste Tausend. Die eifrige Nachfrage nach Schiffsraum brachte der Danziger Reederei und dem heimischen Schiffsbau eine neue Blüte. Während 1799 nur 91 in Danzig beheimatete Schiffe gezählt wurden, wuchs ihre Zahl bis zum Jahre 1805 auf 105 Schiffe an. Zu den Kreisen, die durch den sich neu bietenden Erwerb in diesen Jahren aus einfachsten Verhältnissen zu Reichtum und Ansehen gelangten, gehörte der frühere Schiffsstauer Broschke. Er ließ die Straße, die auf dem linken Weichselufer nach Neufahrwasser führt, auf seine eigenen Kosten anlegen. Zur Erinnerung trägt sie noch heute seinen Namen.

Auch das städtische Gewerbe nahm eine günstige Entwicklung. Im Jahre 1803 waren in Danzig 1759 Handwerksmeister tätig,

die 2525 Gesellen und 743 Lehrlinge beschäftigten. Ein großer Aufschwung war der Danziger Brauerei und Branntweinbrennerei beschieden, die häufig in der Hand von Mennoniten lag. Der steigende Bedarf ließ die Bierherstellung in den Jahren 1794—1805 von 33 000 Tonnen auf 59 000 Tonnen anwachsen. Auch die Wollweberei wurde kräftig gefördert. 1794 wurden 19 000 Stein Wolle, 1798 schon 28 000 Stein Wolle in Danzig verarbeitet. Der Wert der verfertigten Tücher und Zeuge stieg in den gleichen Jahren von 38 000 Talern auf 55 000 Taler an.

Im engsten Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Aufschwung vermehrte sich die Bevölkerung, die im Jahre 1794 nur 36 738 Personen betrug, bis zum Jahre 1806 auf 44 511 Personen. Dazu kamen noch etwa 6000 Militärpersonen mit ihren Frauen und Kindern. Die Mehrzahl der Einwohner gehörte wie zu allen Zeiten dem deutschen Volkstum an. Der städtische Grundbesitz war zu 96 v. H. in deutscher Hand. In der Altstadt trugen nur 2,6 v. H. der Grundbesitzer einen slawischen Namen, in der Rechtstadt waren es gar nur 1,9 v. H.

Die preußische Verwaltung kam auch der Gesundung der städtischen Finanzen zugute. Um die ungeheure Schuldenlast, die 1794 auf 2 075 421 Taler angeschwollen war, zu lindern, gewährte die preußische Seehandlung der Stadt beträchtliche Vorschüsse. Der preußische Staat übernahm von den Danziger Schulden den gewaltigen Betrag von 1,9 Millionen Talern auf seine eigene Rechnung. Ebenso verbürgte sich die preußische Regierung für eine Schuldsumme, die in der Höhe von fast 300 000 Talern im Jahre 1768 in Holland aufgenommen war. Nach dem Muster anderer preußischer Städte wurde ein geordneter Haushaltsplan der Danziger Verwaltung zugrunde gelegt. Der Geschäftsgang wurde durch die Zusammenlegung der bisher bestehenden 29 öffentlichen Kassen zu vier Hauptkassen erheblich vereinfacht.

Es war kein Wunder, wenn unter diesen Umständen die Bevölkerung sich schneller, als erwartet werden mochte, mit der Umgestaltung der politischen Verhältnisse zufrieden gab und schon nach wenigen Jahren allgemein die Vorzüge einer Regierung empfunden wurden, die weit entfernt, der Stadt, wie es vormals Polen getan hatte, ständige Ungelegenheiten zu bereiten, an der Hebung ihres gesunkenen Wohlstandes nach Kräften mitzuwirken bestrebt war. Gegen äußere Feinde geschützt konnte sich die Bürgerschaft jetzt ungestört ihren wirtschaftlichen Aufgaben widmen und schon bald eines Aufschwunges erfreuen, der die Jahre der ersten preußischen Herrschaft zu einem der glücklichsten Abschnitte der Danziger Geschichte machten. Gewiß war die Erinnerung an die

republikanische Vergangenheit noch in vielen Familien lebendig, die mit lebhafter Aufmerksamkeit die Entwicklung der französischen Revolution verfolgten. Doch ging die Teilnahme an diesen Ereignissen nicht über eine stille Zuneigung hinaus, die zu tätiger Nacheiferung nicht im mindesten bereit war. Mit Recht urteilte deshalb ein Fremder, der in diesen Jahren Danzig besuchte: „Frankreichs System hat hier viele Anhänger. Aber ich glaube nicht, daß sie je daran denken werden, der preußischen Regierung untreu zu werden, wenn diese es sich angelegen sein läßt, sie mit Mäßigung und Milde zu beherrschen."

Aus diesem Grunde fand auch der törichte Versuch des Gymnasiasten Bartholdy, mit Hilfe einiger Mitschüler und Arbeiter in Danzig eine Republik auszurufen, bei der verständigen Bürgerschaft keinen Widerhall. Als sich die Verschworenen am Morgen des 13. April 1797 in der Wohnung Bartholdys in der Beutlergasse versammelten, wurden die Nachbarn auf sie aufmerksam. Der Plan wurde verraten, und durch die herbeieilenden Gerichtsdiener und Wachen wurden die Rädelsführer verhaftet, ehe sie noch ihre kindischen Absichten ausgeführt hatten. Bartholdy wurde zum Tode verurteilt, aber noch in letzter Stunde zu Festungshaft begnadigt. Die Liebe und Anhänglichkeit, die sich das preußische Königshaus bei der Danziger Bevölkerung bereits erworben hatte, kam so recht bei dem feierlichen Empfang zum Ausdruck, der in dem nächsten Jahre Friedrich Wilhelm III. und der Königin Luise bereitet wurde. Ein Fest folgte dem andern und frohe Lieder legten davon Zeugnis ab, daß die Erinnerung an die früheren Zwistigkeiten Danzigs mit dem preußischen Staat der dankbaren Anerkennung der gegenwärtig erwiesenen Wohltaten gewichen war.

Im Schutze der preußischen Wehrmacht hielt nach langen Kriegsjahren der Friede in Danzig seinen Einzug. Jetzt endlich fand der schon lange gehegte Wunsch nach einem eigenen Schauspielhause seine Erfüllung. Am Dominiksplan, dem späteren Kohlenmarkt, wurde in den Jahren 1798—1801 durch den Stadtbaumeister Held ein stattliches Gebäude in klassischen Formen errichtet. Eine zu diesem Zweck begründete Aktiengesellschaft hatte auf Anregung des kunstfreudigen Kaufmanns Jacob Kabrun die notwendigen Mittel dazu aufgebracht. Nachdem die Rechtstadt bereits 1767 mit Laternen versehen war, wurde jetzt auch in der Altstadt und den Vorstädten die Straßenbeleuchtung eingeführt. Mit Rücksicht auf den wachsenden Verkehr wurden im Jahre 1803 an den Straßenecken Schilder mit den Straßennamen angebracht. Zu gleicher Zeit wurde das Glockentor abgebrochen und die Hauptwache aus dem kleinen Taschengebäude am Stockturm in die

Georgshalle verlegt, in der sie dann bis zum Jahre 1904 verblieben ist. Das obere Stockwerk der Halle wurde im folgenden Jahre der städtischen Kunstschule eingeräumt, die unter der Leitung des Professors Johann Breysig, des früheren Direktors der Magdeburger Kunstschule, eine erfreuliche Entwicklung nahm.

Die Volksbildung wurde durch die Vermehrung der Bürgerschulen und die Begründung einer Erziehungsanstalt in Jenkau gefördert, die der 1798 verstorbene Kammerherr von Conradi, der letzte altdanziger Bürgermeister, gestiftet hatte. In anschaulichen Schriften schilderten das Danziger Leben der Prediger an der reformierten Gemeinde Friedrich Karl Gottlieb von Duisburg und der rührige Johannes Falk, der als Sohn eines armen Perückenmachers in Danzig geboren war und später durch die Stiftung eines Kinderheims in Weimar in weitesten Kreisen bekannt wurde. Er verfaßte auch das innige Weihnachtslied „O du fröhliche, o du selige, gnadenbringende Weihnachtszeit", das seit jenen Tagen in allen Kinderherzen lebendig geblieben ist. In Langfuhr, das wie Pelonken von den wohlhabenden Bürgern gern im Sommer aufgesucht wurde, legte der Kaufmann Johann Labes auf dem Johannisberge schöne gärtnerische Anpflanzungen an. Alles atmete Zufriedenheit, und voller Hoffnung schauten die Bürger einer glückverheißenden Zukunft entgegen, als unversehens neues Unheil die schon so oft schwer geprüfte Stadt betraf.

Der Zusammenbruch des preußischen Staates nach der Niederlage bei Jena und Auerstädt am 14. Oktober 1806 gestattete den Heeren Napoleons das ungehinderte Eindringen in die preußischen Lande. Nur wenige Festungen verweigerten die Übergabe an den siegreichen Feind. Auch in Danzig wurden schon im November alle Vorbereitungen getroffen, um einer etwaigen Belagerung zu trotzen. Die Befestigungswerke, deren Unterhaltung seit 1793 stark vernachlässigt war, wurden in aller Eile ausgebessert und mehr als 4000 Arbeiter und 500 Zimmerleute zu Hilfsdiensten herangezogen. Die Böschungen wurden abgesteift, Pfähle eingerammt, das Holz aus den Festungsgräben entfernt und im Vorgelände Schanzen angelegt. Gegen Ende des Jahres füllte sich die Stadt, die zunächst durch den Auszug der Garnison von Truppen fast entblößt war, mit versprengten Abteilungen an. Zum Schutz der wichtigen Stadt rückten die Regimenter Courbière, Diericke und Hamberger in Danzig ein. Doch zeigten sich ihre Mannschaften, die zumeist den erst kürzlich preußisch gewordenen Gebieten Polens und Litauens entstammten, während der Belagerung recht unzuverlässig. An der Spitze der Garnison stand der Generalleutnant von Manstein, der den im Felde befindlichen Gouverneur von

Kalkreuth vertrat, aber wegen seines strengen und unfreundlichen Wesens bei der Bürgerschaft wenig beliebt war.

Zu Beginn des Jahres 1807 erhöhte das Heranfluten der französischen Heere die Gefahr. Die königliche Familie war bereits von Berlin nach Königsberg geflüchtet. Mehrere preußische Prinzen, die sich noch Ende Oktober einige Tage in Danzig aufgehalten hatten, waren ihr inzwischen gefolgt. Graf Wilhelm von Krockow, der in glühender Begeisterung eine Freischar um sich gesammelt hatte, wurde im Januar gezwungen, sich auf Danzig zurückzuziehen. Sein Aufruf, sich ihm zur Verteidigung des bedrängten Vaterlandes anzuschließen, fand auch bei den Bürgern freudiges Gehör. Zahlreiche junge Leute traten in seine Reihen ein und wurden von den Zurückbleibenden mit Kleidung und Gewehren ausgestattet.

Nachdem Napoleon bereits im Januar die Belagerung Danzigs in Aussicht genommen hatte, rückten im Februar französische und deutsche Truppen der Rheinbundarmee die Weichsel abwärts nach der Küste vor. Anfang März wurde das Danziger Werder von ihnen besetzt. Am 10. März langte der Marschall Lefèvre, ein Elsässer, mit den ersten Truppen vor Danzig an. Ihre Vorposten nahmen eine Linie ein, die von Altschottland über Altdorf, Tempelburg, die Höhen westlich von Zigankenberg, Neuschottland nach Schellmühl verlief. Nach dem Eintreffen weiterer Verstärkungen zählte die Belagerungsarmee, die aus Franzosen, Sachsen, Baden und Polen bestand, 26 000 Mann nebst 12 000 Mann Genietruppen.

Auch in der Stadt waren inzwischen alle Vorbereitungen auf den bevorstehenden Angriff getroffen worden. Die Besatzung wurde auf 15 000 Mann verstärkt und die Vorstädte Altschottland, Stolzenberg und Schidlitz und die vor den Toren gelegenen Teile von Petershagen und Neugarten am 10. und 11. März abgebrannt, um dem Feinde keinen Unterschlupf zu gewähren. Die Durchstechung der Dämme bei Quadendorf setzte die Danziger Niederung unter Wasser. Zu gleicher Zeit traf unter dem Jubel der Bevölkerung der allgemein hochverehrte Generalfeldmarschall von Kalkreuth in Danzig ein. Obwohl er bereits siebzig Jahre zählte, genoß er bei den Truppen und der Bürgerschaft, die ihn wegen seiner Leutseligkeit als „Vater Kalkreuth" zu begrüßen pflegte, in höchstem Maße Liebe und Vertrauen. Tatkräftig und umsichtig übernahm er sogleich den Oberbefehl, doch konnte er sich bei der weiten Ausdehnung des Danziger Festungsgeländes und der geringen Zahl der ihm unterstellten Truppen nur auf die notwendigste Abwehr beschränken. Bereits am 20. März wurde das Korps des Generals von Rouquette aus der Nehrung auf Danzig zurückgedrängt und

dadurch die wichtige Verbindung mit Pillau unterbrochen. Graf Krockow, dem anfangs der Schutz von Neufahrwasser anvertraut war, fiel am 26. März bei einem Ausfall verwundet in die Hände des Feindes. Einige Züge Kosaken, die Ende des Monats über See ankamen und deren fremdartiges Aussehen die Neugierde der Bevölkerung erregte, konnten die Verluste nicht ausgleichen.

Um so wertvoller war die aufopfernde Unterstützung, die General Kalkreuth bei der Bürgerschaft fand. Obwohl die Bürger Danzigs jetzt zum ersten Male bei der Verteidigung ihrer Stadt nicht mitzuwirken brauchten, baten 86 junge Kaufleute den Gouverneur, freiwillig an den Schanzarbeiten bei der Jakobsbastion sich beteiligen zu dürfen. Für die kämpfenden Truppen stifteten die Kaufleute Wein und Rum und spendeten zur Unterstützung der Hinterbliebenen der gefallenen Soldaten 9000 Taler. Auch wurde mit ihrem Einverständnis der Artushof zum Lazarett eingerichtet. Um die Ordnung in der Stadt aufrecht zu erhalten, stellten sich Bürgerwachen zur Verfügung. Obwohl es nicht an Lebensmitteln fehlte, wurden, um allem Wucher vorzubeugen, Höchstpreise festgesetzt. Dagegen trat bald ein empfindlicher Mangel an frischem Wasser ein, da die Franzosen schon bei Beginn der Belagerung die Radaune und den Schidlitzbach abgeleitet hatten. Man mußte sich mit dem Wasser der Mottlau und der Festungsgräben begnügen.

Inzwischen hatte der Gegner die ersten Laufgräben gegen den Bischofsberg und den Hagelsberg vorgeschoben und sich eifrig bemüht, die Geschütze, die zu einer wirksamen Beschießung der Stadt notwendig waren, heranzuschaffen. Obwohl die Besatzung seine Arbeiten nach Möglichkeit zu hemmen suchte, hatten die oft mit großer Tapferkeit unternommenen Ausfälle nur wenig Erfolg. Bei einem Vorstoß nach Langfuhr wurde am 3. April die Kirche und das Hospital zu Allen Engeln in der Halben Allee eingeäschert. Wenige Tage darauf mußte, um das Schußfeld zu erweitern, zum Schmerze der Danziger ein Teil der Allee niedergelegt werden. Die bitterste Not trat aber erst ein, als auf dringenden Befehl Napolons in der Nacht vom 23. zum 24. April die Beschießung eröffnet wurde.

Furchtbar sausten von den Höhen die Geschosse auf die nichtsahnende Stadt hinunter, so daß die Bewohner schreckerfüllt mit den dürftigsten Habseligkeiten versehen in ihren Kellern Schutz suchten oder nach Langgarten, wohin sich nur selten eine Kugel verirrte, flüchteten. Die bescheidenen Häuser der Niederstadt, in denen die auf der Speicherinsel und den Holzfeldern beschäftigten Arbeiter wohnten, boten in den nächsten Wochen selbst den reichsten Patriziern eine dankbar empfundene Unterkunft. Auch die dort

gelegenen Gasthöfe und das auf Langgarten befindliche Gebäude der Loge Eugenia wurden mit Flüchtlingen stark belegt. Die Barbarakirche wurde als Heuschuppen verwendet. Trotzdem fügte sich die Bürgerschaft mit Ruhe und Ausdauer in alle Unbequemlichkeiten und, da auch General Kalkreuth der weiteren Belagerung mit Zuversicht entgegensah und von Ostpreußen Hilfe erwartete, wies er die Aufforderung zur Übergabe am 25. April mit Entschiedenheit zurück.

Da Napoleon bereits auf dem rechten Weichselufer stand und zur Einschließung Danzigs neue Truppen bestimmt hatte, erhielt der russische General Kaminskoi den Befehl, sich von Pillau aus nach Neufahrwasser einzuschiffen. Nachdem er am 12. Mai mit 6600 Mann in Weichselmünde angelangt war, suchte er durch einen Angriff auf den Holm, der kurz zuvor durch die Überrumpelung der dortigen russischen Wachen in die Hände der Franzosen gefallen war, die Verbindung mit der Stadt wiederherzustellen. Weil aber wegen mangelhafter Vorkehrungen und ungenügender Verständigung mit dem Gouverneur der gleichzeitig geplante Ausfall aus der Stadt nicht zustande kam, schlug das Unternehmen unter beträchtlichen Opfern fehl. Ebenso wenig gelang es in den nächsten Tagen, auf einem flachgehenden englischen Schiff Pulver und Hafer nach Danzig zu bringen. In der Nähe des Holms wurde das Fahrzeug von den Franzosen leckgeschossen.

Die mehrfachen Mißerfolge der letzten Wochen stellten die weitere Verteidigung Danzigs ernsthaft in Frage. Die Lebensmittel wurden knapp und durch die anhaltenden Verluste und Krankheiten und die Fahnenflucht der polnischen Truppen die Stärke des Fußvolkes merkbar vermindert. Trotzdem zeigte sich die Bürgerschaft nach wie vor opferwillig und standhaft. Der Bitte des Gouverneurs um finanzielle Unterstützung kamen die Kaufleute sogleich nach, indem sie ihm ein Darlehen von 350 000 Talern gewährten. In dankerfüllten Worten sprach der König ihnen seine Anerkennung aus: „Seine Königliche Majestät haben aus mehreren Berichten des Gouvernements zu Danzig mit lebhaftem Wohlgefallen ersehen, wie sehr die gute und treue Bürgerschaft daselbst sich beeifert, ihren Patriotismus auf eine tätige Weise bei jeder Gelegenheit zu Tage zu legen. Es gereicht dies Allerhöchst Ihnen zur angenehmsten Genugtuung, um so mehr, als sich die gute Bürgerschaft, ob sie gleich erst später mit Allerhöchst Ihren Staaten vereinigt worden ist, vor den Einwohnern so vieler älteren Städte des Staates so sehr zu ihrem Vorteil ausgezeichnet." Die Hoffnung auf eine weitere erfolgreiche Abwehr des Feindes sollte sich aber nicht erfüllen.

Der Mangel an Munition und die starken Beschädigungen, die in der letzten Zeit die Hauptwerke auf dem Bischofsberg und Hagelsberg erlitten hatten, bewogen Kalkreuth, der nutzlose Opfer vermeiden wollte, am 21. Mai gegen den Willen eines großen Teiles seiner Offiziere mit den Franzosen Verhandlungen anzuknüpfen. In der Kapitulation, die am 24. Mai zustande kam, wurde der Garnison ein ehrenvoller Abzug mit klingendem Spiel, Waffen, Bagage, fliegenden Fahnen, brennenden Lunten und zwei sechspfündigen Kanonen nebst den dazu gehörigen Pulverwagen zugesichert. Nachdem sich die russischen Truppen bereits vorher von Weichselmünde nach Pillau eingeschifft hatten, erfolgte am Morgen des 27. Mai der allseitig betrauerte Abzug der preußischen Besatzung, die sich über die Nehrung nach Ostpreußen begab. Doch hatte sie sich verpflichten müssen, ein Jahr lang gegen die Franzosen nicht zu Felde zu ziehen. Gleich nach ihrem Abmarsch rückten die Franzosen unter der Führung des mit reichen Orden geschmückten Generals Lefèvre, der zwei Tage darauf zum Herzog von Danzig erhoben wurde, in Danzig ein. Am 1. Juni kam Napoleon selbst hierher, um die Befestigungswerke zu besichtigen. Sein Generaladjutant Rapp wurde zum Gouverneur ernannt.

Mit Schrecken sah die Bevölkerung, als sie aus den Notquartieren in ihre Wohnungen zurückkehrte, die Spuren der angerichteten Verwüstungen. Zahlreiche Häuser waren, besonders auf der Altstadt, zerstört oder doch so stark beschädigt worden, daß umfangreiche Ausbesserungen vorgenommen werden mußten. Auch waren durch feindliche Kugeln 20 Bürger getötet und 44 weitere verwundet worden. In dem frohen Gefühl, von den Bedrängnissen der Belagerung befreit zu sein, atmete die Bürgerschaft trotzdem auf. Sie ahnte nicht, daß sie unter dem Zwange eines angeblichen Friedens in kurzem weit schwerere Opfer und härtere Entbehrungen erdulden sollte.

Nach ihrem Einzug beschlagnahmten die Franzosen sofort in größtem Umfange die noch vorhandenen Lebensmittel und Ausrüstungsstücke. Auch wurde der Stadt eine Kontribution von 20 Millionen Franken auferlegt. Trotz aller Vorstellungen der Bürgerschaft ließ sich Napoleon nicht bewegen, die übermäßig hohen Forderungen herabzusetzen. 3½ Millionen mußten in kurzer Frist bar ausgezahlt werden, der Rest wurde in Stadtschuldscheinen erstattet. Marschall Lefèvre erpreßte für sich selbst ein Geschenk von 400 000 Franken. Wider alle Erwartung richteten sich die französischen Truppen in Danzig häuslich ein. Unter ihrer Gewaltherrschaft, die auch die schlimmsten Zeiten, die Danzig bisher erlebt hatte, in Schatten stellte, begann für die unglückliche Stadt eine grausame, siebenjährige Leidenszeit.

Der Freistaat

Am 9. Juli 1807 wurde durch den Frieden von Tilsit die Stadt Danzig von Preußen abgetrennt und zu einem Freistaat erhoben. Während das umliegende Gebiet der Provinz Westpreußen im Besitz des preußischen Königs verblieb, sollte „die Stadt mit einem Gebiete von zwei Lieues im Umkreise in ihre vorige Unabhängigkeit unter dem Schutze der Könige von Preußen und Sachsen wiederhergestellt und nach den Gesetzen regiert werden, die sie zu der Zeit hatte, als sie aufhörte, sich selbst zu regieren". Ohne auf die Lebensfähigkeit des von ihm geschaffenen Freistaates Rücksicht zu nehmen, war Napoleon nur darauf bedacht, den preußischen Staat durch die Fortnahme des wichtigen Handelsplatzes zu schädigen und diesen selbst zu einem bedeutenden Stützpunkt für seine eigenen militärischen Unternehmungen auszubauen. Hatte doch bereits vor der Eroberung Danzigs der Minister Talleyrand erklärt: „Wenn der Kaiser die Stadt einnimmt, so behält er sie für sich, um von hier aus Herr der Ostsee zu sein". Die Begründung des Danziger Freistaates hatte keinen anderen Zweck, als die Stadt seinem Willen zu unterwerfen. Es war nur ein äußerer Schein, wenn Unabhängigkeit und Förderung ihres Wohlstandes ihr zugesichert wurde.

Der Bürgerschaft waren diese Maßnahmen durchaus unerwünscht. Als sich im Anfang Juni das Gerücht verbreitet hatte, daß Danzig seine alte Verfassung wiedererhalten und von dem preußischen Staate abgelöst werden sollte, hatten nur wenige daran glauben wollen, die meisten darüber gelacht und nur einige die Rückkehr zu den überlebten Zuständen der Vergangenheit als ersprießlich erachtet. „Die meisten ahndeten", wie der Diakon an der Marienkirche Abraham Friedrich Blech, der jene Tage miterlebt hat, berichtet, „davon nichts gutes, weder von dieser gewaltsamen Losreißung vom preußischen Staate, unter welchem so viele glückliche Jahre waren verlebt worden, noch von einer neuen republikanischen Verfassung, welche, wie es ihnen schien, nur die Einfachheit der alten Sitten unter den Vätern in ihrer Reinheit und Wohltätigkeit erhalten konnte, aber bei der Selbstsucht, dem Sittenverfalle und der Charakterlosigkeit des Zeitalters, noch vielleicht benutzt durch französischen Einfluß, durchaus verderblich werden

mußte." Die Mängel der neuen Einrichtungen traten nur zu bald zutage.

Das Gebiet, das der Friedensvertrag der Stadt zugesprochen hatte, wurde sogleich als unzulänglich erkannt. Reichten doch die zwei französischen Meilen, bis zu denen sich die Grenzen des Freistaates erstrecken sollten, vom Mittelpunkt der Stadt nur bis Bohnsack, Quadendorf und Praust. Auch die Erklärung Napoleons, daß die Grenzen des Stadtgebietes auf zwei deutsche Meilen erweitert werden sollten, wurde nicht als genügend angesehen, da die Stadt zum mindesten im Besitz ihres alten Territoriums verbleiben wollte. Die wiederholten Vorstellungen Danzigs hatten zur Folge, daß auf Befehl des Kaisers der preußische Staat weitere Gebiete an Danzig abtreten mußte. Die Verhandlungen, die bald darauf unter der Leitung des Marschalls Soult zwischen den Vertretern Preußens und Danzigs stattfanden, führten am 6. Dezember 1807 zur Unterzeichnung der Elbinger Konvention, durch die nun endgültig die Grenzen des Freistaates festgelegt wurden.

Während Danzig die Scharpau südlich der Elbinger Weichsel und den Teil seines früheren Gebietes, der, wie Wartsch und Braunsdorf, als Streubesitz auf der Höhe lag, an Preußen abtreten mußte, erhielt es zu seinem alten Besitz die einst bischöflichen Vorstädte St. Albrecht, Altschottland und Stolzenberg, das Gut Langfuhr, einen großen Teil des ehemaligen Besitzes des Klosters Oliva und die innerhalb der alten Stadtgrenzen gelegenen Güter der Danziger Hospitäler als neues Gebiet hinzu.

Die Grenzen des Freistaates verliefen seitdem von der Mündung des Glettkaubaches über Konradshammer, Strauchmühle, Schäferei und Ramkau zum Strellnickfluß, diesen abwärts bis zu seiner Mündung in die Radaune, dann an der Radaune entlang bis nach Prangschin und über Zipplau zur Kladau hinüber. Sie folgten dann der Kladau bis zur Einmündung der Belau, dem Laufe der Belau bis zum Güttländer Hauptwall und von dort der Mottlau aufwärts bis Czattkau, wo sie die Weichsel erreichten. Dem Talweg der Weichsel folgend verlief dann die Grenze bis zum Danziger Haupt, die Elbinger Weichsel abwärts bis zum Frischen Haff, an den Kämpen entlang bis zur Nehrung und auf der Nehrung bis zu der alten Grenze des Danziger Territoriums bei Narmeln. Auch die Halbinsel Hela wurde bis zu ihrer Wurzel dem Freistaat zugesprochen. Das gesamte Gebiet hatte einen Umfang von 15½ Quadratmeilen mit 80 000 Einwohnern. Als Entgelt für seine Vermittlung verlangte der Marschall Soult 91 000 Franken für sich und 12 000 Franken für seine Umgebung.

Nachdem am 10. Juli der Friedensvertrag in Danzig feierlich bekannt gegeben war, wurde ein Ausschuß eingesetzt, der mit dem Gouverneur Rapp die Grundlagen der künftigen Verfassung zu vereinbaren hatte. Denn unter allen Umständen sollten die Einrichtungen, die von der preußischen Regierung getroffen waren, beseitigt werden. Indem nach außen hin der Schein von Verhandlungen gewahrt blieb, wurde die Bürgerschaft gezwungen, allen Weisungen der französischen Befehlshaber bedingungslos nachzukommen. Die alten Behörden der Stadt wurden in derselben Weise, wie sie vor 1793 bestanden hatten, von neuem eingesetzt. Nur der Rat und das Schöffengericht der Altstadt wurden nicht wiederhergestellt. Angehörige der früheren Ordnungen wurden zu Mitgliedern des Rates, der fortan Senat genannt wurde, des Schöffengerichtes und der dritten Ordnung bestimmt. Die eingearbeiteten preußischen Beamten wurden entfernt. Dagegen schlugen nun wieder fremde Residenten in Danzig ihren Wohnsitz auf. Frankreich wurde durch den Generalkonsul Massias vertreten, Preußen durch den Oberstwachtmeister von Vegesack und Rußland durch den Staatsrat von Trefurt. Auch Sachsen, Dänemark und Schweden unterhielten eigene Geschäftsträger. Eine Anzahl von Ausschüssen, die zumeist jeder wechselseitigen Verbindung untereinander entbehrten, teilte sich fortan in die städtischen Verwaltungsgeschäfte, die dadurch nicht selten eine langwierige Verschleppung erfuhren, aber gerade deswegen nur zu häufig die Einmischung und Entscheidung des Gouverneurs nach sich zogen. Die straffe Gliederung der Behörden, die sich während der preußischen Herrschaft als segensreich erwiesen hatte, wurde unbedenklich aufgegeben, da sie den Zielen der französischen Regierung widersprach.

Für die angebliche Gnade, die Danzig durch die Wiederherstellung seiner alten Verfassung widerfahren war, mußte die Bürgerschaft 10 Millionen Franken an die französische Regierung und 1,2 Millionen Franken an den Gouverneur Rapp entrichten. Gleichzeitig wurden die Bestände aller öffentlichen Kassen beschlagnahmt. Selbst vor den Armen- und Waisengeldern scheute man nicht zurück. Wiederholt wurden drückende Vermögenssteuern ausgeschrieben, die nicht selten zwangsweise eingetrieben wurden. Sogar die ehrwürdigen Schätze der Gotteshäuser blieben nicht verschont. Auf Befehl Napoleons wurde im Juni 1807 das „Jüngste Gericht", das bereits Peter der Große im Jahre 1717 vergeblich von der Stadt als Geschenk erbeten hatte, ohne jede Entschädigung aus der Marienkirche entfernt und in den Louvre nach Paris gebracht.

Die Bedrückung der Bürger kannte keine Grenzen. Die in ihren Häusern untergebrachten Besatzungstruppen, deren Zahl zunächst 10 000 Mann betrug, stellten an ihre Wirte maßlose Anforderungen. Die besten Zimmer, in denen sie unbekümmert das Hausgerät beschädigten, mußten ihnen eingeräumt werden. Wenn sie mit der dargebotenen Verpflegung unzufrieden waren, warfen sie Essen und Töpfe aus den Fenstern hinaus. Vielen Bürgern kosteten die Einquartierungen jährlich mehr als 5000 Taler. Wer sich beschwerte oder gar zu unvorsichtigen Äußerungen hinreißen ließ, wurde durch überall tätige Spione sofort dem Gouverneur gemeldet und hatte nur noch härtere Plagen und erniedrigende Beschimpfungen zu erdulden. Während Sorgen und Kummer wie nie zuvor auf der Bevölkerung lasteten, lebten die französischen Offiziere in Saus und Braus dahin. Ein Fest jagte das andere, und jede Gelegenheit wurde benutzt, um auf Kosten der Bürgerschaft sich zu vergnügen und zu bereichern. In schamloser Weise wurden die angesehensten Familien sogar zur Teilnahme an diesen Feiern gezwungen.

Obwohl die Steuern schon nach kurzer Zeit 20 v. H. vom Vermögen der einzelnen Bürger verschlungen hatten, wurden immer neue Abgaben verlangt. Wenn auch General Rapp, der aus Kolmar im Elsaß gebürtig damals 35 Jahre zählte, gelegentlich eine gewisse Gutmütigkeit bei Unglücksfällen zur Schau trug, so ist er doch nicht von der Schuld freizusprechen, durch sein stolzes Auftreten, seine Prachtliebe und Habgier und vor allem sein leidenschaftliches und wankelmütiges Wesen die Lage Danzigs ungebührlich erschwert zu haben. In kindischem Aufzuge ließ er im Rathaus die Büste Napoleons aufstellen. Ihm selbst mußte in Oliva ein stattliches Gartenhaus eingeräumt und in Brösen ein Badehaus errichtet werden. Auch war zu seinen Festlichkeiten kostbares Tafelgeschirr zu liefern. Die Ankunft seiner Gemahlin gestaltete sich zu einem Festzuge, der in der Entfaltung äußeren Gepränges und würdeloser Schmeichelei sogar den früheren Einzügen der polnischen Könige fast gleichkam. Mit heuchlerischen Worten mußte die „Danziger Zeitung" die angeblichen Empfindungen der Bevölkerung zum Ausdruck bringen.

Da die Erträge der Steuern den Wünschen Rapps nicht entsprachen, nahm er, ohne sich um den Willen der Bürgerschaft zu bekümmern, im März 1808 eine völlige Umgestaltung der Verfassung vor. Um die städtischen Behörden sich desto leichter gefügig zu machen, wurde ihre Zahl vermindert. Der Bürgermeister Gralath und der Senator Dodenhoft wurden unter Drohungen gezwungen, auf ihre Ämter zu verzichten. An die Spitze der städti-

schen Verwaltung wurde Gottlieb Hufeland berufen, der zwar aus Danzig stammte, aber schon seit langen Jahren, zuletzt als Professor in Landshut, in der Fremde gelebt hatte. Obwohl seine Gelehrsamkeit allgemein anerkannt wurde, warfen ihm seine Mitbürger nicht mit Unrecht mangelnde Erfahrung in den Verwaltungsgeschäften und geringe Willensstärke vor.

Gleichzeitig wurden die Aufgaben der dritten Ordnung bedeutend eingeschränkt. Sie sollte fortan nur alle drei Monate berufen werden, um von dem allgemeinen Stande der städtischen Angelegenheiten Kenntnis zu nehmen, die Rechnungen einzusehen und allgemeine Gesetze zu beraten. Während der Zeit ihrer Vertagung sollte dem Senat nur ein Ausschuß von 16 Mitgliedern, die von Rapp ernannt wurden, zur Seite stehen. Die wichtigsten Befugnisse wurden einer Finanzkommission übertragen, der sechs Senatoren, zwei Schöffen und vier Mitglieder des Ausschusses der dritten Ordnung angehörten. Sie hatten die städtischen Finanzen zu beaufsichtigen, die Einnahmen und Ausgaben zu prüfen und die von Rapp verlangten Steuern zu erheben. Um den französischen Einfluß in der Kommission sicherzustellen, erhielt der französische Intendant das Recht, an ihren Sitzungen teilzunehmen. Am 21. Juli 1808 fand auch die feierliche Einführung des Code Napoleon statt, der fortan an Stelle des römischen und kanonischen Rechtes und des preußischen Landrechtes als Hilfsrecht verwendet werden sollte. Die wichtigste Neuerung, die er nach sich zog, war die Einrichtung von Zivilstandsregistern, die jedoch, da andere geeignete Personen fehlten, den Geistlichen anvertraut werden mußten.

Die Folge dieser willkürlichen Verfassungsänderung war eine noch stärkere Belastung der Bürgerschaft. Obwohl die Besatzung auf die Hälfte herabgesetzt wurde — sie bestand in den nächsten Jahren aus je einem französischen und sächsischen und zwei polnischen Regimentern —, nahmen die finanziellen Anforderungen von Jahr zu Jahr an Umfang zu. Die Ausgaben für das Militär betrugen allein monatlich über 30 000 Taler. Am Ende des Jahres 1807 beliefen sich die städtischen Schulden bereits auf 5 Millionen Taler, ein Jahr später waren sie auf den doppelten Betrag angewachsen. Nicht weniger als 18 Zwangsanleihen wurden im Laufe der Zeit ausgeschrieben und für ihre Aufbringung einzelne Kaufleute persönlich haftbar gemacht. Juden und Mennoniten hatten 50 000 Taler zu zahlen. Um den gewaltigen Ausgaben zu genügen, mußten städtische Schuldscheine ausgegeben werden, deren Wert jedoch wegen ihrer unzureichenden Deckung bald auf die Hälfte und schließlich gar auf 8 v. H. ihres Nennwertes sank. Trotzdem

wurden die Armenstiftungen gezwungen, die hochwertigen Pfandbriefe der Westpreußischen Landschaft, die sich in ihrem Besitz befanden, gegen diese Papiere einzutauschen. Sie wurden auch bei der steuerlichen Einschätzung der Bürger in voller Höhe in Anrechnung gebracht. Infolge der allgemeinen Verarmung verloren die städtischen Grundstücke drei Viertel ihres Wertes. Ebenso verminderte sich der Tauschwert der Danziger Groschen um den fünften Teil.

In den Jahren 1807—1813 beliefen sich die gesamten Ausgaben Danzigs auf mehr als 40 Millionen Gulden oder 10 Millionen Taler, ein Betrag, zu dessen Deckung der gesamte Besitz der Stadt und ihrer Bürger verpfändet werden mußte. 4½ Millionen Gulden entfielen allein auf die Kontribution, die in barem Gelde zu entrichten war, und 10 Millionen auf die in Waren erstatteten Abgaben. Während die Verpflegung der Truppen der Stadt 13½ Millionen Gulden kostete, verschlangen die Entschädigungen für ihre Einquartierung und die Tafelgelder der Offiziere fast 5 Millionen Gulden. Nahezu 3 Millionen Gulden wurden für die meist erzwungenen Ehrengeschenke aufgewendet. Als General Rapp im April 1809 an die österreichische Front abreiste, wurde ihm ein goldener Degen überreicht, der allein 8000 Taler gekostet hatte.

Bald glaubten die einsichtigen Mitglieder des Senats, die fortwährenden Bedrückungen der Stadt nicht mehr mitverantworten zu können, und legten, wie der Senator Labes, ihre Ämter nieder. Auch unter der Bürgerschaft nahm die Unzufriedenheit immer heftigere Formen an, so daß am Ende des Jahres 1808 der Ausbruch offener Unruhen befürchtet wurde und militärische Wachen während der Nacht die Straßen durchstreifen mußten. Das Unternehmen des Majors Schill wurde mit regem Eifer verfolgt und, als im Frühjahr 1809 das anfangs glückliche Vordringen der Österreicher in Danzig bekannt wurde, rechnete der polnische General Grabowski, der während der Abwesenheit Rapps den Posten des Gouverneurs bekleidete, sogar mit ernsthaften Aufständen. Sein eitles und argwöhnisches Gebaren zog ihm den Haß der Bürgerschaft zu. Auch hatte er darunter zu leiden, daß zwischen den französischen und polnischen Besatzungstruppen häufig blutige Streitigkeiten entstanden, so daß „kein Wirt sie in einem Zimmer beherbergen durfte und sie in keiner Schänke oder Gasthof zusammenkamen, sondern sich allmählich Wirtshäuser und Tanzsäle für jede Nation besonders bildeten“. Leider verlockte die Garnison auch die Bevölkerung vielfach zu sittlichen Ausschweifungen. Selbst den Mitgliedern der städtischen Behörden war nicht selten Eigennutz und feige Unterwürfigkeit unter den Willen der Machthaber vorzuwerfen.

Hand in Hand mit der erbarmungslosen Aussaugung der Vermögen ging die Unterbindung jeglichen Handels. Um die Kontinentalsperre, die Napoleon über den Verkehr mit England verhängt hatte, durchzuführen, wurden alle wirtschaftlichen Beziehungen zu dem Inselreich verboten. Eigene Kaperschiffe hatten in der Danziger Bucht den Seeverkehr zu überwachen. Da aus Furcht, von ihnen aufgebracht zu werden, die fremden Schiffe das Anlaufen des Danziger Hafens vermieden, suchten im Jahre 1807 nur 11 Schiffe die Weichselmündung auf. In den beiden nächsten Jahren waren es 56 und 73 Fahrzeuge.

Der Forderung der französischen Regierung, im verstärkten Maße aus Frankreich Waren zu beziehen, konnte nicht entsprochen werden, da für diese, auch für den Wein, im Osten kein genügender Absatz vorhanden war. So kam es dahin, daß ein großer Teil der Schiffe, die Danzig noch anliefen, auf der Hinfahrt nur mit Ballast beladen war. Die Ausfuhr wurde durch die hohen Abgaben gelähmt, die bei Weizen 20 v. H., bei Roggen 30 v. H. und bei Fichtenholz sogar 200 v. H. des Wertes betrugen. Erst als sich im Jahre 1810 ein regerer Verkehr zwischen den einzelnen Ostseehäfen entwickelt hatte, wurde die Schiffahrt wieder lebhafter. Von den 288 Schiffen, die damals in den Danziger Hafen einliefen, waren 86 in Schweden, 79 in Danzig und 68 in preußischen Städten beheimatet. Die zahlreichen Speicher, die aus Mangel an Waren leer standen, wurden von den Franzosen zu Kasernen und Lazaretten umgewandelt.

Die Erschwerung des städtischen Handels fand ihren Höhepunkt, als die französischen Zollwächter auch in Danzig ihren Einzug hielten und auf ihre Veranlassung am 10. und 13. Januar 1811 auf dem Langen Markt die in der Stadt befindlichen englischen Güter verbrannt werden mußten. Doch war es zum Glück mehreren Kaufleuten gelungen, die französischen Behörden zu bestechen und dadurch einen großen Teil ihrer Waren dieser sinnlosen Vernichtung zu entziehen. Aus vielen Kisten und Ballen, die angeblich kostbare englische Tuche enthielten, loderte nur ein Strohfeuer empor.

Der wirtschaftliche Niedergang verursachte ein beträchtliches Sinken der Einwohnerzahl. Sie betrug im Jahre 1810 nur noch 37 131 Personen. Die Vorstädte verloren an 4000 und die Ländereien mindestens 5300 ihrer Bewohner. Verheerende Krankheiten und Seuchen ließen die Zahl der Todesfälle auf den doppelten Betrag der Geburten anschwellen.

Um die angerichteten Schäden durch äußeren Glanz zu verdecken, wurden üppige, öffentliche Feste begangen. Im Frühjahr

1810 wurde zur Feier der Vermählung Napoleons mit der Kaisertochter Marie Luise an der Stelle des alten Irrgartens am Olivaer Tor der sogenannte Napoleonsplatz angelegt. Auch wurde der abgeholzte Teil der Großen Allee wieder angepflanzt. Einer Verschönerung des Kohlenmarktes sollten die Kolonnaden dienen, die im Jahre 1808 errichtet wurden.

Trotzdem stand das schlimmste Schicksal der unglücklichen Stadt noch erst bevor. Als Napoleon sich zum Zuge nach Moskau rüstete, wurde Danzig einer der bedeutendsten Sammelplätze seines Heeres. Die Besatzung wurde auf 23 000 Mann verstärkt und die Bürgerschaft gezwungen, die Verpflegung der halben Garnison aus ihren Mitteln zu bestreiten. Für die ersten drei Monate wurden nicht weniger als 425 000 Franken für diesen Zweck verlangt. Als der Senat im Juli 1811 sich für unfähig erklärte, diesen ungeheuren Betrag aufzubringen, und auch die anderen Ordnungen ihm hierin zustimmten, wurden die Mitglieder der Regierung mit Zwangseinquartierungen bestraft. Erst als das Gouvernement androhte, die gesamte Garnison in die Bürgerhäuser zu verlegen, sah sich der Senat gezwungen, diesen unerhörten Forderungen nachzukommen. Er war überzeugt, daß diese fortgesetzten Erpressungen den Wohlstand der Stadt für alle Zeit untergraben würden. Die goldenen und silbernen Geräte der Kirchen wurden eingeschmolzen und die Gehälter der Geistlichen und Lehrer erheblich gekürzt. Doch was machte sich der erbarmungslose Eroberer, dem nichts heilig war, aus der Not der Unterdrückten! Je näher der Feldzug nach Rußland heranrückte, wurden alle anderen Bedürfnisse hinter der Vorbereitung des Krieges zurückgestellt. Gewaltige Truppenmassen zogen auf dem Wege nach dem Osten durch Danzig hindurch. Mehr als 80 000 Mann fanden im Laufe der Monate hier Unterkunft und Verpflegung. In der Zeit vom 7. bis 11. Juni 1812 weilte der Kaiser selbst in der Stadt, wo er seine Truppen eingehenden Besichtigungen unterzog, die ihre Not ihm vorstellenden Kaufleute aber mit leeren Redensarten abspeiste.

Die ganze Stadt wurde in ein gewaltiges geräuschvolles Kriegslager verwandelt. In der Katharinenkirche wurden Stellmacherarbeiten ausgeführt, an anderen Orten Kähne und Brückengerät hergestellt. Am Englischen Damm legten die Franzosen Bäckereien und Schlächtereien an und stapelten die angefertigten Kleidungsstücke in der Trinitatiskirche auf. Die Gebäude der Dominikaner und Franziskaner wurden wie die Klöster zu Oliva und Altschottland als Lazarette verwendet, für deren Ausstattung die Bürgerschaft zu sorgen hatte. Einmal erhielten 245 Personen die Anweisung, in drei Tagen 4000 Hemden und Bettlaken zu

liefern. Wer sich solchen Anforderungen zu entziehen suchte, wurde mit Vermögensverlust und Kerkerhaft bestraft.

Im Mai 1812 legte auch der Bürgermeister Hufeland, der bei der Bürgerschaft wenig beliebt und während seiner Danziger Tätigkeit in große Schulden geraten war, sein Amt nieder. Doch hatte sich der Senat auf Befehl Rapps zuvor zu verpflichten, einen Teil seiner Verbindlichkeiten zu übernehmen. An seine Stelle trat der Senator Wernsdorf.

An dem Ausbau der Befestigungen wurde fieberhaft gearbeitet. Zahlreiche Häuser wurden abgebrochen, um für die Erweiterung der Wälle Platz zu schaffen. Die Entschädigung ihrer Besitzer blieb der Zukunft anheimgestellt. Auf dem Bischofsberg und Hagelsberg wurden gewaltige Gewölbe angelegt und auch vor den Befestigungswerken des 17. Jahrhunderts vielfach neue Verschanzungen und Außenwerke erbaut. In militärischer Hinsicht dehnte sich somit das Stadtbild im Westen bis nach Zigankenberg und Stolzenberg aus. Der Holm wurde durch das Fort Napoleon, das später Fort Kronprinz hieß, mit der Festung Weichselmünde verbunden und an der Weichsel das Fort Lacoste, das später den Namen Fort Kalkreuth erhielt, bis nach Rückfort vorgeschoben.

Der Wert dieser Arbeiten zeigte sich, als nach dem fluchtartigen Rückzug der Franzosen aus Moskau die russischen Heere die feindlichen Scharen vor sich hertrieben und schon im Januar 1813 an der unteren Weichsel anlangten. Nachdem die Franzosen am 12. Januar Elbing und wenige Tage darauf das Danziger Werder geräumt hatten, rückten die Russen gegen Danzig vor, dessen Verteidigung dem inzwischen aus dem kaiserlichen Heerlager zurückgekehrten Rapp anvertraut wurde. Mit etwa 7000 Kosaken schloß Graf Platow die Stadt in weitem Umkreise ein. Doch konnte die Belagerung erst Anfang Februar ernsthaft in Angriff genommen werden, nachdem Generalleutnant von Löwis mit stärkerem russischen Fußvolk und Burggraf Ludwig zu Dohna mit der ostpreußischen Landwehrdivision eingetroffen waren. Ihre Vorposten setzten sich in Oliva, Brentau, Nenkau, Schüddelkau, Kowall, St. Albrecht, Neuenhuben, Quadendorf und Wordel auf der Nehrung fest. Trotzdem vermochten sie gegen die Stadt zunächst nur wenig auszurichten.

Die Besatzung bestand aus Franzosen, Deutschen, Polen, Afrikanern, Spaniern, Holländern und Italienern und zählte rund 35 000 Mann, von denen aber wegen der großen Menge von Verwundeten und Kranken nur etwa 10 000 Mann kampffähig waren. Die Angriffe der Russen auf die Vorstädte und die Ausfälle der Franzosen führten häufig zu lebhaften Gefechten, ohne daß es

einer der beiden Parteien gelang, nennenswerte Erfolge zu erzielen. Weit schwerer hatte die Besatzung und vor allem die Bürgerschaft unter den wirtschaftlichen Nöten zu leiden, welche die Einschließung mit sich brachte. Die Ableitung der Radaune führte wiederum einen empfindlichen Mangel an Trinkwasser herbei und veranlaßte, daß sich Fieber und Typhus in erschreckender Weise in der Stadt verbreiteten. Längere Zeit hindurch starben wöchentlich bis 300 Personen, und die Zahl der Kranken stieg nicht selten auf 10 000. Nachdem sich Mitte März einige englische Schiffe vor den Hafen gelegt hatten, wurden auch die Lebensmittel knapp, so daß der Genuß von Pferdefleisch schon bald allgemein wurde. Um die in der Stadt noch vorhandenen Bestände für die Ernährung der Truppen sicherzustellen, wurde zu Beginn des folgenden Monats ein außerordentlicher Verpflegungsausschuß eingesetzt, an dessen Spitze der rücksichtslose und hartherzige General d'Heudelet trat.

Da jedoch auch die sorgfältigste Erfassung der Nahrungsmittel, die sich in den Speichern und bürgerlichen Haushaltungen befanden, nicht ausreichte, um auf längere Zeit den Bedarf zu decken, entschloß sich General Rapp, aus der näheren Umgegend der Stadt Getreide, Vieh und Futter einzutreiben. Ein Ausfall nach der Nehrung brachte Ende April beträchtliche Mengen von Heu, Stroh und Hafer und zahlreiche Kühe ein, durch die dem dringendsten Mangel abgeholfen wurde. Weit größere Ziele verfolgte der Ausfall, der am 9. Juni mit 10 000 Mann unternommen wurde. Es sollten nicht nur die Kornfelder vor den Wällen abgeerntet, sondern auch die russische Front nach Möglichkeit aufgerollt werden. Doch wurden die Angriffe nach heftigem Kampfe bei Ohra, Wonneberg und Pietzkendorf zurückgeschlagen. Es machte sich geltend, daß die verbündeten Truppen inzwischen bedeutend verstärkt und seit dem 1. Mai dem Oberbefehl des tatkräftigen Herzogs Alexander von Württemberg, eines Oheims des Zaren, unterstellt waren. Die Reede wurde im Sommer durch russische Kriegsschiffe, deren Zahl schließlich auf 83 Kanonenboote, 2 Fregatten und 2 Korvetten anwuchs, gesperrt.

Die bedrohliche Lage, in die Danzig durch die Maßnahmen der Belagerer geriet, veranlaßte die französischen Behörden zu dem schroffsten Vorgehen gegen die Bürgerschaft, die immer von neuem für die Unterhaltung und Besoldung der Truppen zu sorgen hatte. Die Gewalttaten des Gouvernements erreichten ihren Höhepunkt, als am 13. Mai plötzlich an 28 der vornehmsten Kaufleute der Befehl zur sofortigen Zahlung von 3 Millionen Franken erging. Da sie den verlangten Betrag nicht sogleich aufzubringen

vermochten, wurden sie wie gemeine Verbrecher gefangen gesetzt und ihre Kassen geplündert. Dem gleichen Schicksal verfielen in den nächsten Wochen zahlreiche andere Bürger, deren Zahlungsunfähigkeit als böswillige Widersetzlichkeit ausgelegt wurde.

Ein schwacher Hoffnungsschimmer leuchtete für die unglückliche Stadt auf, als der Waffenstillstand von Poischwitz am 10. Juni zur zeitweiligen Einstellung der Feindseligkeiten führte. Während die Russen seitdem die französische Besatzung mit Lebensmitteln versehen mußten, wurde für die Ernährung der Bevölkerung keine Vorsorge getroffen. Im Gegenteil wurden nicht weniger als 6000 Bürger, die keine genügenden Vorräte besaßen, keine Steuern gezahlt oder sich bisher an einer der Zwangsanleihen nicht beteiligt hatten, von Rapp aus der Stadt ausgewiesen. Unter ihnen befanden sich auch 150 Waisenkinder, die nach Kriegsgebrauch von den Russen nicht aufgenommen wurden und daher längere Zeit zwischen den feindlichen Heeren unter den heftigsten Entbehrungen ausharren mußten. Nur das Eingreifen des mitleidigen Generals von Löwis rettete sie vor dem kläglichsten Hungertode.

Nachdem am 24. August die Kämpfe wieder begonnen hatten, eilte die Stadt mit Riesenschritten ihrer völligen Verwüstung und Verarmung entgegen. Mit Hilfe der schweren Geschütze, die inzwischen bei Koliebken ausgeschifft waren, wurden die Festungswerke beschossen. Die Einnahme von Langfuhr und die Erstürmung der Schottenhäuser bei Ohra drängte die Franzosen immer mehr auf die inneren Wälle zurück. Gleichzeitig wurden mehrere Laufgräben gegen den Hagelsberg und den Bischofsberg, auf den sich der Angriff in erster Reihe richtete, vorgeschoben. Mitte Oktober wurde das Feuer gegen die Stadt selbst eröffnet. Auf der Altstadt wurden viele Häuser zerstört und auch das Dominikanerkloster in Brand geschossen. Heftige Feuersbrünste legten einen großen Teil der Vorstadt, die Lastadie und den Teerhof, in Asche. In die schwerste Bedrängnis geriet die Bürgerschaft aber erst, als die Speicherinsel am 18. Oktober und 1. November in Flammen aufging. Ungezählte Vorräte, deren Wert sich auf viele Millionen belief und die mehr als zwei Drittel der noch vorhandenen Lebensmittel ausmachten, wurden dadurch vernichtet. Zahlreiche Bürger kamen seitdem vor Hunger um. Schwämme, Hunde und Katzen dienten den Elenden zur Speise, die mit den Salzresten alter Heringstonnen schmackhaft gemacht wurde. Das Brot wurde aus Kleie hergestellt und nicht selten mit Sägespänen und Stroh gestreckt. Bäcker- und Fleischerläden mußten durch Wachen gegen Plünderungen geschützt werden.

Die Preise der Lebensmittel erreichten eine fast unerschwingliche Höhe. Ein Scheffel Roggen wurde mit 40 Talern, Weizen mit 45 Talern, Kartoffeln gar mit 42 bis 51 Talern bezahlt. Das Pfund Salz kostete 3 Taler, Zucker 5 Taler und Butter 7 Taler. Die Mandel Eier kam auf 6 Taler. Für ein Paar Hühner waren 8 Taler und für eine Kuh 364 Taler zu entrichten. Wer nur irgend konnte, suchte die Stadt zu verlassen, so daß die Zahl der Einwohner gegen Ende des Jahres auf 16 000 Personen hinabsank. Über 15 000 Soldaten waren inzwischen in den Lazaretten verstorben, und 5600 Bürger hatte das gleiche Los ereilt.

Trotzdem suchten die Franzosen immer wieder die verzweifelte Bevölkerung durch falsche Siegesnachrichten zu täuschen und zu neuen Opfern aufzupeitschen. Sie kümmerten sich nicht darum, daß die Bürger, die von den Siegen der verbündeten Heere bei Leipzig wohl unterrichtet waren, unter heißen Gebeten den Tag ihrer Befreiung herbeisehnten. Auch unter den deutschen Truppen der Besatzung nahm die Unruhe stetig zu. Sachsen und Bayern, deren Könige bereits von Napoleon abgefallen waren, verlangten ihre Entlassung. Nicht minder vermehrte die Zurückhaltung des Soldes seit fünf Monaten die Unzufriedenheit und Unzuverlässigkeit der Truppen, so daß Ende November nur noch die französischen und polnischen Regimenter in der vordersten Linie verwendet werden konnten.

Die wachsenden Schwierigkeiten der Verpflegung, der Mangel an Munition, die Zerstörung der Werke auf dem Bischofsberg und die Einnahme von Schidlitz, Altschottland und der Jesuiterschanze veranlaßten schließlich General Rapp nach längerem Sträuben, die Festung dem Feinde auszuliefern. Nachdem am Abend des 27. November das Feuer auf beiden Seiten eingestellt war, wurde zwei Tage darauf die Kapitulation abgeschlossen, nach der die Übergabe der Stadt zu Beginn des neuen Jahres erfolgen und die Besatzung in die Kriegsgefangenschaft abgeführt werden sollte. Doch wurde die Ausführung dieser Bestimmungen noch im letzten Augenblick in Frage gestellt, als aus dem Hauptquartier der Verbündeten die Nachricht eintraf, daß die Besatzung nicht, wie zunächst vereinbart war, nach Frankreich, sondern nach Rußland gebracht werden sollte. Obwohl sich Rapp anfänglich weigerte, auf diese Abänderung der Kapitulation einzugehen, mußte er sich schon nach wenigen Tagen dem Machtgebot des Zaren fügen.

Am Morgen des 2. Januar 1814 wurde Danzig von den Franzosen geräumt. Die deutschen Abteilungen waren schon vorher in ihre Heimat entlassen worden. Unter dem Jubel der Bevölkerung hielt Herzog Alexander an der Spitze von 14 000 Mann

seinen festlichen Einzug. Nach sieben jammervollen Leidensjahren konnte die Bürgerschaft ihn mit Recht als den Befreier aus schwerster Not preisen. Auch schlug ihr Herz freudig den preußischen Truppen entgegen, deren Erscheinen die Erinnerung an die letzten glücklichen Zeiten, die Danzig erlebt hatte, wachrief. War doch unter der Gewaltherrschaft der Franzosen die einstige Königin der Weichsel an den Bettelstab gebracht worden. Ihr Handel war vernichtet, ihre Speicher niedergebrannt, ihre Kassen geleert. Die Stadt glich einem Trümmerhaufen. Außer dem Dominikanerkloster waren 197 Speicher und 112 Gebäude eingeäschert und 1115 Häuser stark beschädigt. Auf allen Gebieten galt es von neuem aufzubauen.

Doch ehe noch die Bürgerschaft mit frischem Mute an ihr Werk gehen konnte, stand das künftige politische Geschick Danzigs zur Entscheidung. Obwohl in dem Vertrage, den Rußland, Preußen und Österreich am 27. Juni 1813 zu Reichenbach abgeschlossen hatten, der Rückfall Danzigs an Preußen vereinbart war, gedachten weite Kreise des russischen Hofes, den wichtigen Handelsplatz an der Weichselmündung gleich Polen in ihren Besitz zu bringen. Vor allem vertrat Herzog Alexander von Württemberg die Ansicht, daß die Stadt, die zum größten Teil durch russische Waffen erobert war, dem Sieger zufallen müßte. Zum mindesten sollte Danzig, um dem russischen Einfluß dauernd offen zu stehen, auch weiterhin einen Freistaat bilden.

Obwohl die preußische Regierung von diesen Plänen genau unterrichtet war, glaubte Friedrich Wilhelm III. an dem Reichenbacher Vertrag festhalten zu dürfen. Er ernannte den Generalleutnant von Massenbach zum Gouverneur und den Oberst von Dohna zum Kommandanten der Festung Danzig und forderte Ende Dezember den Herzog auf, die Stadt den preußischen Truppen und Behörden zu übergeben. Da aber der Herzog von seiner Regierung keine näheren Anweisungen erhalten hatte, weigerte er sich, diesen Anordnungen nachzukommen, und setzte gegen den Einspruch der preußischen Befehlshaber auch einen russischen Gouverneur und Kommandanten für Danzig ein. Ernste Zwistigkeiten zwischen den preußischen und russischen Offizieren waren die Folge, zumal schon während der Belagerung unter ihnen mehrfach heftige Meinungsverschiedenheiten zutage getreten waren. So stand noch einmal das Schicksal der viel umstrittenen Stadt auf des Messers Schneide. Sollte sie den Eroberungsgelüsten der Russen geopfert werden oder der gerechte Anspruch Preußens und der einmütige Wille ihrer Bürgerschaft Anerkennung finden?

Die Herrschaft der Franzosen hatte bisher auch die öffentliche Meinung Danzigs geknebelt. Der Freistaat hatte kaum das Recht

und noch weniger die Macht gehabt, bei den auswärtigen Staaten seine Wünsche wirksam zu vertreten. Selbst mit dem Gesandten Kahlen, der in Paris seines Amtes waltete, konnte der Senat nur gegen den Willen Rapps einen geheimen Verkehr unterhalten. Er beschränkte sich auf die gelegentliche Anweisung, bei der französischen Regierung gegen die schärfsten Übergriffe des Gouvernements Einspruch zu erheben. Erst als nach dem Untergang der großen Armee in Rußland der Beginn von Friedensverhandlungen zu erwarten war, hielt es der Senat für geboten, seinen Pariser Vertreter über die politische Lage zu unterrichten und ihm die Gesichtspunkte zu unterbreiten, unter denen er die Zukunft Danzigs behandelt wissen wollte. Im Verein mit dem Bürgermeister Wernsdorf, den Senatoren Doering, Trendelenburg und Soermanns entwarf der Senator Joachim Heinrich Weichmann eine geheime Denkschrift, die am 8. Januar 1813 an den Nachfolger des im Jahre 1811 verstorbenen Kahlen, den bremischen Gesandten Keidel, abgeschickt wurde.

Die Denkschrift enthielt keinen unmittelbaren Hinweis darauf, wie sich ihre Verfasser die Zukunft Danzigs dachten. Da die Gefahr bestand, daß der Brief in unrechte Hände geriet und dadurch Zwistigkeiten mit der französischen Regierung oder mit Preußen und Rußland, die sich den Besitz der Stadt streitig machten, entstehen konnten, ward jedes Urteil über den künftigen Anschluß an diesen oder jenen Staat vermieden. Mit nüchternen Worten wurden die Bedingungen dargelegt, unter denen sich die Stadt mit ihrem Bestehen als Freistaat oder mit ihrer Einverleibung in einen anderen Staat einverstanden erklären konnte. Allein darauf wurde mit Nachdruck hingewiesen, daß Danzig, um als Freistaat seine Unabhängigkeit aufrecht zu erhalten, der Anlehnung an eine stärkere Macht bedurfte. Nur ein mächtiger und selbständiger Staat, der an dem Wohlergehen der Stadt aufrichtigen Anteil nahm, konnte Danzig schützen. Polen kam dafür, wie der Senat besonders betonte, wegen seiner Schwäche nicht in Betracht. Die Zeit war vorüber, in der gerade die Ohnmacht seines Schutzherrn für Danzig besondere Vorteile bot. Auch schreckten die Erfahrungen, die Danzig einst mit den polnischen Königen hatte machen müssen, die Bürgerschaft vor jeder weiteren Verbindung mit dem begehrlichen Nachbarn zurück.

„Darf der kleine Staat" — so hieß es in der Denkschrift — „es einerseits wohl schwerlich seinen eigenen Kräften zutrauen, sein Interesse allein zu behaupten und wird man andererseits ihn auch gern in den Hauptsachen wenigstens unter die Ägide eines mächtigeren Staates stellen, so wäre es wünschenswert, daß die

Wahl auf den fiele, der den mehrsten Vorteil für sich selbst bei der Erhaltung seines Schützlings, bei der Aufrechterhaltung seiner Wirksamkeit und Rechte hätte, da nur von diesem ein recht tätiger Eifer erwartet werden könnte. Bei dem Gedanken an eine schützende Macht, bei dem Verhältnis zwischen einem Mächtigern und Schwachen entsteht sehr leicht die Besorgnis, daß jener für seinen Beistand, sich oberherrliche Rechte beilege, welche dem Verhältnis, welches rechtlich bestehen soll, in seiner Reinheit gänzlich zuwider wären. Es würde also sehr wünschenswert sein, zu bestimmen, daß diejenige Macht, deren Schutz Danzig genießen soll, keine Oberherrschaft oder Hoheitsrechte über dasselbe anzusprechen befugt, weder in gesetzgebender, gerichtlicher, administrativer oder militärischer Hinsicht sich in die Beschlüsse der Regierung zu mischen, noch Besatzung in dem kleinen Staate zu halten berechtigt sei, und daß die Einrichtungen seines Staates nicht eo ipso in Danzig gelten, kurz daß sein Staat und Danzig nur in völkerrechtlichem Verbande, nicht aber in untergeordneter politischer Stellung sich befände." Sollte Danzig einmal des Beistandes seines Schutzherrn bedürfen, so müsse daran festgehalten werden, daß eine solche Hilfe nur auf den ausdrücklichen Wunsch der Danziger Regierung zu leisten wäre. Auch dürfte der Schutzherr bei Streitigkeiten zwischen Danzig und fremden Staaten nur vermitteln, aber keine Entscheidung zu fällen berechtigt sein.

Weit weniger Schwierigkeiten erblickte der Senat bei einer Eingliederung Danzigs in einen anderen mächtigen Staat. Die Wünsche, die der Danziger Gesandte in diesem Falle zu äußern hatte, gingen vornehmlich dahin, daß der betreffende Staat die Schulden, welche die Stadt während der letzten Kriegsjahre hatte machen müssen, übernehmen möchte. Auch sollten die Bürger, wie zur Zeit der ersten preußischen Herrschaft, nach Möglichkeit von der Wehrpflicht befreit bleiben oder ihnen zum mindesten die Vergünstigungen zugebilligt werden, denen sich hinsichtlich des Militärdienstes, der Steuern und inneren Verwaltung die anderen Städte jenes Staates erfreuen würden.

Obwohl die Denkschrift eine offene Stellungnahme für Preußen vermied, geht aus dem ganzen Zusammenhang der einzelnen Erörterungen zweifellos hervor, daß der Senat die erneute Verbindung mit dem preußischen Staat als die glücklichste Lösung aller der Schwierigkeiten betrachtete, denen die Stadt in den letzten Jahren ausgesetzt gewesen war. Die Aufhebung der Belagerung gab ihren Bürgern die ersehnte Gelegenheit, sich ohne alle Scheu zu diesem Ziele zu bekennen. Bereits im Dezember 1813 suchten die Danziger Kaufleute Mac Lean und Baum in Frankfurt am

Main den preußischen Staatskanzler Hardenberg persönlich für eine tatkräftige Unterstützung ihrer Bestrebungen zu gewinnen. Der freudige Empfang, der den preußischen Truppen bei ihrem Einzuge zuteil wurde, offenbarte bald darauf vor aller Welt die einmütigen Gesinnungen der Danziger Bürgerschaft. Und als das Verhalten des Herzogs von Württemberg noch in letzter Stunde die Verwirklichung ihrer Absichten zu verhindern drohte, gaben die Danziger Kaufleute ihm deutlich zu verstehen, daß sie unter allen Umständen mit dem preußischen Staat vereinigt werden wollten. Der Senat bewahrte zwar zunächst, obwohl gerade seine Führer durchaus preußisch gesinnt waren, eine vorsichtige Zurückhaltung, bis über die Stellungnahme Rußlands in der Danziger Frage keine Zweifel mehr bestanden. Nachdem sich aber am 3. Februar 1814 der Herzog auf Befehl des Zaren zur Übergabe der Stadt an die preußischen Behörden bereit erklärt hatte, richtete der Senat gemeinsam mit den anderen Ordnungen an den preußischen König sogleich ein warm empfundenes Schreiben, in dem er den Dank und die Freude der Bürgerschaft über die endliche Erfüllung ihrer Wünsche zum Ausdruck brachte.

Die russischen Truppen rückten zwar erst nach mehreren Wochen ab und führten auch einen großen Teil des in Danzig erbeuteten Kriegsgerätes mit sich. Doch konnte schließlich am 19. Februar die feierliche Übernahme der Stadt in die preußische Verwaltung erfolgen und die neue Einrichtung der Behörden ungehindert ins Werk gesetzt werden. Bereits im folgenden August hatte die Organisationskommission unter dem Vorsitz des Oberlandesgerichtspräsidenten Oelrichs ihre Arbeiten beendet. Die Verwaltung der Stadt wurde in die Hände des Magistrats gelegt und der bisherige Senator Weickhmann zum Oberbürgermeister ernannt. Während 30 Stadtverordnete die Bürgerschaft vertraten, hatten besondere Ausschüsse für den Handel und für die Finanzen und das Schuldenwesen die Aufgabe, die wirtschaftlichen Verhältnisse Danzigs einer baldigen Gesundung entgegenzuführen.

Einen erneuten Beweis ihrer einhelligen Zuneigung zu Preußen lieferte die Bürgerschaft, als im Sommer 1814 die Nachricht eintraf, daß der Gesandte Keidel an den Höfen zu Paris, London und Wien auf eigene Faust die Begründung eines Danziger Freistaates erstrebte. Um allen Zweifel daran zu beheben, daß die Stadt den eigenmächtigen und kühnen Unternehmungen ihres früheren Vertreters, dessen Befugnisse mit ihrem Übergang an Preußen erloschen waren, völlig fern stand, sandte der Magistrat den ihm eingehändigten Schriftwechsel Keidels sogleich der preußischen Regierung zur Kenntnisnahme ein. Im Gegenteil war die

Bevölkerung eifrigst bemüht, sich dem preußischen Staat nach Kräften dienstbar zu erweisen. Als im folgenden Jahre der Krieg gegen Napoleon von neuem ausbrach, stellten sich unverzüglich 362 Söhne der angesehensten Familien dem preußischen Heere als freiwillige Jäger zur Verfügung. Die zurückbleibenden Bürger statteten sie mit Rüstungsstücken und Kleidung aus und brachten trotz ihrer beschränkten Mittel zur Verteidigung des Vaterlandes an Schmucksachen, Geld und anderen Gegenständen Opfer im Werte von 51 355 Talern dar.

Die Wiedervereinigung mit Preußen

Die erneute Vereinigung mit dem preußischen Staat führte nun endgültig für Danzig das neue Zeitalter herauf, dessen Anbruch sich zwar bereits 1793 angekündigt hatte, dessen volle Auswirkung jedoch durch die Ereignisse der letzten Jahre verzögert war. Die erprobten Einrichtungen, die während der Franzosenzeit aus politischen Gründen beseitigt waren, wurden jetzt wieder ins Leben zurückgerufen. Auch wurde die Stadt sogleich mit den Segnungen der jüngsten Entwicklung beschenkt, die der preußische Staat inzwischen genommen hatte. Die Umgestaltung der gesamten Staatsverfassung durch die Minister Stein und Hardenberg hatte dem modernen Geist den Weg geöffnet, der durch die Einführung der Gewerbefreiheit, der allgemeinen Wehrpflicht und der gemeindlichen Selbstverwaltung Staat und Volk in einer zuvor ungeahnten Weise miteinander verbinden sollte.

Mit einem Schlage wurde Danzig, das soeben noch gewaltsam in die Bahnen seiner früheren Entwicklung zurückgedrängt war, zu einer modernen Stadt erhoben. Die Grundfesten, die in den nächsten Jahren gelegt wurden, sollten länger als ein Jahrhundert seine weitere Entfaltung bestimmen. Es war dabei von wesentlicher Bedeutung, daß die neue Verfassung, die Danzig jetzt erhielt, in den wichtigsten Punkten an seine Vergangenheit anknüpfen konnte. Denn nicht mit Unrecht durfte die Stadtverordnetenversammlung mit ihren Ausschüssen als die Fortsetzung der alten dritten Ordnung und der Funktionen betrachtet werden, die lange Jahrhunderte hindurch im Einvernehmen mit dem Rat die innere Entwicklung Danzigs geleitet hatten.

Dagegen hatte der Anschluß Danzigs an Preußen den sofortigen Verlust aller jener staatlichen Rechte zur Folge, deren sich die Stadt zum großen Teil schon seit der Ordenszeit hatte erfreuen können. Gesetzgebung und Rechtsprechung gingen an die Behörden und Körperschaften über, die für den gesamten Staat oder einzelne seiner Bezirke diese Obliegenheiten wahrzunehmen hatten. Auch die selbständige Verbindung mit dem Auslande wurde sogleich aufgehoben. Wie das preußische Heer Danzig fortan vor feindlichen Angriffen schützte, so wurden seine politischen und wirtschaftlichen Wünsche gegenüber den auswärtigen Staaten durch

die preußischen Minister und Gesandten vertreten. Es wäre verständlich gewesen, wenn der Verzicht auf die weitgehenden staatlichen Rechte, welche die Stadt ehemals besessen hatte, die Bürgerschaft mit schmerzlichem Bedauern erfüllt hätte. Trotzdem gab es niemand, der die Fortdauer der früheren Zustände begrüßt hätte. Die Erfahrungen der letzten Jahrhunderte hatten die Bürgerschaft nur zu häufig darauf hingewiesen, daß die Berufung auf ihre einst feierlich bestätigten Privilegien in einer Zeit wirkungslos war, welche die freie Entfaltung der Kräfte nur dem gestattete, der auch die Macht besaß, für seine Rechte erfolgreich einzutreten.

Mit gutem Grunde hatte deshalb der Oberbürgermeister Weickhmann bereits im Jahre 1813 darauf aufmerksam gemacht, daß die Stadt ihre frühere Unabhängigkeit auf die Dauer kaum würde bewahren können. Selbst die Anlehnung an einen Schutzstaat genügte den Bedürfnissen der Gegenwart nicht, da keine Gewähr dafür bestand, daß der Schutzherr seinen Verpflichtungen zum Besten Danzigs nachkommen würde. Die weitere politische Entwicklung Osteuropas hat diesen klug vorausschauenden Erwägungen durchaus Recht gegeben. Bei der Ausdehnung, die das russische Reich auf dem Wiener Kongreß erhielt, wäre Danzig als Freistaat in den nächsten Jahrzehnten zweifellos in volle Abhängigkeit von dem mächtigen russischen Nachbarn geraten, der schon lange nach seinem Besitz getrachtet hatte. Zum mindesten wäre die Stadt in dem sich entspinnenden Wettkampfe zwischen Rußland und Preußen aufgerieben worden.

Die Erklärung Danzigs zur preußischen Stadt beseitigte alle diese Gefahren. Im Schutze des preußischen Staates konnte sich die Bürgerschaft unbekümmert um die Zwistigkeiten der Großmächte dem wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbau widmen, den die Herrschaft der Franzosen notwendig gemacht hatte. Die Eingliederung in den größeren Staatsverband nahm Danzig Lasten ab, die es doch nicht zu tragen vermochte, und verlieh ihm, indem sie sein Wohlergehen auf das engste mit der Fortentwicklung Preußens verflocht, zugleich die Fähigkeit, an dessen Aufschwung ohne besondere eigene Anstrengungen teilzunehmen. Die Förderung des wichtigen Handelsplatzes war für das preußische Wirtschaftsleben von nicht minderer Bedeutung als der Schutz des aufstrebenden Staates für die verarmte Stadt, die nur durch seine Vermittlung ihre alten Handelsbeziehungen aufrecht zu erhalten und neue Verbindungen anzuknüpfen vermochte.

Wenn sich aber für Danzigs Zukunft der Anschluß an eine der Großmächte als unumgängliches Erfordernis herausgestellt hatte, so war es keine Frage, daß allein der preußische Staat der

Stadt außer dem Schutz gegen auswärtige Anfeindungen die ungestörte Entwicklung der ihr eigentümlichen, inneren Kräfte gewährleisten konnte. Die Tage der deutschen Ritter und der deutschen Hansa schienen jetzt zurückzukehren, als sich Danzigs Bevölkerung wiederum der ungehinderten Verbindung mit ihrem Mutterlande erfreuen durfte. Zwar waren auch während der langen Jahrhunderte, in denen die Stadt politisch mit der Krone Polen vereinigt war, die Beziehungen zu der westlichen Kultur und den deutschen Volksgenossen ständig eifrig gepflegt worden. Doch hatte der Kampf um die Bewahrung der altererbten deutschen Art nur zu oft die besten Kräfte der Bürgerschaft verzehrt.

Die Gemeinsamkeit des Blutes, die den Danziger Bürger mit den übrigen Angehörigen des preußischen Staates verband, hatte für die Zukunft um so mehr zu bedeuten, als der moderne Staat in weitestem Umfange die nationale Ausgleichung seiner Untertanen anstrebte. Der Nationalitätenkampf, der im Laufe des 19. Jahrhunderts auch in der Ostmark heftige Formen annahm, ging an Danzig, das von jeher als eine Trutzburg deutschen Wesens gegolten hatte, spurlos vorüber. Die Eingliederung in den preußischen Staat und damit der erneute unmittelbare Zusammenschluß mit dem deutschen Volkstum des Mutterlandes ersparte seiner Bevölkerung den Kampf um die Verteidigung ihrer heiligsten Güter, einen Kampf, dem sie, wäre es nach dem Willen des Zaren oder der Polen gegangen, sich kaum hätte entziehen können. Denn es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß die Einverleibung Danzigs in das russische Reich oder einen etwa neu begründeten polnischen Staat seine deutsche Kultur und damit die Grundlagen seiner gesamten bisherigen Entwicklung einer ernsten Gefährdung ausgesetzt haben würde.

Im Gegensatz dazu konnte Danzig als Teil des preußischen Staates und später des Deutschen Reiches einen politischen und wirtschaftlichen Einfluß ausüben, der weit über die Grenzen seiner früheren Wirksamkeit hinausging. Der Eintritt in die größere Gemeinschaft berechtigte seine Bürger zur Teilnahme an all den Erfolgen, deren sich das deutsche Volk in den nächsten Jahrzehnten erfreute. Der Danziger Kaufmann fand an der preußischen Regierung nicht nur einen starken Rückhalt für seine eigenen Bestrebungen, sondern ihm öffneten sich auch ohne sein besonderes Zutun alle die Wege, welche die Politik des Deutschen Reiches fortan dem deutschen Wirtschaftsleben zu erschließen vermochte. Indem seine Vertreter in den Preußischen Landtag und Deutschen Reichstag ihren Einzug hielten, nahmen sie an der Gestaltung der deutschen Zukunft in einem Maße teil, das mit den politischen Einwirkungen,

die der Danziger Rat ehemals auf den Hansetagen oder gar auf dem polnischen Reichstage ausgeübt hatte, in keiner Weise vergleichbar war. In diesem Sinne waren die Ereignisse des Jahres 1814 für Danzig der Anlaß zu einer bisher ungeahnten Steigerung seiner politischen und wirtschaftlichen Bedeutung. Sie war um so höher einzuschätzen, als die Umgestaltung, die der Weltverkehr während des 19. Jahrhunderts erfuhr, die Ostsee und ihre Küstenplätze immer mehr in den Hintergrund zu drängen begann.

Nach außen hin traten die Veränderungen, welche die Vereinigung Danzigs mit Preußen mit sich brachte, vornehmlich in der Errichtung zahlreicher neuer Behörden hervor. Sie übten auf die Entwicklung des städtischen Lebens nicht nur dadurch ihren Einfluß aus, daß ihre Mitglieder die Zahl der Einwohner und damit auch den Umsatz an Waren vermehrten. Die Söhne Danzigs, die in den Dienst des preußischen Staates eintraten, trugen vielmehr ebenso wie die Fremden, die sich jetzt in größerer Zahl in der Weichselstadt niederließen, dazu bei, daß die Verschiedenheiten, die sich als die Folge der früheren getrennten Entwicklung zunächst noch hier und dort geltend machten, gar bald überbrückt und überwunden wurden. Die wesentlichste Bedeutung der neuen Danziger Behörden bestand aber darin, daß sie den Zusammenhang der Stadt mit den übrigen Teilen der preußischen Monarchie wirksam verbürgten und sinnfällig verkörperten. Deutlicher als alles andere veranschaulichten sie die enge Verflechtung des städtischen und staatlichen Lebens, die je länger, je mehr die Geschichte Danzigs im 19. Jahrhundert kennzeichnen sollte.

Für den Bereich der neu gebildeten Provinz Westpreußen wurde durch die Verordnung vom 30. April 1815 ein Oberpräsidium mit dem Sitz in Danzig begründet. An seine Spitze trat der hochgebildete Heinrich von Schön, der zuvor Präsident der Regierung in Gumbinnen gewesen war. Außer der Regierung zu Marienwerder wurde ihm auch die Regierung zu Danzig unterstellt, die am 1. Juli 1816 ihre Tätigkeit aufnahm. Aber schon im Jahre 1824 wurde die selbständige Verwaltung der Provinz wieder aufgehoben und Westpreußen unter der Leitung von Schön, der seinen Wohnsitz nach Königsberg verlegte, mit der Verwaltung der Provinz Ostpreußen vereinigt. Ebenso schlossen sich die Stände der beiden Provinzen zusammen; doch wurden ihre Verwaltungsgeschäfte auch weiterhin getrennt geführt. Die Provinziallandtage fanden abwechselnd in Danzig und Königsberg statt. Da sich aber im Laufe der Zeit herausstellte, daß die Verwaltung der beiden Landesteile nach verschiedenen Gesichtspunkten erfolgen mußte, wurde durch das Gesetz vom 19. März 1877 die Vereinigung der

beiden Provinzen wieder aufgehoben und mit dem 1. April 1878 ein neues Oberpräsidium in Danzig begründet. Ihm zur Seite traten als weitere Provinzialbehörden die Provinzialsteuerdirektion, die Oberpostdirektion, die seit 1850 für den Regierungsbezirk Danzig und erst seit 1872 für die ganze Provinz zuständig war, das Provinzialschulkollegium, das Medizinalkollegium und im Jahre 1895 die Eisenbahndirektion. Als die letzte der Provinzialbehörden wurde 1903 das Staatsarchiv für die Provinz Westpreußen errichtet. Die Selbstverwaltung der Provinz unterstand dem Provinzialausschuß und dem Provinziallandtag, der jährlich einmal in Danzig zusammentrat. Die laufenden Geschäfte nahm der Landeshauptmann wahr. Wichtige Berufsstände vertraten die Ärztekammer seit 1887, die Landwirtschaftskammer seit 1895 und die Handwerkskammer seit 1900.

Innerhalb des Regierungsbezirkes Danzig bildete das alte Danziger Gebiet seit dem Jahre 1818 den Danziger Stadtkreis, der die eigentliche Stadt mit ihren Vorstädten umfaßte und dem Polizeipräsidenten von Danzig unterstand, und den Danziger Landkreis, dem außer Hela der übrige Teil des ehemaligen Danziger Territoriums angehörte. Im Jahre 1828 wurden die Orte des Stadtkreises, die nicht zum Kommunalgebiet der Stadt gehörten, von ihm abgetrennt und dem Landkreis Danzig zugeschlagen, der im Jahre 1887 in die Kreise Danziger Höhe und Danziger Niederung aufgeteilt wurde. Nur einige der Ortschaften, die früher zum Gebiet der Stadt Danzig gehört hatten, wie Kriefkohl, Güttland und Stüblau wurden mit dem Kreise Dirschau verbunden.

Auch die Gerichtsverwaltung empfing eine völlige Umbildung. Dem Oberlandesgericht zu Marienwerder unterstanden seit dem Jahre 1879 im Danziger Gebiet das Amtsgericht zu Danzig und das Landgericht zu Danzig, das für die Kreise Berent, Danzig-Stadt, Danzig-Höhe, Danzig-Niederung, Dirschau, Karthaus, Neustadt, Pr. Stargard und Putzig zuständig war.

Nicht minder wichtig war für Danzig die Einrichtung der Militärverwaltung. Seit dem Jahre 1891 war die Stadt der Sitz der obersten Behörden des XVII. Armeekorps und der Stäbe der 36. Infanterie-Division, der 71. Infanterie-Brigade, der Leibhusaren-Brigade und der 36. Feldartillerie-Brigade. Auch befand sich hier seit 1894 eine Kriegsschule. Die günstige Lage der Stadt an der geschützten Danziger Bucht war der Anlaß, daß in Danzig die erste preußische Kriegswerft errichtet wurde und sich hier von 1854—65 die Marinestation der Ostsee befand. Ebenso war Danzig im 19. Jahrhundert die Garnison zahlreicher Regi-

menter, in denen die Danziger Jugend mit besonderem Stolz ihre Wehrpflicht zu genügen pflegte.

Nach der Rückkehr der preußischen Truppen aus Frankreich wurde im Jahre 1817 das 4. Grenadier-Regiment, die 1. Artillerie-Brigade, die 1. Pionier-Abteilung und das 1. Leibhusaren-Regiment nach Danzig verlegt. Im nächsten Jahre folgte ihnen das 5. Grenadier-Regiment nach, das sich als früheres Regiment Diericke bereits bei der Verteidigung Danzigs im Jahre 1807 ausgezeichnet hatte. Die Entwicklung des preußischen Heeres hatte für die Danziger Garnison mehrfache Veränderungen zur Folge. Während das 5. Grenadier-Regiment bis zum Jahre 1920 in Danzig verblieb, wurde das 4. Grenadier-Regiment 1889 nach Allenstein versetzt. Vorübergehend hielten sich in Danzig auf das 30. Infanterie-Regiment im Jahre 1817, das 18. Infanterie-Regiment im Jahre 1849, das 3. Garderegiment zu Fuß von 1860—66, das 44. Infanterie-Regiment von 1867—69 und das Füsilier-Regiment Nr. 33 von 1870—81. An seine Stelle trat im Jahre 1882 das neu begründete „Danziger Infanterie-Regiment Nr. 128", das ebenfalls bis 1920 in Danzig verblieb.

Die Kompagnien der 1. Artillerie-Brigade, die sich schon 1817 in Danzig befanden, wurden im Laufe der Zeit zu der 1. Festungs-Abteilung und der 2. Fuß-Abteilung des Ostpreußischen Artillerie-Regiments Nr. 1 erweitert. Nach der Bildung besonderer Feldartillerie- und Fußartillerie-Regimenter stand das 1. Bataillon des Ostpreußischen Fußartillerie-Regimentes Nr. 1 bis zum Jahre 1883 in Danzig. An seine Stelle trat im Jahre 1884 das Pommersche Fußartillerie-Regiment Nr. 2, das im Jahre 1912 durch das Westpreußische Fußartillerie-Regiment Nr. 17 in Neufahrwasser ersetzt wurde. Die 3. Abteilung des Ostpreußischen Feldartillerie-Regiments Nr. 1 wurde schon 1873 durch das Westpreußische Feldartillerie-Regiment Nr. 16 abgelöst. In den Jahren 1891—1920 stand das Westpreußische Feldartillerie-Regiment Nr. 36 und von 1900—10 auch eine Abteilung des Feldartillerie-Regimentes Nr. 72 in Danzig in Garnison. Dem 1. Leibhusaren-Regiment folgte 1901 das 2. Leibhusaren-Regiment. Das 8. Ulanen-Regiment hielt sich dagegen nur 1817 in Danzig auf. Nachdem die 1. Pionier-Abteilung als Ostpreußisches Pionier-Bataillon Nr. 1 im Jahre 1890 nach Königsberg verlegt war, wurde 1891 das Westpreußische Train-Bataillon Nr. 17 in Langfuhr neu errichtet.

Die Einverleibung in den preußischen Staat brachte für die Stadt Danzig wie für die ganze Provinz Westpreußen auch eine Neuordnung ihrer kirchlichen Verwaltung mit sich. Nachdem die

allgemeine Leitung des evangelischen Kirchenwesens schon in den Jahren 1816—32 einem eigenen Konsistorium in Danzig oblegen hatte, wurde dieses erst im Jahre 1886 nach der erneuten Begründung der Provinz wieder ins Leben gerufen. Seiner Aufsicht unterstanden im Weichbilde Danzigs die Superintendenturen Danzig-Stadt, Danzig-Höhe, Danzig-Nehrung und Danzig-Werder. Die überragende Stellung, die in alter Zeit der erste Pfarrer der St. Marienkirche als Vorsitzender des geistlichen Ministeriums der Stadt Danzig besessen hatte, blieb dadurch gewahrt, daß für die Folge mit seinem Amte die Würde des Superintendenten für den Danziger Stadtbezirk und ein Sitz im Konsistorium verbunden wurde.

Nicht weniger durchgreifend waren die Veränderungen, welche die Organisation der katholischen Kirche erfuhr. Durch die Bulle de salute animarum wurden im Jahre 1821 die Teile der Provinz Westpreußen, die wie Danzig vormals zum Bistum Leslau gehört hatten, dem Bischof von Kulm unterstellt, der gleich dem Domkapitel seinen Sitz nach Pelplin verlegte. Dagegen wurden gleichzeitig die Pfarreien im Großen Werder zwischen Weichsel und Nogat, die früher zum Bistum Pomesanien gehört und nach dessen Säkularisation der Verwaltung des Kulmer Bischofs unterstanden hatten, dem Bistum Ermland zugeteilt. Da die Aufhebung der Klöster in Preußen bereits im Jahre 1810 angeordnet war, wurde sie nach der erneuten Besitznahme der Provinz auch in Westpreußen durchgeführt. Der Grundbesitz der Danziger Dominikaner und Karmeliter und der Brigittiner-Nonnen wurde zumeist in den Jahren 1825—43 von der preußischen Regierung veräußert und der Erlös dem sogenannten Säkularisationsfonds zugewiesen, aus dem die Einrichtung des Bistums Kulm und der Unterhalt für die Kirchen und Schulen, die dem staatlichen Patronat unterstanden, bestritten wurde.

An der politischen Entwicklung Deutschlands nahm die Danziger Bevölkerung regen Anteil. In der alten Hansestadt, deren Gedeihen von jeher von der freien wirtschaftlichen Betätigung ihrer Bewohner abhängig gewesen war, wurden die freiheitlichen Bestrebungen des deutschen Bürgertums lebhaft verfolgt. Um das Jahr 1840 begannen mehrere Zeitungen zu erscheinen. Das „Dampfboot" mit seiner Beilage „Die Schaluppe" enthielt zwar nur Unterhaltungsstoff, örtliche Nachrichten und Anzeigen. Politische Berichte lagen ihm ebenso fern, wie der „Patrouille" und dem „Krakehler", der sich vornehmlich der literarischen Kritik widmete. Außer den in Danzig viel gelesenen Berliner Blättern, der Vossischen und der Speenerschen Zeitung, vermittelte zunächst nur

die „Allgemeine politische Zeitung für die Provinz Preußen" die Kenntnis der politischen Weltbegebenheiten. Erst die Revolution des Jahres 1848 bahnte einen Wandel im politischen Leben der Stadt an.

Bereits am 9. März 1848 forderten 215 Bürger den Magistrat in einer Denkschrift auf, von dem König die Gewährung einer Volksvertretung und die Vereinigung der Provinz Preußen mit dem Deutschen Bunde zu erbitten. Die Geschehnisse, die sich in den nächsten Wochen in Berlin abspielten, wurden zwar von der Bevölkerung mit lebhafter Aufmerksamkeit verfolgt, doch lösten sie bei dem ruhigen und nüchternen Sinn der Danziger keine sonderliche Erregung aus. Handwerker und Arbeiter lehnten die neue Verfassung sogar rundweg ab. Als einige Bürger die schwarz-rot-goldenen Farben anlegten, wurden sie von den Sackträgern und Arbeitern tätlich angegriffen und zur Entfernung der Kokarden gezwungen. Weitere Unruhen des Pöbels wurden jedoch von dem bürgerlichen Sicherheitsverein mühelos unterdrückt.

Weit lebhafter als um die neue Verfassung bekümmerte sich die Danziger Bürgerschaft um die Gefahr, die ihr von neuem von Polen her zu erwachsen schien. Die revolutionären Umtriebe, die in der Provinz Posen zutage getreten waren, drohten auf Westpreußen überzugreifen. Auch auf Danzig wurden von polnischer Seite wiederum Ansprüche erhoben. Die amtliche Vertretung der Stadt hielt es deshalb für geboten, diesen Forderungen sogleich entgegenzutreten und die Aufnahme in den Deutschen Bund mit besonderem Nachdruck zu erstreben. Der Magistrat und die Stadtverordneten brachten in einem Schreiben, das sie am 3. April an die Deutsche Bundesversammlung zu Frankfurt richteten, die Empfindungen der gesamten Bürgerschaft zum Ausdruck.

„Durchaus deutsch schlagen unsere Herzen für Deutschlands Wohl und Ehre und hegen die erhebende Hoffnung, die innige Übereinstimmung mit unsern deutschen Brüdern, von den Vätern überkommen und in unserm Gefühl lebendig erhalten, auch äußerlich anerkannt zu sehen. Jetzt tritt uns die Stimme derjenigen Polen entgegen, welche Preußen und unsere Stadt als ihrer Nationalität zugehörig beanspruchen. Ihr reges Nationalgefühl ehren wir aber nur so lange, als es nicht irre geleitet, die Rechte anderer ungekränkt läßt, es also nicht verkennt, daß unsere Bildung in allen Beziehungen, unsere ganze Zivilisation von der Verbindung zeugt, in welcher wir zu den deutschen Völkern stehen. Deutsch sind wir und wollen es bleiben! Um diesem Entschluß Gewährung zu verschaffen, richten wir unsere Blicke und Bitten an den hohen Deutschen Bund, daß es von demselben baldigst ausgesprochen werde,

daß wir als Abkömmlinge der ehemaligen deutschen Ansiedler und als treue Bewahrer deutscher Sitte und Gefühle mit zu der großen Verbrüderung gehören, die im Herzen Europas das Glück und den Glanz des deutschen Vaterlandes neu zu gründen den erhabenen Beruf hat."

In dem gleichen Sinne sprach sich eine öffentliche Volksversammlung aus, die am nächsten Tage unter gewaltigem Andrang im Apollo-Saal des Hotel du Nord auf dem Langen Markt stattfand. Nachdem hier ein konstitutioneller Verein begründet war, wurde auf Anregung des Dr. Liévin der Beschluß gefaßt, je eine Adresse an den preußischen Ministerpräsidenten und die Abgeordneten des deutschen Volkes in Frankfurt abzusenden. In beiden Schreiben wurde nochmals die engste politische Vereinigung mit dem deutschen Vaterlande nachgesucht, weil „eine polnische Partei gerade in diesem Augenblicke ungerechte Ansprüche auf Westpreußen erhebt. Bei aller Sympathie, welche wir für das unglückliche Polen hegen, müssen wir, die Bewohner der Hauptstadt Westpreußens, uns doch feierlichst dagegen verwahren, daß diese weder geschichtlich noch national begründeten Anforderungen irgend welche Billigung bei uns finden. Wir verlangen daher, daß durch sofortige Aufnahme in den Deutschen Bund uns unsere deutsche Nationalität vor jedem feindlichen Eingriff sicher gestellt werde."

Als wenige Wochen später diesem dringenden Wunsch genüge geschehen war, gehörten die Danziger zu den ersten, die zur Gründung einer deutschen Flotte aufforderten. In den folgenden Monaten traten noch ein „Vaterländischer Verein" und ein „Demokratischer Klub", die sich häufig gegenseitig befehdeten, in der Stadt hervor. Die katholischen Bestrebungen verfocht der Piusverein, den im April desselben Jahres der Oberregierungsrat Osterrath begründet hatte. Doch ebbte zu Beginn des Winters die politische Erregung wieder ab, da die polnische Gefahr inzwischen behoben war und die Mehrheit der Bevölkerung den übertriebenen republikanischen Forderungen der letzten Zeit ablehnend gegenüberstand. Ein Streik der Sackträger fand im November ein rasches Ende, als mehrere Danziger Kaufleute und Handlungsgehilfen die korngefüllten Schiffe kurz entschlossen selbst zu entladen begannen und damit die Entbehrlichkeit der Arbeiter erwiesen.

Erst gegen Ende der fünfziger Jahre erhielt die politische Bewegung einen neuen Anstoß. Die mannigfaltigen Fragen, die damals den Preußischen Landtag bewegten, fanden auch in Danzig einen lebhaften Widerhall. Um die Wünsche der Danziger Kaufmannschaft vor einer breiteren Öffentlichkeit zu vertreten, wurde im

Jahre 1858 als „Organ für Handel, Schiffahrt, Industrie und Landwirtschaft im Stromgebiet der Weichsel“ die „Danziger Zeitung“ begründet, die unter der rührigen Leitung des Druckereibesitzers Kafemann die älteren Tagesblätter schnell überholte. Sie wurde für das politische Leben Danzigs von maßgebender Bedeutung, da es ihr sogleich gelungen war, die Mitarbeit von Heinrich Rickert zu gewinnen, der unter den Persönlichkeiten, die Danzigs politische Entwicklung im 19. Jahrhundert bestimmt haben, mit an erster Stelle stand. Als Hauptschriftleiter der „Danziger Zeitung“ wurde er der Mitbegründer des Liberalen Vereins, dem lange Zeit ein großer Teil der wirtschaftlich führenden Kreise anzugehören pflegte. Als unbesoldeter Stadtrat machte er sich um die städtische Armenpflege und das Bildungswesen sehr verdient.

Nachdem Rickert schon 1859 in der Versammlung des Deutschen Nationalvereins für die Gründung einer deutschen Flotte eingetreten war, setzte er sich später, seit 1870 als Mitglied des Preußischen Landtages und seit 1874 als Mitglied des Deutschen Reichstages, für die Vergrößerung des deutschen Heeres und der deutschen Flotte mehrfach eifrig ein. Der Schutzzollpolitik Bismarcks trat er dagegen gerade mit Rücksicht auf den Danziger Handel ablehnend gegenüber und ging deshalb auch von der Nationalliberalen Partei, der er bis dahin angehört hatte, zu der liberalen Linken über. Während viele seiner Danziger Parteifreunde ihm auf diesem Wege folgten, bildete der Rest den Nationalliberalen Verein. Trotzdem bewahrte die Liberale Partei bis in die letzten Jahre ihre Vorherrschaft. Rickert war bis zu seinem 1902 erfolgten Tode der unbestrittene Führer des politischen Lebens in Danzig.

Der Konservativen Partei, der die „Danziger Allgemeine Zeitung“ nahestand, gelang es nur einmal, Vertreter in den Landtag zu entsenden. Der Zentrumspartei, die nach dem Kulturkampf auch in Danzig Fuß gefaßt hatte, blieb wie der Sozialdemokratie bei der zunächst nur geringen Zahl ihrer Anhänger ein Einfluß auf die politische Entwicklung der Stadt bis auf die neueste Zeit versagt. Die parteilosen „Danziger Neuesten Nachrichten“ wirkten seit 1894 in weitesten Kreisen der Provinz erfolgreich in deutschem Sinne.

Auch an den äußeren Kämpfen des preußischen Staates nahm die Danziger Bürgerschaft regen Anteil. Voll Begeisterung rückten ihre Söhne ins Feld, als es galt, Deutschlands Einigung herbeizuführen. Im Jahre 1864 sperrten die Dänen zeitweilig den Hafen. Sechs Jahre später geriet die Stadt in die Gefahr,

selbst in die kriegerischen Verwicklungen hineingezogen zu werden. Am Nachmittage des 21. August 1870 langten vier französische Kriegsschiffe auf der Reede an und drohten die Stadt zu beschießen. Doch wurden sie schon in der folgenden Nacht, als sie im Putziger Wiek vor Anker gegangen waren, von der Schraubenkorvette Nymphe unter der Führung des Korvettenkapitäns Weickhmann erfolgreich angegriffen und zum Rückzug am nächsten Tage genötigt.

Handel und Gewerbe

Weit durchgreifender als die politischen Veränderungen machte sich für Danzig der Wechsel der wirtschaftlichen Verhältnisse bemerkbar. Die Entwicklung der modernen Technik und die Umwandlungen, welche der Weltverkehr im 19. Jahrhundert erfuhr, hatten eine völlige Umgestaltung seiner Wirtschaftslage zur Folge. Während in früheren Zeiten Danzig vorwiegend mit dem Westen Europas Handelsbeziehungen unterhalten hatte, fingen diese Länder jetzt an, sich der Aufnahme der Danziger Güter zu widersetzen. Nachdem die Kontinentalsperre den englischen Holzhandel gezwungen hatte, seinen Bedarf aus überseeischen Gebieten zu decken, suchte er auch nach der Beendigung der Napoleonischen Kriege sich der kanadischen oder skandinavischen Hölzer zu bedienen. Auch der Einfuhr des polnischen Getreides wurden wachsende Schwierigkeiten bereitet, da die englische Regierung durch Schutzzölle den heimischen Ackerbau zu heben strebte und Spanien und Portugal ihrem Beispiel folgten. Amerikanisches und indisches Korn begann den westlichen Markt in steigendem Umfange zu beherrschen, so daß seit der Mitte des 19. Jahrhunderts sogar Amsterdam seine alte Bedeutung als Weltgetreidebörse immer mehr zugunsten von London und New York verlor. Der Absatz der Danziger Waren geriet mehr und mehr ins Stocken.

Aber auch die Zufuhr nach der Weichselmündung erlitt eine nicht unbeträchtliche Verminderung. Das südrussische Getreide, das seit der Eroberung Konstantinopels durch die Türken den Weg nach Norden gesucht hatte, wurde jetzt wieder, zumal nach der Gründung von Odessa im Jahre 1794, über das Mittelmeer verschifft. Obwohl die Wiener Schlußakte vom 9. Juni 1815 die freie Weichselschiffahrt festgesetzt und alle beteiligten Länder zur Verbesserung des Stromlaufes verpflichtet hatte, glaubte sich Rußland diesen Abmachungen entziehen zu dürfen. Hohe Ausfuhrzölle lähmten den Verkehr über die preußische Grenze und suchten die Überschüsse Polens nach den russischen Ostseehäfen Riga und Libau abzulenken. Im Jahre 1822 wirkte der polnische Finanzminister Fürst Lubecki darauf hin, daß zum Schutz der entstehenden polnischen Industrie auch die Einfuhr gewerblicher Erzeugnisse mit hohen Zöllen belegt wurde. Auch die Einfuhr von Salz über die

preußischen Häfen wurde verboten. Wiederholte Tarifverträge zwischen Rußland und Preußen führten keine dauernde Verbesserung herbei. Nicht weniger hatte der Weichselverkehr unter der zunehmenden Versandung des Flußbettes zu leiden, dessen Regulierung die russische Regierung im Gegensatz zu der preußischen Strombauverwaltung absichtlich vernachlässigte.

So ist es kein Wunder, wenn sich Danzigs Handel nach den Bedrängnissen der Franzosenzeit zunächst nur kümmerlich entfalten konnte. Die jährliche Getreideausfuhr betrug im Durchschnitt der Jahre 1814—30 nur 24 000 Last und sank von 1831—36 sogar auf 14 000 Last hinab. Nur in den Jahren 1817 und 1818 stieg sie auf Grund eines für Preußen günstigen Handelsvertrages auf 40 000 Last.

Unter dem Einfluß der Ernten in den verschiedenen Teilen der Erde, aus denen jetzt der europäische Bedarf an Getreide gedeckt wurde, waren die Kornpreise häufigen Schwankungen unterworfen und machten jede kaufmännische Berechnung unmöglich, so daß im Jahre 1821 mehrere der bekanntesten Danziger Handelshäuser infolge erheblicher Verluste ihre Zahlungen einstellen mußten. Die hohen englischen Einfuhrzölle drückten in den Jahren 1822 und 1835 die Danziger Ausfuhr sogar auf nur 6000 Last hinab.

Der Danziger Handel ging somit ständig zurück. Während 1825 noch 1180 Schiffe den Hafen verlassen hatten, betrug ihre Zahl zehn Jahre später nur 696 Schiffe, die zum größten Teil mit Holz nach England gingen. Von 816 Schiffen, die im Jahre 1824 ausliefen, waren 412 nach England und 206 nach den Niederlanden bestimmt. Im Jahre 1826 fuhr auch eine größere Anzahl nach Frankreich.

Um die mannigfachen Wünsche der Handeltreibenden wirksam zu vertreten, wurde am 25. April 1822 die Korporation der Kaufmannschaft gestiftet. Unter ihren Vorstehern Stobbe, Heidfeld, Hoene, Gibsone, Jebens, Goldschmidt, Albrecht und Richard Damme hat sie sich in den folgenden Jahrzehnten um die Entwicklung des Danziger Handels große Verdienste erworben. Doch konnte sie es nicht verhindern, daß unter dem Druck der äußeren Verhältnisse häufig lebhafte Klagen über den Rückgang des heimischen Verkehrs laut wurden. Mit Recht wurde darauf hingewiesen, daß die nähere Umgebung Danzigs vorerst keinen Ersatz für das polnische Hinterland bieten konnte, das jetzt vielfach seine Waren unter Umgehung des Danziger Zwischenhandels unmittelbar von England, Frankreich oder Hamburg zu beziehen pflegte. Die Folge war, daß die Hälfte der städtischen Holzfelder einging und zahlreiche Speicher zu Wohnhäusern umgebaut wurden.

Auch das Gewerbe lag arg darnieder. Während sich früher zahlreiche Berufe in die Aufgaben der einzelnen Gewerbe geteilt hatten, wurden fortan viele Tätigkeiten in einer Hand vereinigt. Der Losbäcker ward auch zum Fastbäcker, der Schuhmacher zum Pantoffelmacher, der Klempner zum Gelbgießer und der Tischler gar zum Kistenmacher, Sargmacher und Zimmermann. Die alten Zünfte und Gewerke lösten sich auf. Die Vielgestaltigkeit des mittelalterlichen Gewerbes fand ein jähes Ende. Auch die Reederei konnte sich unter diesen Umständen nur schwach entwickeln. Die Zahl der in Danzig beheimateten Schiffe vermehrte sich von 1818—46 zwar von 72 auf 81 Schiffe, doch erfuhr ihr Tonnengehalt keine wesentliche Vergrößerung.

Die Aufhebung der Einfuhr- und Durchfuhrzölle in den westeuropäischen Staaten leitete einen neuen Abschnitt des Danziger Wirtschaftslebens ein. Im Jahre 1846 ging England zum Freihandel über, und im Jahre 1857 wurde auch der lästige dänische Sundzoll beseitigt, der 1—1½ v. H. vom Werte der Waren betragen und im Jahre 1854 von dem Danziger Seeverkehr allein nicht weniger als 415 000 Mark eingebracht hatte. Durch günstige Handelsverträge mit Rußland gelang es, auch die Einfuhr nach Polen wieder zu heben. Während in den dreißiger Jahren die überwiegende Mehrzahl und in den Jahren 1852—60 noch die Hälfte der ankommenden Schiffe aus Mangel an Fracht nur mit Ballast beladen im Danziger Hafen eingelaufen waren, verminderte sich ihre Zahl in den Jahren 1861—70 auf 46 v. H. und in den Jahren 1871—80 sogar auf 22 v. H. Trotzdem überstieg der Wert der Ausfuhr noch lange Zeit den Wert der nach Danzig über See eingeführten Waren. Während der Wert der Einfuhr im Jahre 1860 nur 5,2 Millionen Taler betrug, erreichte die Ausfuhr den Wert von 20,8 Millionen Talern. Auch in den beiden folgenden Jahrzehnten belief sich die Ausfuhr nicht selten auf den doppelten oder dreifachen Betrag der Einfuhr.

Gleichzeitig vermehrte sich die Zahl der aus Danzig auslaufenden Schiffe. Sie erreichte ihren Höchststand im Jahre 1862, in dem 3200 Schiffe den Hafen verließen. Erst als der Dampfer das Segelschiff zu verdrängen begann, erfuhr ihre Zahl eine bedeutende Verminderung. Im Jahre 1874 liefen nur noch 1826 Schiffe aus. Trotzdem gewannen auch die Dampfer nur langsam an Boden. In den Jahren 1861—70 machten die Dampfer 10 v. H., in den Jahren 1871—79 bis 20 v. H. und auch in den Jahren 1880—86 nur erst 48 v. H. der einkommenden Schiffe aus. Erst im Jahre 1885 kehrte sich das Verhältnis zugunsten der Dampfer um. 796 Seglern standen 1025 Dampfer gegenüber. Seitdem errang der

Dampfer die unbestrittene Vorherrschaft. Im Jahre 1895 liefen 1174 Dampfer und 544 Segler ein. Im Jahre 1905 waren es 1990 Dampfer und 259 Segler und im Jahre 1910 sogar 2230 Dampfer und nur 315 Segler. Nur für die Küstenschiffahrt in der Ostsee fanden die Segelschiffe fortan noch Verwendung.

Die Einführung des Dampfschiffes machte einen umfassenden Ausbau des Danziger Hafens nötig. Die Uferanlagen wurden erweitert und die Fahrrinne durch wiederholte Baggerarbeiten bedeutend vertieft. Unter diesen Umständen war es eine für Danzig besonders glückliche Fügung, daß der Durchbruch der Weichsel bei Neufähr am 1. Februar 1840 den unteren Weichsellauf stromlos machte. Durch eine Schleuse bei Plehnendorf wurde er gegen die Hochwassergefahr und das Eistreiben der Stromweichsel abgedämmt und bot nun auch für größere Schiffe einen sicheren Ankerplatz dar. Leider verhinderte der nachgiebige Untergrund der Speicherinsel eine entsprechende Vertiefung des Mottlaubettes. Die größeren Dampfer mußten deshalb schon in Neufahrwasser löschen, wo im Laufe der Jahre ausgedehnte Schuppen und Speicher errichtet wurden. Sie gewährten hinreichend Raum, um die gewaltigen Lademengen der Dampfer aufzunehmen. Vermehrte sich doch die Ladefähigkeit der in Danzig einlaufenden Schiffe von 462 Tausend Tonnen im Jahre 1885 auf 800 Tausend Tonnen im Jahre 1900 und auf 942 Tausend Tonnen im Jahre 1910, um bis zum Jahre 1913 sogar auf 1,2 Millionen Tonnen zu steigen.

Auch die Danziger Reederei ward gezwungen, sich den veränderten Bedürfnissen des Verkehrs anzupassen. Nachdem die Zahl ihrer Segler bis zum Jahre 1866 auf 130 Schiffe angewachsen war, erlitt sie durch die Zunahme der Dampfschiffahrt einen starken Rückgang. 1880 wurden 82 Segler, 1890 nur 43 Segler und im Jahre 1900 nicht mehr als 4 hier beheimatete Segler gezählt. Auch die Zahl der Danziger Dampfer nahm nur langsam zu. Im Jahre 1848 kamen die ersten Raddampfer auf, denen 1857 der erste Schraubendampfer folgte. Seitdem stieg ihre Zahl bis 1872 auf 17 Dampfer an und vermehrte sich nach mannigfachen Schwankungen bis zum Jahre 1890 auf 28 Dampfer. Im Jahre 1894 überstieg die Zahl der Dampfer zum ersten Male die Zahl der Segelschiffe. Trotzdem ging die Zahl der heimischen Schiffe auch weiterhin zurück. Im Jahre 1910 gehörten der Danziger Reederei im ganzen nur noch 22 Schiffe an. Da jedoch die wenigen Dampfer eine viel stärkere Tragefähigkeit besaßen als die größere Zahl der früheren Segelschiffe und diesen auch an Schnelligkeit weit überlegen waren, vermochte die heimische Reederei noch längere Zeit ihre wirtschaftliche Bedeutung aufrecht zu erhalten. Da aber den

alten, eingesessenen Schiffsfirmen die erforderlichen Mittel fehlten, um mit den auswärtigen Reedereien auf die Dauer in einen erfolgreichen Wettbewerb zu treten, konnte ihr Verfall nicht verhindert werden. Während die Flußschiffahrt in Danziger Händen verblieb, fiel der Seeverkehr in Zukunft fast ausschließlich den fremden Schiffen anheim, unter denen die deutschen Schiffe immer mehr die Oberhand gewannen. Während zu Beginn des 19. Jahrhunderts die englischen und holländischen Schiffe vorgeherrscht hatten, erfuhr ihre Zahl in den nächsten Jahrzehnten eine dauernde Verminderung. Von den Schiffen, die in den Jahren 1840—1847 in den Danziger Hafen einliefen, waren 10 v. H. Schweden und Norweger, 14 v. H. Holländer, 16 v. H. Engländer und 40 v. H. Preußen. Im Jahre 1913 hatte sich das Verhältnis noch weiter zugunsten der deutschen Reedereien verschoben. Von 2910 ankommenden Schiffen waren 65 v. H. deutscher Herkunft, 11 v. H. Schweden, je 7 v. H. Dänen und Norweger und nur noch 4 v. H. Engländer. Der Rest verteilte sich auf holländische, russische und belgische Schiffe. Doch waren die einzelnen deutschen Fahrzeuge den fremden Schiffen an Tonnengehalt meist unterlegen.

Weit wichtiger als der Übergang vom Segelschiff zum Dampfschiff war für den Danziger Handel die Einführung der Eisenbahn, die in den wirtschaftlichen Beziehungen, welche bisher die Länder des Ostens mit dem Westen verbunden hatten, einen durchgreifenden Wandel verursachte. Während zuvor der Verkehr im wesentlichen den großen Strömen von Süden nach Norden gefolgt war und nur an wenigen, besonders günstig gelegenen Stellen ein Übergang von dem Tal der Weichsel zu dem der Oder stattgefunden hatte, machten die neuen Bahnlinien die Verfrachtung der Waren von den Wasserwegen unabhängig. Die Bahnfahrt von Hamburg nach den südlichen Teilen Polens erforderte fortan viel weniger Zeit als die Wasserfahrt auf der Weichsel. Dazu kam, daß im engsten Anschluß an die wirtschaftliche Entwicklung der Ausbau des preußischen Bahnnetzes von Westen nach Osten fortschritt. Während die Strecke Hamburg — Berlin bereits 1846 eröffnet wurde, ward die Verbindung Danzigs mit seinem Hinterlande erst 1852 hergestellt. Durch die Strecke nach Bromberg wurde Danzig an die Ostbahn angeschlossen, die von Berlin über Kreuz, Schneidemühl, Bromberg und Dirschau nach Königsberg führte und im Jahre 1857 voll in Betrieb genommen wurde. Die Strecke Schneidemühl — Konitz — Dirschau, die später den Hauptstrom des Verkehrs zu bewältigen hatte, wurde erst 1873 ausgebaut, da sowohl von Stettin wie von Danzig in erster Reihe die Bahnverbindung mit Polen angestrebt wurde. Bereits im Jahre 1845

hatten sich die Ältesten der Danziger Kaufmannschaft dafür ausgesprochen, daß der Bau der pommerschen Bahn hinter der Bromberger Strecke zurückstehen sollte. Die Strecke nach Köslin wurde daher erst 1870 hergestellt.

Die frühere Bahnverbindung mit der polnischen Grenze gab dem Stettiner Handel einen beträchtlichen Vorsprung. Er war von Danzig um so weniger einzuholen, als die Frachttarife den Verkehr nach den dichter besiedelten Gebieten Mitteldeutschlands begünstigten. Hamburg beherrschte den oberschlesischen und südpolnischen Markt, Stettin den Westen Polens. Danzig verblieb nur das Gebiet zu beiden Seiten der Weichsel, da die russischen Bahnen auch die weiter östlich gelegenen Bezirke von dem Weichselverkehr abschnitten und auf die Ausfuhr nach den russischen Häfen am Schwarzen Meer und in den Ostseeprovinzen anwiesen. Im Jahre 1888 ging nur der achte Teil der gesamten russischen Ausfuhr über die Landgrenze. Auch Königsberg, das zeitiger als Danzig an das polnische Bahnnetz angeschlossen war, nahm auf Kosten der Weichselstadt einen bedeutenden Aufschwung. Dagegen vermochte Danzig durch die Eröffnung des Oberländischen Kanals im Jahre 1861 den westlichen Teil von Ostpreußen an sich zu fesseln.

Der Kampf, den die einzelnen Ostseehäfen um die Beherrschung ihres deutschen und polnischen Hinterlandes miteinander ausfochten, fiel zugunsten jener Plätze aus, die den Mittelpunkten der deutschen Volkswirtschaft am nächsten gelegen waren. Denn während in den früheren Zeiten die Überschüsse der russischen Kornkammer über Danzig nach Westeuropa abgewandert waren, zog jetzt das deutsche Wirtschaftsgebiet mit der wachsenden Dichte seiner Bevölkerung den östlichen Handel in steigendem Maße an sich. Es glückte ihm dieses um so leichter, als die Weststaaten seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts mehr und mehr auf die Einfuhr aus Polen verzichtet hatten. Es war weder die Schuld der Danziger Kaufleute, noch der preußischen Regierung, wenn durch den Wechsel des Weltverkehrs die Wirtschaftslage Danzigs sich längere Zeit ungünstig gestaltete. Ein erneuter Aufschwung konnte erst erfolgen, als es gelang, durch besonders niedrige Frachtsätze den Wettbewerb der für den deutschen Handel günstiger gelegenen Plätze zu überwinden und durch vermehrte Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Landwirtschaft die Ausfuhr Danzigs zu heben.

Vor allem aber war es notwendig, seinen geminderten Wohlstand durch die Gewährung ausreichender Darlehen zu kräftigen. Da das Königliche Bankkontor, das bereits im Jahre 1819 er-

richtet war, den steigenden Kreditbedürfnissen nicht zu genügen vermochte, wurde der Ruf nach einer privaten Kreditanstalt immer lauter erhoben. Den beharrlichen Bemühungen der Danziger Kaufmannschaft war es beschieden, die anfänglichen Bedenken des preußischen Finanzministeriums zu zerstreuen und für die im Jahre 1857 begründete Danziger Privataktienbank das Recht zu erwirken, verzinsbare und stempelfreie Noten auszugeben. Ähnliche Einrichtungen waren in den vorausgegangenen Jahren schon in Berlin, Köln, Magdeburg, Posen, Königsberg und Breslau getroffen worden. Die Privataktienbank hat das Recht der Notenausgabe bis zum 31. Dezember 1890 ausgeübt und sich während dieser Zeit gleich den übrigen Danziger Banken um die Wiederbelebung des heimischen Handels und Gewerbes hohe Verdienste erworben.

Das Danziger Wirtschaftsleben empfing einen neuen Anstoß, als die Weichselstädtebahn von Marienburg nach Thorn seit dem Jahre 1870 und die von der Danziger Kaufmannschaft im Jahre 1877 errichtete Bahnlinie Marienburg — Mlawa den Verkehr mit Polen erleichterten. Die Getreidezufuhr mit der Bahn stieg in den Jahren 1876 — 1878 von 28 Tausend Tonnen auf 124 Tausend Tonnen an. Trotz der fortgesetzten Bemühungen der preußischen Regierung, den Stromverkehr zu fördern, machte sich die wirtschaftliche Überlegenheit der Eisenbahn immer mehr geltend. Während der gesamte Weichselverkehr von und nach Danzig in den Jahren 1896 — 1900 durchschnittlich 471 Tausend Tonnen betrug und in den Jahren 1906 — 1911 auf 610 Tausend Tonnen anwuchs, umfaßte die jährliche Bahneinfuhr allein im Durchschnitt der gleichen Jahre 720 und 1243 Tausend Tonnen. Der Bahnverkehr wies somit nicht nur einen weit größeren Umfang, sondern auch eine viel schnellere Steigerung auf.

Nur der Holzhandel bevorzugte auch weiter den billigeren Wasserweg, so daß Danzig zum ersten Ausfuhrhafen für russisches Holz wurde. Im Durchschnitt der Jahre 1852—1859 liefen jährlich 772 Schiffe und von 1860—1871 jährlich 950 Schiffe mit Holz beladen aus dem Danziger Hafen aus. Doch mußte Danzig in den nächsten Jahren einen Teil seines Holzhandels an Thorn abgeben, von wo das Holz durch den Netze-Warthe-Kanal auf schnellerem Wege seinen binnendeutschen Bestimmungsplätzen zugeführt werden konnte. Während in den Jahren 1881—1884 noch 40 v. H. der Holztraften, die stromabwärts bis Thorn gelangt waren, nach Danzig weitergingen, nahm ihre Zahl bis zu den Jahren 1905—1909 auf 24 v. H. ab. Auch die Verfrachtung des Getreides auf dem Rücken der mächtigen Flöße hörte mit der Zeit

gänzlich auf. Im Jahre 1883 kam die letzte, mit Korn beladene Holztraft in Danzig an.

Die Danziger Getreideausfuhr betrug im Durchschnitt der Jahre 1860—1892 durchschnittlich 197 Tausend Tonnen. Die höchste Ausfuhr fand im Jahre 1862 mit 322 Tausend Tonnen statt, die niedrigste Ausfuhr im Jahre 1892 mit 59 Tausend Tonnen. Der gesamte überseeische Güterverkehr, Einfuhr und Ausfuhr zusammengerechnet, belief sich in den Jahren 1870—1879 auf durchschnittlich 787 Tausend Tonnen, 1880—1889 auf 1 Million Tonnen, 1890—1899 auf 1,2 Millionen Tonnen und von 1900—1911 auf fast 1,4 Millionen Tonnen. Im Jahre 1912 wurden allein 2,4 Millionen Tonnen über Danzig bewegt.

Der gewaltige Aufschwung, den der Verkehr Danzigs um die Wende des 19. Jahrhunderts nahm, wäre aber nicht möglich gewesen, wenn nicht zuvor in den wirtschaftlichen Verhältnissen der Ostmark ein bedeutender Wandel eingetreten wäre. Dank der andauernden Fürsorge, die der preußische Staat den einst arg darniederliegenden Gebieten von Westpreußen und Posen zugewendet hatte, war hier in Stadt und Land ein reiches, neues Leben erstanden. Die erhöhte Kultur vermehrte die Bedürfnisse der anwachsenden Bevölkerung und machte eine stetig anschwellende Zufuhr von gewerblichen und kolonialen Erzeugnissen notwendig. Auch die Landwirtschaft hatte sich inzwischen günstig entwickelt. Die modernen Düngemittel, die sie aus den unerschöpflichen deutschen Kalilagern bezog, hatten ihre Leistungsfähigkeit erheblich gesteigert. Auch gab die zollmäßige Gleichstellung des inländischen und ausländischen Getreides einen verstärkten Anreiz zu seinem Anbau, so daß sich die Entwicklung der ostdeutschen Landwirtschaft auch im Danziger Getreidehandel schon bald vorteilhaft bemerkbar machte. Während in den Jahren 1853—1864 noch 50 bis 75 v. H. des nach Danzig eingeführten Getreides aus Polen und Rußland stammten, begann seit 1896 die Einfuhr des inländischen Getreides die Zufuhr des ausländischen Getreides zu überflügeln. Der Anteil des fremden Getreides an dem Danziger Kornhandel sank in den Jahren 1899 bis 1903 auf 40 v. H., von 1904—1908 auf 25 v. H. und von 1909—1913 auf 24 v. H. hinab. Auch die Menge des aus Polen bezogenen Getreides ging in den letzten Jahrzehnten beträchtlich zurück. Da die dortigen Ernten für die Ernährung der stark vermehrten Bevölkerung nicht ausreichten, sah sich Polen gezwungen, selbst Getreide in wachsendem Umfange aus dem Auslande einzuführen. Nur der heimischen Landwirtschaft war es zu danken, wenn der Danziger Getreidehandel sich trotzdem auf seiner alten Höhe erhalten konnte.

In den letzten Jahrzehnten begannen auch neue Waren den Danziger Markt zu beherrschen. Seit dem Jahre 1882 gewann der Zuckerhandel zunehmende Bedeutung. Der starke Rübenanbau in den Provinzen Westpreußen und Posen lieferte in den Jahren 1882—1890 durchschnittlich 65 Tausend Tonnen, von 1891—1900 schon 88 Tausend Tonnen und von 1901—1910 sogar 92 Tausend Tonnen inländischen Rohzucker auf den Danziger Markt. Auch die Zufuhr von russischem Rohzucker erreichte zuweilen sehr ansehnliche Beträge; im Jahre 1912 nicht weniger als 241 Tausend Tonnen. Doch stand die Zufuhr des russischen Zuckers meist hinter der Menge des inländischen Zuckers zurück. Während ein Teil des eingeführten Zuckers in den beiden Raffinerien, die 1889—1891 in Danzig und Neufahrwasser entstanden, verarbeitet wurde, ging der größere Teil über See nach Westdeutschland. Aber auch die Vereinigten Staaten, Kanada und Japan bezogen über Danzig Rohzucker.

Weit größeren Umfang als die Ausfuhr nahm im Laufe der letzten Jahrzehnte die Einfuhr an. Aus England kamen Steinkohlen, die erst 1911 durch die oberschlesischen Kohlen zurückgedrängt wurden, aus Amerika und Petersburg Erdöl, aus Schottland und England Heringe und aus Rußland Salz. Kolonialwaren wurden vorwiegend über Hamburg eingeführt. Auch das Weingeschäft war recht beträchtlich. Billige Ausnahmetarife veranlaßten eine starke Einfuhr von schwedischen Eisenerzen, die für die oberschlesischen Hüttenwerke bestimmt waren. Nachdem im Durchschnitt der Jahre 1896—1898 nur 57 600 Tonnen Erze nach Danzig gebracht waren, wuchs ihre Einfuhr von 1899—1902 schon auf 104 400 Tonnen an.

So hatte seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts das Danziger Wirtschaftsleben seine Gestalt fast völlig verändert. Wie der Verkehr die überwiegend südnördliche Richtung der früheren Zeit immer mehr zugunsten der ostwestlichen Verbindung mit dem Deutschen Reiche aufgegeben hatte, waren auch die Gegenstände und Formen des Handels einem bedeutsamen Wandel unterworfen gewesen. Auch das Bild des Danziger Hafens war kaum noch wiederzuerkennen. Die zahlreichen Segelschiffe, die früher die Mottlau bis zur Speicherinsel hinauf angefüllt hatten, waren durch wenige, aber um so größere Dampfer ersetzt. Die alte, inzwischen versandete Weichelmündung war seit 1847 zugeschüttet. Neue Uferanlagen und Molen waren erbaut und in der Nähe der neuen Hafeneinfahrt im Jahre 1899 ein Freibezirk eröffnet worden, der den Umschlagsverkehr bedeutend erleichterte. Nachdem in den Jahren 1890—1895 bei Schiewenhorst eine neue Weichselmündung künstlich geschaffen war, wurde der innere Hafen durch die Aus-

schachtung der alten Schuitenlaake an der Ostseite des Holms erheblich erweitert. Im Jahre 1903 wurde der neue Kaiserhafen, dessen Anlage 3½ Millionen Mark gekostet hatte, dem Verkehr übergeben. Auch die Speicher wurden den Bedürfnissen des modernen Handels angepaßt. Im Jahre 1884 legte die Korporation der Kaufmannschaft die Speicherbahn an, welche den Anschluß der Speicherinsel an die Staatsbahn vermittelte.

Im engsten Zusammenhang mit dem modernen Verkehr entwickelte sich das Danziger Gewerbe. Während die alten Manufakturen und Hausbetriebe eingingen, entfaltete sich mit der wohlwollenden Unterstützung der preußischen Regierung eine zukunftsreiche Industrie. Die Schiffswerft von Klawitter, die 1827 begründet war, legte in den Jahren 1850—1851 die erste preußische Dampfkriegskorvette „Danzig" auf Stapel. Der frühere königliche Korvetten-Depotplatz am Jungstädtischen Holzraum, den die Marineverwaltung 1844 von der Stadt erworben hatte, wurde seit 1850 zur Marinewerft ausgebaut, die 1871 in den Besitz der Reichsmarineverwaltung überging. Während hier Kriegsschiffe und in der letzten Zeit vornehmlich Unterseeboote hergestellt wurden, gewann die 1891 eröffnete Schichauwerft durch den Bau gewaltiger Handelsschiffe schon in wenigen Jahren Weltruf. Der Riesendampfer „Kolumbus", der hier 1913 vom Stapel lief, faßte 40 Tausend Tonnen.

Außer den Werften entstanden seit der Mitte des 19. Jahrhunderts mehrere chemische Fabriken, Brauereien, eine Glashütte und Ölmühle, die Waggonfabrik sowie die geräumige Eisenbahnhauptwerkstätte auf dem Troyl. Militärischen Zwecken dienten die Gewehrfabrik, die zunächst ein Privatunternehmen war und erst 1853 vom Staate erworben wurde, und die Artilleriewerkstatt. Die Überlieferung des heimischen Kunsthandwerks setzten mehrere Möbelfabriken, Gold- und Silberschmiede und Bernsteindrechsler fort.

Die berufliche Fortbildung der Handel- und Gewerbetreibenden förderten die Seefahrtschule seit 1817, die Handelsakademie, die 1832 eröffnet und 1891 mit der Petrischule verbunden wurde, und der am 27. November 1828 begründete Allgemeine Gewerbeverein, der mit Unterstützung der Behörden durch Veranstaltung von Vorträgen, Ausstellungen und Lehrgängen eine sehr ersprießliche Tätigkeit entfaltete. Bereits im Jahre 1860 richtete er eine Fortbildungsschule für Mädchen ein, die erst 1892 in die staatliche Fortbildungsschule überging. Auch die Begründung der Handwerkskammer und der Technischen Hochschule wurde durch den Verein erfolgreich befürwortet.

Die Entwicklung zur Großstadt

Die Wiedervereinigung Danzigs mit Preußen im Jahre 1814 brachte auch im kommunalen Leben Danzigs Veränderungen mit sich. Die Landeshoheit über das Danziger Territorium ging wiederum auf den König von Preußen über. Auch war die preußische Regierung im Gegensatz zu ihrem Verhalten nach 1793 jetzt bestrebt, die Verfassung der Stadt Danzig soweit als möglich mit den inzwischen neu eingeführten preußischen Gesetzen und der Verfassung der übrigen Städte der preußischen Monarchie in Übereinstimmung zu bringen. Für die Regelung des Verhältnisses zwischen Stadt- und Landgebiet wurde insbesondere die Verfassung Königsbergs zum Vergleich herangezogen.

Der Grundsatz der neuen Städteordnung, daß Rechtsprechung und Polizeiaufsicht von der städtischen Gemeindeverwaltung zu trennen seien, wurde sofort durchgeführt. Alle in dem Gebiete Danzigs vorhandenen richterlichen Behörden wurden mit Ausnahme der adligen Patrimonialgerichte aufgehoben und die gesamte Gerichtsbarkeit dem Königlichen Land- und Stadtgericht unterstellt. Auch wurden das Allgemeine Landrecht und die übrigen preußischen Gesetze vom 29. März 1814 ab mit bindender Kraft eingeführt. Doch wurden die alten Danziger Statutarrechte in zivilrechtlicher Hinsicht auch noch weiterhin beibehalten. Erst mit dem 1. Oktober 1857 wurde ihre Geltung aufgehoben und an ihrer Stelle das Westpreußische Provinzialrecht vom Jahre 1844 eingeführt.

Die Wahrnehmung der Polizeiaufsicht in Stadt und Territorium wurde dem Königlichen Polizeipräsidium übertragen. Dem Magistrat verblieb nur die Ausübung seiner Rechte als Obereigentümer und Patron der im Territorium vorhandenen ländlichen Besitzungen. Für die verschiedenartige Behandlung der grundherrschaftlichen Rechte, die vormals der Rat als Obereigentümer, Gerichtsherr, Kirchen- und Schulpatron und Träger der Polizeiaufsicht gemeinsam besessen hatte, waren vor allem die Bestimmungen des preußischen Staatsrechtes maßgebend, das nur Gerichts- und Polizeihoheit als Bestandteile der Staatsgewalt betrachtete, die übrigen grundherrschaftlichen Rechte aber, auch wenn sie, wie es in Danzig der Fall war, ihrem Ursprung nach zusammengehörten, ungeschmälert den Gemeinden beließ. Dazu

kam wohl auch, daß weder dem Staat, noch der Stadt eine Veränderung des Herkommens in dieser Hinsicht wünschenswert erscheinen mochte. Da es jedoch als zweckmäßig angesehen wurde, dem Magistrat in Verbindung mit den vornehmlich wirtschaftlichen Rechten, die ihm als Grundherrn noch verblieben waren, auch einen Teil der Ortspolizeiverwaltung im Landgebiet ausnahmsweise zu übertragen, wurden durch das „Konferenzprotokoll" vom 29. April 1814 die Befugnisse von Polizeipräsidium und Magistrat gegeneinander abgegrenzt.

Als Grundsatz wurde dabei angenommen, „daß die Ausübung der Polizei im weitesten Sinne des Wortes dem Königlichen Polizeipräsidium zustehe, hingegen die ökonomische Verwaltung und die Patronatsrechte dem Rat verbleiben, sowie derselbe auch bei solchen polizeilichen Geschäften mitwirken müsse, wo die ökonomischen Verhältnisse eine besondere Rücksicht erfordern". Die Stadt hatte demnach die Kirchen- und Schulsachen, wenn auch unter staatlicher Aufsicht, wie bisher in vollem Umfange zu bearbeiten, die Kämmereigefälle zu erheben, Jagd- und Forstvergehen zu bestrafen, die Dorfordnungen, soweit sie wirtschaftliche Verhältnisse betrafen, zu beaufsichtigen, Vorspann- und Naturallieferungen zu verteilen, Einquartierungs- und Marschsachen zu regeln. Die Bedeutung des Konferenzprotokolls bestand also darin, daß es einerseits die landesherrlichen Rechte des Königs und die grundherrlichen Rechte der Stadt streng von einander schied, andererseits aber auch der Stadt die weitere Ausübung eines Teils ihrer früheren polizeilichen Befugnisse von neuem auftragsgemäß zusicherte.

In der Wahrnehmung dieser Rechte trat lange Zeit keine Veränderung ein. Durch die preußische Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 wurde zwar die Gutsherrschaft und grundherrliche Polizei aufgehoben. Da jedoch die Polizeiverwaltung im Danziger Territorium grundsätzlich bereits 1814 auf den Staat übergegangen war und es zudem nach dem Wortlaut der Verfassung hinsichtlich der Polizeiverwaltung bis zum Inkrafttreten einer neuen Gemeindeordnung bei den bisherigen Bestimmungen verbleiben sollte, brachte die Verfassung für Danzig keine wesentlichen Neuerungen mit sich.

Erst in dem Augenblick wurde die Verfassung für die Stellungnahme des Magistrats von entscheidender Bedeutung, als die Regierung ihm die gesamte Ortspolizeiverwaltung im ländlichen Gebiet gegen seinen Willen zu übertragen suchte. Mit allem Nachdruck wies er darauf hin, daß eine solche Verleihung ortspolizeilicher Gewalt an die Stadt der Verfassung widerspräche, da durch diese die Schaffung neuer gutsherrlicher Befugnisse untersagt war und

auch die Ansicht der Regierung sich nicht rechtfertigen ließ, daß die Stadt die Ortspolizei ehemals als Ausfluß ihrer gutsherrschaftlichen Rechte ausgeübt habe. Da sich die Stadt mit ihren Ausführungen durchaus im Recht befand, wurde die inzwischen schon erfolgte Übertragung der Polizeigerichtsbarkeit an die Stadt wieder rückgängig gemacht und vom 1. September 1857 ab zur Wahrnehmung der vom Staate wieder übernommenen Geschäfte eine eigene Behörde, „das Königliche ländliche Polizeiamt in Danzig", eingerichtet. Seitdem war die Stadt Danzig aller polizeilichen und gerichtlichen Rechte und Pflichten endgültig enthoben, die ihr einst als Grundherrn ihres Territoriums oblegen hatten und auch bisher noch belassen waren.

Kurze Zeit zuvor waren auch ihre Rechte als Obereigentümer in wirtschaftlicher Hinsicht erloschen. Die Grundzinse, die sie von den kulmischen Eigentümern der in ihrem Gebiet belegenen Ländereien zu beziehen pflegte, wurden wie die Miet- und Pachtzinse, soweit das noch nicht vorher geschehen war, gemäß den Ablösungsgesetzen vom 2. März 1850 in Rentenzahlungen umgewandelt und abgelöst.

Anders verhielt es sich mit den Rechten der Stadt als Kirchen- und Schulpatron. Bei der Abgrenzung der Verwaltungsbefugnisse zwischen Polizeipräsidium und Magistrat im Jahre 1814 waren die Kirchen- und Schulsachen ausdrücklich der Stadt belassen worden. Hierfür war nicht nur der Umstand entscheidend gewesen, daß zunächst nur die Ausübung der Gerichts- und Polizeihoheit geregelt werden sollte, sondern es wird dabei auch die Meinung mitgesprochen haben, daß die Stadt das Patronat nicht als Landesherr, sondern, wie es sonst im preußischen Staate der Fall zu sein pflegte, als Besitzer des Grundes und Bodens, als Gutsherr ausübte. Obwohl diese Ansicht, wie sich aus dem Ursprung des städtischen Patronatsrechtes als eines grundherrschaftlichen Rechtes ergibt, nicht zutreffend war, wurde sie doch in der Folgezeit von seiten der preußischen Regierung immer wieder vertreten. Zahlreiche Mißverständnisse und Streitigkeiten waren die Folge, da von der Stadt vielfach die Erfüllung von Pflichten verlangt wurde, die der Entstehung ihrer Rechte und dem bisher beachteten Herkommen durchaus widersprachen. Erst nach mehrjährigen Prozessen gelang es dem Magistrat, das lastenfreie Patronat der Stadt an den Kirchen ihres alten Gebietes zur allgemeinen Anerkennung zu bringen. Während die Stadt im Laufe der Zeit alle übrigen grundherrlichen Rechte, die ihr in den Jahren 1454 und 1457 bestätigt waren, eingebüßt hatte, ist ihr das Patronat über die Kirchen und Schulen ihres Territoriums bis zur Gegenwart unge-

schmälert verblieben, da der preußische Staat dieses Recht niemals für sich beansprucht, noch die Stadt bisher jemals auf dieses Recht verzichtet hat.

Inzwischen hatte die Stadt als Selbstverwaltungskörper im Sinne der Steinschen Städteordnung ihre Tätigkeit weiter und weiter ausgedehnt. Bereits im März 1814 wurden die Vororte St. Albrecht, Altschottland, Stadtgebiet, Stolzenberg, das äußere Neugarten, Schidlitz, Weinberg, Schlapke, Langfuhr, Strieß, Strohdeich, Kneipab und Neufahrwasser eingemeindet. Als Ersatz verlangte der preußische Staat die Rückgabe der Domänen, die durch die Elbinger Konvention vom Jahre 1807 der Stadt zugesprochen waren. Da diese aber vielfach inmitten des städtischen Besitzes gelegen und deshalb für die städtische Verwaltung von hoher Bedeutung waren, wurde nach langen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Regierung und der Stadtgemeinde durch den sogenannten Territorialtauschvertrag vom 31. Juli 1834 eine Vereinbarung dahin getroffen, daß die Stadt gegen die Abtretung der grundherrschaftlichen Rechte, welche sie bisher in der Scharpau, an dem Gebiet von Wartsch und Braunsdorf und an den Forsten von Wartsch, Prausterkrug und Mallenschin besessen hatte, auch ferner in ihrem Besitz verbleiben sollte. Eine weitere Verminderung des städtischen Grundeigentums erfolgte in dem Jahre 1877, in dem die Forsten auf der Nehrung an den Fiskus abgetreten wurden. Das gleiche war wenige Jahre später mit der Halbinsel Hela der Fall, welche die Stadt seit dem Jahre 1824 bereits mehrfach dem Staat zum Ankauf angeboten hatte, da die Unterhaltung der dortigen Anlagen beträchtliche Unkosten verursachte. Aber erst durch den Vertrag vom 12. Februar 1883 übernahm der Forstfiskus das gesamte bisher der Stadt gehörige Helaer Forst- und Dünengelände. Auf eine Entschädigung leistete die Stadt Verzicht, da sie froh war, sich dieses für sie kostspieligen Besitzes entäußern zu können. Nur das Patronat an der Kirche zu Hela und der Schule zu Danziger Heisternest verblieb auch weiterhin dem Magistrat.

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts war die Stadtverwaltung in erster Reihe bemüht, den städtischen Finanzen aufzuhelfen. Waren doch bis zum Jahre 1824 die städtischen Schulden nebst Zinsen auf mehr als 12 Millionen Taler angewachsen. Obwohl sich die preußische Regierung sogleich bereit erklärte, wiederum einen großen Teil der Danziger Schulden zu übernehmen, hatte die Stadt noch lange Jahre hindurch allein an Zinsen jährlich 25 000 Taler aufzubringen, so daß in den Jahren 1833—45 die Tilgung der Schulden und Zinsen rund 11 v. H. der

gesamten städtischen Ausgaben erforderte. Erst im Jahre 1860 waren die letzten Schulden abgezahlt. Die zuletzt ausgegebenen Wertpapiere verloren sogar erst 1888 ihre Gültigkeit. Nur allmählich trat eine Besserung ein. Während im Jahre 1819 auf den Kopf der Bevölkerung an städtischen Ausgaben noch 22 Mark entfallen waren, ging der Betrag bis zum Jahre 1860 auf 17 Mark zurück, um erst im Zusammenhang mit den neuen Unternehmungen der Stadt auf 27 Mark im Jahre 1875 anzusteigen. Mit dem Jahre 1822 wurden auch die alten Danziger Münzen beseitigt. Während bisher preußische Taler und Danziger Gulden, von denen je vier einen preußischen Taler ausmachten, unterschieden waren, wurde fortan nur nach Talern zu 30 Silbergroschen zu 12 Pfennigen gerechnet. Die neue deutsche Reichsmarkwährung wurde 1874 eingeführt.

Die Gesundung der Finanzen erlaubte der Stadt, umfangreiche gemeinnützige Betriebe anzulegen. Bereits im Jahre 1852 wurde der Bau einer Gasanstalt am Thornschen Weg beschlossen und in den nächsten beiden Jahren vollendet. Die Ausdehnung des Stadtgebietes machte im Laufe der Zeit wiederholte Erweiterungen und schließlich im Jahre 1903 die Errichtung einer zweiten Gasanstalt bei Milchpeter notwendig. Nachdem gewaltige Feuersbrünste in den Jahren 1857 und 1859 große Teile der Vorstadt und mehrere Straßenzüge am Altstädtischen Graben und Holzmarkt eingeäschert hatten, wurde die städtische Berufsfeuerwehr begründet. Aber erst die Tatkraft und Schaffenslust des früheren Polizeipräsidenten von Berlin, Leopold von Winter, der von 1863—1890 das Amt des Oberbürgermeisters bekleidete, vermochte der Entwicklung Danzigs zur Großstadt den Weg zu bahnen. Mit unermüdlicher Ausdauer wußte er alle Widerstände, die sich seinem Unternehmungsgeist entgegenstellten, zu überwinden. Mit Hilfe des Geh. Oberbaurates Wiebe und des Unternehmers Alexander Aird legte er von 1869—71 die städtischen Wasserwerke an, welche fortan die Stadt von Prangenau her mit frischem Quellwasser versahen. Kurze Zeit darauf wurde die Entwässerung Danzigs, deren bisherige Mängel zahlreiche Seuchen und Krankheiten verschuldet hatten, in modernem Sinne durchgeführt und dabei zum ersten Male auf dem europäischen Festland das zuvor nur in England erprobte Rieselverfahren in Anwendung gebracht. Die segensreichen Folgen dieser Anlagen traten sogleich hervor. Schon in den Jahren 1871—81 sank die Sterblichkeit von 36 auf 29 v. T. Der Krankenpflege dienten das katholische Marienkrankenhaus seit 1852, das evangelische Diakonissenhaus seit 1857 und das städtische Krankenhaus, das 1911 nach der Halben Allee verlegt

wurde. Im Jahre 1896 wurde auf dem alten Dominikanerplatz eine geräumige Markthalle errichtet und zwei Jahre später das städtische Elektrizitätswerk an der Mottlau in Betrieb genommen.

Die Verwertung aller dieser Anlagen wirkte auf die städtischen Finanzen überaus günstig ein. In den Jahren 1880—1913 stiegen die planmäßigen Einnahmen bei der Gasanstalt von 90 auf 640 Tausend Mark und bei den Wasserwerken von 111 auf 430 Tausend Mark. Gleichzeitig erfuhr der städtische Haushalt eine bedeutende Steigerung. Während sich die planmäßigen Ausgaben der Stadt in den Jahren 1820—60 nur von 990 auf 1245 Tausend Mark erhöht hatten, stiegen sie von 1870—95 von 1,8 auf 5,4 Millionen an und erreichten im Jahre 1913 sogar 17 Millionen Mark. Auch die Erträge aus den Steuern wuchsen beträchtlich an. Nachdem im Jahre 1870 nur 3,65 Mark Einkommensteuer auf den Kopf der Bevölkerung entfallen waren, belief sich der gleiche Betrag im Jahre 1913 auf 15,91 Mark.

Am deutlichsten trat der Wandel der Zeit in den Veränderungen hervor, denen das Stadtbild Danzigs seit dem zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts unterlag. Nach allen Seiten begann sich die alte Siedlung zu strecken und zu dehnen, um schließlich den Panzer zu sprengen, der sie so lange eingeengt hatte. Im Schutze des preußischen Staates konnte sich die Stadt weit freier entfalten, als es ihr vorher beschieden gewesen war. Und wenn auch die militärischen Bedürfnisse noch lange Zeit Berücksichtigung verlangten, so konnte doch, zunächst wenigstens im Innern, eine umfassende Umgestaltung einsetzen, die dem anschwellenden Verkehr und dem Wachstum der Bevölkerung Rechnung trug. Die zum Teil schon verfallenen Tore der mittelalterlichen Stadtbefestigung wurden abgebrochen, 1828 das Fischertor in der Melzergasse und 1836 das Ketterhagertor. Am Grünen Tor wurden im Jahre 1831 die alten Giebel entfernt und eine neue, wenig ansprechende Fassade errichtet. Erst 1886 stellte der Stadtbaurat Licht die alten schönen Giebelformen wieder her. Das Hohe Tor wurde 1878 zu beiden Seiten frei gelegt, um den Verkehr nach dem Heumarkt zu erleichtern. Dagegen wurden die Tore der äußeren Umwallung, das Petershagener Tor, das Neugartener Tor und das Olivaer Tor zwischen 1868 und 1878 erneut ausgebaut. Auch der Hagelsberg und die Jesuitenschanze wurden zu dieser Zeit mit neuen Befestigungen versehen.

Der Förderung des Verkehrs diente auch der Abbruch zahlreicher alter Baulichkeiten in den Straßen und auf den Plätzen der Stadt. Im Jahre 1835 verschwanden die Anbauten an der Marienkirche und 1853 die Kolonnaden auf dem Kohlenmarkt. Das seit

langem baufällige Dominikanerkloster wurde 1839—40 und das Brigittenkloster 1849—51 niedergelegt. Das prächtige Franziskanerkloster blieb dagegen auf besonderen Befehl Friedrich Wilhelms IV. als Kunstwerk der Nachwelt erhalten. Die Verbindung von der Juntergasse zum Altstädtischen Graben wurde im Jahre 1843 hergestellt und 1861 die Lange Brücke vom Krantor bis zum Fischmarkt weitergeführt. Nachdem bereits 1861 der offene Radaunekanal auf dem Hakelwerk überdeckt war, wurden 1873 auch die Gräben der Niederstadt zugeschüttet und die Weidengasse mit Langgarten verbunden.

Gleichzeitig mit dem Umbau der Straßen wurden die weitausladenden Beischläge entfernt, auf denen sich lange Jahrhunderte hindurch ein großer Teil des bürgerlichen Lebens abgespielt hatte. Ihre Beseitigung nahm nicht nur dem Danziger Straßenbild seine schönsten Reize, sondern beraubte auch die prächtigen Patrizierhäuser ihres würdigsten Schmuckes. Kahl und nüchtern gähnten fortan dem Beschauer an ihrer Stelle unförmige Ladenfenster entgegen, in denen der moderne Geschäftsmann seine Waren zum Kauf feilbot. Rücksichtslos und ohne Verständnis für die unersetzlichen Werte, die mit ihnen zertrümmert wurden, scheute man sich nicht, auch viele der alten Portale und Giebel abzubrechen. Wo sich früher kostbare Friese hingezogen hatten, breiteten sich in Zukunft häßliche Firmenschilder aus. Nur der Fülle des einst vorhandenen Reichtums an herrlichen Bauwerken und dem rechtzeitigen Eingreifen kunstliebender Bürger ist es zu danken, wenn auch heute noch Danzig zu den eigenartigsten und schönsten der deutschen Städte gehört.

Da die alten Wohnhäuser den verfeinerten Ansprüchen nicht mehr genügten, wurden sie seit der Mitte des Jahrhunderts durch zahlreiche Neubauten ersetzt. Viele gotische Häuser wurden erst zu dieser Zeit abgebrochen. Die Gebäude, die an ihre Stelle traten, entsprachen wohl den modernen Bedürfnissen, doch ließen sie bei dem nüchternen Geist, der damals allenthalben vorherrschte, jegliche künstlerische Gestaltungskraft vermissen. Auch der Versuch, durch Nachahmung früherer Stile die neuen Bauten dem alten Stadtbilde anzupassen, gelang nur selten. Erst die letzten Jahrzehnte haben wie in wirtschaftlicher so auch in künstlerischer Hinsicht Danzig mit frischem, eigenwüchsigem Leben erfüllt, nachdem die Niederlegung der inneren Festungswälle für geräumige, neue Anlagen Platz geschaffen hatte.

Schon im Jahre 1865 hatte der Stadtverordnete Jebens angeregt, die Wälle abzutragen und den versumpften Stadtgraben zuzuschütten, um neues Baugelände zu gewinnen und den Herd

gefährlicher Krankheitskeime zu entfernen. Doch hatte die Militärverwaltung geglaubt, die alten Festungswerke noch nicht entbehren zu können. Erst als im Jahre 1888 an der pommerschen Strecke ein neuer Hauptbahnhof errichtet werden sollte, kam die Angelegenheit von neuem zur Sprache und wurde durch eingehende Verhandlungen zwischen den Vertretern der Stadt und der Regierung soweit gefördert, daß im Jahre 1895 die Übereignung des gesamten Festungsgeländes zwischen dem Hohen Tor und dem Kavalierberg am Jakobstor an die Stadtgemeinde zum Preise von rund ½ Millionen Mark erfolgen konnte. Die Abtragung der Wälle wurde sogleich in Angriff genommen und auch auf die Anlagen zwischen dem Hohen Tor und dem Petershagener Tor ausgedehnt, für die der Stadt gleichzeitig das Vorkaufsrecht zugebilligt war. Bis zum Herbst 1897 war das gesamte Wallgelände niedergelegt und nach den Bebauungsplänen, die schon 1891 der Kölner Stadtbaurat Stübben entworfen hatte, bereits zum großen Teil an einzelne Bauunternehmer verkauft. Neben zahlreichen Privathäusern entstanden hier in schmucker Folge der 1900 eröffnete Hauptbahnhof, die Brandkasse, das Generalkommando, die Reichsbank, das Polizeipräsidium und die Landesversicherungsanstalt. Auf dem Gelände vor dem früheren Jakobstor wurde der gärtnerisch verzierte Hansaplatz angelegt, an dem sich der Wohnsitz des preußischen Regierungspräsidenten, die Oberrealschule St. Petri und das Staatsarchiv erhoben. In seiner Nähe wurde 1914 das neue Gebäude der Königlichen Eisenbahndirektion dem Verkehr übergeben.

Ehe noch die Umgestaltung der Innenstadt zum Abschluß gekommen war, hatte die Besiedlung bereits über die Grenzen des alten Stadtgebietes hinausgegriffen, das die anwachsende Bevölkerung nicht mehr aufzunehmen vermochte. War doch die Zahl der Einwohner von 82 765 im Jahre 1861 auf 108 551 im Jahre 1880 und 120 338 im Jahre 1890 gestiegen und hatte sich von 1900—1910 sogar von 140 563 auf 170 337 Personen vermehrt. Dabei machte sich auch in Danzig die für alle Großstädte kennzeichnende Erscheinung bemerkbar, daß die inneren Stadtteile mehr und mehr zu reinen Geschäftsvierteln umgebildet wurden. Während die Zahl der hier ansässigen Firmen andauernd zunahm, ging die Zahl ihrer ständigen Bewohner in den Jahren 1880—1914 um 29 v. H., in der Langgasse sogar um 55 v. H. zurück. Die Bevölkerung drängte in die Vororte hinaus, nach Heubude und Neufahrwasser und vor allem nach Langfuhr, Oliva und Zoppot, die durch bequeme Bahnverbindung jederzeit zu erreichen waren. Während die mittelalterliche Stadt bestrebt gewesen war, nach

außen hin ein räumlich und rechtlich genau umgrenztes Siedlungsgebiet zu bilden, suchte die moderne Stadt in immer größerem Umfange ihre ländliche Nachbarschaft mit ihren Siedlungen und wirtschaftlichen Beziehungen zu durchsetzen. Die Stadt begann, in die Landschaft aufzugehen. Das Siedlungsgebiet Danzigs dehnte sich stetig weiter aus und zog bereits auch solche Orte in seinen Bereich, von denen die Stadt früher nicht nur durch gemeindliche, sondern auch durch politische Grenzen geschieden war. Die Umgebung Danzigs bildet zur Zeit im Osten bis nach Plehnendorf, im Süden bis nach Praust und im Nordwesten bis über Zoppot hinaus ein einheitliches Wohn-, Verkehrs- und Wirtschaftsgebiet.

Um durch die Entvölkerung der Innenstadt nicht einen großen Teil ihrer Bürger zu verlieren und damit auch wesentliche finanzielle Einkünfte einzubüßen, sah sich die Stadtverwaltung genötigt, dem Wachstum der Bevölkerung entsprechend ihren Wirkungsbereich zu erweitern. Nachdem bereits 1864 das Pfarrdorf St. Albrecht und 1874—77 Schellingsfelde bei Schidlitz, Strohdeich und ein Teil von Zigankenberg eingemeindet waren, wurde die städtische Bodenpolitik unter der Leitung der Oberbürgermeister Delbrück, Ehlers und Scholtz in dem gleichen Sinne, aber in steigendem Umfange fortgesetzt. Auch der langjährige stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Otto Münsterberg machte sich um diesen Zweig der städtischen Verwaltung besonders verdient. Nachdem in den Jahren 1902—07 Heiligenbrunn, Hochstrieß, der Rest von Zigankenberg, der Holm und der Troyl mit der Stadtgemeinde vereinigt waren, kam im Jahre 1914 die Ausdehnung des Stadtbezirkes mit der Einverleibung von Saspe, Brösen, Heubude, Weichselmünde, Gut Rieselfeld, Krakau und Westlich Neufähr zum vorläufigen Abschluß. Die Fläche des Stadtgebietes hatte sich damit im Laufe der letzten hundert Jahre von 389 auf 6428 Hektar vergrößert. Die Zahl der Einwohner überschritt das zweite Hunderttausend. Nach den mannigfachen Bedrückungen, welche die Bürgerschaft im 17. und 18. Jahrhundert und zuletzt noch während der Franzosenzeit hatte erdulden müssen, war Danzig jetzt wieder in die Reihe der großen Städte Europas eingerückt.

Kunst und Wissenschaft

Auch in dem geistigen Leben der Bürgerschaft machte sich die enge Verbindung mit dem deutschen Vaterlande mit erneuter Kraft geltend. Dem reichverzweigten, städtischen Schulwesen gebührt das Verdienst, der Danziger Jugend die Güter der allgemeinen deutschen Geistesentwicklung vermittelt zu haben. Im Jahre 1817 wurde das ehrwürdige Gymnasium in eine moderne höhere Lehranstalt umgewandelt und mit der alten Marienschule vereinigt. Nachdem der Unterricht zunächst mehrere Jahre in dem Gebäude der Marienschule und von 1827—37 in zwei Häusern der Langgasse stattgefunden hatte, wurde der nach Schinkels Ratschlägen errichtete Neubau am damaligen Buttermarkt, dem heutigen Winterplatz, bezogen. Unter der Leitung hervorragender Schulmänner hat das Gymnasium bis zur Gegenwart eine segensreiche Tätigkeit ausgeübt. Die früheren Lateinschulen zu St. Petri und St. Johann wurden 1818 und 1824 zu höheren Bürgerschulen umgestaltet. Nachdem ihre Schulgebäude anfangs mehrfach gewechselt hatten, wurde die Johannisschule 1872 in die erweiterten Räume des Franziskanerklosters und die Petrischule 1904 in das prächtige neue Gebäude am Hansaplatz verlegt. Während diese Schulen gleich der seit 1818 bestehenden, höheren Mädchenschule, die mit der Einweihung ihres neuen Gebäudes in der Holzgasse im Dezember 1883 den Namen Victoriaschule erhielt, der städtischen Verwaltung unterstanden, begründete die Königliche Regierung im Jahre 1876 das Königliche Gymnasium in der Weidengasse und im Jahre 1912 das Kronprinz-Wilhelm-Realgymnasium zu Langfuhr.

Außer diesen Anstalten widmeten sich mehrere Privatschulen dem höheren Unterricht. So wurde das „von Conradische Schul- und Erziehungsinstitut in Jenkau" im Jahre 1900 nach Langfuhr verlegt. Während die übrigen höheren Schulen in gleicher Weise Protestanten und Katholiken offen standen, diente die Marienschule ausschließlich der Unterweisung der katholischen weiblichen Jugend. Machte sich doch seit den 60er Jahren eine Zunahme der katholischen Bevölkerung geltend, die in den Jahren 1861—1910 von 23 v. H. auf 32 v. H. der gesamten Einwohnerschaft anwuchs. In Langfuhr entstand 1902 ein katholisches Lehrerseminar und eine Präparanden-

anstalt. Ferner waren in Danzig bis zum Jahre 1913 zwei Knabenmittelschulen und 30 Volksschulen begründet, an denen 463 Lehrkräfte nicht weniger als 19 000 Kinder unterrichteten. Der Direktor der Johannisschule und Stadtverordnete Gotthilf Löschin, der in den Jahren 1822—23 eine vielbeachtete „Geschichte Danzigs" veröffentlichte, erwarb sich durch die Förderung der ersten Kleinkinderbewahranstalten im Jahre 1838 den Dank weitester Kreise.

Von den Lehrern der Danziger Schulen wurde das wissenschaftliche Leben Danzigs in reichem Maße befruchtet. Am Gymnasium wirkten der Philologe Meineke, der Altertumsforscher Marquardt, der Förderer der deutschen Namenkunde Förstemann und Theodor Hirsch, der als nebenamtlicher Leiter des städtischen Archivs die moderne Danziger Geschichtsforschung begründet hat. Als anerkannter Meister der hansischen und preußischen Geschichte wurde er 1865 als Professor an die Universität zu Greifswald berufen. Doch fand er in der Pflege der heimischen Vergangenheit würdige Nachfolger in dem Archidiakon an der Marienkirche August Bertling und dem Oberlehrer Paul Simson, der die erste umfassende, wissenschaftlich begründete Darstellung der Danziger Geschichte in Angriff nahm. Um die Kunde des Heimatlandes durch Quellenstudium, Schriften und Vorträge zu fördern und zu verbreiten, wurde im Herbst 1879 der Westpreußische Geschichtsverein begründet, dessen stattliche Veröffentlichungen eine Fundgrube für jeden bilden, der sich mit der Entwicklung der deutschen Ostmark vertraut machen will. Auch die Naturforschende Gesellschaft setzte ihre wissenschaftlichen Arbeiten mit großem Erfolge fort. Die Stadtbibliothek siedelte 1819 aus dem Franziskanerkloster in die St. Jakobskirche über, bis sie 1904 in dem gegenüberliegenden Neubau Unterkunft fand. Außerhalb ihrer Vaterstadt erwarben sich Karl Schnaase, einer der Begründer der neueren Kunstgeschichte, Richard Roepell, der Geschichtsschreiber Polens, und Eduard Winkelmann, der Erforscher der Stauferzeit, wissenschaftlichen Ruhm.

Wie zu allen Zeiten hat auch im 19. Jahrhundert die Dichtkunst in Danzig nur zeitweilig eine Stätte gefunden. Doch haben Robert Reinick, Johannes Trojan und Paul Scheerbart hier ihre Jugendzeit verlebt. Auch hat der Regierungsrat Joseph von Eichendorff in den Jahren 1821—24 und 1843—47 in Danzig und auf dem Gute Silberhammer bei Langfuhr einige seiner schönsten Lieder und Erzählungen gedichtet. Weit liebevollere Pflege ward der Musik und der bildenden Kunst zuteil, die in dem Direktor der Kunstschule Johann Carl Schultz einen eifrigen Förderer fand. Bereits

1835 gründete er den Kunstverein und 21 Jahre später, als dem alten Stadtbilde Danzigs ernste Gefahren drohten, einen Verein zur Erhaltung der Bau- und Kunstdenkmäler. Um aber auch in der Ferne alle Kunstfreunde und die Nachwelt mit den Schönheiten seiner heißgeliebten Heimat bekannt zu machen, gab er in den Jahren 1842—67 Danzigs Bauwerke in 54 malerischen Originalradierungen mit künstlerischer Freiheit und Vollkommenheit wieder.

Nachdem das „Jüngste Gericht" bereits im Jahre 1816 auf Befehl Friedrich Wilhelms III. an die Marienkirche zurückgegeben war, machte sich um die Sammlung und Erhaltung alter Kunstschätze der Bildhauer Rudolf Freitag verdient, der seit 1844 in dem Franziskanerkloster seine Werkstatt aufschlug. In Verbindung mit der kostbaren Gemäldegalerie, die der 1814 verstorbene Kaufmann Jakob Kabrun hinterlassen hatte, bildeten seine Sammlungen den Grundstock des 1872 ebendort eröffneten Stadtmuseums, dem im Jahre 1885 das Provinzial-Kunstgewerbemuseum angegliedert wurde. Die reichen, naturkundlichen und vorgeschichtlichen Sammlungen des 1879 begründeten Westpreußischen Provinzialmuseums wurden in den oberen Räumen des Grünen Tores aufgestellt. Von ausübenden Künstlern stammten aus Danzig Karl Friedrich Meyerheim und Eduard Meyerheim, Albert Juchanowitz und Wilhelm Stryowski.

Das künstlerische und wissenschaftliche Leben Danzigs empfing reichste Anregung, nachdem am 6. Oktober 1904 die Technische Hochschule eröffnet und damit ein dringender Wunsch der Bürgerschaft erfüllt worden war. Als im Oktober 1896 der Landesgeologe Jentzsch die Gründung einer Technischen Hochschule für Danzig empfohlen hatte, war dieser Plan sogleich auf fruchtbaren Boden gefallen. Obwohl der Oberpräsident von Goßler vorher die Errichtung einer Universität befürwortet hatte, machte er sich jenen Gedanken unverzüglich zu eigen und wußte die maßgebenden Stellen in Berlin für seine Durchführung zu gewinnen. Auch die Stadtverwaltung setzte sich für dieses Unternehmen lebhaft ein und stellte zu diesem Zweck ein umfangreiches Gelände bei Heiligenbrunn zur Verfügung. Wenige Jahre später ging der stolze Bau, der von der erstarkten Kraft des deutschen Gedankens beredtes Zeugnis ablegte, seiner Vollendung entgegen.

Der Friede von Versailles

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts befand sich Danzig in einer ungewöhnlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung. Eingefügt in den erstarkenden Wirtschaftskörper des Deutschen Reiches, nahm seine Bürgerschaft an dem erfreulichen Aufschwung des deutschen Vaterlandes lebhaften Anteil. Trotz mancher Mißerfolge, die anfangs nicht zu vermeiden waren, faßte die moderne Industrie auch in der alten Hansestadt feste Wurzel, und der Handel, der lange Zeit darniedergelegen hatte, entfaltete sich zu neuer Blüte. Hoffnungsfreudig sah der Danziger Kaufmann der Zukunft entgegen, von der er eine weitere Ausdehnung seines Wirkungsfeldes erwartete.

Die günstigen Verhältnisse lockten, wie einst im Mittelalter, neue Ansiedler herbei, so daß sich vor den Toren der Stadt überall ein neues reiches Leben entfaltete. Neue Vororte entstanden, in denen sich die anwachsende Bevölkerung ausbreitete und in steigendem Maße auch Fremde zur Erholung niederließen. Doch es war Danzig nicht vergönnt, die Früchte seines Jahrzehnte langen Strebens zu ernten und zu genießen.

Der Ausbruch des großen europäischen Krieges im August 1914 traf gerade in die Zeit der glücklichsten Entfaltung seiner Kräfte hinein. Zwar blieb die Stadt, für deren Verteidigung gegen etwaige feindliche Angriffe sogleich umfangreiche Vorbereitungen getroffen wurden, von den Kämpfen, die in den nächsten Jahren den Osten durchtobten, verschont, da durch die deutschen Siege bei Tannenberg und an den Masurischen Seen, bei denen sich die Danziger Regimenter besonders ausgezeichnet hatten, die russischen Heere schon bald über die Grenzen des Deutschen Reiches zurückgeworfen wurden. Aber die zeitweilige Unterbindung der Schiffahrt, der Eintritt aller wehrfähigen Bürger in den Heeresdienst und die Störungen, die der Aufmarsch der Truppen im Bahnverkehr mit sich brachte, wirkten auch auf Danzigs Handel und Gewerbe ungünstig ein. Die Auswirkungen der Kriegswirtschaft, die Beschlagnahme der Rohstoffe und die Zwangsbewirtschaftung der Lebensmittel, welche die Abschnürung Deutschlands vom Weltverkehr hervorgerufen hatte, machten sich im wirtschaftlichen Leben jedes einzelnen Haushaltes unvorteilhaft bemerkbar.

Trotzdem verließ die Danziger Bürgerschaft nicht der unbeugsame Wille zu weiterem Ausharren. Niemand verhehlte sich, daß von der erfolgreichen Verteidigung des Reiches sein eigenes Wohl und Wehe abhängig war. Stärker als je zuvor wurde die Bevölkerung, die sich mit den deutschen Volksgenossen im weiteren Vaterlande zu einer untrennbaren Schicksalsgemeinschaft verbunden fühlte, von nationaler Begeisterung und Opferwilligkeit ergriffen. Nur im engsten Zusammenhang mit der gesamten Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse im Deutschen Reiche kann somit die jüngste Geschichte Danzigs voll verstanden werden. An den Leiden und Freuden, die dem deutschen Volke beschieden waren, nahm es in gleichem Maße wie alle anderen deutschen Städte teil.

Aber härter und schwerer als viele andere Gebiete des Reiches wurde Danzig durch den unglücklichen Ausgang des Krieges betroffen. Wie schon so oft im Laufe seiner Geschichte machte sich auch jetzt wieder die Tatsache geltend, daß die Stadt an einem der wichtigsten und umstrittensten Punkte der Ostmark gelegen war und auf ihren Gefilden die mannigfachsten Bestrebungen aufeinanderprallten. Nachdem die russische Gefahr, die am Anfang des Krieges ihr Haupt drohend erhoben hatte, durch den Zusammenbruch des russischen Reiches glücklich beseitigt war, trat jetzt wieder das polnische Volk mit maßlosen Ansprüchen auf den Besitz Danzigs hervor. In aller Welt verbreiteten seine Vertreter, unbekümmert um die geschichtliche Wahrheit, die Behauptung, daß Danzig seit Urbeginn eine polnische Stadt gewesen sei und niemals ein größeres Verlangen besessen habe, als mit dem polnischen Staate vereinigt zu werden. Wie sie die Kämpfe verschwiegen, die Danzigs Bürgerschaft um die Bewahrung seiner Freiheit und die Erhaltung seiner deutschen Art lange Jahrhunderte hindurch gerade mit Polen hatte ausfechten müssen, suchten sie auch das gegenwärtige Deutschtum seiner Bevölkerung anzuzweifeln und nur als das Ergebnis der letzten Entwicklung hinzustellen. Als polnische Stadt sollte Danzig fortan die vermeintlichen Überlieferungen seiner großen Vergangenheit fortsetzen.

Schon in den ersten Tagen des Oktober 1918 erklärte der damalige polnische Abgeordnete im Deutschen Reichstag Korfanty, daß Polen in vollem Umfange die Grenzen wiedererhalten müßte, bis zu denen sich ehemals die Macht der polnischen Könige erstreckt hatte. Über die beabsichtigte Abtrennung der deutschen Ostprovinzen und mit ihnen auch Danzigs vom Deutschen Reiche ließ er keinen Zweifel obwalten. Die ordnungsmäßige Vertretung der Danziger Bürgerschaft, die diesen Plänen völlig fernstand, sah sich deshalb

genötigt, gegen die von polnischer Seite aufgestellten Behauptungen und Forderungen schärfsten Einspruch zu erheben. Am 15. Oktober 1918 gab der Danziger Magistrat die allgemein gebilligte Erklärung ab: „Präsident Wilson will alle Länder unzweifelhaft polnischer Bevölkerung zu dem unabhängigen, neuen polnischen Staat vereinigen. Demgegenüber stellen wir fest, daß Danzig nimmermehr diesem Polen angehören darf. Unsere alte Hansestadt Danzig ist durch deutsche Kulturkraft entstanden und gewachsen. Sie ist kerndeutsch. Wir nehmen für uns das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Anspruch. Wir wollen deutsch bleiben immerdar."

Wenige Tage später wurden in einer Denkschrift, die der deutschen Reichsregierung übersandt und auch in den Tageszeitungen bekannt gemacht wurde, die Fragen, welche die Annahme der Friedensbedingungen des amerikanischen Präsidenten Wilson für die Zukunft Danzigs aufgeworfen hatte, ausführlich erörtert. Unter Berufung auf die deutsche Vergangenheit Danzigs und die Tatsache, daß auch seine gegenwärtige Bevölkerung nach Ausweis der letzten Reichstagswahlen vom Jahre 1912 nur zu 2 v. H. dem polnischen Volkstum zuzusprechen war, wurde die Behauptung der Polen widerlegt, daß aus nationalen Gründen Danzig ihrem neu entstehenden Staatswesen eingegliedert werden müßte. Nur der Lubliner Rechtsbruch habe, wie die Geschichte lehrt, Danzig einst im völkerrechtlichen, aber niemals im nationalen Sinne zu einer polnischen Stadt gemacht. Und wenn Polen jetzt einen gesicherten, freien und zuverlässigen Zugang zum Meere erhalten solle, so vermöchten auch diese Forderungen seinen Ansprüchen auf den Besitz Danzigs keinen Rückhalt zu gewähren. Der freie Zugang zum Meere könne durch die internationale Regelung des Weichselverkehrs, die Erweiterung der bereits in Friedenszeiten erprobten, zolltechnischen Einrichtungen des Danziger Freihafens, die Festlegung der Eisenbahntarife und vor allem den allseitigen Ausbau der Weichsel zu einer Großschiffahrtsstraße hinreichend sichergestellt werden. In dem gleichen Sinne sprach sich das Vorsteheramt der Kaufmannschaft als die berufene Vertretung der Danziger Wirtschaftskreise aus. In zahlreichen öffentlichen Versammlungen gab auch die Gesamtheit der Danziger Bürgerschaft ihrer ausgesprochenen Abneigung gegen das Polentum unverhohlen Ausdruck.

Als in den folgenden Monaten die Danziger Kaufmannschaft von der ausländischen Presse als polenfreundlich verdächtigt wurde, versammelten sich am 28. Januar 1919 im Artushofe, der Börse Danzigs, alle namhaften Kaufleute und gaben einstimmig die Erklärung ab: „daß sie getreu der Jahrhunderte alten Überlieferung

des Danziger Handelsstandes kerndeutsch sind in ihrem Fühlen, Denken und Handeln. Wie seine Altvordern will auch das jetzige Geschlecht der Danziger Kaufleute mit den Nachbarnationen in Frieden und Freundschaft leben, Handel treiben, an fremder Kultur teilnehmen und die eigene Kultur zur Geltung bringen. Der Danziger Kaufmann richtet seinen Blick auf die Verbindung mit der Handelswelt der ganzen Erde, aber unentreißbar wurzelt er im Boden der deutschen Kultur und weist daher jeden Gedanken der Abtrennung Danzigs von Deutschland und des Übertritts zu einer anderen staatlichen Gemeinschaft als unerträglich und voll schwerer Zukunftsgefahren zurück."

Trotzdem verstummten die polnischen Angriffe nicht. Im Gegenteil deuteten alle Anzeichen darauf hin, daß die Pariser Vertreter der polnischen Republik nicht ohne Erfolg bemüht waren, auf der Friedenskonferenz zu Versailles die Danziger Frage einer Lösung entgegenzuführen, die mit den Wünschen seiner Bevölkerung in schroffstem Widerspruch stand. Die Erregung der Bürgerschaft nahm daher von Woche zu Woche heftigere Formen an, und die gemeinsame nationale Not führte auch in dem erbitterten Parteikampfe, den die Wahl zur deutschen Nationalversammlung entfachte, die verschiedensten Schichten der Bevölkerung immer wieder zusammen. Um vor aller Welt das Deutschtum Danzigs zu bezeugen, versammelten sich am Sonntag, den 23. März 1919, auf dem Heumarkt an 70 000 Personen, die ihrem einmütigen Wunsche, bei dem deutschen Vaterlande zu verbleiben, sinnfälligen Ausdruck verliehen. Eine noch größere Versammlung, die fast die Hälfte der gesamten Bewohner Danzigs umfaßte, kam wenige Wochen später zustande, als am 25. April gegen 100 000 Bürger und Bürgerinnen aus allen Ständen und Berufen gegen die drohende Vergewaltigung und Mißachtung ihrer heiligsten Rechte flammenden Einspruch erhoben.

Doch alle Bemühungen, das furchtbare Schicksal abzuwenden, waren vergebens. Der Wille der triumphierenden Großmächte trug über die Schwäche des Deutschen Reiches und die Ohnmacht der Danziger Bürgerschaft den Sieg davon. Der Friedensvertrag von Versailles trennte Danzig von dem Deutschen Reiche ab und erklärte die Stadt mit ihrer näheren Umgebung in deutlicher Anlehnung an die einstige Gründung Napoleons wiederum zu einem Freistaat. Unter dem Schutze des Völkerbundes sollte Danzig, wie es in der Antwortnote auf die deutschen Gegenvorschläge hieß, „sich nun von neuem in einer Lage befinden, die der während so vieler Jahrhunderte von ihm eingenommenen ähnlich ist". Das Deutschtum seiner Bürgerschaft wurde zwar anerkannt und die

Stadt deshalb dem polnischen Staat nicht einverleibt, doch wurden Polen so umfangreiche politische und wirtschaftliche Rechte eingeräumt, daß die freie Entwicklung der Stadt auf den Bahnen, die sie bisher verfolgt hatte, nahezu unmöglich gemacht wurde.

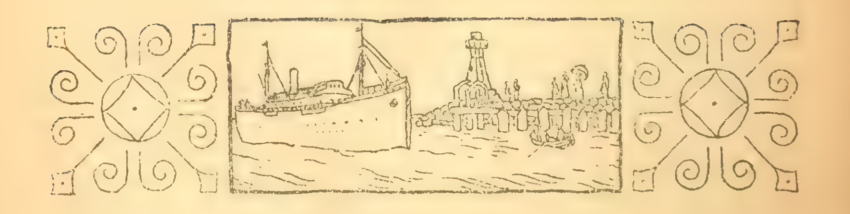
Ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse seiner Bevölkerung wurde dem Freistaat ein Gebiet zugesprochen, dessen Grenzen den natürlichen Verkehrsbezirk Danzigs an zahlreichen Stellen völlig willkürlich zerschnitten. Die Grenzen des neuen Freistaates sollten verlaufen von Zoppot durch den Olivaer Forst nach Klein-Kelpin, über Ottomin zur Radaune bei Fidlin, über Czapielken, Neuendorf nach Strippau, von dort in östlicher Richtung über Barenhütte, Althütte, Groß-Golmkau, Sobbowitz, Rambeltsch und Güttland zur Weichsel, die Weichsel aufwärts bis zur Abzweigung der Nogat bei Pieckel und die Nogat abwärts bis zum Frischen Haff, um schließlich zwischen Vogelsang und Pröbbernau die Frische Nehrung zu durchkreuzen.

Der erneute Einspruch Danzigs gegen diese gewaltsame Regelung seiner Zukunft blieb unbeachtet. Nachdem am 10. Januar 1920 der Friedensvertrag in Kraft getreten war, wurde Danzig aus dem Verbande des preußischen Staates und des Deutschen Reiches herausgelöst. Ein neuer Abschnitt seiner wechselreichen Geschichte sollte beginnen.

Danzigs Bürgerschaft sieht sich heute einer völlig ungewissen Zukunft gegenüber. Zahlreiche wirtschaftliche und politische Fragen, von deren für Danzig glücklichen Lösung nicht nur sein künftiges Gedeihen, sondern sein weiteres Bestehen überhaupt abhängt, bedürfen vorerst noch der Entscheidung. Niemand weiß, ob es möglich sein wird, Danzigs Handel und Verkehr, seine gemeindlichen Einrichtungen und sein Gewerbe auf der Höhe zu bewahren, die sie im letzten Jahrhundert erreicht haben. Einem noch engeren Anschluß an den polnischen Staat steht die weitaus überwiegende Mehrheit der Danziger Bevölkerung nach den Erfahrungen, welche die bereits an Polen abgetretenen, ehemals preußischen Gebiete haben machen müssen, heute noch weit ablehnender gegenüber als je zuvor. Sie ist nicht gewillt, ihre Kräfte und das Erbe ihrer Väter einem Staate zu opfern, der sich, wie die Ereignisse in Posen, Teschen, Wilna, Ostgalizien und Oberschlesien lehren, anscheinend nur auf Kosten der von ihm ständig bedrohten und überfallenen Nachbarn zu erhalten vermag. Niemand kann verlangen, daß Danzig die Grundlagen seiner Macht zerstört und damit sich selbst aufgibt.

Danzig ist, wie in früherer Zeit, so auch heute eine deutsche Stadt. Bei den Wahlen zur „Verfassunggebenden Versammlung

für die künftige Freie Stadt Danzig", die nach der Abtrennung vom Deutschen Reiche am 16. Mai 1920 stattfanden, haben die deutschen Parteien nicht weniger als 94 v. H. der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Der Teil der Einwohnerschaft, der sich gegenwärtig zu Polen bekennt, steht der einheimischen Bevölkerung nach wie vor völlig fremd gegenüber und ist gleich seinen politischen Führern zumeist erst in der letzten Zeit nach Danzig eingewandert. Wird trotzdem in Zukunft dem Polentum in Danzig im Gegensatz zu dem Selbstbestimmungsrecht der Völker ein größerer Einfluß gewaltsam eingeräumt, so wird Danzig nicht nur aufhören, eine deutsche Stadt zu sein, sondern auch zugleich die wirtschaftliche, kulturelle und politische Bedeutung verlieren, die es bisher stets behauptet hat. Nur als deutsche Stadt wird Danzig der Mittler zwischen West und Ost verbleiben.



Schriften-Verzeichnis

1. Schriften zur Einführung in die Geschichte Danzigs.

Allgemeines

G. Lengnich, Geschichte der preußischen Lande königlich-polnischen Anteils seit dem Jahre 1526. 9 Bde. 1722—55.

D. Gralath, Versuch einer Geschichte Danzigs. 3 Bde. Königsberg 1789—91.

G. Löschin, Geschichte Danzigs von der ältesten bis zur neuesten Zeit. 2 Bde. Danzig 1822—23.

G. Köhler, Geschichte der Festungen Danzig und Weichselmünde bis zum Jahre 1814. 2 Bde. Breslau 1893.

P. Simson, Geschichte der Stadt Danzig. Danzig 1903.

— Geschichte der Stadt Danzig (bis 1626). 3 Bde. Danzig 1913—18.

Verfassung

G. Lengnich, Jus publicum civitatis Gedanensis oder der Stadt Danzig Verfassung und Rechte. Herausgegeben von O. Günther. Danzig 1900.

S. Goldmann, Danziger Verfassungskämpfe unter polnischer Herrschaft. Leipzig 1901.

M. Bär, Die Behördenorganisation in Westpreußen seit der Ordenszeit. Danzig 1912.

M. Foltz, Geschichte des Danziger Stadthaushalts. Danzig 1912.

Wirtschaft

Th. Hirsch, Danzigs Handels- und Gewerbsgeschichte unter der Herrschaft des deutschen Ordens. Leipzig 1858.

O. Münsterberg, Der Handel Danzigs. Berlin 1906.

Kirche

Th. Hirsch, Die Oberpfarrkirche von St. Marien in Danzig. 2 Bde. Danzig 1843—47.

Ed. Schnaase, Geschichte der evangelischen Kirche Danzigs. Danzig 1863.

Stadtbild

R. Curicke, Der Stadt Danzig historische Beschreibung. Danzig 1687.

M. Grisebach, Danzig. Leipzig 1908.

W. Stephan, Die Straßennamen Danzigs. Danzig 1911.

Kunst

Danzig und seine Bauten. Herausgegeben vom Westpreußischen Architekten- und Ingenieur-Verein zu Danzig. Berlin 1908.

G. Cuny, Danzigs Kunst und Kultur im 16. und 17. Jahrhundert. Frankfurt 1910.

A. Lindner, Danzig. Leipzig 1913.

2. Neueste Schriften zur Geschichte Danzigs.

W. La Baume, Vorgeschichte von Westpreußen. Berlin 1920.

W. Geisler, Die Großstadtsiedlung Danzig. Danzig 1918.

O. Günther, Die Verfassung der Stadt Danzig in polnischer Zeit und als Freistaat. Danzig 1919.

J. Kaufmann, Das staatsrechtliche Verhältnis Danzigs zu Polen. Danzig 1920.

E. Keyser, Der bürgerliche Grundbesitz der Rechtstadt Danzig im 14. Jahrhundert. In Zeitschrift des Westpreußischen Geschichtsvereins Heft 58. Danzig 1918.
— Westpreußen und das deutsche Volk. Danzig 1919.
— Die Legende von der Zerstörung Danzigs im Jahre 1308. In Zeitschrift des Westpreußischen Geschichtsvereins Heft 59. Danzig 1919.
— Die Herkunft der Danziger Bevölkerung im 14. Jahrhundert. In Mitteilungen des Westpreußischen Geschichtsvereins Jahrgang 19. Danzig 1920.
— Die Besiedlung der Altstadt Danzig. In Zeitschrift des Westpreußischen Geschichtsvereins Heft 61. Danzig 1921.

F. Lorentz, Der Name Danzigs. In Zeitschrift des Westpreußischen Geschichtsvereins Heft 60. Danzig 1920.

H. Mannhardt, Die Danziger Mennonitengemeinde. Danzig 1919.

B. Siltmann, Der Salzheringshandel Königsbergs und Danzigs. Jena 1920.

H. Steinert, Die Weichselfrage Danzigs und Polens Zukunft. Danzig 1919.

H. Thomsen, Danzig als Handelshafen mit besonderer Berücksichtigung des Getreidehandels. Danzig 1918.

P. Werner, Stellung und Politik der preußischen Hansestädte unter der Herrschaft des Ordens bis zu ihrem Übertritt zur Krone Polen. Königsberg 1915.

Danziger Maße und Münzen

1. Maße.

1 Danziger Meile = 180 Seile = 1800 Ruten = 7560 Meter.

1 Seil = 10 Ruten = 75 Ellen = 150 Fuß = 42 Meter.

1 Danziger Rute = 15 Fuß oder Schuh = 180 Zoll = 4,26 Meter.

1 Elle = 2 Fuß = 24 Zoll = 0,57 Meter.

1 Fuß = 12 Zoll = 127,15 Pariser Linien = 0,28 Meter.

1 alte Getreidelast = 60 Scheffel = rund 2500 kg = 2½ Tonnen.

1 Hufe = 30 Morgen = 9000 Quadratruten.

1 Quadratrute = 225 Quadratschuh = 14,18 Quadratmeter.

2. Münzwerte.

Zur Ordenszeit.

1 Mark = 4 Vierdung = 24 Skot = 60 Schilling.

1 Skot = 2 Groschen = 2½ Schilling = 30 Pfennig.

Im 16.—18. Jahrhundert.

1 polnischer Gulden = 1½ preußische Mark = 30 Groschen = 540 Pfennig.

1 Mark = 20 Groschen = 60 Schilling = 360 Pfennig.

Im 16.—18. Jahrhundert.

1 Taler = 30 Silbergroschen = 360 Pfennig.

1 Reichsmark = ⅓ Taler = 10 Groschen = 100 Pfennig.

3. Tauschwert früherer Münzen in deutscher Reichsmark.

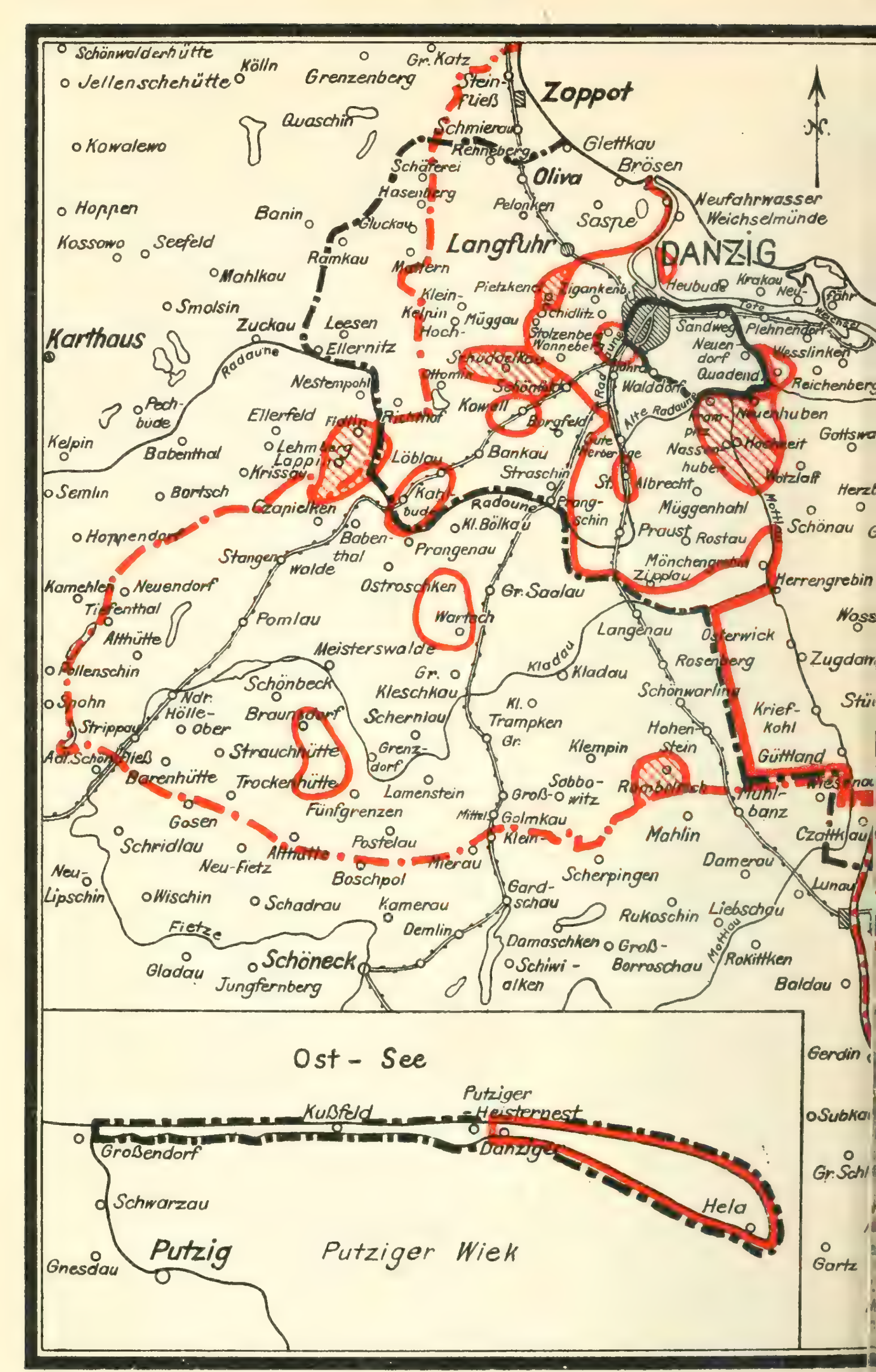
1 preußische Mark 1380—1450 . .	=	rund	30	Reichsmark.
1 „ „ 1454—1554 . .	=	„	15	„
1 ungarischer Gulden 1491 . . .	=	„	26	„
1 preußischer Gulden 1528—1554 .	=	„	23	„
1 „ „ 1555—1599 .	=	„	14	„
1 „ „ 1600—1619 .	=	„	8	„
1 „ „ 1620—1700 .	=	„	4	„
1 „ „ 1701—1755 .	=	„	3	„
1 „ „ 1793	=	„	1½	„
1 brandenburgischer Taler = 3 preußische Gulden = 4 Danziger Gulden 1793	=	„	4½	„
1 Danziger Gulden 1793	=	„	1⅛	„
1 Frank = 1 Gulden 2 Groschen 7½ Pfennig Danziger Münze 1807—1814	=	„	1¼	„

Die angeführten Zahlen geben nur annähernd den Tauschwert der früheren Münzen in deutscher Reichsmark nach dem Stande von 1914 wieder. Nähere Angaben enthält das Werk von Foltz, Geschichte des Danziger Stadthaushalts.

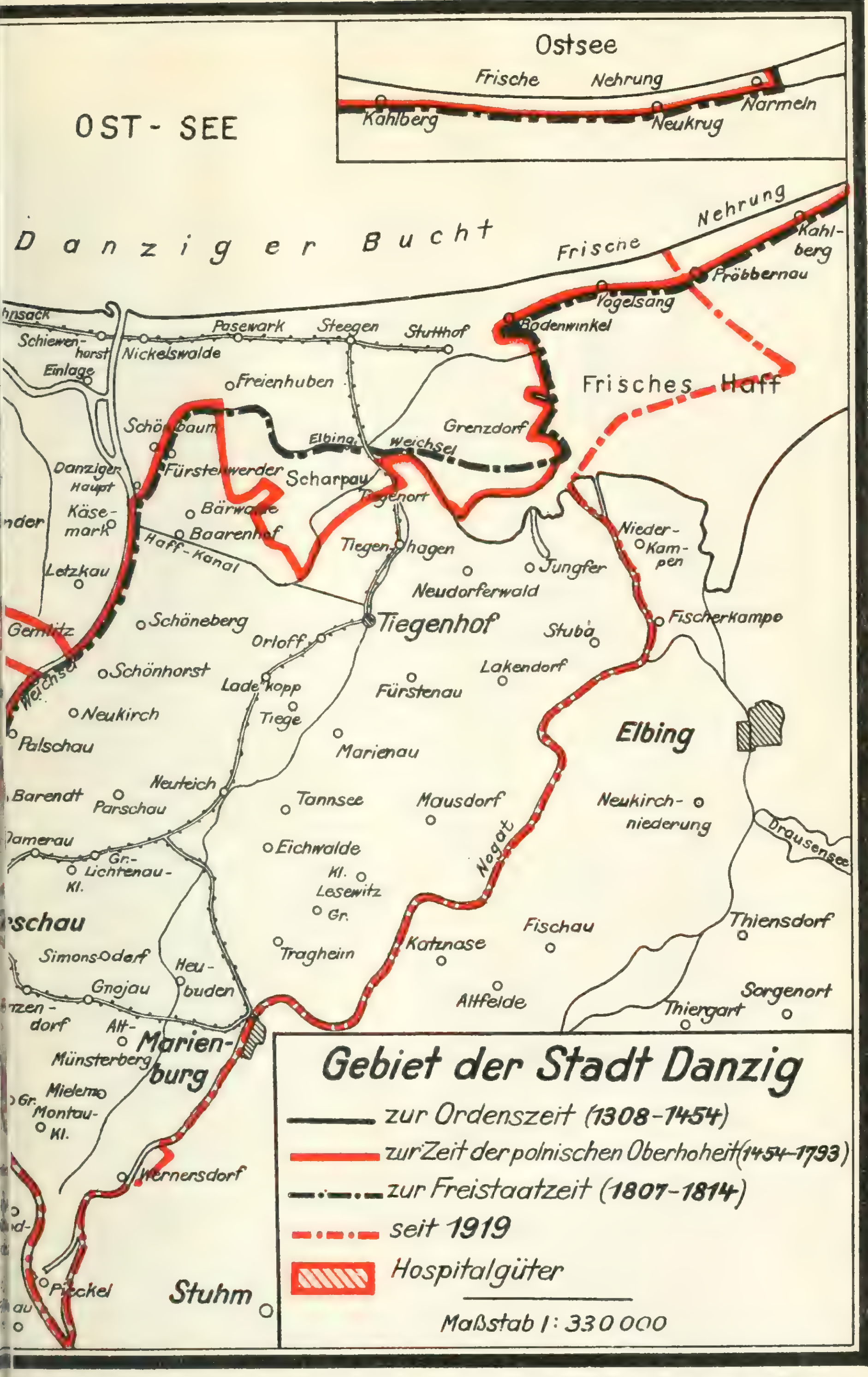
Namen- und Sachverzeichnis

Druck: A. W. Kafemann G. m. b. H., Danzig.

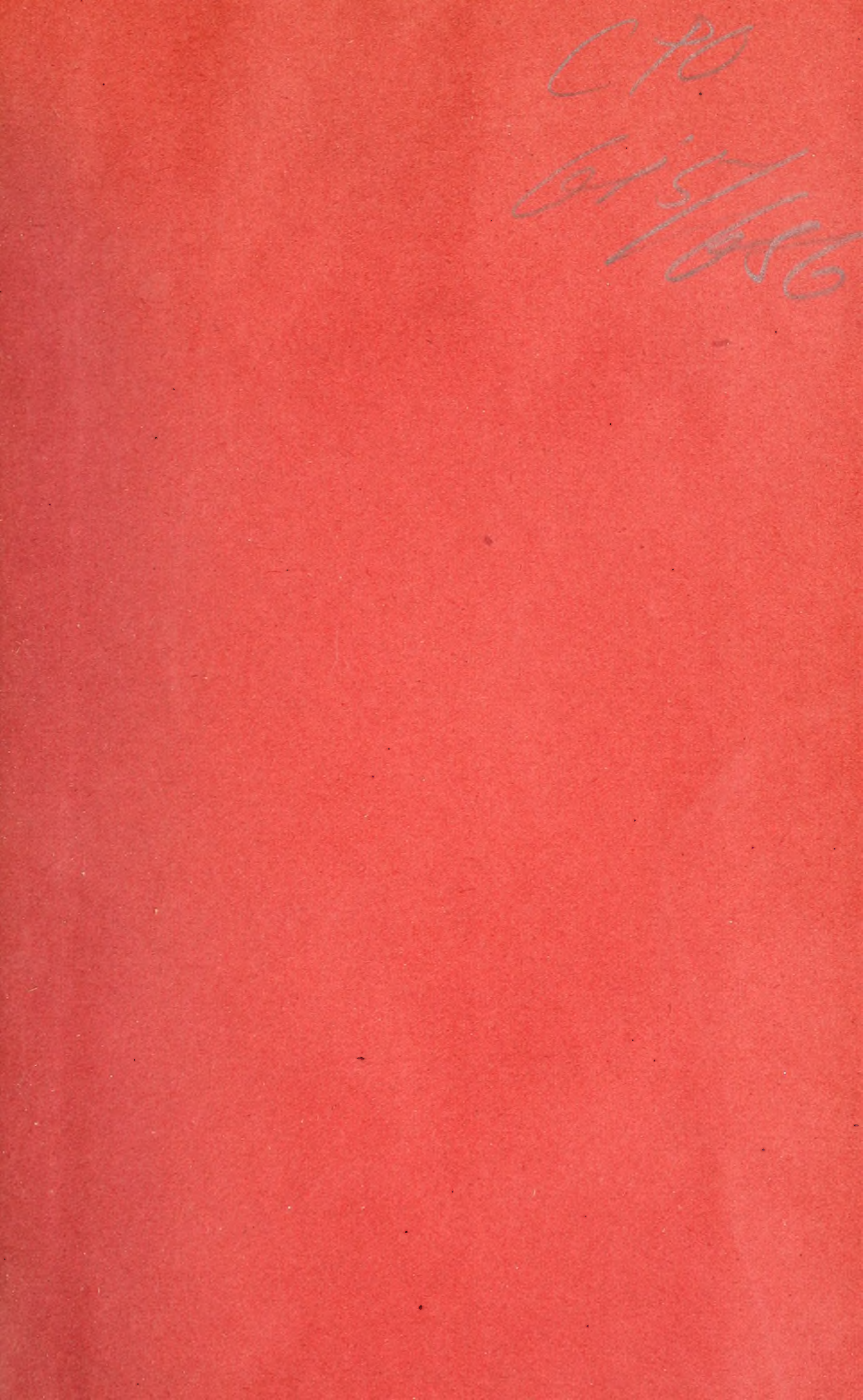




Beilage zu Dr. E. Keyser, Danzigs Geschichte, 1921. Verlag A. W. Kafemann G. m. b. H., Danzig.


Ostsee
Frische Nehrung
Kahlberg
Neukrug
Narmeln
OST-SEE
Danziger Bucht
Frische Nehrung
Kahlberg
Pröbbernau
Vogelsang
Bodenwinkel
Frisches Haff
Schiewenhorst
Nickelswalde
Einlage
Pasewark
Steegen
Stutthof
Freienhuben
Grenzdorf
Elbing
Weichsel
Scharpau
Fürstenwerder
Danziger Haupt
Käsemark
Bärwalde
Baarenhof
Tiegenort
Tiegenhagen
Haff-Kanal
Letzkau
Jungfer
Nieder-Kampen
Neudorferwald
Tiegenhof
Schöneberg
Orloff
Stuba
Fischerkampe
Schönhorst
Ladekopp
Lakendorf
Fürstenau
Neukirch
Tiege
Palschau
Marienau
Elbing
Barendt
Parschau
Neuteich
Tannsee
Mausdorf
Neukirch-niederung
Nogat
Drausensee
Eichwalde
Gr. Lichtenau
Kl.
Kl. Lesewitz
Gr.
Thiensdorf
Fischau
Simonsdorf
Heubuden
Tragheim
Katznase
Gnojau
Altfelde
Sorgenort
Thiergart
Alt-Münsterberg
Marienburg
Mielenz
Gr. Montau
Kl.
Wernersdorf
Pieckel
Stuhm
Gebiet der Stadt Danzig
zur Ordenszeit (1308-1454)
zur Zeit der polnischen Oberhoheit (1454-1793)
zur Freistaatzeit (1807-1814)
seit 1919
Hospitalgüter
Maßstab 1: 330 000
Photolith. d. Lith. Anst. v. Bogdan Gisevius, Berlin W. Bülowstr. 66








STACK
COPY

